

HERBST 2022 | EB 98.1

GD COMM | REFERAT ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN
MEINUNG

**EUROPÄISCHES
PARLAMENT**

EURO

BARO

METER

PARLEMETER 2022

PRESSEMITTEILUNGEN

Der Bericht wurde von Kantar für das Europäische Parlament erstellt.

VERANTWORTLICH

Philipp SCHULMEISTER, Referatsleiter

BEITRAGENDE AUTOREN

Dimitra Tsoulou MALAKOUDI (Projektleiterin), Monika ALPOEGGER, Matthias BÜTTNER, Yasser EL KOURA, Gonzalez VELASCO MONASTERIO, Verena ZIMMERMANN, Olaf ZÜHLKE

PRODUKTION

Katarzyna Oniszk

GRAFIKDESIGN

Aleksandra BUDNIK

Manuskript fertiggestellt im Dezember 2022

Brüssel, © Europäische Union, 2022

ÜBER DEN VERLAG

Dieses Dokument wurde vom Referat Überwachung der öffentlichen Meinung innerhalb der Generaldirektion Kommunikation (GD COMM) des Europäischen Parlaments veröffentlicht.

Zur Kontaktaufnahme mit dem Referat für die Überwachung der öffentlichen Meinung wenden Sie sich bitte an: dgcommpom@europarl.europa.eu

SPRACHLICHE VERSION

Original: EN

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Dieses Dokument ist für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments vorbereitet und richtet sich in erster Linie an diese, um sie bei ihrer parlamentarischen Arbeit zu unterstützen. Der Inhalt des Dokuments liegt in der alleinigen Verantwortung seines/der Verfassers, und alle hierin geäußerten Meinungen sollten nicht als offizielle Position des Parlaments herangezogen werden.



Dokument von Pierre Dieumegard für [Europa-Demokratie-Esperanto](#)

Ziel dieses „vorläufigen“ Dokuments ist es, mehr Menschen in der Europäischen Union die Kenntnis der von der Europäischen Union erstellten (und durch ihre Steuern finanzierten) Dokumente zu ermöglichen.

Wennesum Übersetzungen geht, sind die Menschen von der Debatte ausgeschlossen.

Dieses Dokument „Parlemeter“ war [nur in englischer Sprache](#) in einer PDF-Datei. Aus dieser ersten Datei haben wir eine odt-Datei erstellt, die von der Libre Office-Software erstellt wurde, um maschinell in andere Sprachen zu übersetzen. Die Ergebnisse sind nun [in allen Amtssprachen verfügbar](#).

Es ist wünschenswert, dass die EU-Verwaltung die Übersetzung wichtiger Dokumente übernimmt. „Wichtige Dokumente“ sind nicht nur Gesetze und Vorschriften, sondern auch die wichtigen Informationen, die benötigt werden, um gemeinsam fundierte Entscheidungen zu treffen.

Um unsere gemeinsame Zukunft gemeinsam zu diskutieren und zuverlässige Übersetzungen zu ermöglichen, wäre die internationale Sprache Esperanto aufgrund ihrer Einfachheit, Regelmäßigkeit und Genauigkeit sehr nützlich.

Kontaktieren Sie uns:

[Kontakto \(europokune.eu\)](mailto:europokune.eu)

<https://e-d-e.org/-Kontakti-EDE>

Inhaltsverzeichnis

ZEHN SCHLÜSSEL WEGNEHMEN.....	4
EXECUTIVE ZUSAMMENFASSUNG.....	6
DER KONTEXT.....	11
METHODIK.....	17
I. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE EUROPÄISCHEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER.....	20
1.1 Die derzeitigen Bedenken der Bürgerinnen und Bürger.....	20
1.2 Einstellungen zur Zukunft.....	30
II. STEIGENDE LEBENSHALTUNGSKOSTEN.....	41
2.1 Die finanzielle Lage der EU-Haushalte.....	42
2.2 Zukunftsperspektive.....	52
2.3 Zufriedenheit mit aktuellen nationalen und europäischen Maßnahmen.....	59
III. UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE.....	63
3.1 Die Bürger billigen die Haltung und die Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine.....	63
3.2 Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.....	74
3.3 Wenig Zuversicht, dass das Leben unverändert weitergeht.....	77
IV. EU UND EP IN DEN AUGEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER.....	85
4.1 Rolle und Wahrnehmung des Europäischen Parlaments.....	85
4.2 Wahrnehmung der EU.....	106
V. AUFHEIZEN: INTERESSE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER AN DER EU UND AN DEN NÄCHSTEN EUROPAWAHLEN.....	133
5.1 Interesse an EU-Angelegenheiten.....	133
5.2. Europawahl.....	152
SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	167
TECHNISCHE DATEN.....	168

ZEHN SCHLÜSSEL WEGNEHMEN

1. POLYKRISENSTIMMUNG.

Die steigenden Lebenshaltungskosten sind derzeit die dringendste Sorge für 93 % der Europäer; Armut und soziale Ausgrenzung folgen (82 %). Sowohl die mögliche Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder als auch der Klimawandel-Notstand sind nach wie vor die Hauptsorge für 81 % der EU-Bürger.

2. FRIEDEN ALS KERN EUROPAS (UND GRÜNDUNGSGRUND).

Mehr als siebzig Jahre nach der Schuman-Erklärung ist der Frieden wieder der wichtigste Vorteil der EU-Mitgliedschaft. 36 % der Europäer geben an, dass der Beitrag der Europäischen Union zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit die Hauptvorteile der EU-Mitgliedschaft ist, eine Steigerung um sechs Punkte seit Herbst 2021. Die Europäer glauben auch, dass die EU eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten (35 %) erleichtert und zum Wirtschaftswachstum beiträgt (30 %).

3. GEMEINSAM STEHEN WIR.

Die europäischen Bürger unterstützen die Ukraine weiterhin widerstandsfähig. 74 % befürworten die Unterstützung der EU nach der Invasion Russlands im Allgemeinen, und 73 % befürworten konkrete Maßnahmen wie Sanktionen gegen die russische Regierung sowie finanzielle, militärische und humanitäre Unterstützung für die Ukraine.

4. DEMOKRATIE IST DER SCHLÜSSEL.

Die Verteidigung der Demokratie ist nach wie vor der wichtigste Wert (36 %) der EU-Bürger, für die sich das Europäische Parlament einsetzt. Der Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit (29 %) sowie die Meinungs- und Gedankenfreiheit (28 %) folgen. Ein weiterer Wert, der im Laufe der Zeit immer mehr erwähnt wird, ist die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und -Regionen.

5. WINDE DES WANDELS, ABER WIR SIND BESSER ZUSAMMEN.

Zwei von drei Europäern (65 Prozent) glauben, dass sich ihr Leben infolge des Krieges in der Ukraine ändern wird. Dennoch sind die Mehrheiten optimistisch in Bezug auf die Zukunft der EU (57 %) und bekunden ihre Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten während des gesamten Konflikts (58 %).

6. KRISEN FORDERN IHREN TRIBUT.

Fast die Hälfte der befragten EU-Bevölkerung (46 %) gibt an, dass der persönliche Lebensstandard aufgrund der COVID-19-Pandemie, des Krieges in der Ukraine und der Lebenshaltungskosten bereits negativ beeinflusst wurde. Zwei von fünf (39 %) erwarten, dass sie im nächsten Jahr betroffen sein werden, während 45 % der europäischen Haushalte sagen, dass sie bereits Schwierigkeiten haben, mit ihrem gegenwärtigen Einkommen zu leben.

7. ZUERST DIE ARMUT BEKÄMPFEN.

Angesichts der steigenden Inflation und der Lebenshaltungskosten wollen die Bürger, dass sich das Europäische Parlament auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung konzentriert (37 %). Die öffentliche Gesundheit bleibt für viele Bürger relevant (34 %), ebenso wie die anhaltenden Maßnahmen gegen den Klimawandel (31 %). Die Unterstützung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze (31 %) stehen ebenfalls ganz oben auf der Liste.

8. DIE EU IST TEIL DER LÖSUNG.

Die jüngsten Krisen verstärken die Unterstützung der Bürger für die Europäische Union: 62 % sehen die EU-Mitgliedschaft als „gute Sache“ an – unter den höchsten Ergebnissen seit 2007. Zwei Drittel (66 %) halten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für wichtig, 72 % glauben, dass ihr Land davon profitiert hat.

9. DIE REPUTATION DER EU STEHT UNTER DRUCK.

Dennoch erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass die EU Lösungen vorlegt, um die sich verstärkenden Auswirkungen der Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, abzumildern. Die hohe Unterstützung für die Union als solche wird fortgesetzt, beruht jedoch auf den Erfahrungen der letzten Jahre, wonach die EU Lösungen für die erfolgreiche Bewältigung solcher Krisen finden würde. Der Rückgang von fünf Punkten seit Frühjahr 2022 (52 % bis 47 %) der Bürger, die ein positives Bild von der EU haben, könnte als Warnung angesehen werden, dass die EU tatsächlich bald liefern müsste.

10. EUROPAWAHLEN AM HORIZONT.

Eine Mehrheit (54 %) bekundet Interesse an den Europawahlen im Jahr 2024, 45 % sagen, dass sie es nicht tun. Wenn Europawahlen nächste Woche stattfinden würden, würden 67 % wahrscheinlich abstimmen (mit einer Punktzahl von 7 bis 10 auf einer 10-Punkte-Skala).

EXECUTIVE ZUSAMMENFASSUNG

Die globale Polykrise stellt die Bürgerinnen und Bürger vor vielfältige, tiefgreifende Herausforderungen. In der Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2022 des Parlaments wird sie klar formuliert und zeigt die erheblichen Auswirkungen der Lebenshaltungskostenkrise auf das tägliche Leben auf. Trotz dieser Sorgen ist die Unterstützung für die EU jedoch nach wie vor hoch. In der gesamten Europäischen Union fordern die Bürgerinnen und Bürger das Europäische Parlament auf, die Demokratie zu verteidigen, die Menschenrechte und die Gedankenfreiheit zu schützen. Sie wollen auch den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, „öffentliche Gesundheit“, „Maßnahmen gegen den Klimawandel“ und „Unterstützung der Wirtschaft“ priorisieren.

STEIGENDE KOSTEN FÜR LIFING ALS KERNANLIEGEN

Unter den vielen Themen sind die steigenden Lebenshaltungskosten derzeit für fast alle Befragten (93 %) in dieser Umfrage für alle Altersgruppen, Geschlechter, Bildungs- und sozioökonomischen Hintergründe am dringlichsten. Es ist auch das dringlichste Thema in allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Schwedens.

Unabhängig von den Auswirkungen auf den persönlichen Lebensstandard nennen die Europäer „die steigenden Lebenshaltungskosten“ als ihre Hauptsorge. Selbst diejenigen, die (fast) keine Schwierigkeiten bei der Begleichung von Rechnungen haben, sind besorgt über das Problem (91 %), verglichen mit 96 % derjenigen, die die meiste Zeit mit Schwierigkeiten zu tun haben.

Dieses Problem betrifft alle Mitgliedstaaten, wobei der Anteil der besorgten Bürger in allen Ländern mit Ausnahme Österreichs (89 %), Slowenien (88 %), Rumänien (82 %), Niederlande (81 %), Dänemark (77 %) und Schweden (74 %) 90 % übersteigt.

Ganz im Einklang mit dieser Feststellung stehen Armut und soziale Ausgrenzung, die auch in den Köpfen der Europäer hoch ist

(82 %). Für diejenigen, die sagen, dass ihr persönlicher Lebensstandard bereits gesunken ist, ist Armut und soziale Ausgrenzung die zweitgrößte Sorge.

(90 %). Besonders verbreitet ist sie in Zypern (94 %) und Mitgliedstaaten, die am stärksten von der Euro-Krise betroffen waren, darunter Griechenland (97 %), Portugal (95 %), Spanien (93 %) und Italien (92 %).

„Die Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder“ ist die dritthäufigste Besorgnis (81 %). Die Befragten in Malta (93 %), Portugal (91 %), Polen (91 %) und Litauen (90 %) sind am meisten beunruhigt. Diese Angst ist besonders bei Frauen und älteren Generationen verbreitet. Schließlich ist der Klimawandel nach wie vor ein führendes Thema für 81 % der EU-Bürger, doch nicht nur bei jüngeren Befragten. 81 % der 55-Jährigen halten es für besorgniserregend für sie und ihre nahen, auch wenn sie es weniger wahrscheinlich als vorrangige Priorität des EP betrachten als jüngere Europäer. Das Ausmaß der Besorgnis liegt zwischen 44 % in Estland und 93 % in Malta.

LEBENSSTANDARD IST ALREDY STARK BETROFFEN

Mit Blick auf die finanzielle Lage der Bürger zeigt die Umfrage, dass die Folgen der Polykrise, einschließlich des Krieges in der Ukraine, der COVID-19-Pandemie und der steigenden Inflation, zunehmend zu spüren sind. Fast die Hälfte der EU-Bürger (46 %) gibt an, dass ihr „Lebensstandard bereits gesenkt wurde“, weitere 39 % erwarten im nächsten Jahr Auswirkungen, und nur 14 % erwarten überhaupt keine Veränderung.

Der Lebensstandard von Bürgern mit niedrigerem Bildungsniveau wurde bereits erheblich beeinträchtigt (56 % gegenüber 34 % der noch studierenden Personen).

Es ist wichtig zu beachten, dass der Anteil der bereits betroffenen Bürger von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat erheblich unterschiedlich ist: Am niedrigsten ist er in Schweden (24 %) und Finnland (27 %) und am höchsten in Zypern

(70 %), Griechenland (66 %), Malta (65 %) und Frankreich (62 %). Doch selbst in den nordischen Ländern, in denen ihre derzeitigen Auswirkungen begrenzt sind, spüren die Mehrheiten entweder bereits einen Rückgang des Lebensstandards oder erwarten, dass er in naher Zukunft eintreten wird. 45 % der europäischen Haushalte geben an, dass sie bereits mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, während 54 % sagen, dass sie immer noch bequem leben. Auch hier gibt es starke Unterschiede zwischen den Ländern, wobei der Anteil der Menschen, die mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, in Ländern wie Schweden (13 %), Dänemark (13 %), Finnland (16 %), den Niederlanden (16 %) und Luxemburg (19 %) im Gegensatz zu anderen Ländern wie Griechenland (79 %) und Bulgarien (75 %) deutlich geringer ist. Ein weiterer bezeichnender Indikator für wachsende wirtschaftliche Zwänge ist der Anstieg des Anteils der Bürger, die „meist der Zeit“ oder „manchmal“ mit Zahlungsschwierigkeiten konfrontiert sind, ein Anstieg um neun Prozentpunkte (30 % auf 39 %) seit Herbst 2021 und + 6 Prozentpunkte seit Frühjahr 2022.

Mit Blick auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Lebenshaltungskosten ist jeder dritte Europäer mit den Maßnahmen sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene zufrieden. Die Zufriedenheit liegt zwischen 66 % in Malta und 15 % in Estland für nationale Maßnahmen und zwischen 55 % in Irland und 13 % in Estland für EU-Maßnahmen.

DIE ZUSTIMMUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINE DURCH DIE EU BLEIBT STABIL UND HOCH

Ein wichtiger Einblick in die Umfrage ist die fortwährend widerstandsfähige Unterstützung der europäischen Bürger für die Ukraine: 74 % der Befragten stimmen der Unterstützung der EU nach der Invasion Russlands im Allgemeinen zu, und 73 % billigen die konkreten „Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine“, wie Sanktionen gegen die russische Regierung sowie finanzielle, militärische und humanitäre Unterstützung für die Ukraine. In allen Mitgliedstaaten ist der Anteil der Personen, die die Unterstützung der EU bewilligen, höher als diejenigen, die die Ablehnung bekunden, wobei

Schweden (97 %), Finnland (95 %), die Niederlande (93 %), Portugal (92 %) und Dänemark (92 %) am höchsten sind.

Mit Blick auf mögliche Zusammenhänge zwischen der öffentlichen Unterstützung für die Ukraine und individuellen Finanzsituationen ergeben sich eine Reihe interessanter Erkenntnisse: Bürger in Mitgliedstaaten mit einem höheren Pro-Kopf-BIP werden eher die EU-Unterstützung für die Ukraine genehmigen. Auf der anderen Seite – und vielleicht noch deutlicher, wenn man bedenkt, wo die Mehrheit der europäischen Bürger persönlich zu dieser Frage steht – ist die Zustimmung der Unterstützung der EU für die Ukraine unabhängig von den nationalen Inflationsraten und der Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch. Selbst eine Mehrheit der EU-Bürger, die mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind, unterstützt die Stellung der EU mit der Ukraine: 70 % derjenigen, deren Lebensstandard gesunken ist, billigen (gegenüber 79 % derjenigen, deren Einkommen noch nicht gesunken ist und 73 % keine Veränderung/Erhöhung erfahren). Auch die Unterstützung ist unabhängig von Altersgruppe, Geschlecht und politischer Zugehörigkeit recht stabil.

Die Bemühungen der Mitgliedstaaten, die Reaktionen auf die Folgen der Invasion zu koordinieren, werden weitgehend begrüßt. 58 % der EU-Bürger sind mit der Zusammenarbeit zwischen den Ländern zufrieden, 37 % dagegen. Besonders hoch ist die Genehmigung in Irland (84 %), Portugal (83 %), Dänemark (83 %), Schweden (81 %) und Finnland (80 %). Die Befragten in Griechenland (34 %), Zypern (40 %) und der Slowakei (41 %) sind am wenigsten zufrieden. Von denjenigen, die mit der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zufrieden sind, um die Folgen des Krieges in der Ukraine anzugehen, möchten 68 %, dass das EP eine wichtigere Rolle spielt, während diejenigen, die ein positives Bild von der EU und dem EP haben, mit der Ebene der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit größerer Wahrscheinlichkeit zufrieden sind.

Angesichts der düsteren Wirtschaftsaussichten in Europa und der vorherrschenden Sorge um

die steigenden Lebenshaltungskosten haben die Bürger verständlicherweise das Gefühl, dass „die Dinge nicht in die richtige Richtung gehen“, weder in ihren jeweiligen Ländern (62 %) noch in der EU (51 %). Die meisten Europäer (65 %) sind auch nicht zuversichtlich, dass ihr Leben so weitergeht wie sie sind. Insbesondere in Ländern mit einem geringeren Pro-Kopf-BIP haben die Bürger eher das Gefühl, dass sich ihr Leben ändern könnte. Zum Beispiel sind in Griechenland nur 10 % zuversichtlich, dass ihr Leben gleich bleiben wird, während die Hälfte der Befragten in Irland davon überzeugt ist. Bürger, die meistens Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, drücken im Allgemeinen weniger Vertrauen in eine stabile Zukunft aus: nur 21 % sind zuversichtlich, im Vergleich zu 35 % unter denen, die (fast) nie auf sie stoßen. Erstere sind auch eher der Meinung, dass die Dinge in ihrem Leben persönlich in die falsche Richtung gehen und in Bezug auf die Zukunft der EU insgesamt weniger optimistisch sind. Aber selbst diejenigen, die bequem leben, glauben meistens, dass sich ihr Leben ändern könnte (59 %). Dennoch ist die Mehrheit der Europäer (57 %) weiterhin optimistisch für die Zukunft der EU. Die optimistischsten Aussichten werden von irischen (84 %) und dänischen (81 %) Befragten ausgedrückt. Dies gilt insbesondere auch für junge Europäer.

DIE WAHRNEHMUNG DER EU UND DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS BLEIBT INSGESAMT POSITIV

Die Wahrnehmung der EU ist bei 47 % der Europäer positiv, bei 38 % neutral und bei 14 % negativ. Nachdem in der Umfrage vom Frühjahr 2022 Rekordergebnisse erzielt wurden, ist das positive Image der EU auf das Niveau von 2020 und 2021 zurückgegangen. In den meisten Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit ein positives Bild von der EU, mit wenigen Ausnahmen, bei denen eine neutrale Meinung vorherrschend ist. Ein negatives Bild der EU ist die Minderheitsansicht in allen europäischen Ländern. Ähnliche Schlussfolgerungen lassen sich in Bezug auf das Image des EP ziehen. Sie hat sich in den letzten Jahren und vor allem seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie stetig verbessert und erreichte in der Frühjahrserhebung 2022 einen Höchststand von 39 %. Ab Herbst 2022 liegt das positive

Image des EP wieder auf dem Niveau von 2020 und 2021 bei 36 %. Das Ergebnis ist am höchsten in Malta (62 %), Irland (58 %) und Schweden (53 %) und am niedrigsten in Griechenland (27 %), Estland (27 %), Slowenien (26 %) und Frankreich (22 %), wo „neutral“ die am häufigsten erwähnte Antwort ist. Eine Mehrheit der Europäer wünscht sich, dass das Europäische Parlament eine wichtigere Rolle spielt (55 %, -3 Prozentpunkte gegenüber Frühjahr 2022 und Herbst 2021). Dies ist die beliebteste Antwort in 23 Mitgliedstaaten mit den höchsten Anteilen in Zypern (87 %), Griechenland (75 %) und Spanien (75 %). Die Europäerinnen und Europäer, die generell positiver gegenüber der EU und dem EP sind, wollen auch, dass das Parlament eine stärkere Rolle spielt, wie es bei den Bürgern der Fall ist, die bei früheren Europa-, nationalen oder Kommunalwahlen abgestimmt haben.

Noch relevanter im aktuellen geopolitischen Kontext ist die Wahrnehmung, dass die EU-Mitgliedschaft eine „gute Sache“ ist (62 %, -3 Prozentpunkte) und bleibt kontinuierlich auf dem höchsten Stand seit 2007. Die meisten Bürgerinnen und Bürger in allen Ländern mit Ausnahme Griechenlands und der Slowakei – wo eine neutralere Wahrnehmung vorherrschend ist – sehen die Vergütung der EU in ihrem Land als „gute Sache“. Am höchsten sind Luxemburg (90 %) und Irland (83 %), während Litauen (+ 17 Prozentpunkte), Malta (+ 17 Prozentpunkte), Finnland (+ 6 Prozentpunkte) und die Slowakei (+ 5 Prozentpunkte) den größten Anstieg gegenüber Herbst 2021 verzeichnen.

Neben der Auffassung, dass die EU-Mitgliedschaft eine „gute Sache“ ist, halten zwei Drittel der Europäer (66 %) die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für „wichtig“. Ein sehr hoher Anteil der Europäer (72 %) würde auch sagen, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat. Dieser Indikator hat sich seit Herbst 2021 nicht geändert, was Anzeichen einer allgemeinen Resilienz in der EU-Bevölkerung unterstützt. Dies ist auch die Mehrheit aller Mitgliedstaaten mit einem Anteil von mehr als 90 % in Malta (95 %), Irland (92 %), Litauen (91 %) und Luxemburg (91 %). Dieses Ergebnis ist in den

meisten Ländern relativ stabil geblieben, wobei die stärksten Zuwächse in Malta (+ 6 Prozentpunkte), Finnland (+ 6 Prozentpunkte) und Schweden (+ 4 Prozentpunkte) zu verzeichnen waren. Jüngere Befragten, regelmäßige Wähler sowie Bürger, die die Wahl für wichtig halten, sagen eher, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat.

Ein weiterer wichtiger Einblick in den aktuellen Kontext besteht darin, dass die Befragten den Beitrag der EU zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit (36 %) als Hauptgrund dafür leisten, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat. Die Ergebnisse für diesen Indikator sind seit Oktober/November 2021 um 6 Punkte gestiegen, was unter den in dieser Frage gestellten Punkten am stärksten zu beobachten ist. Die größten Zuwächse sind Lettland (+ 16 Prozentpunkte), Litauen (+ 15 Prozentpunkte), Niederlande (+ 13 Prozentpunkte), Estland (+ 12 Prozentpunkte), Malta (+ 11 Prozentpunkte) und Polen (+ 11 Prozentpunkte). Dies deutet darauf hin, welche Auswirkungen der russische Krieg gegen die Ukraine haben könnte. Weitere Gründe sind unter anderem die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern (35 %, + 3 Prozentpunkte) und der Beitrag der EU zum Wirtschaftswachstum des jeweiligen Landes (30 %, =). Interessanterweise zeigt letztere den größten Anstieg in Ländern, in denen die Befragten die meisten finanziellen Schwierigkeiten melden, wie beispielsweise in Bulgarien (+ 7 Prozentpunkte), Griechenland (+ 7 Prozentpunkte), Zypern (+ 5 Prozentpunkte) oder der Slowakei (+ 5 Prozentpunkte), was darauf hindeutet, dass die Bürger die EU als Teil der Lösung sehen, wenn sie mit zunehmenden Schwierigkeiten konfrontiert sind.

Was die Werte angeht, die Europäer wollen, dass das EP verteidigt, Demokratie (36 %, -2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2022), der Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit (29 %, + 2 Prozentpunkte) und die Meinungs- und Gedankenfreiheit (28 %, + 1 Prozentpunkte) auf EU-Ebene bilden. Diese Werte werden seit Herbst 2021 am meisten erwähnt und unterstreichen die starke Botschaft, die die Bürger in Bezug auf ihre Erwartungen an das EP senden. Demokratie

als Wert, der eine Sicherung erfordert, wird eher von Europäern erwähnt, die „ein positives Bild“ von der EU und dem EP haben und deren Rolle wichtiger sein möchten. Dieses Segment denkt positiv an die EU-Mitgliedschaft und ist der Meinung, dass die Abstimmung bei den Europawahlen wichtig ist.

Die politischen Prioritäten, die das Europäische Parlament zum Ausdruck gebracht hat, zeugen auch vom politischen Gesamtzusammenhang: Nach dem Frühjahr 2022 liegt die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erneut bei 37 % (-1 Prozentpunkte seit Frühjahr 2022), gefolgt von „Öffentliche Gesundheit“ (34 %, -1 pp), Maßnahmen gegen den Klimawandel (31 %, =) und Unterstützung für die Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze (31 %, + 1 Prozentpunkte). Die Bekämpfung der Armut ist für die Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau und die mit größeren finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind, eine höhere Priorität. Der Kampf gegen den Klimawandel bleibt, wie in früheren Umfragen festgestellt, für jüngere Teilnehmer und Studierende eher eine Priorität. Die öffentliche Gesundheit (42 % bis 34 %) sowie Migration und Asyl (23 % bis 11 %) haben beide im Vergleich zum Herbst 2021 an Bedeutung verloren.

EUROPAWAHLEN AM HORIZONT

In der Herbst-Eurobarometer-Umfrage 2022 des Europäischen Parlaments, die eineinhalb Jahre vor den Europawahlen im Mai 2024 durchgeführt wurde, werden auch die Einstellungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu dieser Umfrage untersucht. Die Europawahlen im Jahr 2024 bleiben im Vergleich zur gleichen Zeit vor den Wahlen 2019 wichtig und bedeutend stärker.

Die Wahl zum Europäischen Parlament ist von großer Bedeutung für 46 % der Europäer, eine mittlere Bedeutung auf 39 % und eine geringe Bedeutung auf 14 %. Er wird für fast ein Viertel der Befragten (24 %) als zentrale Bürgerpflicht (Punkt 10) angesehen. Der Vergleich und der Kontrast zu den Ergebnissen eineinhalb Jahre vor den Europawahlen 2019 zeigt, dass die Bedeutung der Abstimmung bei den Europawahlen um 4 Punkte gestiegen ist, von 42 % im Herbst 2017 auf 46 % im Herbst 2022,

wobei in einer Reihe von Ländern erhebliche Unterschiede bestehen. Die höchsten Zuwächse sind Portugal (+ 19 Prozentpunkte), Griechenland (+ 17 Prozentpunkte), Kroatien (+ 17 Prozentpunkte) und Tschechien (+ 14 Prozentpunkte). Die Anteile sind in Bulgarien (- 5 Prozentpunkte), Deutschland (-4 Prozentpunkte), Frankreich (-4 Prozentpunkte) und Litauen (-4 Prozentpunkte) zurückgegangen. Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (54 %) interessiert sich für die Europawahl 2024, 45 % geben an, dass sie nicht auf dem gleichen Niveau sind wie im Herbst 2017, als das Interesse bei 55 % lag. Seitdem hat es sich in den meisten Ländern stark verändert: am stärksten steigt

Griechenland (+ 14 Prozentpunkte), Kroatien und Portugal (+ 9 Prozentpunkte in beiden Ländern), während Finnland (-14 Prozentpunkte), Estland (-13 Prozentpunkte) und die Niederlande (-13 Prozentpunkte) am stärksten zurückgehen. Schließlich ist die Wahrscheinlichkeit, an den nächsten Europawahlen teilzunehmen, seit Frühjahr 2022 leicht zurückgegangen, aber insgesamt mit 67 % auf EU-Ebene nach wie vor hoch. Die Wahlwahrscheinlichkeit reicht von 49 % in Estland und 51 % in Zypern bis zu über acht in zehn Ländern in Schweden (85 %), den Niederlanden (83 %) und Dänemark (82 %).

DER KONTEXT

Feldarbeit

Die Feldarbeit für die Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2022 des Europäischen Parlaments wurde von Kantar Public zwischen dem 12. Oktober und dem 7. November in allen 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Um die Umfrageergebnisse richtig zu interpretieren, ist es unerlässlich, den politischen und gesellschaftlichen Kontext zum Zeitpunkt der Feldarbeit zu berücksichtigen. Alle nationalen Ergebnisse für die in dieser Umfrage gestellten Fragen – und in Fortsetzung auch der europäischen Durchschnittsergebnisse – müssen vor dem Hintergrund der Situation und der öffentlichen Debatte zum Zeitpunkt der Feldarbeit gesehen werden.

Russlands Krieg gegen die Ukraine

Der öffentliche Diskurs zum Zeitpunkt der Feldarbeit wurde von dem Krieg in der Ukraine dominiert, der am 24. Februar 2022 begann, als der russische Präsident Wladimir Putin seine Truppen befahl, die Ukraine einzudringen. Gerade zu Beginn der Feldarbeit **verschärfte Russland seine Raketen- und Drohnenangriffe** auf die Hauptstadt Kiew und andere Großstädte. Wladimir Putin beschuldigte die Ukraine, eine Brücke zwischen der Krim und dem russischen Festland anzugreifen. Die schweren Luftangriffe auf Kiew, Charkiw, Lemberg und andere ukrainische Städte verursachten Tod und Zerstörung, wobei viele Städte und Dörfer in der gesamten Ukraine ohne Heizung, Strom und Wasser blieben, da Angriffe häufig **auf lebenswichtige zivile Infrastruktur abzielten**. Während der Feldarbeit nahmen **angesichts der vorsätzlichen Angriffe auf Zivilisten und der zivilen Infrastruktur sowie der wachsenden Beweise für andere Kriegsverbrechen immer mehr Aufrufe zur Einrichtung eines speziellen Kriegsverbrechertribunals** zu.

Seit Beginn des Angriffskrieges Russlands **hat die EU der Ukraine humanitäre, politische, finanzielle und militärische Unterstützung geleistet**. Die EU einigte sich sehr schnell auf mehrere Sanktionspakete gegen Russland als Reaktion auf die Invasion¹, die ein Embargo gegen russische Kohle und die Abschaffung bestimmter russischer Banken von SWIFT, einem internationalen Zahlungssystem, umfasste. Am 6. Oktober einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf **das achte Sanktionspaket und reagierten auf** die anhaltenden Eskalationen Russlands, einschließlich der illegalen Annexion der Regionen Donezk, Luhansk, Zaporischzhia und Cherson, die auf Schein-„Referenda“ basieren, zusätzliche Truppen mobilisieren und offene nukleare Bedrohungen ausstellen. Das achte Paket führte unter anderem neue Ausfuhr- und Einfuhrverbote ein, um Russlands Militär und Industrie um Schlüsselkomponenten und Technologien zu berauben, die erforderlich sind, um seinen Krieg auf ukrainischem Territorium zu führen. Das Paket legte auch die Grundlage für den erforderlichen Rechtsrahmen für die Umsetzung der in der G7 vorgesehenen Obergrenze für den Ölpreis.² Darüber hinaus hatten Polen, die baltischen Staaten und Irland zum Zeitpunkt der Feldarbeit bereits einen Vorschlag für ein neuntes Sanktionspaket gegen Moskau vorgelegt, einschließlich Beschränkungen für Belarus zur Unterstützung der russischen Kriegsbemühungen.

1 https://finance.ec.europa.eu/eu-and-world/sanctions-restrictive-measures/sanctions-adopted-following-russias-military-aggression-against-ukraine_en

2 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_5989

Seit Kriegsbeginn hat **Team Europe** (bestehend aus der Europäischen Union, den EU-Mitgliedstaaten – einschließlich ihrer Durchführungsstellen und öffentlichen Entwicklungsbanken – sowie der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) **19,7 Mrd. EUR an finanzieller Unterstützung für die Ukraine mobilisiert.**

Ein Großteil der Unterstützung erfolgt in Form einer Makrofinanzhilfe. Darüber hinaus wurde in der Zeit der Feldarbeit an einem strategischeren und vorhersehbareren Ansatz für die finanzielle Unterstützung der EU für die Ukraine im Jahr 2023 gearbeitet. Im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates vom 20./21. Oktober 2022 schlug die Kommission ein Unterstützungspaket für die Ukraine in Höhe von 18 Mrd. EUR für 2023 vor.³ Am 25. Oktober eröffneten EG-Präsidentin Von der Leyen und Bundeskanzlerin Scholz die Internationale Expertenkonferenz zur Wiederherstellung der Ukraine in Berlin, um über die langfristige Hilfe mit internationalen Gebern zu diskutieren.⁴ Im März 2022 hat die EU die **Richtlinie über den vorübergehenden Schutz aktiviert**, mit der Menschen, die vor dem Krieg fliehen,⁵ unterstützt werden. Seitdem haben ukrainische Flüchtlinge Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis sowie Zugang zur Bildung und zum Arbeitsmarkt. Dieser vorübergehende Schutz wurde im Oktober verlängert und gilt nun bis März 2024.

Während der Feldarbeit einigten sich die EU-Länder darauf, 15.000 ukrainische Soldaten auf europäischem Boden gemeinsam auszubilden, um den **dringenden militärischen Ausbildungsbedarf der Ukraine zu decken** und es dem Land zu ermöglichen, seine territoriale Integrität und Souveränität innerhalb seiner international anerkannten Grenzen zu verteidigen. Darüber hinaus wurden Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) in Höhe von 16 Mio. EUR zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus der ukrainischen Streitkräfte genehmigt.⁶ Gegen Ende der Feldarbeit warnten die russischen Behörden, dass die Ukraine bereit sei, eine „schmutzige Bombe“ zu starten, die einige Analysten als Russland interpretierten, um den Boden für weitere Eskalationen des Krieges vorzubereiten.

Russlands Aggressionskrieg hat auch Störungen der landwirtschaftlichen Produktion, Lieferketten und des Handels ausgelöst, die die Welternährungs- und Düngemittelpreise auf ein beispielloses Niveau gebracht haben. Am Samstag, den 29. Oktober, gab Russland bekannt, dass es seine Teilnahme an einem früheren Abkommen über Getreideexporte aussetzen wird, das **Nahrungsmittel** in seinem Krieg gegen die Ukraine bewaffnet. Am 2. November nahmen die Getreidelieferungen aus der Ukraine jedoch wieder auf, nachdem Russland sich bereit erklärt hatte, der von den Vereinten Nationen unterstützten Initiative für Schwarzes Meer wieder beizutreten, was einen Stillstand beendete, der mit der Wiederbelebung einer globalen Nahrungsmittelkrise drohte, da viele Länder weltweit stark auf Nahrungsmittelexporte aus der Ukraine angewiesen waren.

Am 19. Oktober **verlieh das Europäische Parlament „den tapferen Menschen der Ukraine, vertreten durch ihren Präsidenten, ihren gewählten Führern und der Zivilgesellschaft“ den**

3 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_6699

4 <https://www.consilium.europa.eu/media/59728/2022-10-2021-euco-conclusions-en.pdf>

5 <https://www.schengenvisainfo.com/news/eu-countries-start-implementing-temporary-protection-directive-for-ukrainians>

6 https://www.eeas.europa.eu/eeas/eu-establishes-military-assistance-mission-support-ukrainian-armed-forces-and-endorses_en

Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2022, der jedes Jahr vom Europäischen Parlament zur Ehrung von Einzelpersonen und Organisationen, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen, verliehen wird.⁷

Wirtschaftlicher Kontext

Die Folgen des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine haben die globale Inflation laut der Wirtschaftsprognose der EG vom Herbst 2022 verstärkt.⁸ Die EU gehört aufgrund ihrer geografischen Nähe und ihrer starken Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland zu den am stärksten exponierten Industrieländern. Die **Energieversorgungskrise** trägt zum bereits bestehenden Inflationsdruck und zu Engpässen in der Lieferkette bei, die nicht zuletzt durch die COVID-19-Pandemie und Chinas anhaltende Null-Covid-19-Politik verursacht wurden.

All diese Faktoren erodieren die **Kaufkraft der Haushalte und wirken sich auf die Produktion aus**. Die wirtschaftliche Stimmung ist deutlich gesunken. **Das Wachstum dürfte zum Jahreswechsel deutlich zurückgehen und mehrere Mitgliedstaaten in eine Rezession stürzen**, prognostiziert der Prognosebericht.

Ebenso⁹ betont der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem World Economic Outlook-Bericht, dass es ein **wachsendes Risiko für die Weltwirtschaft gibt, im nächsten Jahr in eine Rezession zu rutschen**. Die globale Wirtschaftstätigkeit erlebt eine breite und stärker als erwartete Abschwächung, wobei die Inflationsraten höher sind als in mehreren Jahrzehnten. Die Krise der Lebenshaltungskosten, die Verschärfung der finanziellen Bedingungen in den meisten Regionen, die russische Invasion in die Ukraine und die anhaltende COVID-19-Pandemie belasten die Aussichten. Das globale Wachstum dürfte sich von 6,0 Prozent im Jahr 2021 auf 3,2 Prozent im Jahr 2022 und 2,7 Prozent im Jahr 2023 verlangsamen. Dies ist das schwächste Wachstumsprofil seit 2001 mit Ausnahme der globalen Finanzkrise und der akuten Phase der COVID-19-Pandemie. Im IWF-Bericht heißt es weiter, dass der Schock durch die Energiekrise in Europa strukturell ist und daher kein vorübergehendes Phänomen sein wird.

Die **jährliche Inflationsrate des Euro-Währungsgebiets lag im Oktober 2022 bei 10,6 %**, verglichen mit 9,9 % im September, so die von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlichten Daten. Der höchste Beitrag zur jährlichen Inflationsrate im Euroraum leistete im Oktober Energie (+ 4,44 Prozentpunkte (pp)), gefolgt von Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak (+ 2,74 Prozentpunkte). **Die jährliche Inflation der Europäischen Union lag im Oktober 2022 bei 11,5 %**, verglichen mit 10,9 % im September. Ein Jahr zuvor lag die Quote bei 4,4 %. Die niedrigsten Jahresraten wurden in Frankreich (7,1 %), Spanien (7,3 %) und Malta (7,4 %) verzeichnet. Die höchsten jährlichen Raten wurden in Estland (22,5 %), Litauen (22,1 %) und Ungarn (21,9 %) verzeichnet.¹⁰ Die Auswirkungen der Inflation spiegeln sich zunehmend in den Kaufgewohnheiten der Verbraucher wider, wobei die Menschen an Feiertagen oder bestimmten Aktivitäten aufgeben, nach mehr Schnäppchen suchen und billigere Produkte kaufen.

7 <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20221017IPR43706/the-ukrainian-people-awarded-the-european-parliament-s-2022-sacharov-prize>

8 https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/autumn-2022-economic-forecast-eu-economy-turning-point_en#media

9 <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2022/10/11/world-economic-outlook-october-2022>

10 <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/15265521/2-17112022-AP-EN.pdf/b6953137-786e-ed9c-5ee2-6812c0f8f07f>

Am 27. Oktober erhöhte die **Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen um 0,75 Prozentpunkte auf ihr höchstes Niveau seit 2009 und führte einen dritten größeren Anstieg der Leitzinsen** in Folge durch.¹¹ Der Referenzzinssatz der EZB liegt nun bei 2 %.

Trotz des herausfordernden Umfelds **hat sich der Markt weiter stark entwickelt**, wobei die Beschäftigung am höchsten seit Jahrzehnten war. Die starke wirtschaftliche Expansion, die mit der Lockerung der COVID-19-Maßnahmen zu verzeichnen war, brachte im ersten Halbjahr 2022 netto weitere zwei Millionen Menschen in die Beschäftigung und erhöhte die Zahl der Erwerbstätigen in der EU auf ein Allzeithoch von 213,4 Millionen. Die Arbeitslosenquote blieb im September bei einem Rekordtief von 6,0 %. Es wird erwartet, dass die Arbeitsmärkte auf die Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit mit einer Verzögerung reagieren, aber weiterhin widerstandsfähig bleiben. Das Beschäftigungswachstum in der EU wird 2022 mit 1,8 % prognostiziert, bevor 2023 ein Stillstand erreicht und 2024 ein moderater Anstieg auf 0,4 % erreicht wird.¹² Im September 2022 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum bei 6,6 %, verglichen mit 6,7 % im August 2022 und einem Rückgang von 7,3 % im September 2021. Die Arbeitslosenquote in der EU lag im September 2022 bei 6,0 %, verglichen mit August 2022 stabil und sank von 6,7 % im September 2021.¹³

Insgesamt sind die **wirtschaftlichen Aussichten nach wie vor von einer außergewöhnlichen Unsicherheit umgeben**, da Russlands Krieg gegen die Ukraine anhält und das Potenzial für weitere wirtschaftliche Störungen noch lange nicht erschöpft ist. Die größte Bedrohung sind ungünstige Entwicklungen auf dem Gasmarkt und das Risiko von Engpässen, insbesondere im Winter 2023-24.

Legislativer Kontext auf EU-Ebene

Der Zeitraum der Feldarbeit war geprägt von laufenden Diskussionen zwischen allen gesetzgeberischen Akteuren über den Umgang mit der **Energiekrise, mit der die EU konfrontiert ist**. Am 18. Oktober legte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen **eine neue Notfallverordnung vor, um die hohen Gaspreise in der EU zu bekämpfen** und die Versorgungssicherheit in den kommenden Wintermonaten zu gewährleisten. In dem Gesetzesentwurf wurden Pläne für gemeinsame Ankäufe von Gas und Solidaritätsregeln zwischen den Mitgliedstaaten zur Bewältigung potenzieller Engpässe vorgelegt. Die Kommission schlug ferner vor, vor April 2023 eine neue Benchmark für den Erdgashandel für LNG zu entwickeln.¹⁴ Das Paket der Kommission enthielt jedoch aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten und der Besorgnis über die Folgen für die Versorgungssicherheit keine sofortige Obergrenze für die Gaspreise.

Am 26. Oktober stellte der Exekutiv-Vizepräsident Timmermans das **Gesetz über sauberere Luft und Wasser** vor. Als „interimiertes“ Ziel schlug die Europäische Kommission vor, **den Jahreshgrenzwert für Stickoxide von 40 auf 20 Mikrogramm zu senken**, während das Ziel einer Luftverschmutzung bis spätestens 2050 erreicht werden soll. Am 27. Oktober haben der

11 <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.mp221027~df1d778b84.en.html>

12 https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/autumn-2022-economic-forecast-eu-economy-turning-point_en#media

13 <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/15228148/3-03112022-AP-EN.pdf/0fb6330c-11bf-3e4a-3590-a1b74ff5104b>

14 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_6225

Europäische Rat und das Parlament den Vorschlag der Kommission **über Emissionsnormen für neue Fahrzeuge**, einschließlich des Endes von Verbrennungsmotoren bis 2035, als wichtigen Schritt zur Erreichung der Klimaziele der EU validiert.¹⁵

Am 12. Oktober empfahl die Europäische Kommission der EU-27, **Bosnien und Herzegowina den Status eines EU-Kandidaten zu gewähren**, und am 18. Oktober forderte das Europäische Parlament den Rat der Europäischen Union auf, bis Ende 2022 einen Beschluss über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum zu erlassen.¹⁶

Die Gespräche und Verhandlungen mit Polen und Ungarn über die Rechtsstaatlichkeitskonditionalität für die Auszahlung von EU-Mitteln wurden während der Feldarbeit fortgesetzt.

Andere Großveranstaltungen auf nationaler oder internationaler Ebene

Im Iran löste der Tod der 22-jährigen kurdischen Frau **Jina Mahsa Amini** in Polizeigewahrsam Demonstrationen und ihre gewaltsame Unterdrückung aus. Vor allem von Frauen und Schulmädchen angeführt, setzten sich die **Proteste, die einen politischen Wandel forderten**, während der Zeit der Feldarbeit fort.

Die Vorbereitungen für die COP 27-Klimakonferenz, beginnend am 6. November in Sharm el-Sheikh/Ägypten, waren während der Feldarbeit im Gange. Im Vorfeld der Konferenz veröffentlichten die World Meteorological Organization (WMO) und der Copernicus Climate Change Service der EU einen Bericht, in dem festgestellt wurde, dass die Temperaturen in Europa in den letzten 30 Jahren mehr als doppelt so hoch wie der globale Durchschnitt sind und dass sie die am schnellsten erwärmende Region der Welt ist.¹⁷ **Klimaaktivisten der „letzten Generation“ machten** auf die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels aufmerksam, indem sie Kunstwerke verwüsten, Straßen blockieren und sich an anderen Maßnahmen des zivilen Ungehorsams beteiligen.

Der chinesische Präsident Xi Jinping sicherte sich nach einem einwöchigen Kongress der Kommunistischen Partei eine historische dritte Amtszeit als Chinas Führer. Er förderte auch einige seiner engsten Verbündeten der Kommunistischen Partei und festigte seine Position.

Am 30. Oktober demonstrierten Zehntausende **Tschechen in Prag gegen den zunehmenden Extremismus und Populismus**, zwei Tage nachdem eine Koalition rechtsextremer politischer Bewegungen, Randgruppen und der kommunistischen Partei am selben Ort protestierten. Viele in der Menge sprachen sich für die Ukraine im Krieg gegen Russland aus, im Gegensatz zu den früheren Protesten, als Teilnehmer, die sich der Europäischen Union und der NATO widersetzen, direkte Gespräche mit Moskau über die Gasversorgung forderten.

In **Großbritannien** kündigte die konservative Premierministerin Liz Truss ihren Rücktritt nach nur 45 Tagen im Amt an und wurde am 25. Oktober von Rishi Sunak gefolgt, der der erste britische Premierminister mit indischem Erbe wurde.

15 <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20221024IPR45734/deal-confirms-zero-emissions-target-for-new-cars-and-vans-in-2035>

16 <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20221014IPR43207/end-discrimination-and-admit-bulgaria-and-romania-to-schengen-meps-demand>

17 <https://public.wmo.int/en/media/press-release/temperatures-europe-increase-more-twice-global-average>

Wahlen

Kurz vor der Feldarbeit **finden in Lettland und Bulgarien Parlamentswahlen** statt.

Die Parlamentswahlen in **Lettland** fanden am 1. Oktober 2022 im Anschluss an das Ende der Wahlperiode der 13. Saeima im Jahr 2018 statt. Die neue Einheitspartei des amtierenden Premierministers Krišjānis Kariņš erhielt den höchsten Prozentsatz der Stimmen (19 %) und gewann die meisten Sitze (26). Am 3. Oktober 2022 ermächtigte Präsident Egils Levits Kariņš, Gespräche zu führen, um eine Koalitionsregierung zu bilden. 59 % der Wahlberechtigten gaben ihre Wahl ab, verglichen mit 55 % in der vorherigen Wahl.¹⁸

Am 2. Oktober 2022 fanden in **Bulgarien** vorgezogene Parlamentswahlen statt. Die vorgezogene Wahl wurde nach dem Sturz der Regierung Petkov, einer Vierparteien-Koalition, im Juni 2022 aufgerufen. Dies war die dritte Parlamentswahl seit 2021, wobei die vorherigen Wahlen im April, Juli und November 2021 stattfanden. GERB und sein langjähriger Führer Boyko Borisov gewannen die letzten Wahlen, aber das neue Parlament bleibt zersplittert und die politische Lage im Land zerbrechlich. Die anhaltende politische Krise und Instabilität hat die landesweite Wahlbeteiligung auf 39,5 % reduziert.¹⁹

Präsidentenwahlen in Österreich: Am 9. Oktober wurde der Amtsinhaber Alexander Van der Bellen in der ersten Runde wieder zum Präsidenten Österreichs gewählt. Als unabhängiger Kandidat, aber aus der österreichischen Grünen Partei hervorgegangen, konzentrierte sich Van der Bellen in seiner Kampagne darauf, „die sichere Wahl in stürmischen Zeiten“ zu sein.

Van der Bellen gewann seine zweite sechsjährige Amtszeit mit 56,7 % der Stimmen. Sechs weitere Kandidaten waren auf dem Wahlgang, von denen der rechte Walter Rosenkranz (FPÖ) mit 17,7 % der Stimmen Zweiter wurde. Alle anderen Kandidaten erzielten unter 10 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 65,2 %.²⁰

Präsidentenwahlen in Slowenien: Am 23. Oktober gewann der konservative Außenminister Anže Logar (34 %) die erste Runde der Präsidentenwahl gegen den Anwalt Nataša Pirc Musar (26,9 %), einen linksliberalen ehemaligen Informationskommissar. Der linke Kandidat Milan Brglez (15,45 %) belegte den dritten Platz unter den sieben Kandidaten, gefolgt von den Kandidaten Vladimir Prebilič (10,60 %), Sabina Senčar (5,94 %), Janez Cigler Kralj (4,37 %) und Miha Kordiš (2,81 %). Die Wahlbeteiligung lag bei 51,7 %. In der Stichwahl am 1.3. November gewann Nataša Pirc Musar und wurde die erste Präsidentin Sloweniens.²¹

Parlamentswahlen in Dänemark: Am 1.^{November} 2022 fanden in Dänemark Parlamentswahlen statt. Premierministerin Mette Frederiksen und ihre sozialdemokratische Partei erreichten mit 27,5 % der Stimmen und 50 Sitzen erstmals eines ihrer besten Ergebnisse in 20 Jahren,²² und dies trotz Frederiksens umstrittener Entscheidung, während der Pandemie, die die Schnellwahlen ausgelöst hatte, alle Nerz zu tilgen. Die starke Darstellung der sozialdemokratischen Partei, die den linken Block dazu veranlasste, die 90 Sitze zu sichern, die für eine Mehrheit im 179-Sitz-Parlament benötigt werden, hat Frederiksens Plan, die Blöcke zu brechen, behindert und eine große Koalition

18 <https://sv2022.cvk.lv/pub/velesanu-rezultati>

19 <https://results.cik.bg/ns2022/rezultati/index.html>

20 <https://bundeswahlen.gv.at/2022/>

21 <https://volitve.dvk-rs.si/vp2022/en/#/rezultati>

22 <https://www.thedanishparliament.dk/news/2022/election-result-2022>

über die traditionelle links-rechte Kluft hinweg gebildet und argumentiert, dass politische Einheit in einer Zeit internationaler Unsicherheit erforderlich sei. Die Wahl kam nur ein paar Wochen nach der Sabotage von zwei Pipelines, die Gas von Russland nach Deutschland durch dänische Gewässer transportierten, was das Gefühl der Sicherheit unter den Dänen beeinflusste. Abgesehen davon waren inländische Fragen wie Steuersenkungen und die Notwendigkeit, die Inflation und die steigenden Energiepreise zu bekämpfen, wichtige Themen in den Kampagnen. Einst ein zentrales Thema, war Einwanderung weniger ein Thema, zum Teil, weil die harte Haltung der Sozialdemokraten zu Migration rechtsgerichteten Parteien einen möglichen Kundgebungspunkt beraubte. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,1 %. Die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung waren zum Zeitpunkt der Feldarbeit im Gange.

Italiens erste Ministerpräsidentin: Am 22. Oktober wurde Giorgia Meloni zur Premierministerin ernannt, nachdem ihre rechtsextremen Parteibrüder Italiens die Wahlen Anfang September 2022 gewonnen hatten. Die rechte Koalition (einschließlich Lega und Forza Italia) kam aus den Wahlen triumphierend hervor, wobei 44 % der Stimmen und Melonis Partei 26 % einnahmen.²³

Am 3. November reiste Ministerpräsident Meloni nach Brüssel, um führende institutionelle Vertreter der EU zu treffen, darunter Kommissionspräsidentin von der Leyen, Präsidentin des Europäischen Rates Michel und Präsidentin des Europäischen Parlaments Metsola. In ihren Sitzungen signalisierte Ministerpräsident Meloni, dass sich die Haltung Italiens zur Migration geändert habe, und stellte fest, dass der Schutz der Außengrenzen zur obersten Priorität geworden sei.

Am 15. Oktober **veröffentlichte die ungarische Regierung eine nationale Konsultationsumfrage**, in der die Bürger aufgefordert wurden, der Opposition der Regierung gegen die **Sanktionspolitik der EU gegen Russland** wegen der Invasion der Ukraine zuzustimmen. Premierminister Viktor Orbán hat sich häufig gegen die Sanktionen ausgesprochen.

METHODIK

Methodik für diese Erhebung

In dieser Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2022, die in Welle 98,1 durchgeführt wurde, wird die Methode der Eurobarometer-Umfragen verwendet, die für die Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Parlaments (Referat für die Überwachung der öffentlichen Meinung) durchgeführt wurden. Die Erhebung wurde von Kantar Public zwischen dem 12. Oktober und dem 7. November 2022 in allen 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Insgesamt wurden 26 431 Interviews durchgeführt. Die EU-Ergebnisse wurden je nach Bevölkerungsgröße in den einzelnen Ländern gewichtet.

Eurobarometer-Umfragen werden von Angesicht zu Angesicht in den Häusern oder vor der Haustür in der Landessprache durchgeführt. In allen Ländern wurde CAPI (Computer Assisted Personal Interviewing) eingesetzt.

In Dänemark und Tschechien wurden einige Interviews mittels Computer Assisted Video Interview (CAVI) durchgeführt. Der Interviewer verwaltet den Fragebogen per Video an den Befragten, in

23 <https://elezioni.interno.gov.it/camera/scrutini/20220925/scrutiniCI>

dem sich beide Teile sehen können: die Bedingungen der Interviews sind sehr ähnlich wie von Angesicht zu Angesicht.

Höhlen

In dieser Umfrage werden mehrere Trendfragen mit dem Parlemeter des Europäischen Parlaments vom Frühjahr 2022 der Eurobarometer-Welle 97.3 verglichen, das im April-Mai 2022 durchgeführt wurde. Aufgrund von COVID-19 war es nicht möglich, persönliche Interviews in allen Ländern durchzuführen. Damals wurde in Belgien, Tschechien, Dänemark, Estland, Malta, Lettland, den Niederlanden, Slowenien, Finnland und Schweden der Face-to-Face-Modus durch Online-Interviews ergänzt.

Einige andere Fragen werden mit dem Parlemeter des Europäischen Parlaments vom Herbst 2021 der Eurobarometer-Welle 96,2 verglichen, die im November-Dezember 2021 durchgeführt wurde. Damals wurde in Belgien, Tschechien, Dänemark, Malta, Slowenien und Finnland der Face-to-Face-Modus durch Online-Interviews ergänzt. In Lettland wurden alle Interviews online geführt.

Diese Änderung im Modus kann sich auf die Ergebnisse auswirken, insbesondere bei Fragen mit spontanen Entscheidungen. Per definitionem werden diese Codes auf dem ersten Bildschirm, der dem Befragten angezeigt wird, nicht angezeigt, sondern nur in einem zweiten Bildschirm angezeigt, wenn der Befragte beschließt, eines der ursprünglich angeforderten Elemente nicht zu wählen. Daher werden spontane Antworten nur geringfügig von denjenigen ausgewählt, die an der Online-Umfrage teilnehmen.

Es ist wichtig, dies bei der Analyse von Evolutionen zu berücksichtigen.

Dennoch haben nationale Entwicklungen mehrere Erklärungen, wobei kontextuelle Veränderungen eine wichtige Rolle spielen.

Im Anschluss an die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wurden die Befragten gefragt, ob sie damit einverstanden wären, Fragen zu Fragen zu stellen, die als „sensibel“ angesehen werden könnten.

Hinweis: In diesem Bericht werden die EU-Länder durch ihre offizielle Abkürzung bezeichnet. Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen entsprechen:

Belgien	WERDEN	Litauen	LT
Bulgarien	BG	Luxemburg	LU
Tschechien	CZ	Ungarn	SCHNÄPPC HEN
Dänemark	DK	Malta	MT
Deutschland	DE	Die Niederlande	NL
Estland	EE	Österreich	BEI
Irland	ÄHM	Polen	P.S.
Griechenland	EL	Portugal	P.S.
Spanien	ES IST	Rumänien	RO
Frankreich	F.F.	Slowenien	S.A.

Kroatien	HR- BERATUNG	Slowakei	SK
Italien	DAS IST	Finnland	FI
Republik Zypern	CY*	Schweden	S.A.
Lettland	LV		

Europäische Union – gewogener Durchschnitt für die 27 Mitgliedstaaten EU-27

BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV, LT Euroraum

BG, CZ, DK, HR, HU, PL, RO, SE außerhalb des Euro-Währungsgebiets

* Zypern als Ganzes ist einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der Besitzstand wurde jedoch in dem Teil des Landes ausgesetzt, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden nur die Befragungen, die in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Teil des Landes durchgeführt werden, in die Kategorie „CY“ und im Durchschnitt der EU-27 aufgenommen.

I. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE EUROPÄISCHEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER

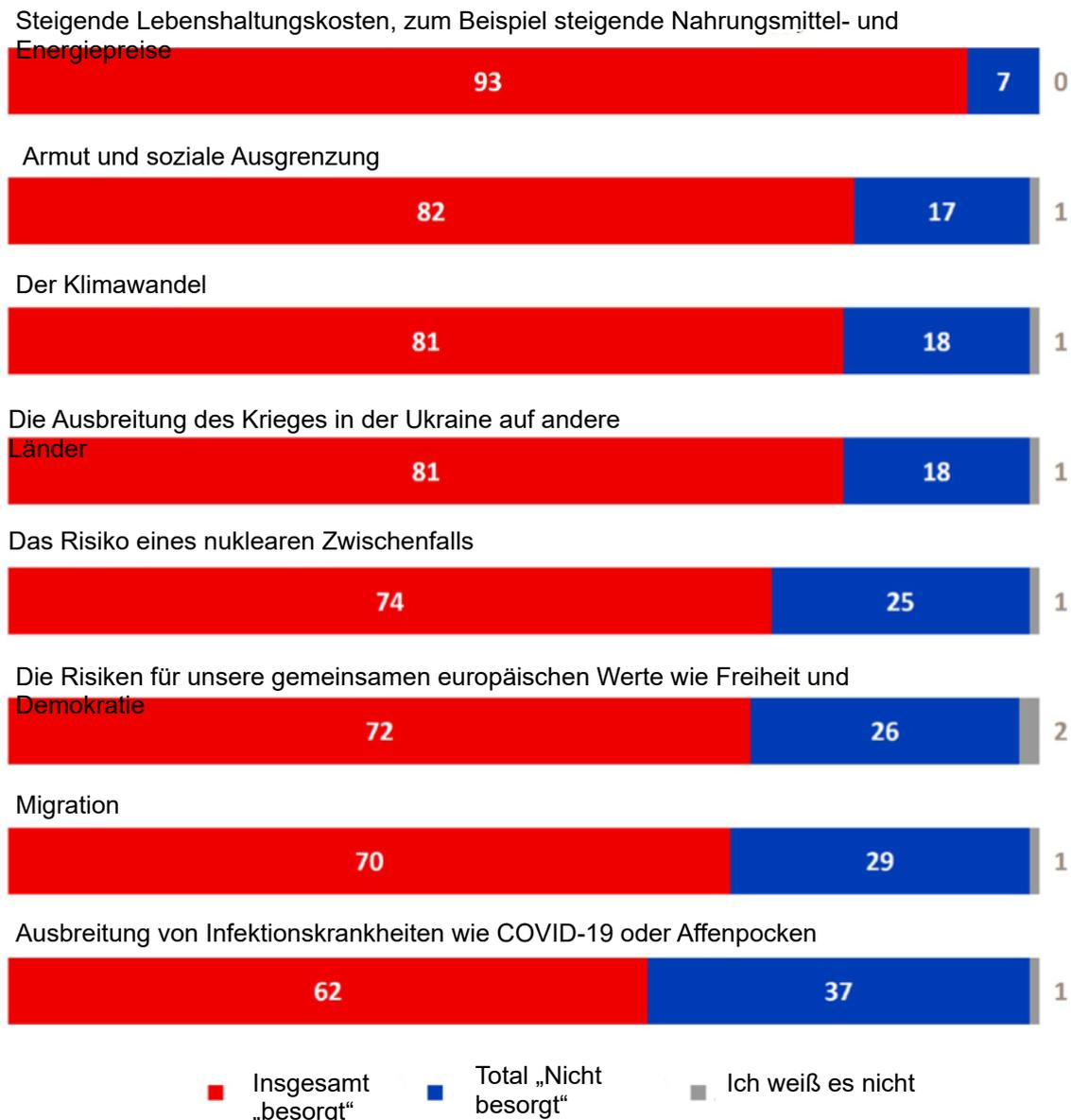
1.1 Die derzeitigen Bedenken der Bürgerinnen und Bürger

Im ersten Kapitel des Berichts werden die Anliegen der EU-Bürger sowie ihre Wahrnehmung der aktuellen Lage in der EU, ihres Landes und ihres eigenen Lebens untersucht. Sie zeigt, dass es zahlreiche Probleme gibt, die die Europäer beunruhigen, vor allem die steigenden Lebenshaltungskosten, aber auch die Armut, der Klimawandel und der Krieg an der EU-Grenze. Dies hat Auswirkungen darauf, wie sie die aktuelle Lage in ihrem Land und in der EU sehen. Im letzten Jahr gab es einige Turbulenzen in Bezug auf die Aussichten der Bürger, aber obwohl sie weniger positiv waren als vor sechs Monaten, sind die Einstellungen widerstandsfähig und optimistisch in der Zukunft der EU nach wie vor hoch.

Die europäischen Bürger sagen, sie seien besorgt über eine Reihe von verschiedenen Themen, wobei mindestens sechs von zehn sagen, dass sie sehr oder leicht besorgt über jedes der acht Themen sind, die in der Frage enthalten sind.

Vor allem sind die Befragten besorgt über die steigenden Lebenshaltungskosten, z. B. steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise (93 %, davon 63 %, die „sehr besorgt“ sind). Es gibt drei weitere Themen, die mindestens acht von zehn Bürgern befürchten, dass sie besorgt sind: Armut und soziale Ausgrenzung (82 %, darunter 45 % „sehr besorgt“), Klimawandel (81 %, darunter 46 % „sehr besorgt“) und die Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder (81 %, darunter 42 % „sehr besorgt“). Darüber hinaus sind mindestens sieben von zehn Menschen besorgt über das Risiko eines nuklearen Zwischenfalls (74 %), die Risiken für gemeinsame europäische Werte wie Freiheit und Demokratie (72 %) und Migration (70 %).

QA18 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? (IN % – EU27)



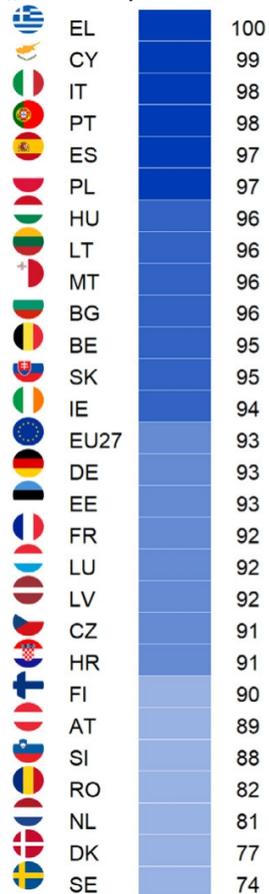
In jedem Land geben mehr als sieben von zehn Befragten an, sie seien besorgt über die **steigenden Lebenshaltungskosten**, und fast alle Befragten sind besorgt in Griechenland (100 %), Zypern (99 %), Italien und Portugal (beide 98 %). In Griechenland (86 %), Zypern (85 %) und Portugal (84 %) sind mehr als acht von zehn „sehr besorgt“. Die Befragten sind am wenigsten besorgt über die steigenden Lebenshaltungskosten in Schweden (74 %), Dänemark (77 %), den Niederlanden (81 %) und Rumänien (82 %).

In den Mitgliedstaaten besteht große Besorgnis über **Armut und soziale Ausgrenzung**. In fünf Ländern machen sich mehr als neun von zehn Befragten Sorgen: Griechenland (97 %), Portugal (95 %), Zypern (94 %), Spanien (93 %) und Italien (92 %). Es gibt auch sieben Länder, in denen

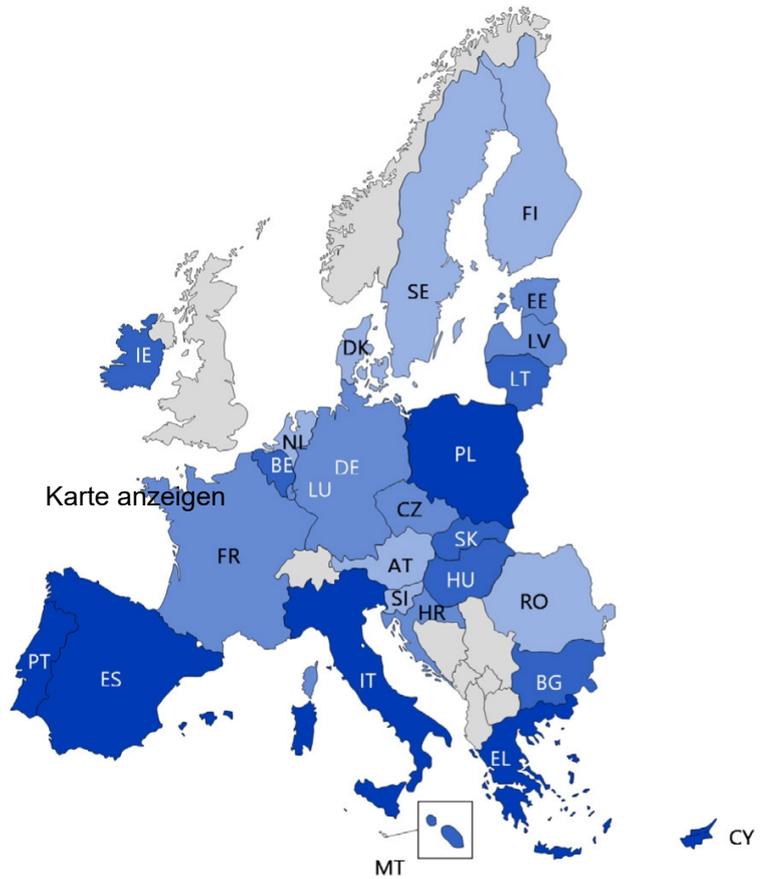
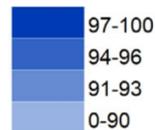
mehr als die Hälfte der Befragten „sehr besorgt“ sind, angeführt von Portugal (75 %), Griechenland (74 %) und Zypern (71 %).

QA18.4 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? Steigende Lebenshaltungskosten, z. B. steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise (% – insgesamt „verworfen“)

(% – insgesamt „verworfen“)

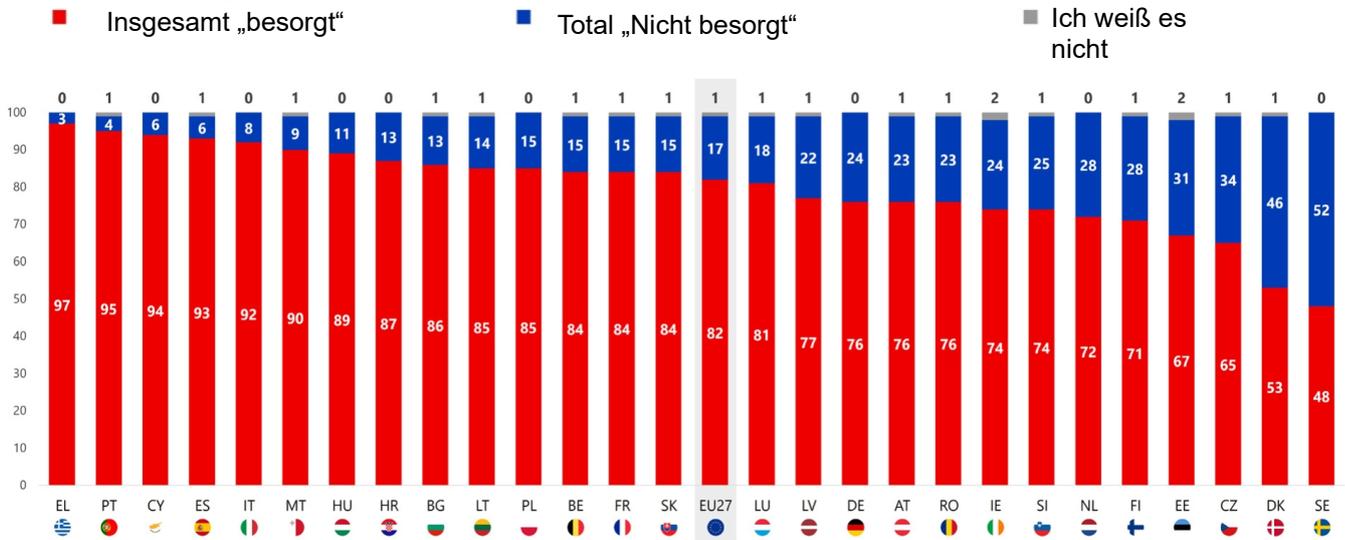


Karte Legende



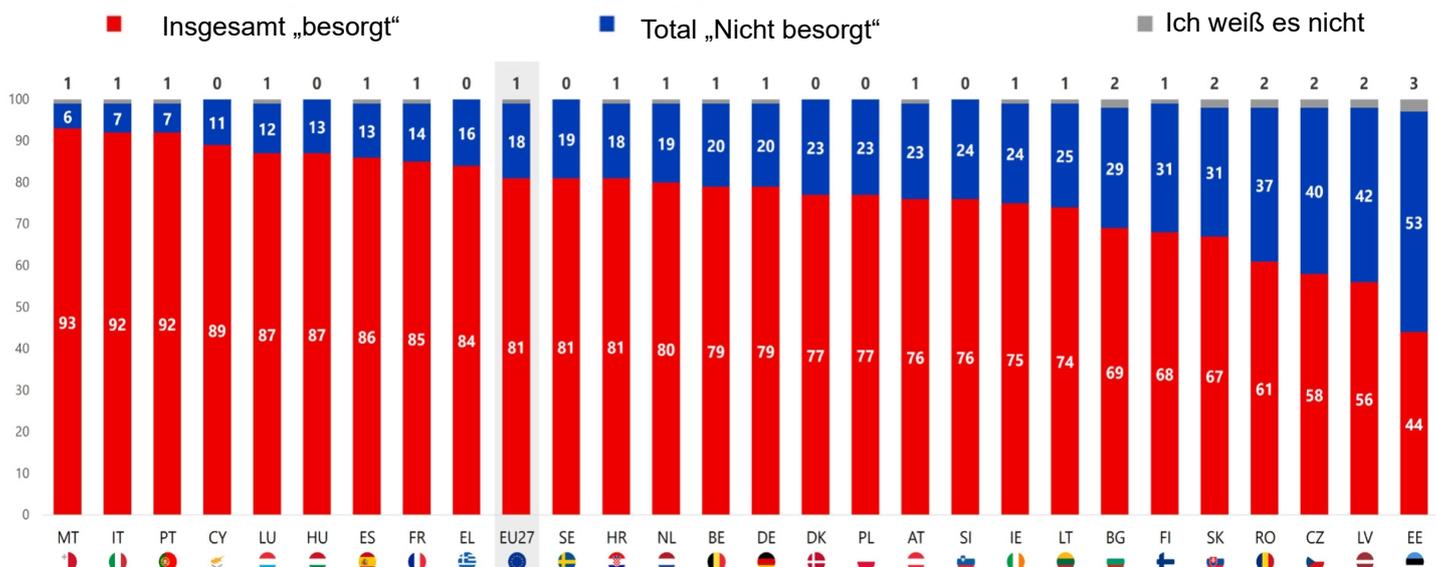
ImGegensatz dazu ist dies bei weniger als der Hälfte der Befragten in Schweden (48 %) der Fall, und der Anteil liegt in Dänemark (53 %), Tschechien (65 %) und Estland (67 %) unter sieben von zehn.

QA18.8 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? (% – Armut und soziale Ausgrenzung)



81 % der EU-Bürger geben an, dass sie sich Sorgen um **den Klimawandel** machen. Dies gilt für mehr als die Hälfte der Befragten in fast jedem Land, wobei die höchsten Anteile in Malta (93 %), Italien und Portugal (beide 92 %) zu verzeichnen sind. Die Ausnahme ist Estland, wo weniger als die Hälfte der Befragten (44 %) über den Klimawandel besorgt sind. Der Anteil, der besagt, dass sie „sehr besorgt“ sind, ist in Zypern (68 %), Malta (62 %), Frankreich und Portugal (jeweils 59 %) am höchsten.

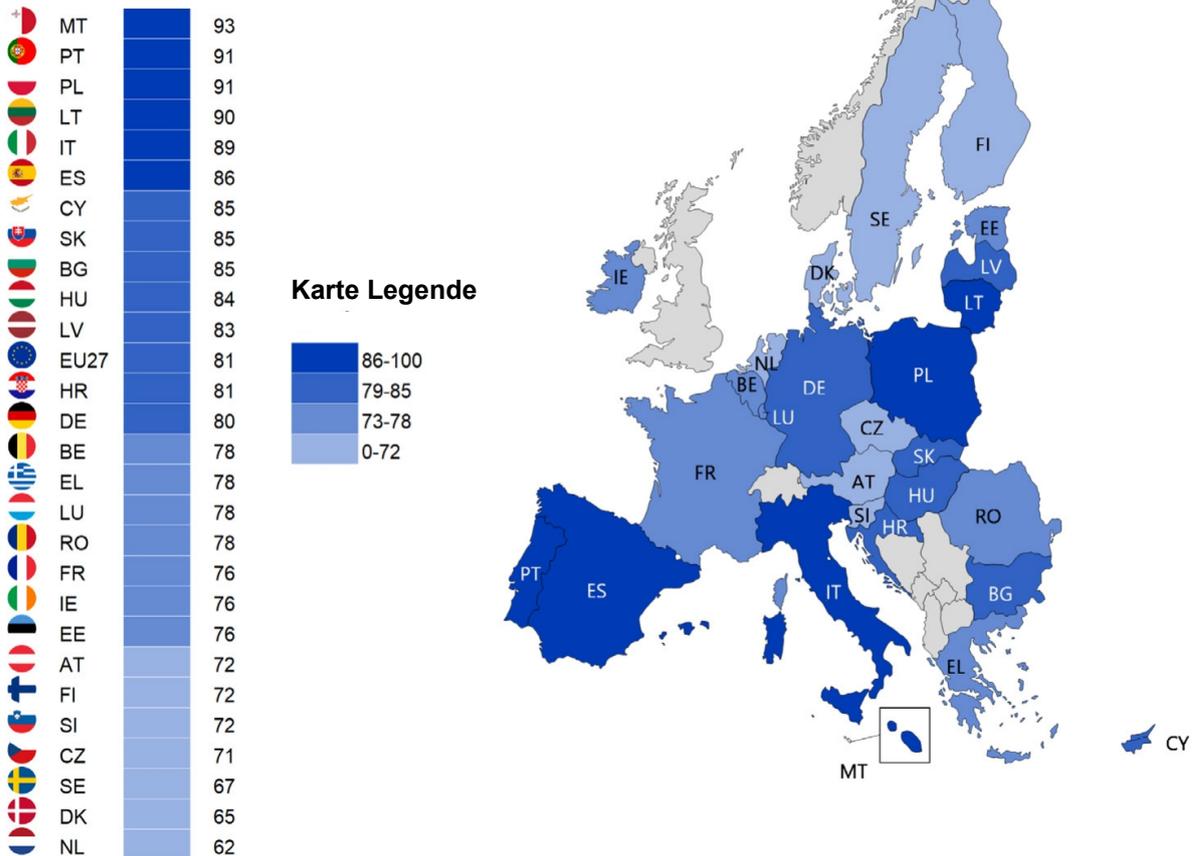
QA18.1 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? (% – Klimawandel)



Mindestens sechs von zehn Befragten in jedem Land sagen, sie seien besorgt über den **Krieg in der Ukraine, der sich auf andere Länder ausbreitet**. Die höchsten Anteile sind Malta (93 %), Polen, Portugal (beide 91 %) und Litauen (90 %), während die niedrigsten Anteile in den

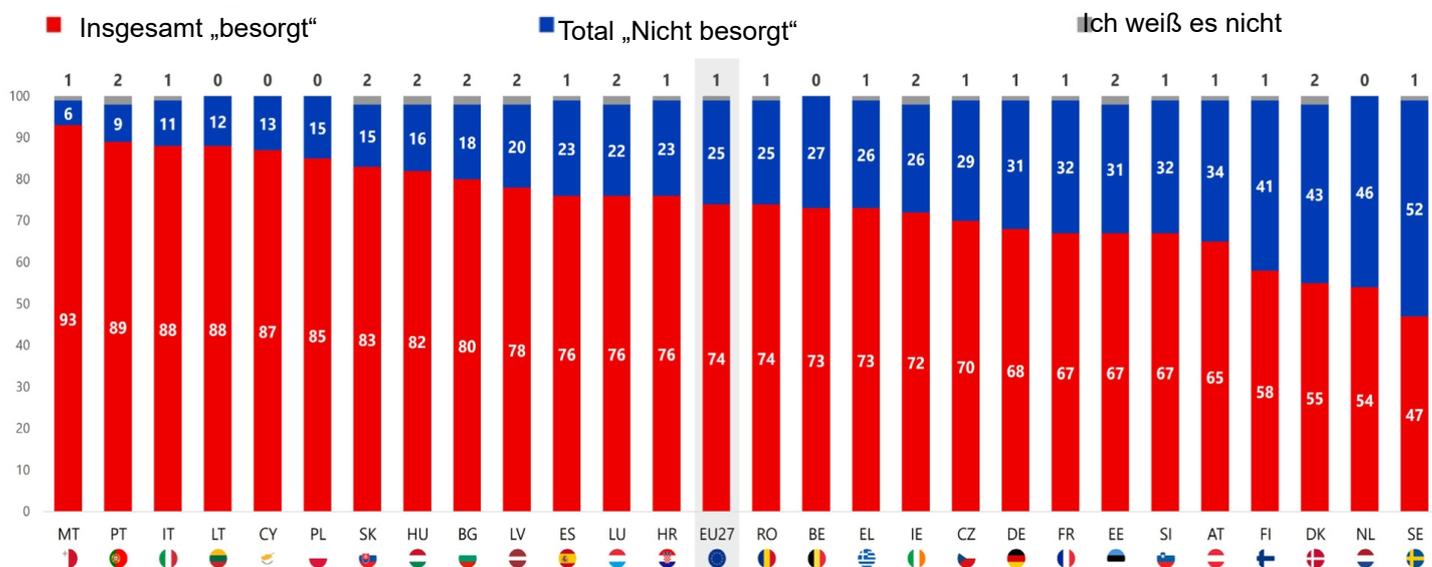
Niederlanden (62 %), Dänemark (65 %) und Schweden (67 %) zu finden sind. Die Befragten sagen am ehesten, sie seien „sehr besorgt“ über die Ausbreitung des Krieges auf andere Länder in Portugal (66 %), Malta (63 %), Zypern (62 %) und Lettland (60 %).

QA18.5 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? Die Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder (% – insgesamt ‚verworfen‘)



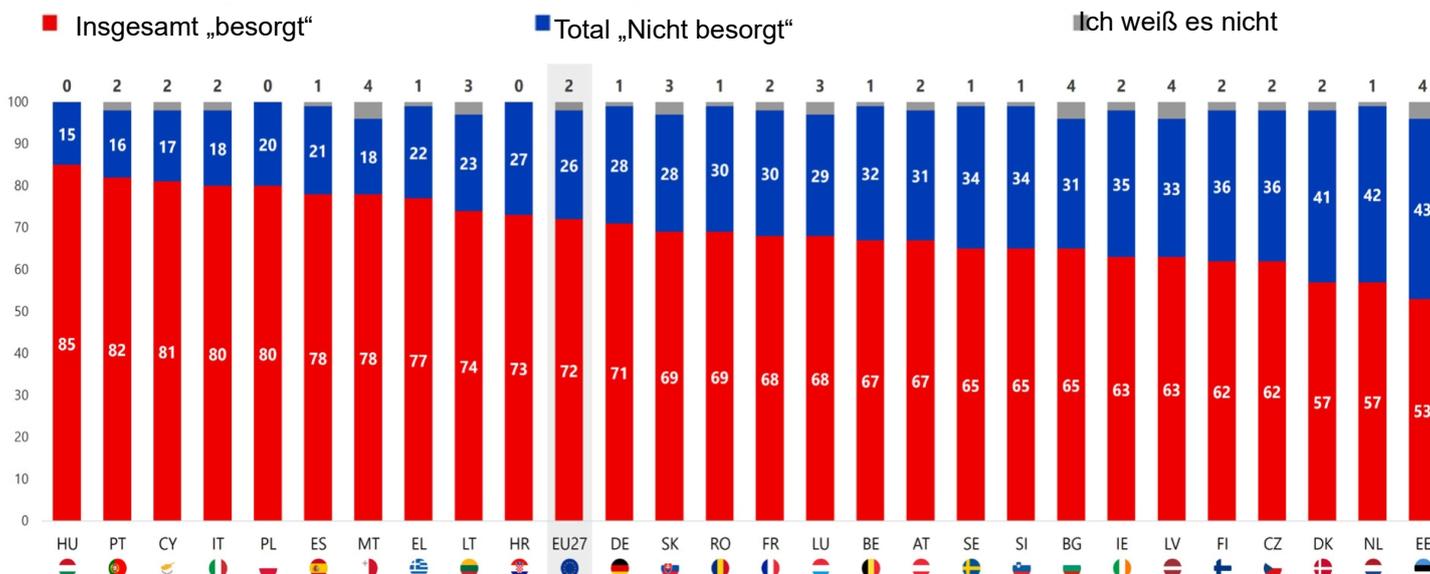
Die Befragten in Malta sagen am ehesten, dass sie über das **Risiko eines nuklearen Unfalls** besorgt sind (93 %), gefolgt von denen in Portugal (89 %), Italien und Litauen (beide 88 %). In Zypern sagen 70 %, dass sie „sehr besorgt“ sind. In Schweden sind weniger als die Hälfte (47 %) über das Risiko eines nuklearen Unfalls besorgt, und der Anteil ist auch in den Niederlanden (54 %), Dänemark (55 %) und Finnland (58 %) relativ gering.

QA18.3 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? (% – das Risiko eines nuklearen Zwischenfalls)



Mehr als die Hälfte der Befragten in jedem Land gibt an, sie seien besorgt über **die Risiken für unsere gemeinsamen europäischen Werte wie Freiheit und Demokratie**. Mindestens acht von zehn sagen, dass sie in Ungarn (85 %), Portugal (82 %), Zypern (81 %), Italien und Polen (beide 80 %) besorgt sind, während der Anteil in Estland (53 %), Dänemark und den Niederlanden (beide 57 %) am niedrigsten ist.

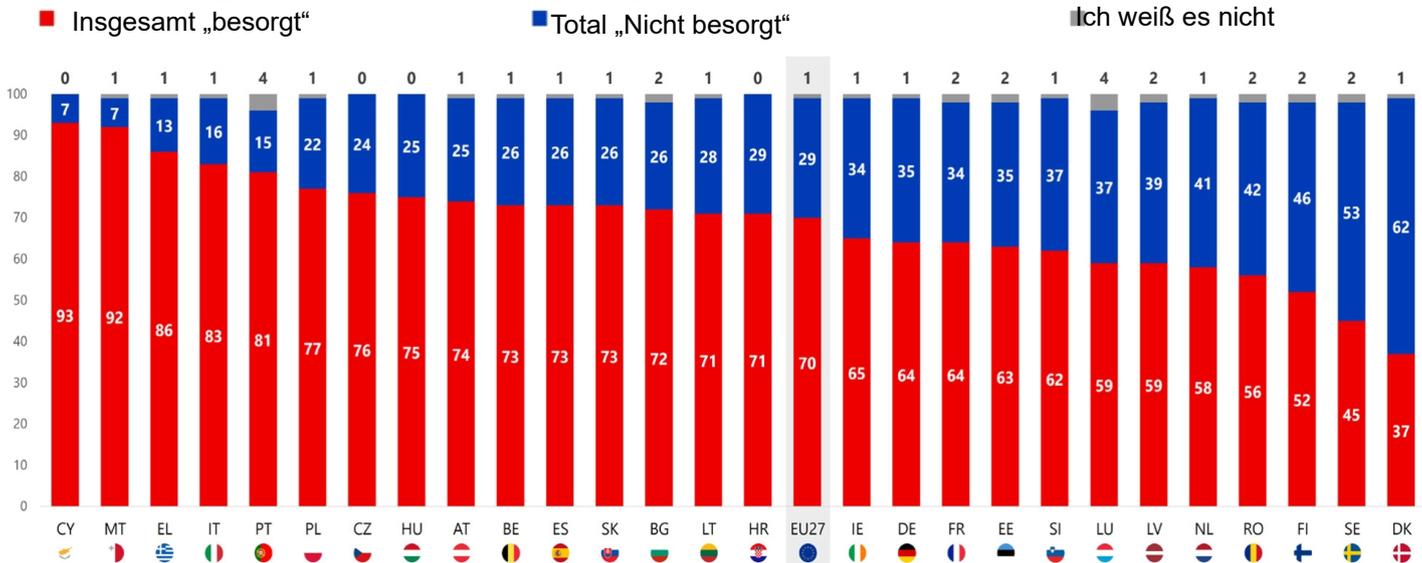
QA18.7 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? (% – Risiken für unsere gemeinsamen europäischen Werte wie Freiheit und Demokratie)



Es gibt große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten beim Anteil der Befragten, die sagen, sie seien besorgt über **Migration**. Dies ist in Zypern (93 %), Malta (92 %), Griechenland (86 %), Italien (83 %) und Portugal (81 %) am höchsten. Tatsächlich sind mehr als die Hälfte der Befragten „sehr besorgt“ über Migration in Zypern (80 %), Malta (58 %) und Griechenland (53 %).

Weniger als die Hälfte der Befragten ist dagegen besorgt über Migration in Dänemark (37 %) und Schweden (45 %).

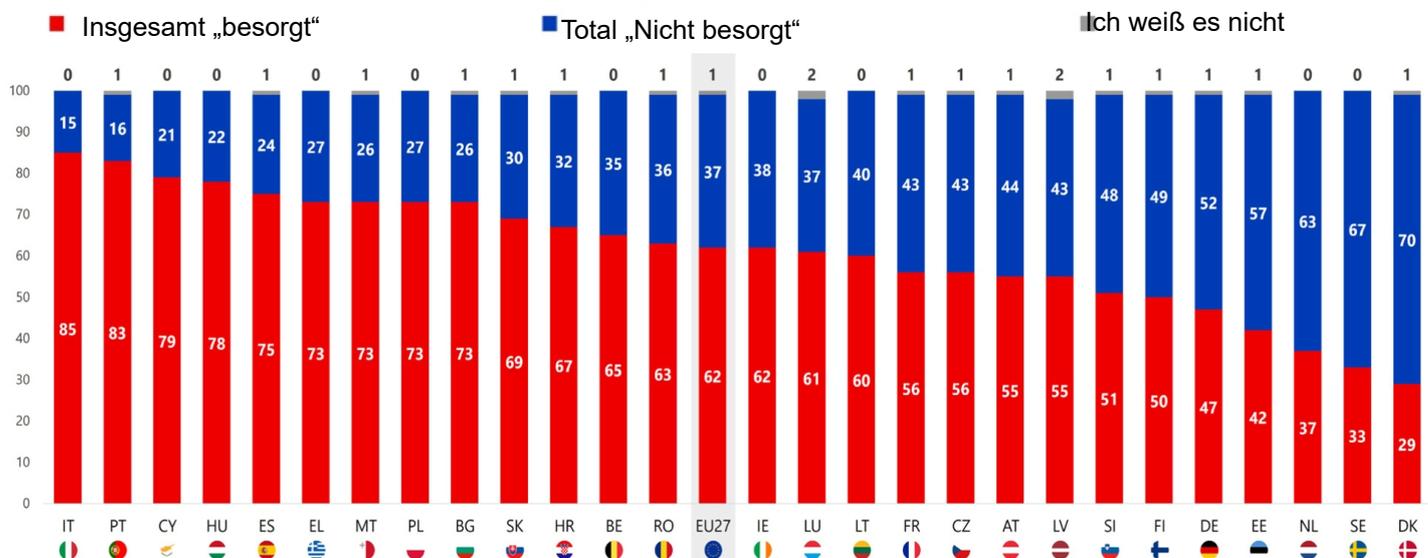
QA18.2 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? (% – Migration)



Es gibt große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten beim Anteil der Befragten, die sagen, sie seien besorgt über die **Ausbreitung von Infektionskrankheiten** wie COVID-19 oder Affenpocken. Dies ist in Italien (85 %), Portugal (83 %), Zypern (79 %) und Ungarn (78 %) am höchsten. Dagegen ist dies bei weniger als der Hälfte der Befragten in Dänemark (29 %), Schweden (33 %), den Niederlanden (37 %), Estland (42 %) und Deutschland (47 %) der Fall.

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass Frauen mehr besorgt sind als Männer über die meisten Probleme. 78 % der Frauen sind besorgt über das Risiko eines nuklearen Unfalls, verglichen mit 69 % der Männer. Es gibt auch deutliche Unterschiede in Bezug auf die Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder (84 % vs. 78 %), die Ausbreitung von Infektionskrankheiten (67 % vs. 59 %), Risiken für unsere gemeinsamen europäischen Werte (75 % vs. 69 %) und Armut und soziale Ausgrenzung (84 % vs. 79 %).

QA18.6 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? (% – Ausbreitung von Infektionskrankheiten wie COVID-19 oder Affenpocken)



In den meisten Fällen sind ältere Menschen besorgter als jüngere Menschen. Der Unterschied ist in Bezug auf Migration am größten: unter den 55-Jährigen sind 74 % besorgt über Migration, aber dieser Anteil sinkt stetig auf 61 % unter den 15- bis 24-Jährigen. Es gibt zwei Ausnahmen von diesem allgemeinen Muster. Jüngere Menschen sind etwas besorgter über den Klimawandel (84 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 81 % in älteren Altersgruppen), während alle Altersgruppen gleichermaßen besorgt über die steigenden Lebenshaltungskosten sind.

Befragten, die früher die Ausbildung verlassen haben, sind eher besorgt über die meisten der Probleme. Dies zeigt sich am deutlichsten in Bezug auf die Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Unter denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 15 oder weniger verlassen haben, sind 76 % besorgt über dieses Problem, verglichen mit 66 % derjenigen, die die Ausbildung im Alter von 16 bis 19 Jahren verlassen haben, und 56 % derjenigen, die im Alter von 20 oder darüber gegangen sind. Ein ähnliches Muster gilt auch für die Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder, Armut und soziale Ausgrenzung, Migration und das Risiko eines nuklearen Unfalls.

Befragten, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sind weniger wahrscheinlich besorgt über mehrere der Probleme. 78 % sind beispielsweise besorgt über Armut und soziale Ausgrenzung, verglichen mit 88 % derer, die Schwierigkeiten haben, von Zeit zu Zeit Rechnungen zu bezahlen, und 91 %, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben. Das gleiche Muster gilt auch für die Sorge um Migration, die Risiken für unsere gemeinsamen europäischen Werte, die Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder und die Ausbreitung von Infektionskrankheiten.

Wenn die Befragten ein positives Bild vom Europäischen Parlament haben, sind sie eher besorgt über den Klimawandel als diejenigen, deren Image vom Europäischen Parlament negativ ist (88 % gegenüber 71 %). Das gleiche Muster gilt in geringerem Maße für die Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder (82 % vs. 77 %) und die Ausbreitung von Infektionskrankheiten (65 % vs. 59 %). Dagegen sind diejenigen, die ein positives Bild des Europäischen Parlaments haben, weniger wahrscheinlich über Migration besorgt (67 % gegenüber 76 % derjenigen mit

einem negativen Bild vom Europäischen Parlament). Schließlich wollen Bürger, die sich mehr Sorgen um Armut und soziale Ausgrenzung und über die Lebenshaltungskosten machen, eher dafür, dass das EP eine wichtigere Rolle spielt.

QA18 Inwiefern sind Sie derzeit besorgt über jedes der folgenden Probleme für Ihr Leben und die Ihrer nahen? (IN % – EU27)

	Der Klimawandel	Migration	Das Risiko eines nuklearen Zwischenfalls	Steigende Lebenshaltungskosten, zum Beispiel steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise	Die Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder	Ausbreitung von Infektionskrankheiten wie COVID-19 oder Affenpocken	Die Risiken für unsere gemeinsamen europäischen Werte wie Freiheit und Demokratie	Armut und soziale Ausgrenzung
EU-27	81	70	74	93	81	62	72	82
Geschlechterverkehr								
Der Mann	80	68	69	92	78	59	69	79
Frau	82	71	78	94	84	67	75	84
Alter								
15-24	84	61	66	93	76	57	66	77
25-39	81	66	70	93	78	57	71	81
40-54	81	70	74	93	81	61	74	83
55+	81	74	77	94	84	68	73	83
Bildung (Ende)								
15—	81	77	81	96	88	76	75	89
16-19	79	73	76	94	82	66	74	84
20+	83	65	69	90	78	56	70	77
Noch studieren	85	59	65	92	76	55	65	79
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen								
Die meiste Zeit	77	75	80	96	86	66	75	91
Von Zeit zu Zeit	83	75	79	95	84	71	78	88
Fast nie	81	65	69	91	78	58	69	78
Bild des Europäischen Parlaments								
Positiv	88	67	74	92	82	65	74	82
Neutral	80	69	73	93	81	62	70	82
Negativ	71	76	73	94	77	59	74	84
Rolle des Europäischen Parlaments								

HERBST 2022 | EB 98.1

Wichtiger	87	68	76	93	83	66	75	84
Weniger wichtig	71	74	72	91	78	58	70	80
Keine Änderung	81	68	73	94	79	59	64	78

1.2 Einstellungen zur Zukunft

Wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, sind die Bürger besorgt über eine Reihe aktueller Themen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Anteil der Bürger, die denken, dass die **Dinge in der EU in die richtige Richtung gehen**, seit April und Mai 2022 zurückgegangen ist. Rund drei von zehn (31 %) haben eine positive Sicht auf die Richtung der EU, was einem Rückgang um 12 Prozentpunkte entspricht. Der Anteil, der das Gefühl hat, dass die Dinge in die falsche Richtung gehen, ist um 11 Punkte auf 51 % gestiegen. Diese Veränderungen haben die positive Verschiebung zwischen November-Dezember 2021 und April-Mai 2022 umgekehrt, so dass die Position jetzt ähnlich ist wie vor einem Jahr.

D73.2 – Würden Sie zur Zeit sagen, dass die Dinge im Allgemeinen in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung gehen, in...? Die Europäische Union (% – EU27)



Die Bürger sind auch in Bezug auf die **Richtung, in die ihr Land geht**, weniger optimistisch. Rund jeder vierte (24 %, -13 Prozentpunkte seit April-Mai 2022) ist der Meinung, dass ihr Land in die richtige Richtung geht. Eine klare Mehrheit (62 %) glaubt nun, dass die Dinge in die falsche Richtung gehen, ein Anstieg von 13 Prozentpunkten seit April-Mai 2022 und der höchste jemals verzeichnete Anteil.

Insgesamt sind die Befragten hinsichtlich der Richtung der EU nach wie vor positiver als die Richtung ihres Landes (31 % gegenüber 24 %), was den längerfristigen Trend fortsetzt.

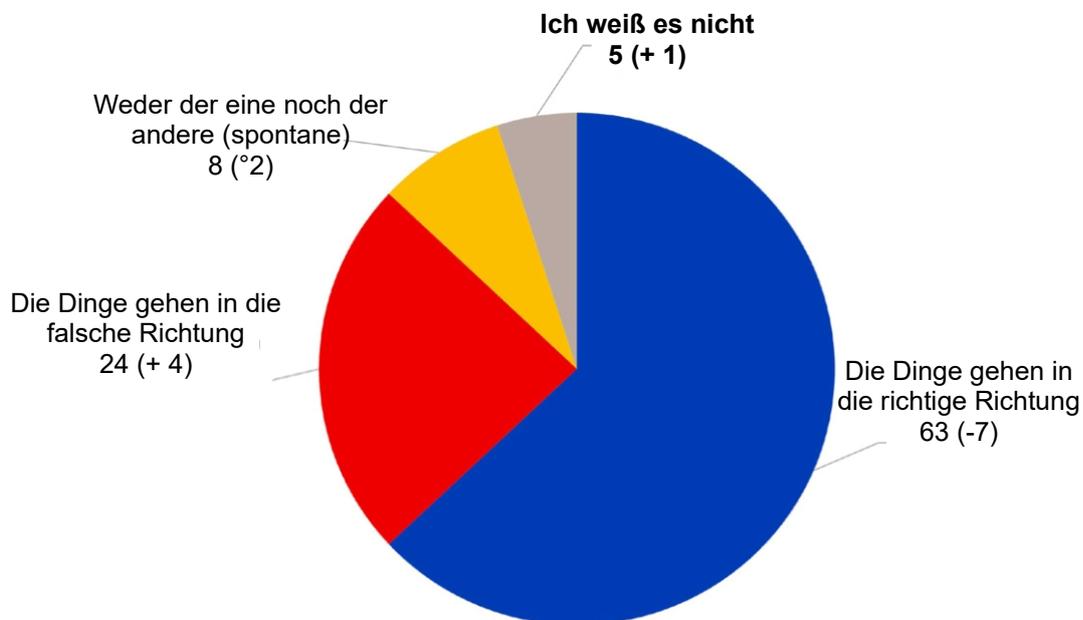
D73.1 – Würden Sie zur Zeit sagen, dass die Dinge im Allgemeinen in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung gehen, in...? (UNSER LAND) (% – EU27)



(Okt/Nov 2022 – Apr/Mai 2022)

Die Bürger sind positiver, wenn sie **ihr Leben persönlich** betrachten, obwohl die Ansichten zu dieser Maßnahme in den letzten sechs Monaten ebenfalls negativer geworden sind. Mehr als sechs von zehn (63 %) glauben, dass die Dinge in ihrem persönlichen Leben in die richtige Richtung gehen (-7 Prozentpunkte seit April-Mai 2022), während 24 % (+ 4 Prozentpunkte) sagen, dass die Dinge in die falsche Richtung gehen.

D73.4- Würden Sie zur Zeit sagen, dass die Dinge im Allgemeinen in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung gehen, in...? Ihr Leben persönlich (% – EU27)



(Okt/Nov 2022 – Apr/Mai 2022)

Es gibt nur drei Mitgliedstaaten, in denen die Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass die Dinge in **ihrem Land in die richtige Richtung** gehen: Luxemburg, Malta (beide 65 %) und Irland (46 %). In den übrigen 24 Ländern ist die Mehrheit der Meinung, dass die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung gehen, wobei diese Ansicht in der Slowakei, Spanien (beide 72 %), Kroatien (71 %), Frankreich und Polen (beide 70 %) am weitesten verbreitet ist.

In allen 27 EU-Mitgliedstaaten sind die Befragten seit April-Mai 2022 weniger optimistisch, obwohl der Rückgang in Griechenland und Kroatien marginal (weniger als drei Prozentpunkte) ist. In vier Ländern ist der Anteil, der denkt, dass die Dinge in ihrem Land in die richtige Richtung gehen, um mehr als 20 Prozentpunkte gesunken: Dänemark (29 %, -31 Prozentpunkte), Portugal (30 %, -25 Prozentpunkte), Estland (29 %, -22 Prozentpunkte) und Belgien (24 %, -21 Prozentpunkte).²⁴

Infolge dieser Änderungen ist die negative Auffassung nunmehr die Mehrheit in Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Portugal, Slowenien und Finnland.

D73.1 Würden Sie zur Zeit sagen, dass die Dinge im Allgemeinen in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung gehen, in...? (UNSER LAND) (%)

²⁴ Während des gesamten Berichts gilt eine Änderung gegenüber der vorherigen Welle als positive oder negative Änderung, wenn sie ± 3 Prozentpunkte oder mehr beträgt. Eine Veränderung von weniger als 3 Prozentpunkten gilt als stabil oder unverändert.

HERBST 2022 | EB 98.1

	EU-27	HR- BER ATU NG	EL	MT	BEI	BG	LU	SK	DAS IST	CY	LV	ES IST	RO	S.A.	CZ	F.F.	P.S.	LT	NL	DE	ÄH M	SC HN ÄPP CH EN	FI	S.A.	WE RD EN	EE	P.S.	DK		
Die Dinge gehen in die richtige Richtung	Okt/Nov 2022	24	21	211	65	37	15	65	18	25	16	37	18	24	34	32	17	19	28	24	29	46	26	27	26	24	29	30	29	
Δ	Apr/Mai 2022	V13	V1	V2	V3	V4	V5	V5	V6	V7	V7	V8	V10 SC HRI FTZ UG	V10 SC HRI FTZ UG	V10 SC HRI FTZ UG	V12	V12	V13	V17	V17	V19 SO RG UN G	V19 VER SO RG UN G	V20 SC HRI FTZ UG	V20 SC HRI FTZ UG	V20 SC HRI FTZ UG	V21	V22	V25	V31 FRA NZ ÖSI SCH	
Die Dinge gehen in die falsche Richtung	Okt/Nov 2022	62	71	6B	13	43	65	19	72	62	64	41	72	68	39	61	70	70	50	65	53	36	68	59	63	65	46	43	48	
Δ	Apr/Mai 2022	*13	*2	3/4	V1	*2	*5	*3	*10	*7	*14	*1	*12	*10	*2	*11	*18	*15	*20	*17	*18	*15	3/4	*19	*16	*14	*17	*20	*20	*20
Weder der eine noch der andere (spontane)	Okt/Nov 2022	8	3	9	18	16	8	12	4	5	16	13	7	3	20	4	7	4	16	10	12.	9	4	7	7	6	12	11	18	
Δ	Apr/Mai 2022	==	V1	V2	*3	*2	V2	*2	V4	V3	V6	*5	V2	*1	*6	*2	V2	==	V3	*1	*1	*5	*1	==	*3	*2	V3	==	*9	
Ich weiß es nicht	Okt/Nov 2022	6	5	3	4	4	12	4	6	8	4	9	3	5	7	3	6	7	6	1	6	9	2	7	4	5	13	16	5	
Δ	Apr/Mai 2022	==	==	==	*1	==	*2	==	==	*3	V1	*2	==	V1	*2	V1	V4	V2	==	V1	==	V1	==	3/4	*3	*2	*5	*5	*2	

In fünf Ländern ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die Dinge in der **EU in die richtige Richtung** gehen: Malta (65 %), Luxemburg, Irland (beide 48 %), Lettland (47 %) und Litauen (40 %). Die Meinung ist in Portugal geteilt (35 % rechte Richtung vs. 35 % falsche Richtung). In den übrigen 21 Ländern sagen die Befragten am ehesten, dass die Dinge in der EU in die falsche Richtung gehen, was vor allem in Griechenland, Belgien (beide 62 %) und Spanien (60 %) der Fall ist.

In Malta ist der Optimismus, dass die Dinge in der EU in die richtige Richtung gehen, seit April-Mai 2022 gestiegen (65 %, + 3 Prozentpunkte). Allerdings ist der Optimismus in 23 Mitgliedstaaten zurückgegangen, vor allem in Dänemark (31 %, -26 Prozentpunkte), Portugal (35 %, -23 Prozentpunkte), Estland (29 %, -21 Prozentpunkte) und Belgien (25 %, -20 Prozentpunkte). Die Ergebnisse sind in den anderen drei Ländern stabil geblieben.

Infolge dieser Änderungen wird die Mehrheit in Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, den Niederlanden, Polen, Portugal, Slowenien, Finnland und Schweden abgelehnt.

D73.2 Würden Sie zur jetzigen Zeit sagen, dass die Dinge im Allgemeinen in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung gehen, in...? Europäische Union (%)

		EU-27	MT	BG	EL	IT	SK	LU	RO	HR	BE	CY	ES	DAS	CZ	P.S.	L	F.F.	SCH	S.A.	LT	NL	DE	ÄHM	FL	S.A.	WE	EE	P.S.	DK
										RA	TU	IST	IST					NÄP								RDE				
										NG								PCH	EN							N				
Die Dinge gehen in die richtige Richtung	Okt/Nov 2022	31	55	35	24	36	26	48	30	30	19	25	31	36	40	47	23	33	34	40	37	31	48	15	35	25	29	35	31	
	Δ Apr/Mai 2022	▼12	※3	▼1	▼1	▼2	▼3	▼4	▼6	▼7	▼7	▼8	▼8	▼9	▼10	▼11	▼12	▼12	▼14	▼15	▼16	▼17	▼17	▼19	▼19	▼20	▼21	▼23	▼26	
Die Dinge gehen in die falsche Richtung	Okt/Nov 2022	51	9	38	62	45	55	32	50	55	56	60	55	55	42	26	59	58	35	30	44	48	31	55	43	62	37	35	49	
	Δ Apr/Mai 2022	※11	▼5	※2	※5	=	※3	※5	※6	¼4	※9	※9	※10	※10	※7	※2	※18	※12	¼4	※15	※9	※15	※12	※12	※5	※15	※17	※16	※12	
Weder der eine noch der andere (spontane)	Okt/Nov 2022	9	14	8	10	14	6	15	4	6	19	9	5	5	7	10	6	5	21	19	13	13	9	7	10	6	11	12	21	
	Δ Apr/Mai 2022	※1	=	▼1	▼3	※1	▼4	※1	=	=	▼2	▼1	▼3	※2	※1	※3	▼2	※1	※6	※1	※6	=	¼4	※3	※5	※2	▼2	※2	※11	
Ich weiß es nicht	Okt/Nov 2022	9	12	18	14	5	13	5	8	9	6	6	9	4	11	17	12	4	11	11	6	8	11	13	12	7	23	1B"	8	
	Δ Apr/Mai 2022	=	※2	=	▼1	※1	L4	▼2	=	※3	=	=	※1	▼2	=	※6	▼4	▼1	¼4	▼1	※1	※1	¼4	※8	※3	※6	※5	※3		

In jedem Mitgliedstaat ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die Dinge in ihrem Privatleben in die richtige Richtung gehen. Die Befragten sagen dies am ehesten in Luxemburg (82 %), Irland und Schweden (beide 80 %), während weniger als die Hälfte der Meinung ist, dass ihr Leben in Portugal (46 %), Polen (47 %) und Rumänien (49 %) in die richtige Richtung verläuft.

In zwei Ländern ist der Optimismus, dass die Dinge im Privatleben der Befragten in die richtige Richtung gehen, seit April-Mai 2022 gestiegen: Slowakei (60 %, + 4 Prozentpunkte) und Österreich (71 %, + 3 Prozentpunkte). In 23 Ländern gab es einen Rückgang des Anteils, der der Meinung ist, dass ihr Leben in die richtige Richtung geht, und sechs Länder weisen einen Rückgang von mehr als 10 Prozentpunkten auf: Portugal (46 %, -19 Prozentpunkte), Belgien (54 %, -18 Prozentpunkte), Polen (46 %, -17 Prozentpunkte), Ungarn (50 %, -13 pp), Finnland (62 %, -12 Prozentpunkte) und Malta (76 %, -12 Prozentpunkte). Es gab keine Veränderung in Griechenland oder Schweden.

D73.4 – Würden Sie zur Zeit sagen, dass die Dinge im Allgemeinen in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung gehen, in...? (% – Dein Leben persönlich)

		EU-27	SK	BEI	EL	S.A.	BG	HR	BE	CY	LT	DE	ES	LV	LU	RO	S.A.	CZ	EE	NL	DK	ÄHM	F.F.	DA	MT	FI	SC	HN	AP	P.S.	WE	P.S.	
								RAT	UN				IST									M	S			PC	HE	N	RD	EN			
								G															IST										
Die Dinge gehen in die richtige Richtung	Okt/Nov 2022	63	60	71	70	80	53	52	68	72	76	67	73	82	49	79	71	71	77	75	80	61	50	76	62	50	47	54	46				
	Δ Apr/Mai 2022	V7	A4	A3	=	V2	V3	V3	V3	V3	V4	V5	V5	V5	V5	V5	V6	V6	V6	V7	V7	V7	V7	V12	V12	V13	V17	V18					
Die Dinge gehen in die falsche Richtung	Okt/Nov 2022	24	23	13	16	10	17	34	13	11	13	23	12	7	40	9	22	11	11	12	9	26	36	5	15	41	36	35	28				
	Δ Apr/Mai 2022	A4	V5	V4	V3	V3	=	A3	A2	A3	A2	A4	=	A3	A3	V1	A6	A4	A2	A1	A4	A7	A5	A3	V1	A11	A11	A13	A9				
Weder der eine noch der andere (spontane)	Okt/Nov 2022	8	11	14	11	8	13	8	16	15	9	8	8	9	5	9	3	8	10	11	6	8	8	16	14	6	7	5	12				
	Δ Apr/Mai 2022	A2	V1	A2	A2	A4	V2	=	A1	V1	A3	A2	A2	A3	A2	A4	=	V1	A3	A5	A2	A1	=	A9	A8	A1	A4	A2	A4				
Ich weiß es	Okt/Nov 2022	5	6	2	3	2	17	6	3	4	2	2	7	2	6	3	4	10	2	2	5	5	6	3	9	3	10	6	14				

2022
 nicht Δ Apr/Mai 2022 A1 A2 V1 A1 A1 A5 == == A1 V1 V1 A3 V1 == A2 == A3 A1 A1 A1 V1 A2 == A5 A1 A2 A3 A6

Die soziodemografische Analyse verdeutlicht, dass die Befragten, die länger in der Ausbildung waren und weniger finanzielle Schwierigkeiten haben, eher sagen, dass die Dinge in der EU in die richtige Richtung gehen. Insbesondere die Befragten, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber verlassen haben, sagen eher, dass die Dinge in **der EU in die richtige Richtung** gehen (36 %), verglichen mit denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 15 Jahren (22 %) verlassen haben. Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, denken eher, dass die Dinge in die richtige Richtung gehen (35 %) als diejenigen, die meistens Schwierigkeiten haben (16 %).

Es gibt auch Unterschiede nach Altersgruppe. Die 15- bis 24-Jährigen sind die einzige Gruppe, die einen gleichen Anteil an positiven und negativen Ansichten darüber äußert, wie die Dinge in der EU verlaufen (beide 39 %). Im Gegensatz dazu sagen die 40- bis 54-Jährigen doppelt so häufig, dass die Dinge in der EU in die falsche Richtung gehen (56 %) als in die richtige Richtung gehen (28 %).

Mit Blick auf die sozioprofessionellen Gruppen sagen Manager am ehesten, dass die Dinge auf EU-Ebene in die richtige Richtung gehen (40 %), während arbeitslose Befragten und Hausangestellte am wenigsten sagen, dass die Dinge in die richtige Richtung gehen (beide 21 %).

Schließlich denken die Befragten, die der europäischen Politik folgen, eher zu denken, dass die Dinge in der EU in die richtige Richtung gehen (37 %) als diejenigen, die dies nicht tun (23 %).

D73.2 – Würden Sie zur Zeit sagen, dass die Dinge im Allgemeinen in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung gehen, in...? Europäische Union (%)

	Die Dinge gehen in die richtige Richtung	Die Dinge gehen in die falsche Richtung	Weder der eine noch der andere (spontane)	Ich weiß es nicht
EU-27	31	51		9
Alter				
15-24	39	39		13
25-39	33	53		6
40-54	28	56		8
55+	29	51		10
Bildung (Ende)				
15—	22	58		12
16-19	29	55		8
20+	36	46		8
Noch studieren	39	41		11
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	32	51		8
Führungskraft	40	43		6
Andere weiße Kragen	35	51		6
Manuelle Arbeiter	27	57		8
Haus-Personen	21	61		12
Arbeitslose	21	62		9
Im Ruhestand	28	50		12
Schülerinnen und Schüler	39	41		11

Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	16	71	5	8
Von Zeit zu Zeit	27	58	7	8
Fast nie/niemals	35	45	10	10
Folgen Sie der europäischen Politik				
Folgen Sie	37	47	10	6
Nicht folgen	23	56	8	13

Die soziodemografische Analyse zeigt weniger Unterschiede auf nationaler Ebene als auf EU-Ebene. Zum Beispiel sind die Ergebnisse nach Altersgruppe in Bezug auf die Befragten, die denken, dass die Dinge in **ihrem Land in die richtige Richtung** gehen, ähnlich.

Es gibt einen leichten Unterschied nach Bildungsniveau, wobei diejenigen, die die Ausbildung im Alter von 20 oder mehr verließen, eher sagen, dass die Dinge in ihrem Land in die richtige Richtung gehen (27 %), verglichen mit denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 15 Jahren (20 %) verlassen haben. Von den sozioprofessionellen Gruppen sagen Manager am ehesten, dass die Dinge auf nationaler Ebene in die richtige Richtung gehen (30 %), wobei arbeitslose Befragten (18 %), Haushälter und Arbeiter (beide 19 %) dies am wenigsten sagen.

Es gibt einen deutlichen Unterschied in Bezug auf finanzielle Schwierigkeiten. Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, denken eher, dass die Dinge in ihrem Land in die richtige Richtung gehen (28 %) als diejenigen, die Schwierigkeiten haben, die meiste Zeit Rechnungen zu bezahlen (13 %).

Die Einstellungen zur Lage auf nationaler und EU-Ebene sind miteinander verknüpft. Von denen, die denken, dass die Dinge auf EU-Ebene in die richtige Richtung gehen, denken 61 % auch, dass es in ihrem Land gut läuft. Im Gegensatz dazu denken 90 % derjenigen, die eine negative Sicht auf die Dinge auf EU-Ebene haben, auch auf nationaler Ebene, dass die Dinge in die falsche Richtung gehen.

D73.1 Würden Sie zur Zeit sagen, dass die Dinge im Allgemeinen in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung gehen, in...? (UNSER LAND) (% – EU)

	Die Dinge gehen in die richtige Richtung	Die Dinge gehen in die falsche Richtung	Weder der eine noch der andere (spontane)	Ich weiß es nicht
EU-27	24	62		8
Alter				
15-24	27	57		8
25-39	24	65		7
40-54	22	66		7
55+	25	60		8
Bildung (Ende)				
15—	20	67		6
16-19	23	65		7
20+	27	59		9
Noch studieren	27	56		8
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	25	62		8
Führungskraft	30	56		10
Andere weiße Kragen	25	64		7

Manuelle Arbeiter	19	70	6	5
Haus-Personen	19	69	6	6
Arbeitslose	18	71	6	5
Im Ruhestand	26	58	8	8
Schülerinnen und Schüler	27	56	8	9
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	13	79	4	4
Von Zeit zu Zeit	20	69	6	5
Fast nie/niemals	28	57	9	6
Die Dinge in der EU gehen in...				
Richtige Richtung	61	33	4	2
Falsche Richtung	8	90	1	1
Auch nicht	7	29	61	3

In der soziodemografischen Analyse sagen jüngere Befragten eher, dass die Dinge in **ihrem Leben persönlich in die richtige Richtung** gehen. Der Anteil reicht von 73 % unter den 15- bis 24-Jährigen bis zu 59 % unter den 55-Jährigen.

Wieder einmal gibt es Unterschiede nach Bildungsniveau und finanzieller Situation. Diejenigen, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber verlassen haben, sagen eher, dass die Dinge in ihrem Leben persönlich in die richtige Richtung gehen (71 %) diejenigen, die im Alter von 16-19 Jahren (59 %) oder mit 15 oder darunter (49 %) gegangen sind. Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, denken eher, dass die Dinge in ihrem Leben in die richtige Richtung gehen (74 %) als diejenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben (32 %).

Von den sozioprofessionellen Gruppen sagen Manager am ehesten, dass die Dinge in ihrem Leben persönlich in die richtige Richtung gehen (76 %), während der Anteil unter den Arbeitslosen am niedrigsten ist (38 %).

D73.4 Würden Sie zur Zeit sagen, dass die Dinge im Allgemeinen in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung gehen, in...? Ihr Leben persönlich (%-EU)

	Die Dinge gehen in die richtige Richtung	Die Dinge gehen in die falsche Richtung	Weder der eine noch der andere (spontane)	Ich weiß es nicht
EU-27	63	24	8	5
Alter				
15-24	73	17	7	3
25-39	65	25	6	4
40-54	60	27	8	5
55+	59	25	10	6
Bildung (Ende)				
15—	49	35	10	6
16-19	59	28	8	5
20+	71	17	8	4
Noch studieren	76	15	6	3

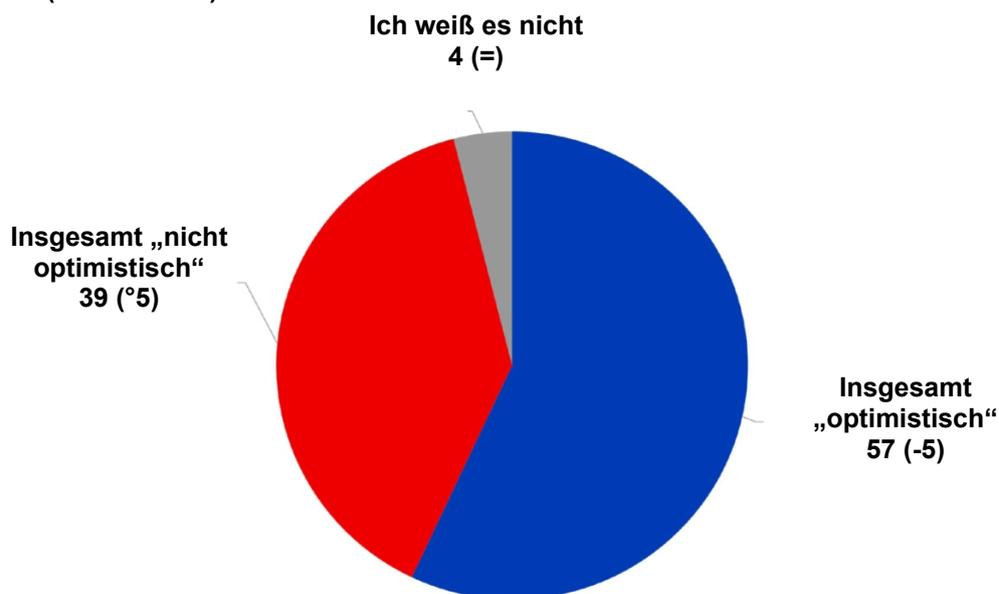
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	68	20	8	4
Führungskraft	76	14	7	3
Andere weiße Kragen	68	21	7	4
Manuelle Arbeiter	57	31	7	5
Haus-Personen	47	38	11	4
Arbeitslose	38	44	12	6
Im Ruhestand	60	24	10	6
Schülerinnen und Schüler	76	15	6	3
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	32	54	9	5
Von Zeit zu Zeit	49	35	10	6
Fast nie/niemals	74	15	7	4

Angesichts des Rückgangs des Anteils, der der Meinung ist, dass die Dinge in der EU in die richtige Richtung gehen, in den letzten sechs Monaten zurückgegangen ist, ist es keine Überraschung, dass auch der Optimismus in der Zukunft der EU zurückgegangen ist. Die **Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger bleibt jedoch optimistisch.**

Knapp sechs von zehn Europäern (57 %, -5 Prozentpunkte seit April-Mai 2022) geben an, dass sie optimistisch für die Zukunft der EU sind, während 39 % (+ 5 Prozentpunkte) pessimistisch sind.

Der Optimismus in Bezug auf die Zukunft der EU ist im Vergleich zu den Ergebnissen der letzten zehn Jahre nach wie vor auf einem relativ hohen Niveau. Die jüngsten Ergebnisse zeigen jedoch einen Rückgang des Optimismus von April bis Mai 2022, was Teil eines stetigen Rückgangs seit 2020 ist, der mit dem Beginn der COVID-19-Pandemie zusammenfällt.

SD22 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch für die Zukunft der EU sind? (IN % – EU27)



(Okt/Nov 2022 – Apr/Mai 2022)

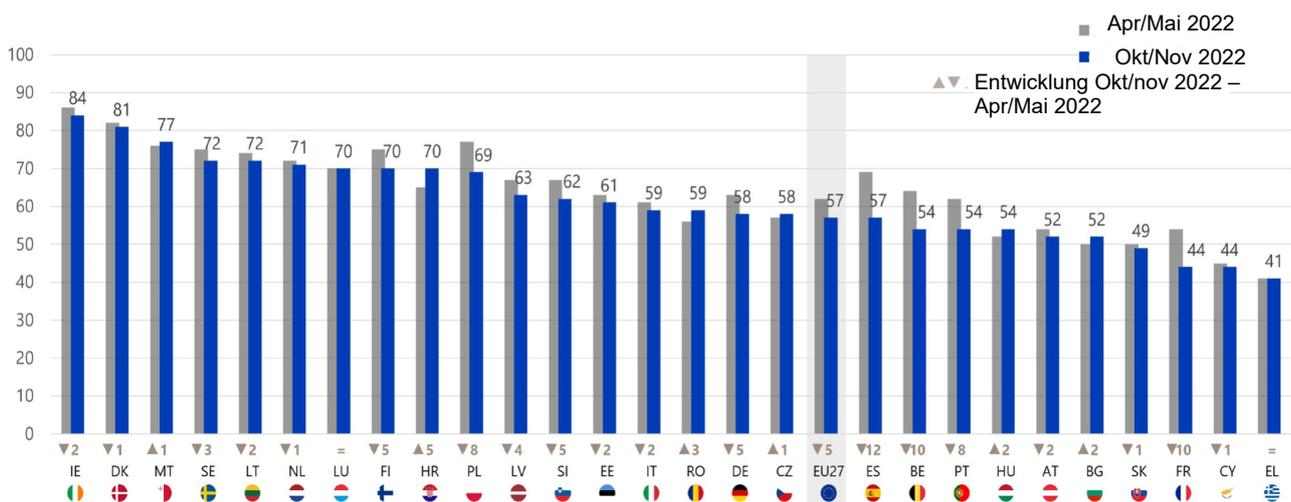
Mit Ausnahme Griechenlands, Zyperns und Frankreichs gibt die Mehrheit der Befragten in jedem Mitgliedstaat an, dass sie optimistisch für die Zukunft der EU sind. Mindestens drei Viertel der Befragten halten dies in Irland (84 %), Dänemark (81 %) und Malta (77 %).

In Griechenland sind 41 % optimistisch und 56 % pessimistisch für die Zukunft der EU. In Zypern sind 44 % optimistisch und 53 % pessimistisch, in Frankreich 44 % optimistisch und 51 % pessimistisch.

Der Optimismus in Bezug auf die Zukunft der EU hat in Kroatien (70 %, + 5 Prozentpunkte) und Rumänien (59 %, + 3 Prozentpunkte) zugenommen. Allerdings ist es in 10 Ländern zurückgegangen, wobei die größten Rückgänge in Spanien (57 %, -12 Prozentpunkte), Belgien (54 %, -10 Prozentpunkte) und Frankreich (44 %, -10 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind. Die Ergebnisse sind in 15 Mitgliedstaaten stabil geblieben.

Durch diese Veränderungen ist Optimismus zur Minderheitsmeinung in Frankreich geworden.

SD22 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch für die Zukunft der EU sind? (% – optimistisch)



Die soziodemografische Analyse verdeutlicht einige Unterschiede im Optimismus in Bezug auf die Zukunft der EU. Diejenigen im Alter von 15 bis 24 Jahren (64 %) sind eher optimistisch in Bezug auf die Zukunft der EU, insbesondere im Vergleich zu den 55-Jährigen (55 %). Die Analyse zeigt auch, dass je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher sind sie optimistisch: 65 %, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, sind positiv für die Zukunft der EU, verglichen mit 45 %, die eine Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben.

Bei den sozioprofessionellen Gruppen sind Führungskräfte (70 %) und Studierende (67 %) am wahrscheinlichsten optimistisch, insbesondere im Vergleich zu Hausangestellten und Arbeitslosen (beide 45 %). Befragten, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (63 %) sind viel eher optimistisch als diejenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben (34 %).

Die Befragten, die ein positives Bild von der EU (85 %) haben, fühlen sich in ihrer Zukunft besonders optimistischer als diejenigen, die eine neutrale (43 %) oder negative (9 %) Sicht auf die

EU haben. Die Befragten, die die europäische Politik verfolgen (66 %) sind auch eher optimistisch für die Zukunft der EU als diejenigen, die solche Nachrichten nicht folgen (47 %).

SD22 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch für die Zukunft der EU sind? (IN % – EU)

	Insgesamt „optimistisch“	Insgesamt „nicht optimistisch“	Ich weiß es nicht	
EU-27	57	39	4	
Alter				
15-24	64	31	5	
25-39	59	38	3	
40-54	58	40	2	
55+	55	40	5	
Bildung (Ende)				
15—	45	49	6	
16-19	55	41	4	
20+	65	32	3	
Noch studieren	67	29	4	
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	58	38	4	
Führungskraft	70	28	2	
Andere weiße Kragen	63	35	2	
Manuelle Arbeiter	54	43	3	
Haus-Personen	45	49	6	
Arbeitslose	45	49	6	
Im Ruhestand	54	40	6	
Schülerinnen und Schüler	67	29	4	
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	34	61	5	
Von Zeit zu Zeit	53	43	4	
Fast nie/niemals	63	33	4	
Bild der EU				
Insgesamt „positiv“	85	13	2	
Neutral	43	50	7	
Insgesamt „Negativ“	9	89	2	
Folgen Sie der europäischen Politik				
Folgen Sie	66	32	2	
Nicht folgen	47	46	7	

II. STEIGENDE LEBENSHALTUNGSKOSTEN

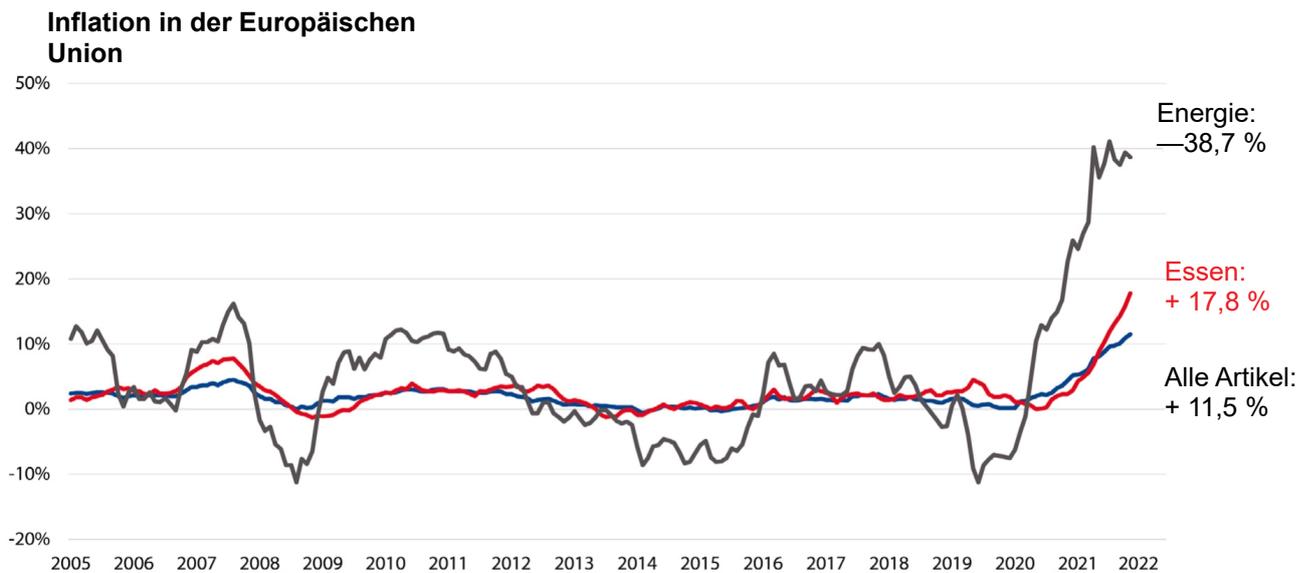
Das vorangegangene Kapitel hat die steigenden Lebenshaltungskosten als größte Sorge für die europäischen Bürgerinnen und Bürger hervorgehoben. Dies ist wahrscheinlich auf die steigende Inflation zurückzuführen und spiegelt die Ergebnisse des jüngsten Standard-Eurobarometers (EB97) wider, aus dem hervorgeht, dass die Lebenshaltungskosten in den letzten zwei Jahren dramatisch gestiegen sind. In diesem Kapitel wird das Thema genauer behandelt, indem die aktuelle Finanzlage der Haushalte untersucht wird und wie ihr Lebensstandard von globalen Ereignissen wie der COVID-19-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine beeinflusst wurde. Das Kapitel bewertet dann die Erwartungen an die Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Situation in einem Jahr.

Während die steigenden Lebenshaltungskosten seit einiger Zeit Anlass zur Sorge geben, besteht die wichtigste Veränderung in diesem Bericht darin, dass die zukünftigen Erwartungen viel pessimistischer geworden sind. Wenn die Europäer bereits einen Rückgang ihres Lebensstandards gesehen haben, erwarten sie meistens, dass sie einen im nächsten Jahr sehen werden. Es ist auch ein erheblicher Anstieg des Anteils zu verzeichnen, der davon ausgeht, dass die eigenen Lebensbedingungen und die Lage ihrer Volkswirtschaft in einem Jahr schlechter sein werden.

Das Kapitel misst auch die Zufriedenheit mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Lebenshaltungskosten. Angesichts der von den Bürgern geäußerten Besorgnis über die steigenden Lebenshaltungskosten ist es nicht verwunderlich, dass viele der Maßnahmen, die ergriffen werden, um dieses Problem anzugehen, sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene kritisch sind.

Die Art und Weise, wie Haushalte finanziell verwaltet werden, ist für sich genommen ein kritisches Thema, hat aber auch Auswirkungen auf andere Themen. Wie wir im gesamten Bericht sehen werden, ist die finanzielle Lage der Befragten eines der wichtigsten soziodemografischen Merkmale, die die Einstellungen zu verschiedenen Themen beeinflussen, einschließlich der Einstellung zur EU und zum Europäischen Parlament und zur Abstimmung bei den Europawahlen.

Eurostat-Daten zeigen deutlich, dass die Inflation infolge der Pandemie zugenommen hat und infolge des Krieges in der Ukraine weiter verschärft wurde. Dies gilt insbesondere für Energiepreise, die im Vergleich zum Vorjahr um über 35 Punkte gestiegen sind. Die Lebenssituation der Europäer wurde dadurch erheblich beeinträchtigt.

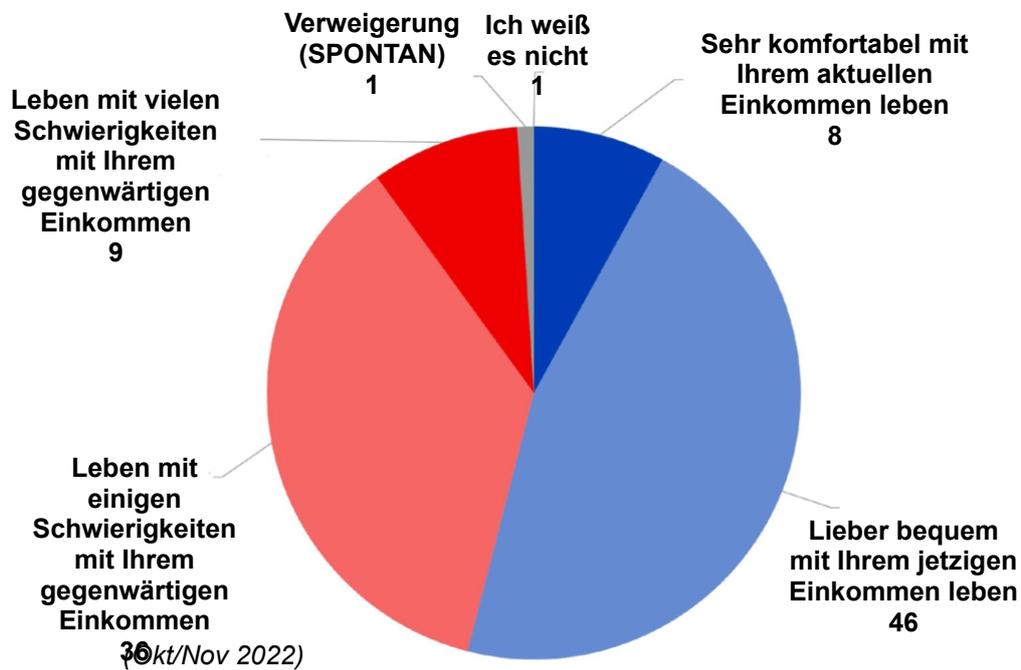


Eurostat: HICP - monthly data (annual rate of change)
 URL: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/PRC_HICP_MANR__custom_4056416/default/table [Data retrieved 06 December 2022]

2.1 Die finanzielle Lage der EU-Haushalte

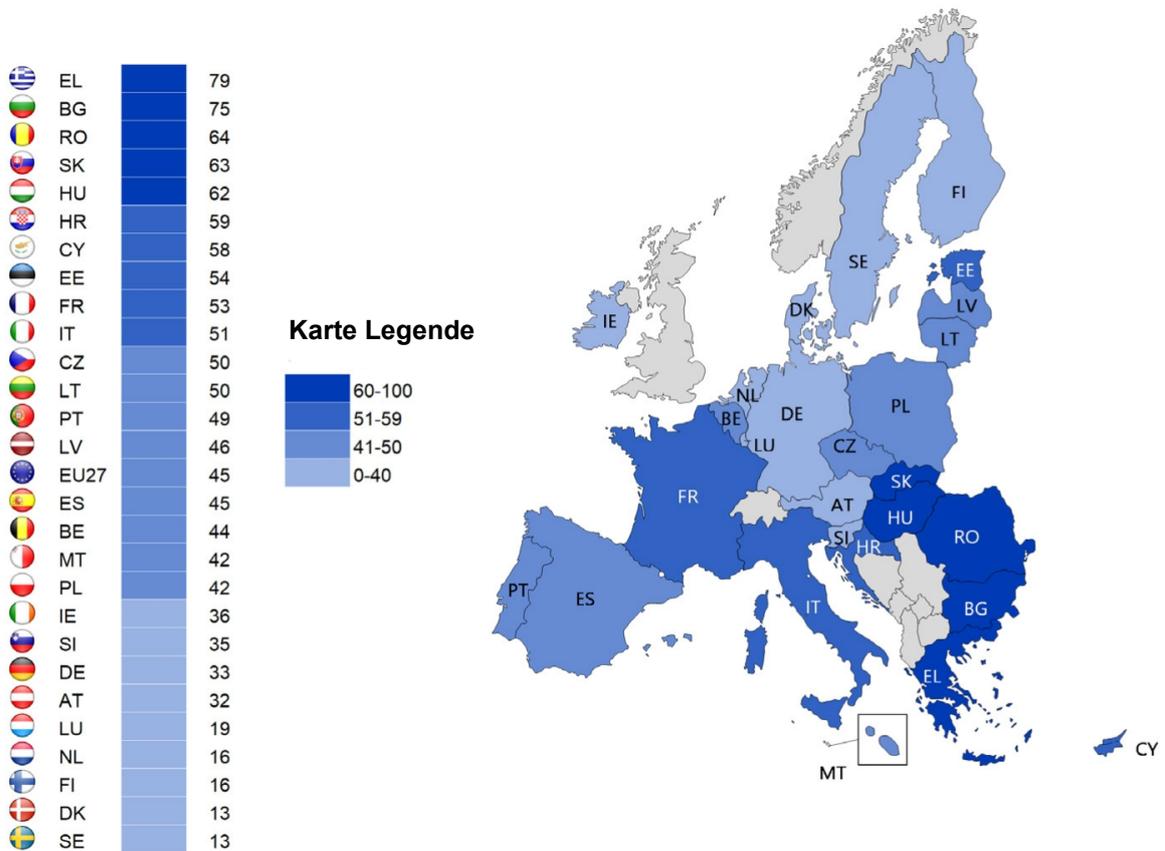
Bei der Betrachtung ihres finanziellen Einkommens besteht eine große Spaltung zwischen den europäischen Bürgern zwischen denen, die **bequem leben**, und denen, die **mit Schwierigkeiten leben**. Etwas mehr als die Hälfte (54 %) geben an, dass sie bequem leben, darunter 8 %, die „sehr bequem“ leben und 46 % „eher bequem“. Im Gegensatz dazu geben 45 % an, dass sie mit Schwierigkeiten leben, darunter 36 %, die mit „einigen Schwierigkeiten“ leben, und 9 % mit „vielen Schwierigkeiten“.

QA16 Wenn Sie über das Einkommen Ihres Haushalts nachdenken, wie würden Sie Ihre aktuelle Situation beschreiben? (IN % – EU27)



Es gibt große Unterschiede zwischen den Ländern. In 16 Mitgliedstaaten gibt die Mehrheit der Befragten an, dass sie bequem leben. Am höchsten ist der Anteil in Schweden (87 %), Dänemark (86 %), Finnland (84 %), den Niederlanden (82 %) und Luxemburg (80 %). Im Gegensatz dazu sagen die meisten in 11 Ländern, dass sie mit Schwierigkeiten leben. Am ehesten sagen die Befragten dies in Griechenland (79 %) und Bulgarien (75 %), gefolgt von Rumänien (64 %), der Slowakei (63 %) und Ungarn (62 %).

QA16 Wenn Sie über das Einkommen Ihres Haushalts nachdenken, wie würden Sie Ihre aktuelle Situation beschreiben? (% – „mit Schwierigkeiten leben“)



In der soziodemografischen Analyse sagen Männer eher als Frauen, dass sie mit ihrem gegenwärtigen Einkommen bequem leben (57 % vs. 51 %). Es gibt keinen klaren Unterschied nach Alter.

Es gibt einen großen Unterschied nach Bildungsniveau. Die Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber abgeschlossen haben, sagen viel häufiger, dass sie bequem leben (69 %), verglichen mit denen, die im Alter von 16-19 Jahren (47 %) oder im Alter von 15 oder darunter (39 %). Es gibt auch große Variationen nach sozio-professionellen Kategorien: der Anteil, der besagt, dass sie bequem leben, reicht von 79 % unter den Führungskräften bis zu 22 % unter Arbeitslosen.

QA16 Wenn Sie über das Einkommen Ihres Haushalts nachdenken, wie würden Sie Ihre aktuelle Situation beschreiben? (%-EU)

	Insgesamt „Wohnen bequem“	Total „Leben mit Schwierigkeiten“	Ich weiß es nicht
EU-27	54	45	0

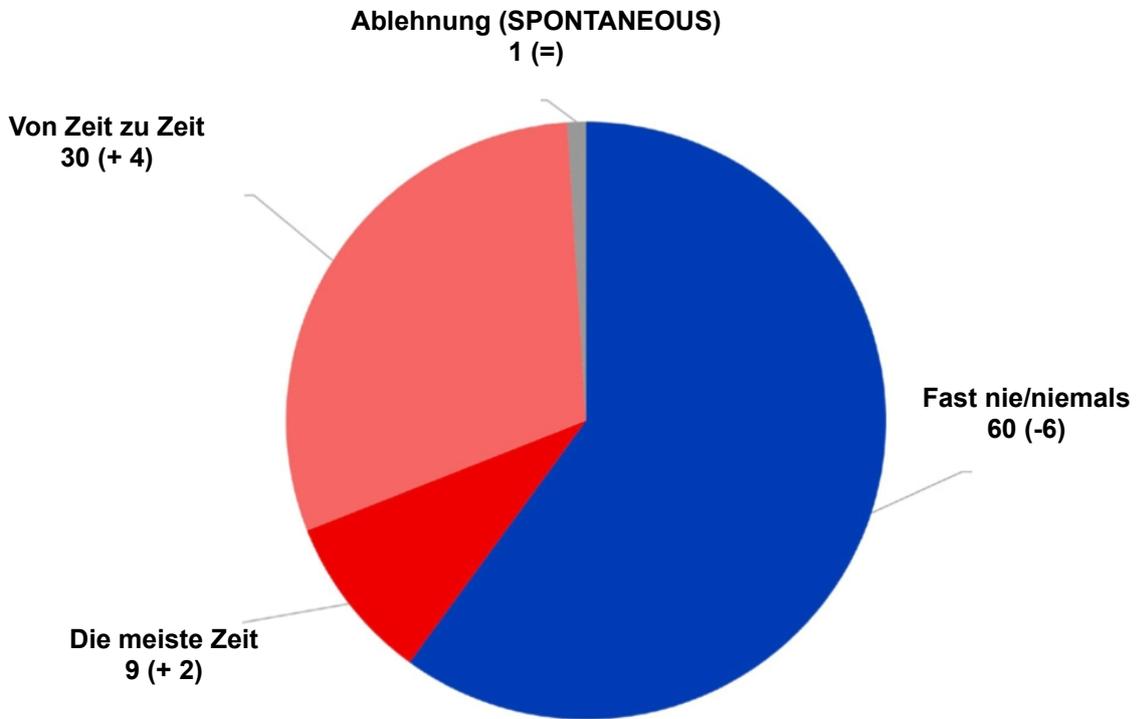
Geschlechtsverkehr

HERBST 2022 | EB 98.1

Der Mann	57	41	1
Frau	51	48	0
Alter			
15-24	55	41	3
25-39	55	44	0
40-54	52	47	0
55+	55	44	0
Bildung (Ende)			
15—	39	61	0
16-19	47	52	0
20+	69	30	0
Noch studieren	56	39	3
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	65	34	0
Führungskraft	79	20	0
Andere weiße Kragen	57	42	0
Manuelle Arbeiter	45	54	0
Haus-Personen	35	64	0
Arbeitslose	22	77	0
Im Ruhestand	54	46	0
Schülerinnen und Schüler	56	39	3

Rund jeder zehnte Europäer (9 %) gab an, dass sie in den letzten zwölf Monaten die meiste Zeit **Schwierigkeiten hatten, ihre Rechnungen** zu bezahlen. Drei von zehn (30 %) geben an, dass sie von Zeit zu Zeit Schwierigkeiten haben, während sechs von zehn (60 %) sagen, dass sie diese Schwierigkeiten nie oder fast nie haben.

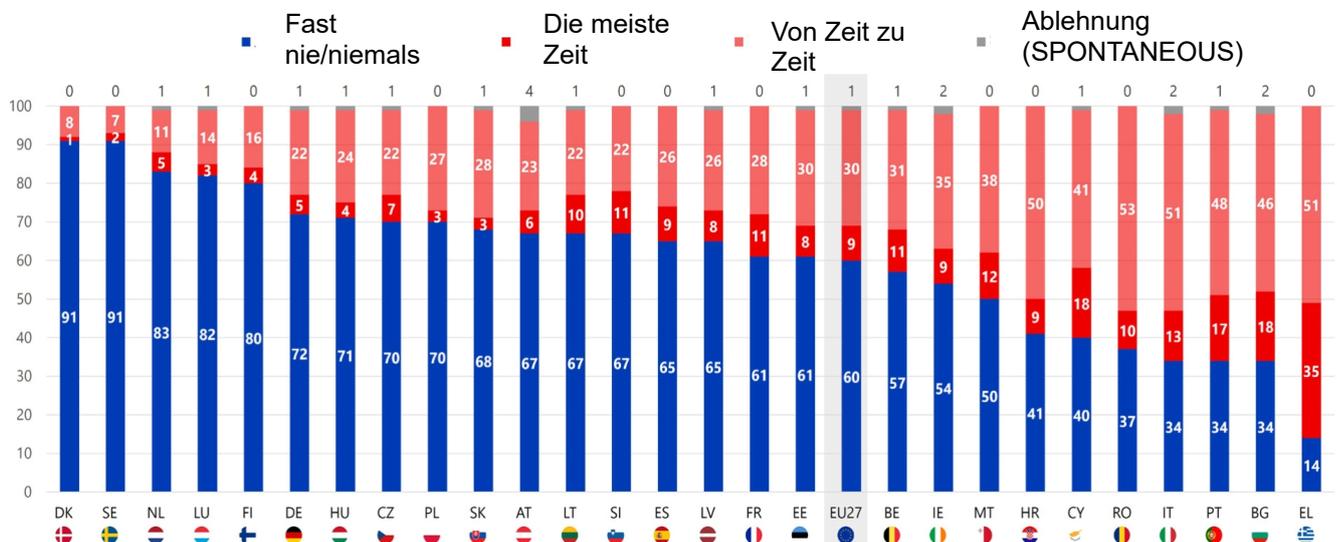
D60 Während der letzten zwölf Monate würden Sie sagen, dass Sie Schwierigkeiten hatten, Ihre Rechnungen am Ende des Monats zu bezahlen...? (IN % – EU27)



(Okt/Nov 2022 – Apr/Mai 2022)

Die Befragten in Griechenland (35 %) sagen am ehesten, dass sie die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, gefolgt von denen in Bulgarien, Zypern (beide 18 %) und Portugal (17 %). Am anderen Extrem sagen mindestens acht von zehn Befragten, dass sie in Dänemark, Schweden (beide 91 %), den Niederlanden (83 %), Luxemburg (82 %) und Finnland (80 %) nie oder fast nie Schwierigkeiten haben.

D60 Während der letzten zwölf Monate würden Sie sagen, dass Sie Schwierigkeiten hatten, Ihre Rechnungen am Ende des Monats zu bezahlen...? (%)



In der soziodemografischen Analyse sagen die Befragten, die ihre Ausbildung früh abgeschlossen haben, viel häufiger, dass sie Schwierigkeiten haben, die meiste Zeit Rechnungen zu bezahlen. Der Anteil liegt bei 16 % unter denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder darunter verlassen haben, verglichen mit 5 % bei denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber verlassen haben. Es gibt auch große Unterschiede in der sozio-professionellen Kategorie. Der Anteil, der besagt, dass sie Schwierigkeiten haben, Rechnungen die meiste Zeit zu bezahlen, ist bei Managern am niedrigsten (3 %) und unter den meisten Gruppen weniger als jeder zehnte, ist aber bei Arbeitslosen (31 %) und Haushältern (20 %) viel höher. Die Ergebnisse sind nach Altersgruppen und zwischen Männern und Frauen ähnlich.

D60 Während der letzten zwölf Monate würden Sie sagen, dass Sie Schwierigkeiten hatten, Ihre Rechnungen am Ende des Monats zu bezahlen...? (IN % – EU)

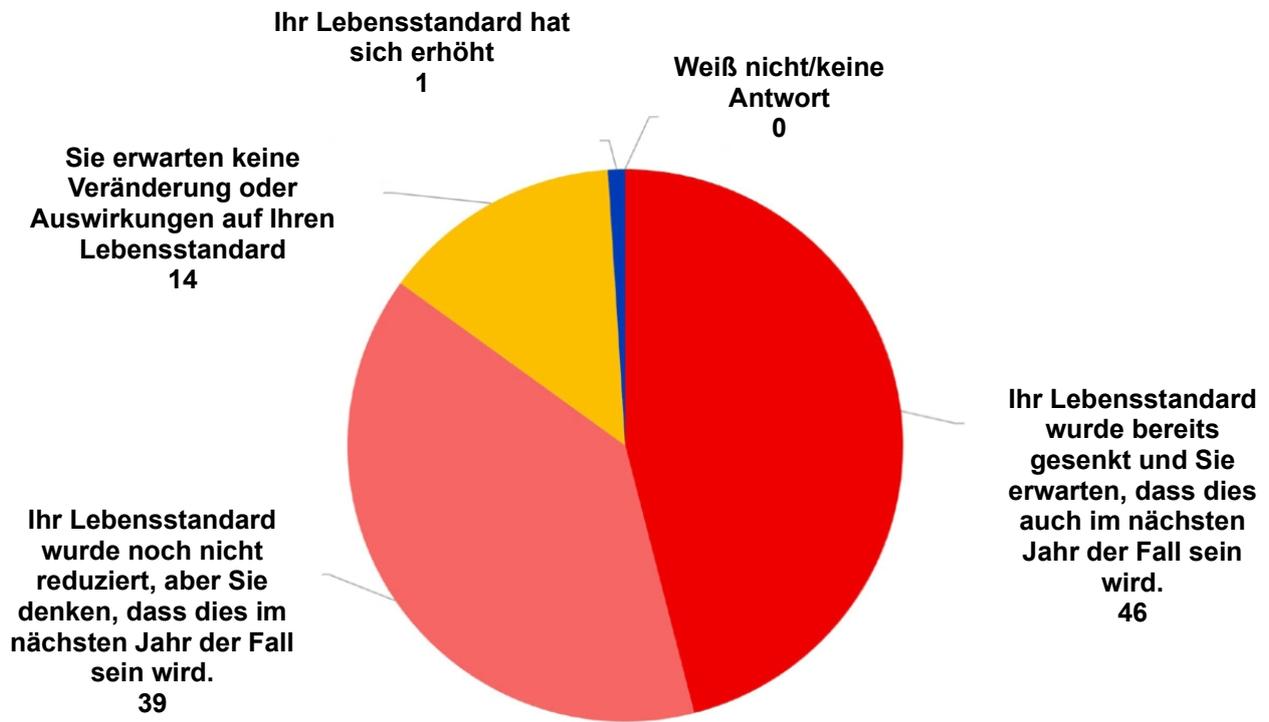
	Die meiste Zeit	Von Zeit zu Zeit	Fast nie/niemals	Ablehnung (Spontan)
EU-27	9	30	60	1
Geschlechtsverkehr				
Der Mann	9	28	62	1
Frau	9	33	57	1
Bildung (Ende)				
15—	16	39	45	0
16-19	10	36	54	0
20+	5	21	73	1
Noch studieren	6	28	62	4
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	9	25	64	2
Führungskraft	3	18	78	1
Andere weiße Kragen	6	34	60	0
Manuelle Arbeiter	9	40	50	1

Haus-Personen	20	39	41	0
Arbeitslose	31	37	32	0
Im Ruhestand	8	26	66	0
Schülerinnen und Schüler	6	28	62	4

Mehr als acht von zehn Europäern sagen, dass sie bereits einen Rückgang ihres Lebensstandards gesehen haben oder erwarten, dass dies im nächsten Jahr geschehen wird.

Die Befragten wurden gebeten, über ihren persönlichen Lebensstandard nachzudenken und über Themen wie die Folgen der COVID-19-Pandemie, den Krieg in der Ukraine und steigende Inflation und Preise nachzudenken. Fast die Hälfte der Bürger (46 %) gibt an, dass ihr Lebensstandard bereits gesenkt wurde, und sie erwarten, dass dies auch im nächsten Jahr der Fall sein wird. Rund vier von zehn (39 %) sagen, dass ihr Lebensstandard noch nicht gesenkt wurde, aber denken, dass dies im nächsten Jahr der Fall sein wird. Jeder siebte (14 %) sagt, dass er keine Veränderung oder Auswirkungen auf ihren Lebensstandard erwartet.

QA17 Viele Elemente, wie die Folgen der COVID-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und steigende Inflation und Preise, beeinflussen die Weltwirtschaft, einschließlich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Nachdenken über Ihren persönlichen Lebensstandard (z. B. die Güter und Dienstleistungen, die Sie sich leisten können), welche dieser Aussagen kommt Ihrer persönlichen Situation am nächsten? (IN % – EU27)



(Okt/Nov 2022)

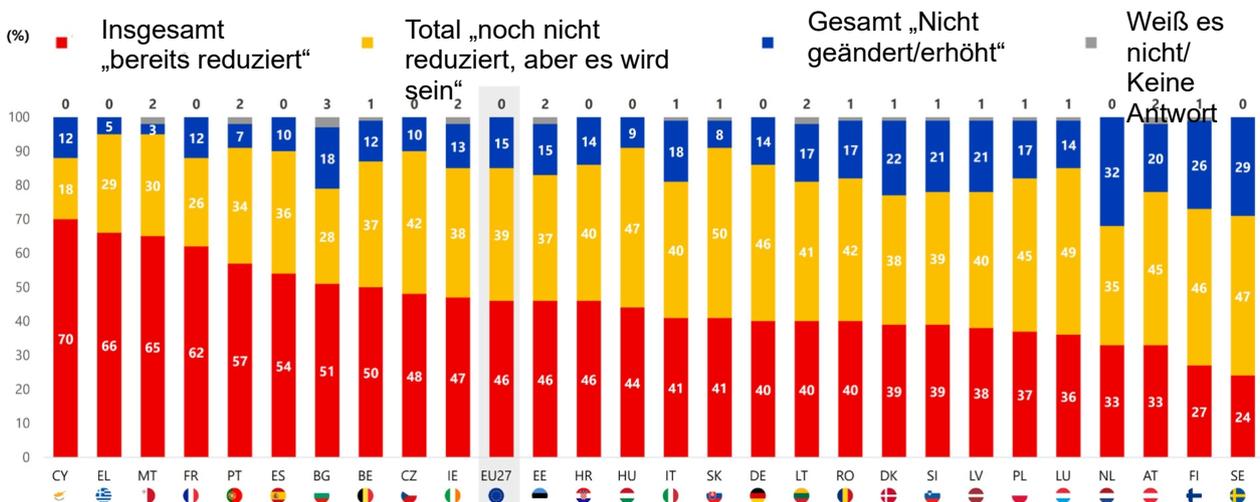
Das Eurobarometer im April-Mai 2022 (EB 97.3) stellte eine ähnliche Frage, die sich speziell auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Lebensstandard konzentrierte. Die Ergebnisse waren ähnlich: Vier von zehn EU-Bürgern (40 %) gaben an, dass ihr Lebensstandard bereits gesenkt wurde, und fast die Hälfte (47 %) erwartete dies für das nächste Jahr. Diese Ergebnisse bestätigen, dass die steigenden Lebenshaltungskosten im Laufe des Jahres 2022 bereits ein großes Problem darstellten und voraussichtlich bis 2023 anhalten werden.

In 14 Mitgliedstaaten besteht die Mehrheit darin, dass die Befragten ihren Lebensstandard bereits gesenkt haben und erwarten, dass sich dies auch im nächsten Jahr fortsetzen wird. Dies ist besonders wahrscheinlich in Zypern (70 %), Griechenland (66 %), Malta (65 %) und Frankreich (62 %).

In 12 Ländern ist der gemeinsame Standpunkt, dass die Befragten sagen, dass ihr Lebensstandard noch nicht gesenkt wurde, aber denken, dass dies im nächsten Jahr der Fall sein wird. Am höchsten ist der Anteil in der Slowakei (50 %), Luxemburg (49 %), Ungarn und Schweden (jeweils 47 %). In Slowenien gaben die gleichen Anteile an, dass sie bereits einen Rückgang ihres Lebensstandards gesehen haben, wie sie sagen, dass sie noch nicht gesunken ist, aber erwarten, dass dies im nächsten Jahr (beide 39 %) zu tun ist.

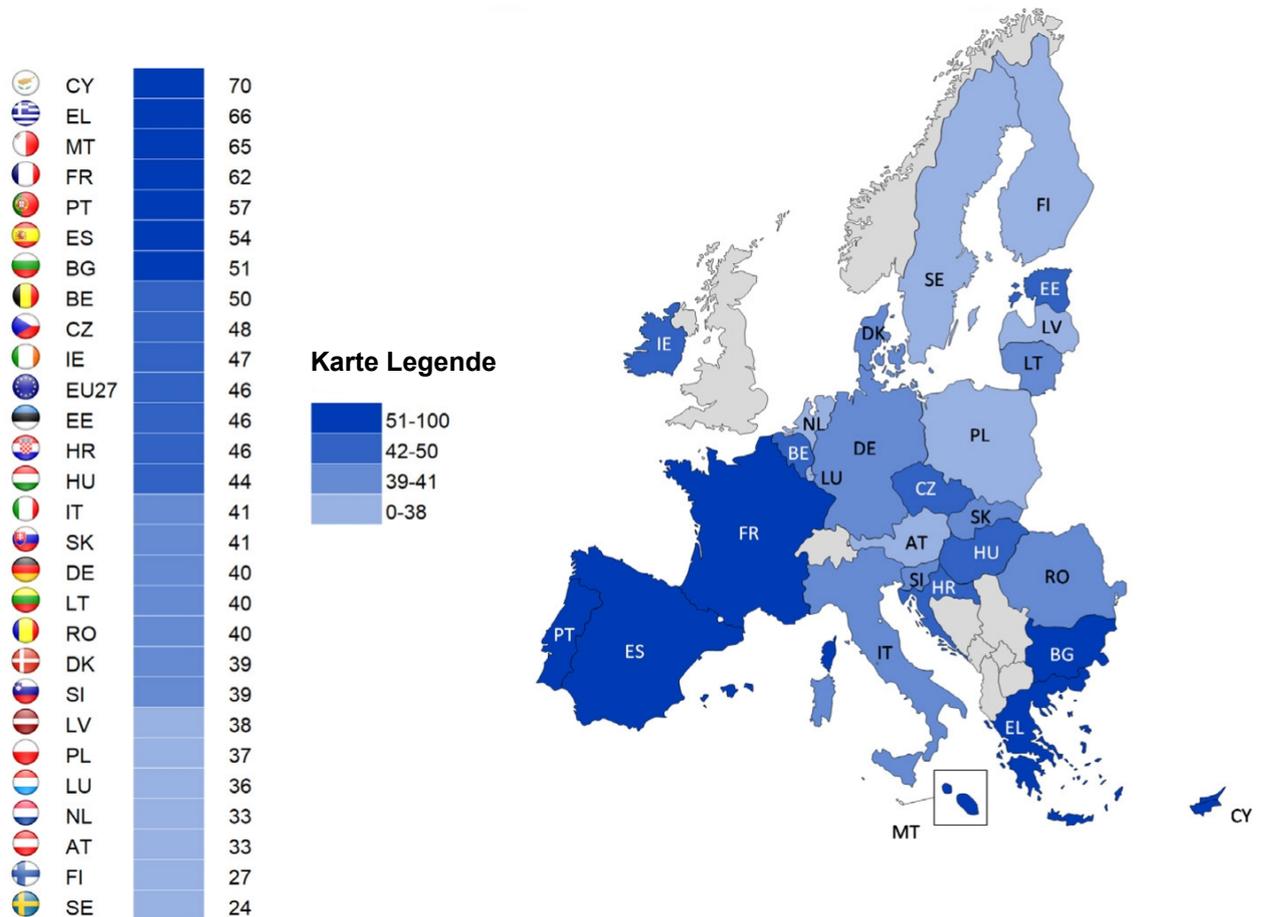
Die Befragten sagen am ehesten, dass sie in den Niederlanden (30 %), Schweden (27 %), Finnland (25 %) und Dänemark (22 %) keine Veränderungen oder Auswirkungen auf ihren Lebensstandard erwarten.

QA17 Viele Elemente, wie die Folgen der COVID-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und steigende Inflation und Preise, beeinflussen die Weltwirtschaft, einschließlich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Nachdenken über Ihren persönlichen Lebensstandard (z. B. die Güter und Dienstleistungen, die Sie sich leisten können), welche dieser Aussagen kommt Ihrer persönlichen Situation am nächsten? (%)



Eine geographische Analyse der Ergebnisse zeigt, dass die Befragten in südlichen Gebieten Europas eher sagen, dass sie bereits einen Rückgang ihres Lebensstandards gesehen haben, verglichen mit denen in den nördlichen Gebieten Europas.

QA17 Viele Elemente, wie die Folgen der COVID-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und steigende Inflation und Preise, beeinflussen die Weltwirtschaft, einschließlich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Nachdenken über Ihren persönlichen Lebensstandard (z. B. die Güter und Dienstleistungen, die Sie sich leisten können), welche dieser Aussagen kommt Ihrer persönlichen Situation am nächsten? (% -Ihr Lebensstandard wurde bereits reduziert und Sie erwarten, dass dies auch im nächsten Fall der Fall sein wird.



Die soziodemografische Analyse zeigt Unterschiede nach Alter und Bildungsniveau, obwohl es in jeder Gruppe nur eine Minderheit ist, die sagen, dass sie keine Veränderung oder Auswirkungen auf ihren Lebensstandard erwarten.

In Bezug auf die Altersgruppe sagen die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren am wenigsten, dass sie bereits einen Rückgang ihres Lebensstandards gesehen haben (37 % vs. 46 %-49 % in älteren Altersgruppen) und am ehesten sagen, dass sie keine Veränderung oder Auswirkungen auf ihren Lebensstandard erwarten (17 % vs. 13 %-15 %).

Befragten, die ihre Ausbildung früh abgeschlossen haben, sagen eher, dass sie bereits einen Rückgang ihres Lebensstandards gesehen haben. Der Anteil reicht von 56 % unter denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder darunter verlassen haben, bis zu 41 % unter denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber verlassen haben.

In Bezug auf die sozioprofessionelle Kategorie sagen die Arbeitslosen am ehesten, dass sie bereits einen Rückgang ihres Lebensstandards gesehen haben (61 %), während dies bei Studenten (34 %) und Führungskräften (36 %) am niedrigsten ist.

Wie zu erwarten ist, sagen die Befragten, die die meiste Zeit Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen haben, auch eher zu sagen, dass sie bereits einen Rückgang ihres Lebensstandards gesehen haben (77 %), verglichen mit denen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben (35 %).

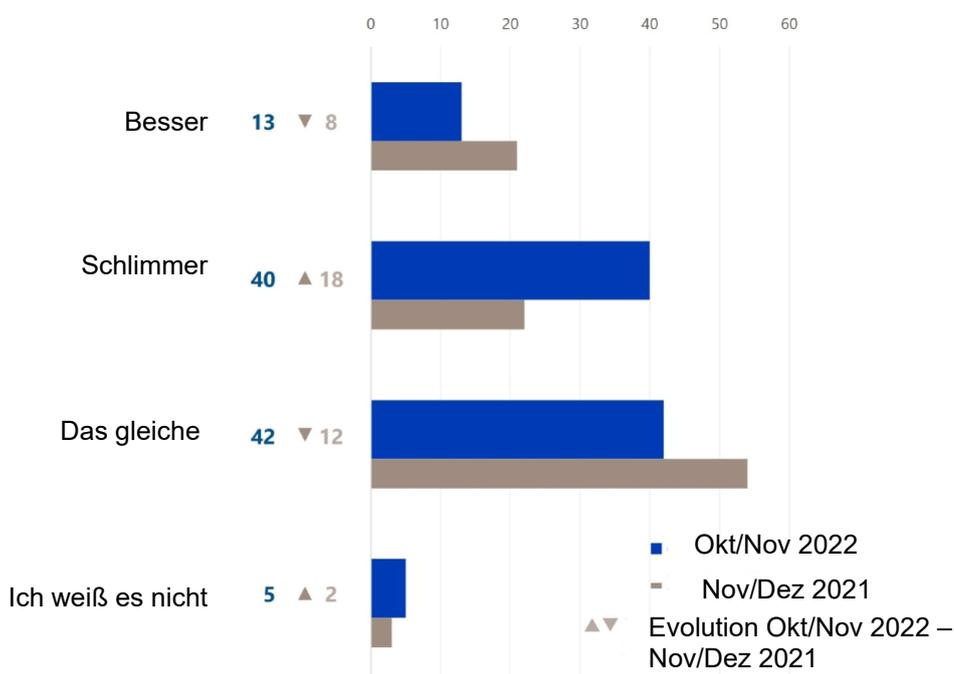
QA17 Viele Elemente, wie die Folgen der COVID-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und steigende Inflation und Preise, beeinflussen die Weltwirtschaft, einschließlich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Nachdenken über Ihren persönlichen Lebensstandard (z. B. die Güter und Dienstleistungen, die Sie sich leisten können), welche dieser Aussagen kommt Ihrer persönlichen Situation am nächsten? (%)

	Ihr Lebensstandard wurde bereits gesenkt und Sie erwarten, dass dies auch im nächsten Jahr der Fall sein wird.	Ihr Lebensstandard wurde noch nicht reduziert, aber Sie denken, dass dies im nächsten Jahr der Fall sein wird.	Sie erwarten keine Veränderung oder Auswirkungen auf Ihren Lebensstandard	Ihr Lebensstandard hat sich erhöht	Keine Antwort/keine Antwort
EU-27	46	39	14	1	0
Alter					
15-24	37	43	17	1	2
25-39	46	40	13	1	0
40-54	49	37	13	1	0
55+	46	38	15	1	0
Bildung (Ende)					
15—	56	32	11	1	0
16-19	49	38	12	1	0
20+	41	41	16	1	1
Noch studieren	34	45	18	1	2
Sozio-professionelle Kategorie					
Selbständige	44	40	14	1	1
Führungskraft	36	45	18	1	0
Andere weiße Kragen	43	43	13	1	0
Manuelle Arbeiter	51	36	12	1	0
Haus-Personen	54	34	11	0	1
Arbeitslose	61	26	12	1	0
Im Ruhestand	48	36	15	1	0
Schülerinnen und Schüler	34	45	18	1	2
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen					
Die meiste Zeit	77	14	7	1	1
Von Zeit zu Zeit	57	32	10	1	0
Fast nie/niemals	35	46	17	1	1

2.2 Zukunftsperspektive

Die Bürger sind in Bezug auf ihre Lebensbedingungen und die Lage ihrer Volkswirtschaft viel pessimistischer geworden. Vier von zehn Europäern (40 %) gehen davon aus, dass sich ihre Lebensbedingungen in einem Jahr verschlechtern werden, was einem starken Anstieg seit November-Dezember 2021 entspricht (+ 18 Prozentpunkte). Ein ähnlicher Anteil (42 %, -12 Prozentpunkte) erwartet, dass ihre Lebensbedingungen in einem Jahr gleich sein werden, während nur 13 % der Meinung sind, dass sie besser sein werden (-8 Prozentpunkte).

SD21.1 Denken Sie in einem Jahr, dass jeder der folgenden besser, schlimmer oder dasselbe sein wird wie heute? Ihre Lebensbedingungen (% – EU27)



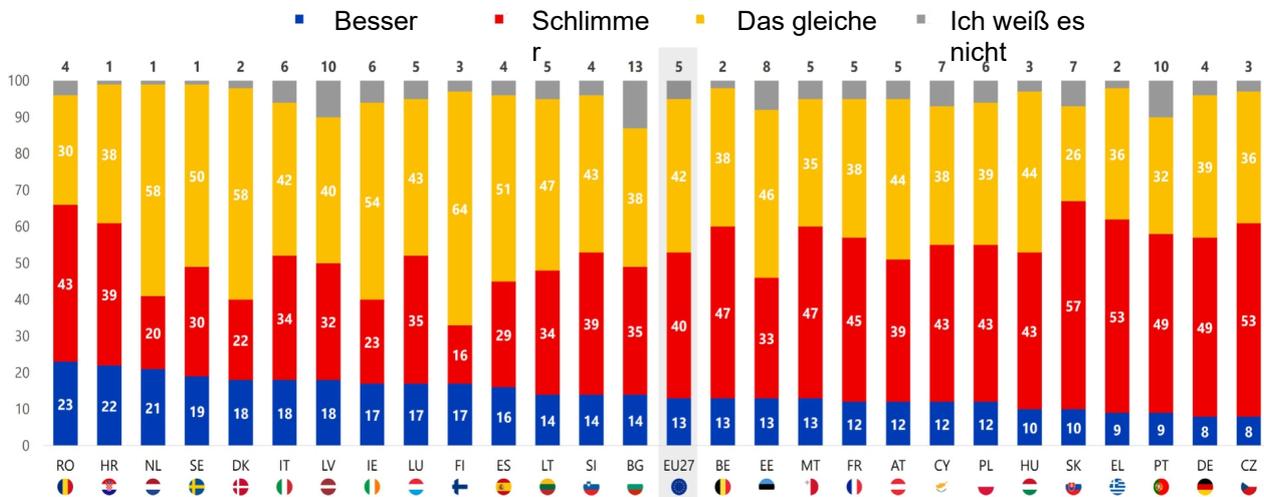
In 12 Mitgliedstaaten ist die Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass sich ihre Lebensbedingungen in einem Jahr verschlechtern werden. Am höchsten ist der Anteil in der Slowakei (57 %), Tschechien, Griechenland (beide 53 %) sowie Deutschland und Portugal (beide 49 %). In den anderen 15 Ländern ist die Mehrheit der Ansicht, dass die Lebensbedingungen gleich bleiben werden, und diese Ansicht ist am häufigsten in Finnland (64 %), Dänemark, den Niederlanden (beide 58 %) und Irland (54 %).

Es gibt nur drei Länder, in denen mehr als jeder fünfte Teilnehmer der Meinung ist, dass ihre Lebensbedingungen in einem Jahr besser sein werden: Rumänien (23 %), Kroatien (22 %) und Niederlande (21 %).

In 12 Mitgliedstaaten ist die Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass sich ihre Lebensbedingungen in einem Jahr verschlechtern werden. Am höchsten ist der Anteil in der Slowakei (57 %), Tschechien, Griechenland (beide 53 %) sowie Deutschland und Portugal (beide 49 %). In den anderen 15 Ländern ist die Mehrheit der Ansicht, dass die Lebensbedingungen

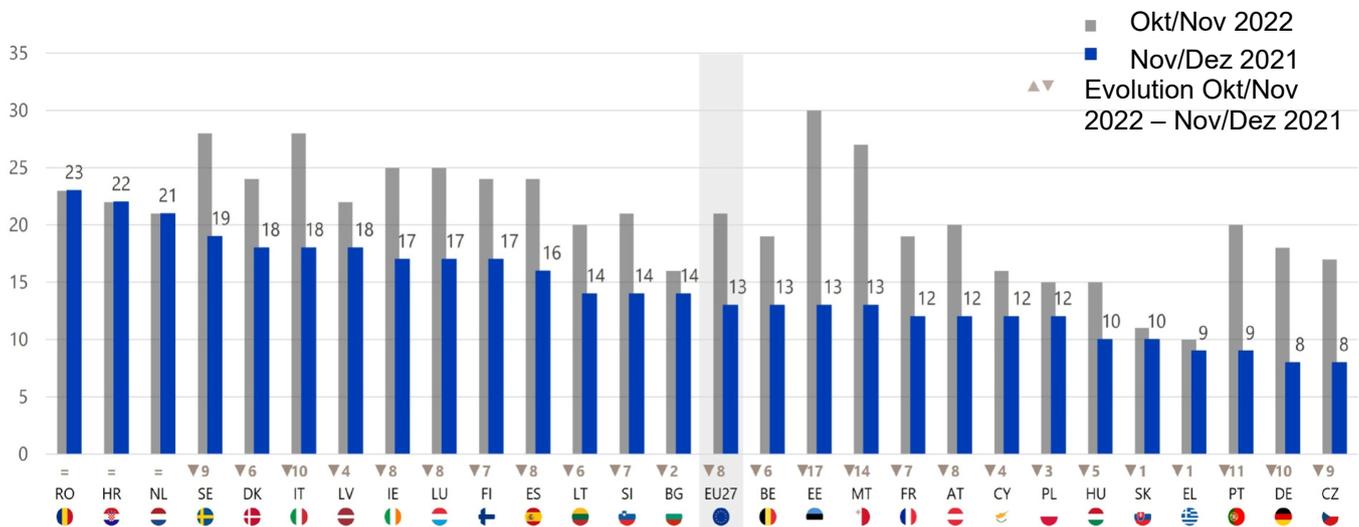
gleich bleiben werden, und diese Ansicht ist am häufigsten in Finnland (64 %), Dänemark, den Niederlanden (beide 58 %) und Irland (54 %).

SD21.1 Denken Sie in einem Jahr, dass jeder der folgenden besser, schlimmer oder dasselbe sein wird wie heute? (% – die Lage der (NATIONALITÄT-)Wirtschaft)



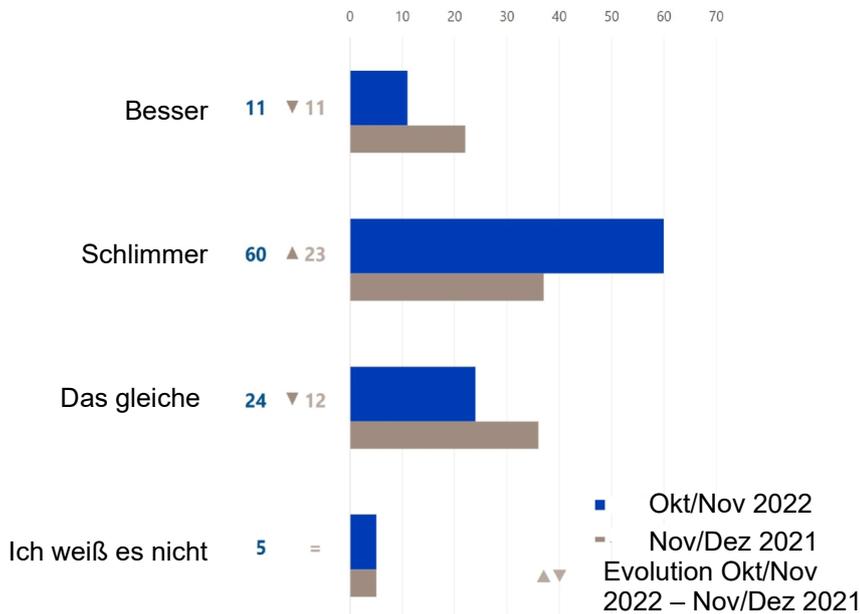
In 21 Mitgliedstaaten ist der Anteil, der der Ansicht ist, dass ihre Lebensbedingungen in einem Jahr besser sein werden, seit November-Dezember 2021 gesunken. Am stärksten rückläufig sind Estland (13, -17 Prozentpunkte), Malta (13 %, -14 Prozentpunkte), Portugal (9 %, -11 Prozentpunkte), Deutschland (8 %, -10 Prozentpunkte) und Italien (18 %, -10 Prozentpunkte). In den übrigen sechs Mitgliedstaaten sind die Ergebnisse stabil geblieben.

SD21.1 Denken Sie in einem Jahr, dass jeder der folgenden besser, schlimmer oder dasselbe sein wird wie heute? Ihre Lebensbedingungen (% – Besser)



Die Mehrheit der Europäer (60 %) ist der Ansicht, dass sich die Lage ihrer nationalen Wirtschaft in einem Jahr verschlechtern wird, was einem starken Anstieg gegenüber dem Anteil entspricht, der dies im November-Dezember 2021 angegeben hat (+ 23 Prozentpunkte). Rund ein Viertel ist der Meinung, dass die Lage ihrer Volkswirtschaft in einem Jahr ungefähr gleich sein wird (24 %, -12 Prozentpunkte), während nur 11 % (-11 Prozentpunkte) denken, dass es besser sein wird.

SD21.2 Denken Sie in einem Jahr, dass jeder der folgenden besser, schlimmer oder dasselbe sein wird wie heute? Die Lage der Wirtschaft (NATIONALITÄT) (% – EU27)

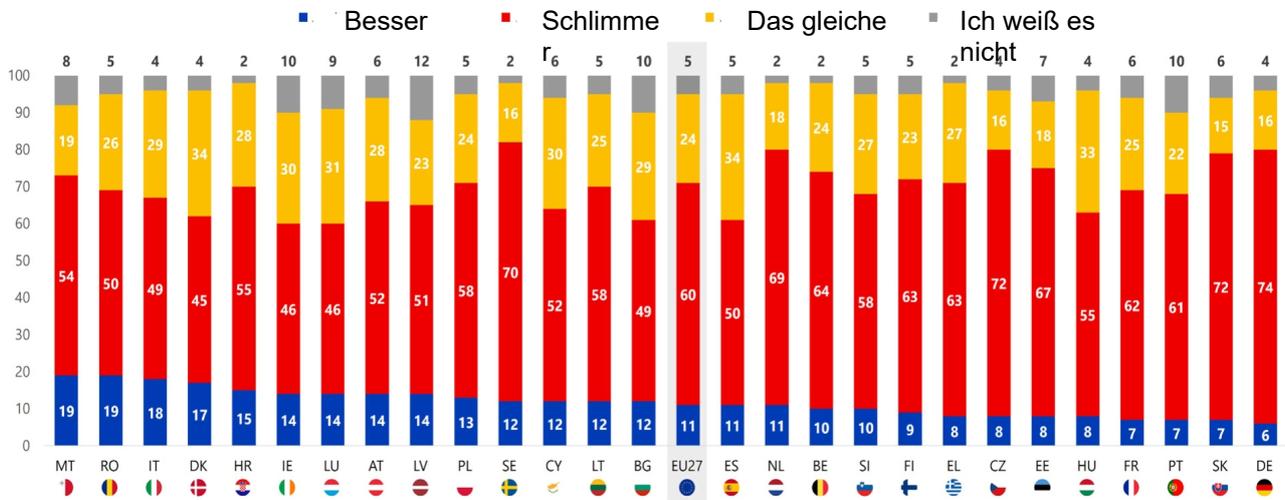


In jedem Mitgliedstaat ist die Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass sich die Lage ihrer Volkswirtschaft in einem Jahr verschlechtern wird. Der Anteil reicht von 74 % in Deutschland und 72 % in Tschechien und der Slowakei bis zu 46 % in Irland und Luxemburg und 45 % in Dänemark.

Die Befragten gehen am ehesten davon aus, dass die Lage ihrer Volkswirtschaft in Dänemark, Spanien (jeweils 34 %) und Ungarn (33 %) unverändert bleibt.

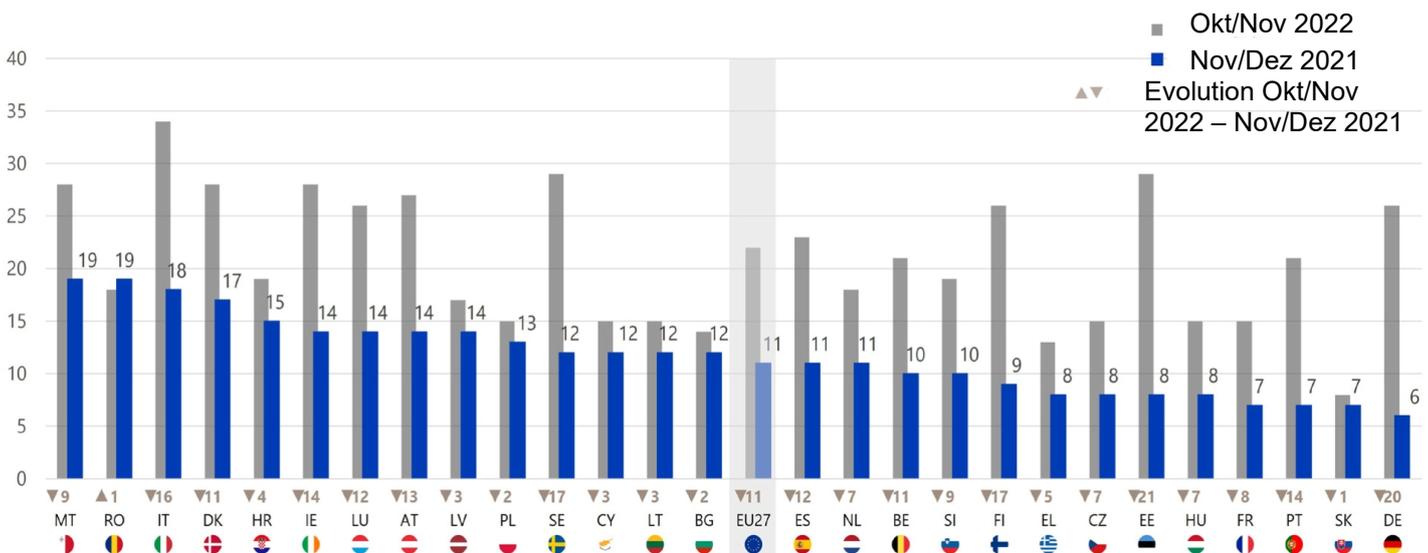
In jedem Land erwartet nicht mehr als jeder fünfte Teilnehmer, dass die Lage seiner Volkswirtschaft in einem Jahr besser sein wird. In Malta, Rumänien (beide 19 %), Italien (18 %) und Dänemark (17 %).

SD21.2 Denken Sie in einem Jahr, dass jeder der folgenden besser, schlimmer oder dasselbe sein wird wie heute? Die Lage der Wirtschaft (NATIONALITÄT) (% – EU)



In 23 Mitgliedstaaten ist seit November-Dezember 2021 ein Rückgang zu verzeichnen, der der Ansicht ist, dass die Lage der Volkswirtschaft in einem Jahr besser sein wird. Der größte Rückgang zeigt sich in Estland (8 %, -21 Prozentpunkte), Deutschland (6 %, -20 Prozentpunkte), Schweden (12 %, -17 Prozentpunkte), Finnland (9 %, -17 Prozentpunkte), Italien (18 %, -16 Prozentpunkte), Irland (14 %, -14 Prozentpunkte) und Portugal (7 %, -14 Prozentpunkte). Die Ergebnisse sind in den anderen vier Ländern (Bulgarien, Polen, Rumänien und Slowakei) stabil.

SD21.2 Denken Sie in einem Jahr, dass jeder der folgenden besser, schlimmer oder dasselbe sein wird wie heute? Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft (% – Besser)



In der soziodemografischen Analyse denken die Befragten in jeder Gruppe eher, dass die Lebensbedingungen in einem Jahr schlechter sein werden, als zu glauben, dass sie besser sein werden. Es gibt einen deutlichen Unterschied nach Altersgruppe, wobei die 15- bis 24-Jährigen am

ehesten denken, dass ihre Lebensbedingungen in einem Jahr (25 %) besser sein werden (25 %), und diejenigen, die 55 Jahre alt sind, dies am wenigsten sagen (7 %).

Befragten, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber verlassen haben, glauben eher, dass ihre Lebensbedingungen in einem Jahr besser sein werden (15 %) und weniger wahrscheinlich denken, dass sie schlechter sein werden (34 %), verglichen mit denen, die im Alter von 15 Jahren oder darunter (9 % bzw. 46 %).

In Bezug auf Schwierigkeiten bei der Zahlung von Rechnungen gibt es keinen Unterschied in dem Anteil, der denkt, dass die Dinge in einem Jahr besser sein werden. Diejenigen, die Schwierigkeiten haben, Rechnungen die meiste Zeit zu bezahlen, sagen jedoch eher, dass ihre Lebensbedingungen schlechter sein werden (63 %), verglichen mit denen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben (33 %).

SD21.1 Denken Sie in einem Jahr, dass jeder der folgenden besser, schlimmer oder dasselbe sein wird wie heute? Ihre Lebensbedingungen (% – EU)

	Besser	Schlimmer	Das gleiche	Ich weiß es nicht
EU-27	13	40	42	5
Alter				
15-24	25	29	41	5
25-39	19	39	38	4
40-54	12	43	40	5
55+	7	43	45	5
Bildung (Ende)				
15—	9	46	39	6
16-19	12	45	38	5
20+	15	34	47	4
Noch studieren	24	28	43	5
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	12	63	20	5
Von Zeit zu Zeit	14	49	32	5
Fast nie/niemals	13	33	50	4

Die Ergebnisse sind in der Regel in den verschiedenen soziodemografischen Gruppen konsistent, was die Erwartungen an **die Volkswirtschaft** in einem Jahr betrifft. Betrachtet man die Altersgruppen, so glauben die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren eher, dass die Lage der Volkswirtschaft in einem Jahr (16 %) besser sein wird als diejenigen im Alter von 55+ (9 %).

Befragten, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sagen eher, dass die Lage der Volkswirtschaft schlechter sein wird (72 %), verglichen mit denjenigen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben (58 %).

Die Antworten auf diese Frage beziehen sich auf die Lebensbedingungen. Unter denen, die erwarten, dass ihre Lebensbedingungen in einem Jahr besser sein werden, erwarten 56 % auch, dass die nationale Wirtschaft besser ist.

SD21.2 Denken Sie in einem Jahr, dass jeder der folgenden besser, schlimmer oder dasselbe sein wird wie heute? Die Lage der Wirtschaft (NATIONALITÄT) (% – EU)

	Besser	Schlimmer	Das gleiche	Ich weiß es nicht	
EU-27		11	60	24	5
Alter					
15-24		16	50	27	7
25-39		12	61	24	3
40-54		10	63	23	4
55+		9	61	24	6
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen					
Die meiste Zeit		8	72	16	4
Von Zeit zu Zeit		11	61	24	4
Fast nie/niemals		11	58	26	5
Erwartungen Situation der Lebensbedingungen					
Besser		56	29	13	2
Schlimmer		3	91	5	1
Die gleiche		6	42	49	3

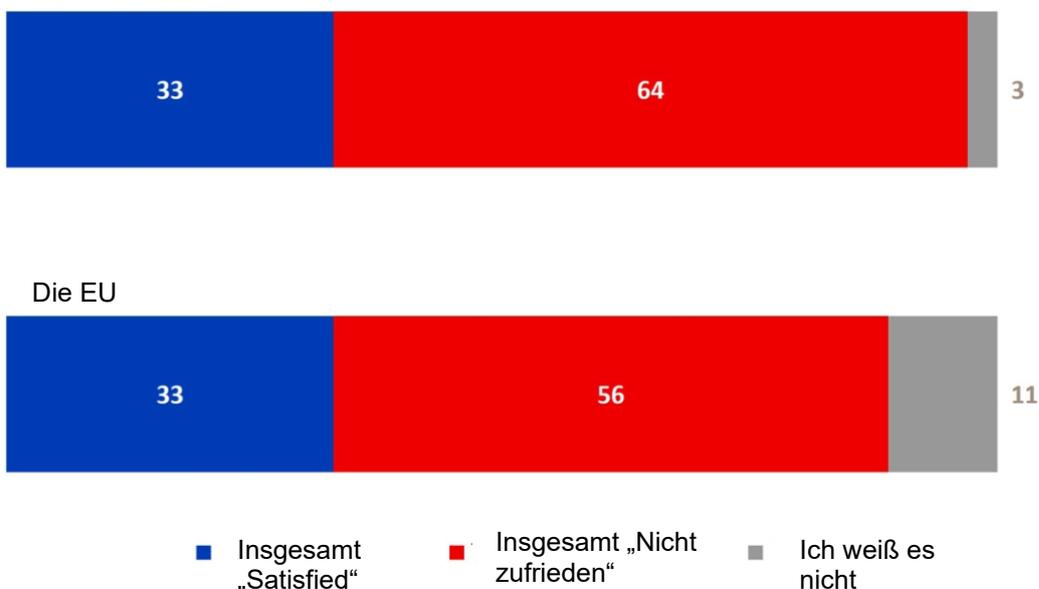
2.3 Zufriedenheit mit aktuellen nationalen und europäischen Maßnahmen

Ein Drittel der Bürger (33 %) gibt an, dass sie mit den bisher ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Lebenshaltungskosten ihrer **nationalen Regierung** zufrieden sind, während fast zwei Drittel (64 %) nicht zufrieden sind, darunter 27 %, die „nicht zufrieden“ sind.

Der gleiche Anteil (33 %) ist mit den **von der EU ergriffenen Maßnahmen** zur Bekämpfung der steigenden Lebenshaltungskosten zufrieden, wobei 56 % nicht zufrieden sind, davon 22 %, die „nicht zufrieden“ sind.

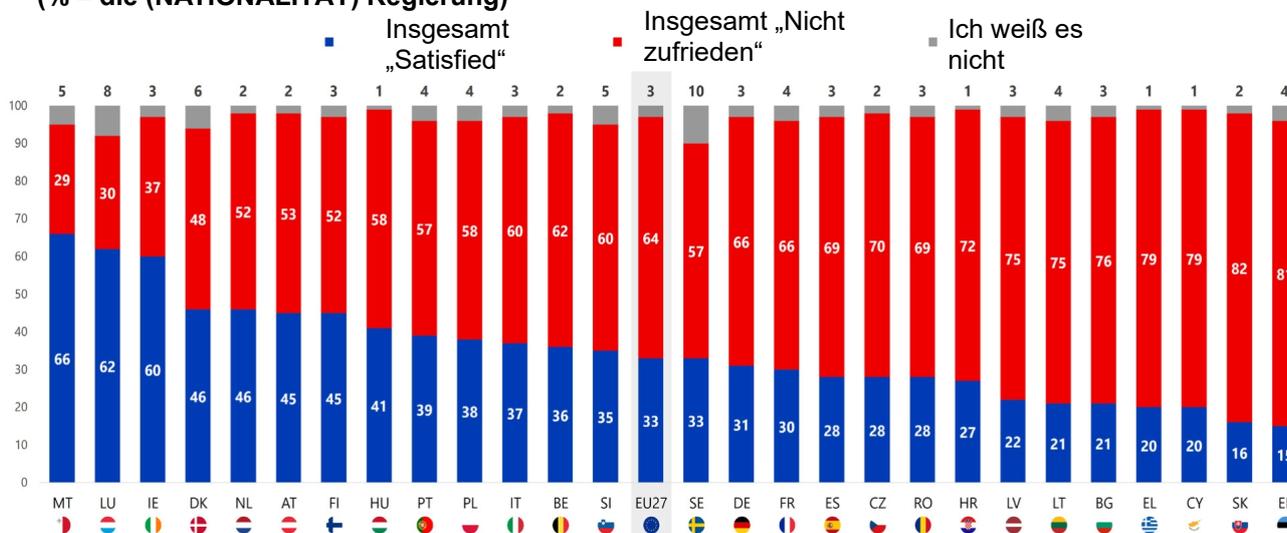
Insgesamt haben die Befragten weniger wahrscheinlich eine negative Sicht auf die von der EU ergriffenen Maßnahmen als von ihrer nationalen Regierung (64 % bzw. 56 % nicht zufrieden), obwohl mehr Befragten eine „nicht wissen“ Antwort in Bezug auf die EU (11 %) geben als für ihre nationale Regierung (3 %).

QA19 Wie zufrieden sind Sie mit den bisher ergriffenen Maßnahmen, um die steigenden Lebenshaltungskosten (z. B. steigende Nahrungsmittel- oder Energiepreise) durch... anzugehen? (IN % - EU27)
Die (NATIONALITÄT) Regierung



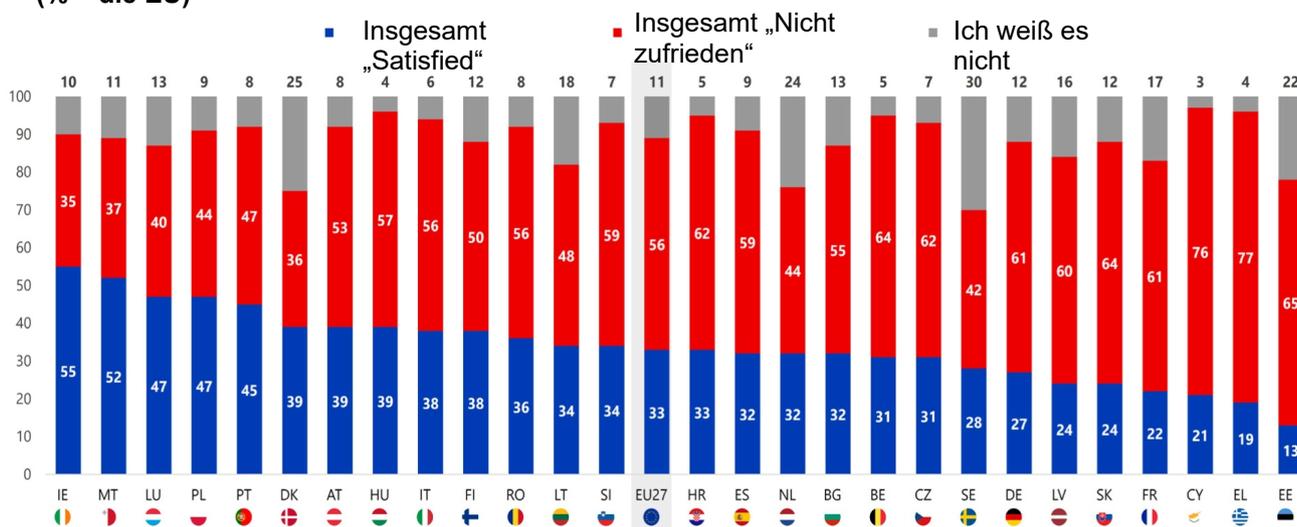
In drei Mitgliedstaaten gibt die Mehrheit der Befragten an, dass sie mit den bisher ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Lebenshaltungskosten ihrer **nationalen Regierung** zufrieden sind: Malta (66 %), Luxemburg (62 %) und Irland (60 %). In den anderen 24 Mitgliedstaaten ist die Mehrheit nicht zufrieden, und dies ist in der Slowakei (82 %), Estland (81 %), Griechenland und Zypern (beide 79 %) am höchsten.

QA19.1 Wie zufrieden sind Sie mit den bisher ergriffenen Maßnahmen, um die steigenden Lebenshaltungskosten (z. B. steigende Nahrungsmittel- oder Energiepreise) durch... anzugehen? (% – die (NATIONALITÄT) Regierung)



In fünf Mitgliedstaaten gibt die Mehrheit der Befragten an, dass sie mit den **von der EU ergriffenen Maßnahmen** zur Bekämpfung der steigenden Lebenshaltungskosten zufrieden sind: Irland (55 %), Malta (52 %), Luxemburg, Polen (jeweils 47 %) und Dänemark (39 %). In den anderen 22 Mitgliedstaaten ist die Mehrheit nicht zufrieden, und dies ist in Griechenland (77 %), Zypern (76 %), Estland (65 %), Belgien und der Slowakei (jeweils 64 %) am höchsten.

QA19.2 Wie zufrieden sind Sie mit den bisher ergriffenen Maßnahmen, um die steigenden Lebenshaltungskosten (z. B. steigende Nahrungsmittel- oder Energiepreise) durch... anzugehen? (% – die EU)



In der soziodemografischen Analyse unterscheiden sich die Ergebnisse je nach Bildungsstand und finanzieller Lage, und dies gilt sowohl für Maßnahmen der nationalen Regierung als auch der EU. Zum Beispiel sind die Befragten, die selten oder nie Schwierigkeiten bei der Begleichung von Rechnungen haben, eher mit den Maßnahmen ihrer nationalen Regierung (36 %) und der EU (34 %) zufriedener als diejenigen, die meistens Schwierigkeiten haben (21 % bzw. 20 %). In

beiden Fragen sind Krippen am ehesten zufrieden, während Haushälter und arbeitslose Befragte am wenigsten zufrieden sind.

Die Befragten, deren Gesamtbild von der EU positiv ist, sind eher zufrieden mit den von der EU ergriffenen Maßnahmen (48 %), verglichen mit denen, die ein negatives Bild von der EU haben (7 %). Sie sind auch eher zufrieden mit den Maßnahmen der nationalen Regierung (46 % derer, die ein positives Bild der EU haben, gegenüber 13 % derjenigen mit negativem Image).

Wenn die Befragten erwarten, dass ihre nationale Wirtschaft in einem Jahr besser sein wird, sind sie eher zufrieden mit den von ihrer Regierung ergriffenen Maßnahmen (55 % gegenüber 26 % derjenigen, die eine schlechtere wirtschaftliche Lage erwarten). Sie sind auch eher zufrieden mit den von der EU ergriffenen Maßnahmen (52 % derer, die davon ausgehen, dass die Wirtschaft besser sein wird, gegenüber 26 % derjenigen, die erwarten, dass sie schlechter sein wird).

QA19 Wie zufrieden sind Sie mit den bisher ergriffenen Maßnahmen, um die steigenden Lebenshaltungskosten (z. B. steigende Nahrungsmittel- oder Energiepreise) durch... anzugehen? (IN % – EU)

	Die (NATIONALITÄT) Regierung		Die EU	
	Insgesamt „Satisfied“	Insgesamt „Nicht zufrieden“	Insgesamt „Satisfied“	Insgesamt „Nicht zufrieden“
EU-27	33	64	33	56
Alter				
15-24	27	69	28	62
25-39	32	66	32	60
40-54	36	61	34	52
55+	36	57	37	47
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	31	66	32	58
Führungskraft	40	57	38	50
Andere weiße Kragen	34	63	36	53
Manuelle Arbeiter	29	69	31	61
Haus-Personen	27	71	23	66
Arbeitslose	26	72	25	64
Im Ruhestand	34	62	31	57
Schülerinnen und Schüler	36	57	37	47
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	21	77	20	72
Von Zeit zu Zeit	31	67	32	60
Fast nie/niemals	36	60	34	53
Bild der EU				
Insgesamt „positiv“	46	51	48	40
Neutral	26	71	23	66
Insgesamt „Negativ“	13	86	7	87
Erwartungssituation der Volkswirtschaft				
Besser	55	43	52	40

HERBST 2022 | EB 98.1

Schlimmer	26	72	26	63
Die gleiche	42	55	41	50

III. UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE

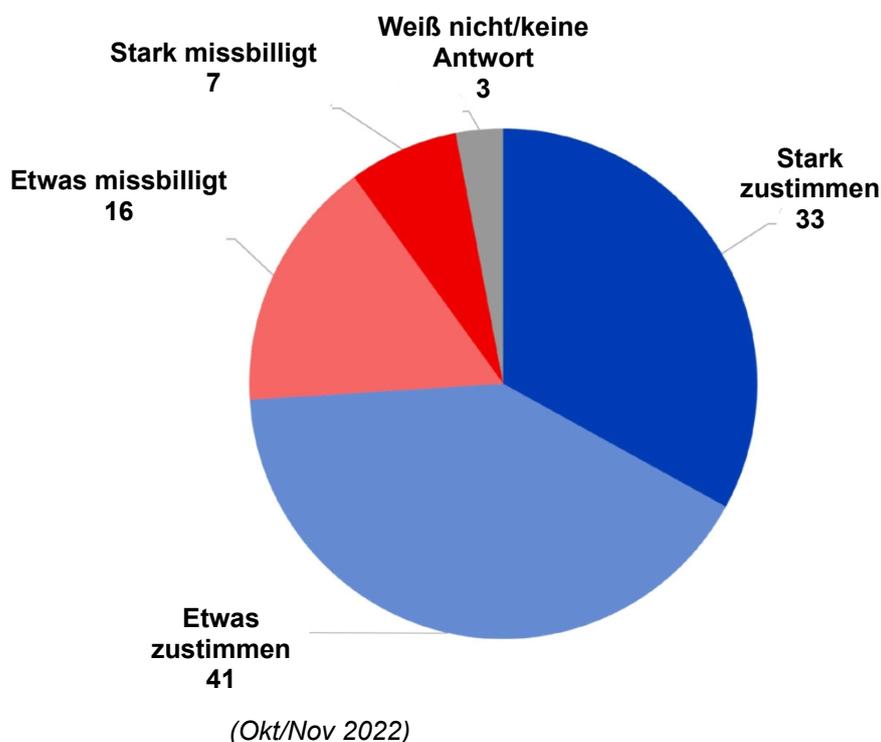
In diesem Kapitel werden die Einstellungen der Europäer zum Krieg in der Ukraine und die Rolle der EU und der Mitgliedstaaten untersucht. Trotz der vielen Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist, wird die Unterstützung der EU für die Ukraine und die spezifischen Maßnahmen, die sie ergriffen hat, weitgehend gebilligt. Die meisten Europäer sind auch zufrieden mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine.

Die meisten Bürger empfinden den russischen Krieg in der Ukraine als grundlegende Auswirkungen auf ihr Leben, wobei nur eine Minderheit glaubt, dass ihr Leben dadurch unverändert fortgesetzt wird.

3.1 Die Bürger billigen die Haltung und die Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine

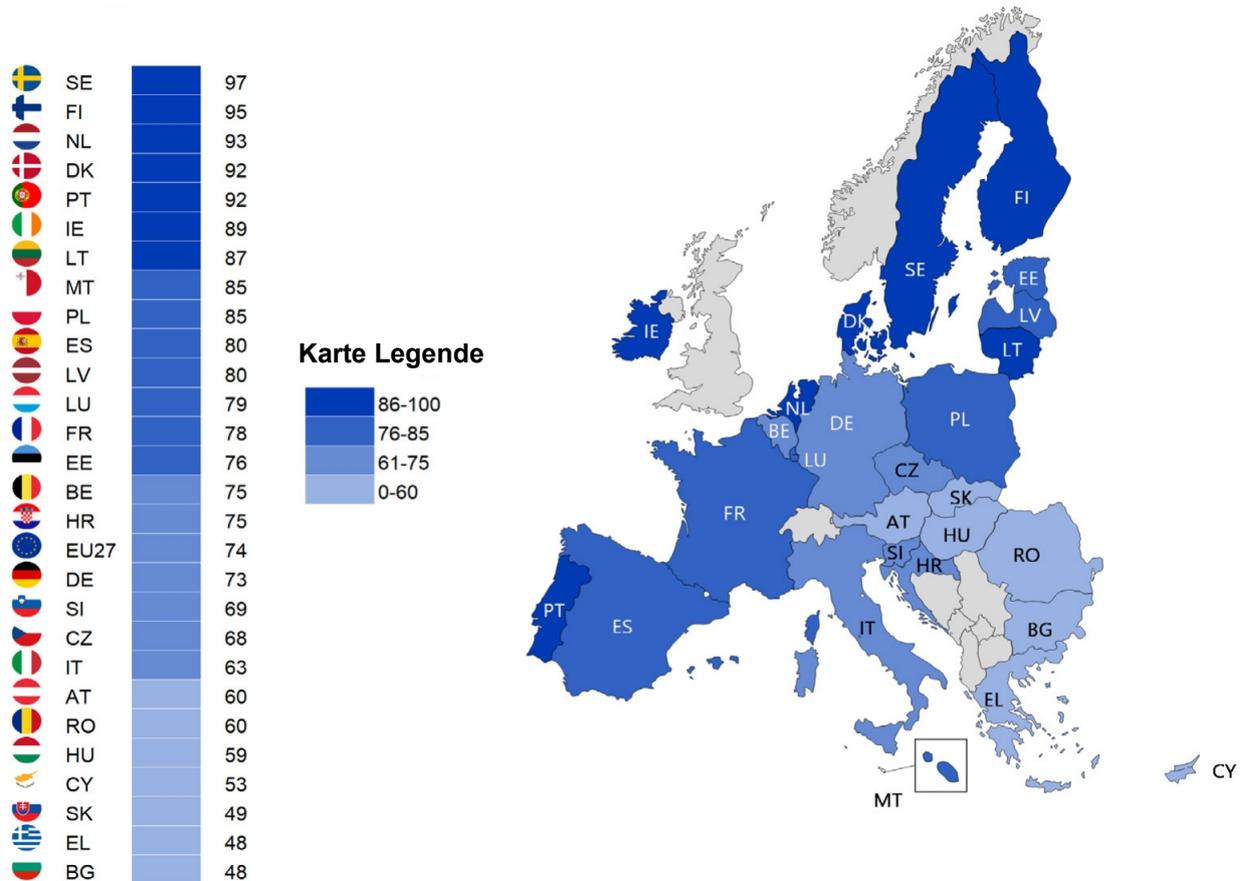
Drei von vier EU-Bürgern (74 %) geben an, dass sie die Unterstützung der EU für die Ukraine nach der russischen Invasion genehmigen, und dies umfasst 33 %, die „stark zustimmen“ und 41 %, die „etwas zustimmen“. Etwa jeder vierte (23 %) missbilligt die Unterstützung der EU, darunter 16 %, die „etwas missbilligen“ und 7 %, die „stark missbilligen“.

QA13 Insgesamt billigen oder missbilligen Sie die Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine nach Russlands Invasion in die Ukraine? (IN % – EU27)



In allen Ländern billigen mehr Menschen die Unterstützung der EU für die Ukraine nach Russlands Invasion. Der Anteil, der die Unterstützung der EU billigt, ist in Schweden (97 %), Finnland (95 %), den Niederlanden (93 %), Dänemark und Portugal (beide 92 %) am höchsten. Am höchsten sind die Missbilligungen in südöstlichen Gebieten Europas, z. B. in Griechenland (48 %), der Slowakei (46 %), Bulgarien (44 %) und Zypern (42 %).

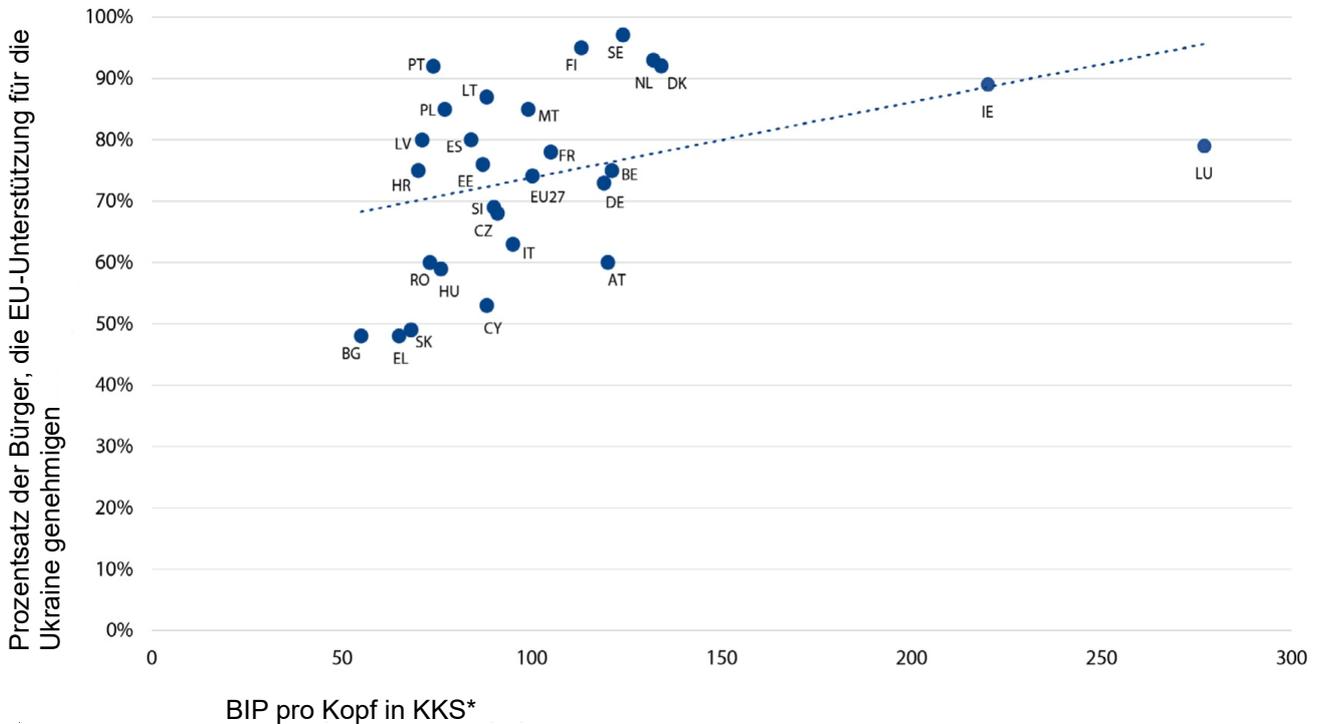
QA13 Insgesamt billigen oder missbilligen Sie die Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine nach Russlands Invasion in die Ukraine? (% – insgesamt ‚Zulassung‘)



Mit Blick auf mögliche Beziehungen zwischen der öffentlichen Unterstützung der Ukraine und der wirtschaftlichen Lage der Bürger ergeben sich eine Reihe interessanter Erkenntnisse: Erstens besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Zustimmung der Bürger zur Unterstützung der Ukraine durch die EU und dem Pro-Kopf-BIP ihrer jeweiligen Länder. Mit anderen Worten, Länder mit einem höheren Pro-Kopf-BIP werden eher die Unterstützung der EU für die Ukraine genehmigen. Die Grafik zeigt einen moderaten und positiven Korrelationskoeffizient (0,39), bei dem in mehr als 95 % der Fälle ein Konfidenzniveau statistisch signifikant ist.

QA13 BIP pro Kopf und Genehmigung der EU-Unterstützung für die Ukraine

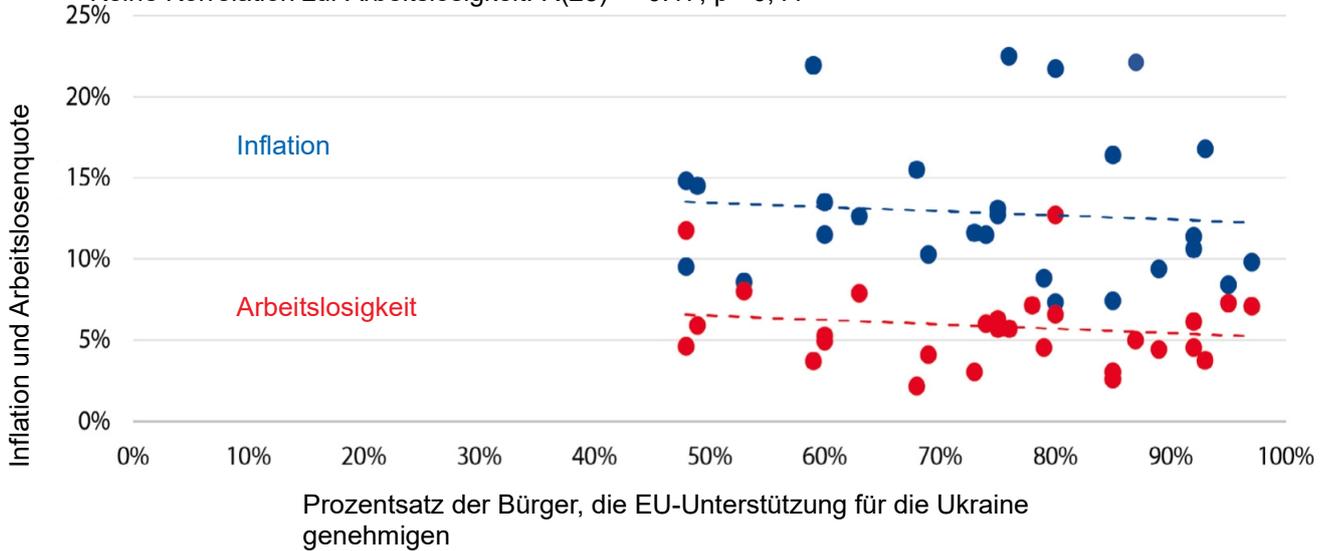
Positive Korrelation: $R(25) = 0,39, p < 0,5$



Auf der anderen Seite und vielleicht noch deutlicher angesichts dessen, wo die Mehrheit der europäischen Bürger persönlich in dieser Frage stehen, besteht kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Inflationsrate eines Landes und der Zustimmung der Menschen zur Unterstützung der Ukraine durch die EU. In ähnlicher Weise hat die Arbeitslosenquote eines Landes keinen Einfluss darauf, wie wahrscheinlich seine Bürger die Unterstützung der EU für die Ukraine genehmigen. Keiner der beiden Korrelationskoeffizienten ist relevant (-0,08 für die Inflation; und -0,17 für Arbeitslosigkeit) und sind beide nicht statistisch signifikant ($p \geq 0,05$).

QA13 Inflation/Arbeitslosigkeit und Zustimmung zur Unterstützung der Ukraine durch die EU

Keine Korrelation zur Inflation: $R(25) = -0,08$, $p = 0,68$
Keine Korrelation zur Arbeitslosigkeit: $R(25) = -0,17$, $p = 0,41$



Eurostat: HVPI – Oktober 2022 (Jahresänderungsrate)

E-MAIL-ADRESSE:

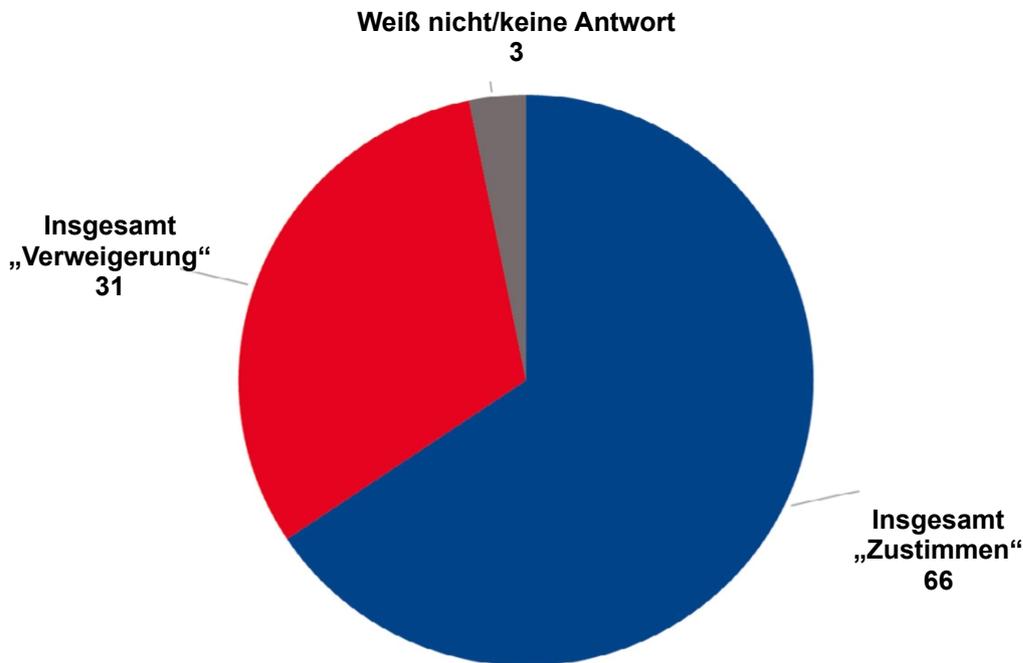
https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/PRC_HICP_MANR__custom_4056416/default/table
[Daten abgerufen 06 Dezember 2022]

Eurostat: Arbeitslosigkeit – September 2022 (seasonally bereinigt)

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/UNE_RT_MSDEFAULTVIEW/default/table [Daten abgerufen am 25. November 2022]

Selbst die Mehrheit der EU-Bürger, die Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, genehmigt die EU mit der Ukraine (66 %) und nur 31 % missbilligen.

QA13 & D60 Zwei Drittel derjenigen, die Schwierigkeiten bei der Begleichung von Rechnungen haben, billigen die Unterstützung der EU für die Ukraine



QA13 Insgesamt billigen oder missbilligen Sie die Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine nach Russlands Invasion in die Ukraine?
 Basis = D60. Würden Sie in den letzten zwölf Monaten sagen, dass Sie Schwierigkeiten hatten, Ihre Rechnungen am Ende des Monats zu bezahlen...? — Die meiste Zeit & von Zeit zu Zeit

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass höher ausgebildete Befragten, d. h. diejenigen, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber verlassen haben, eher der Unterstützung der Ukraine durch die EU nach der Invasion Russlands (81 %) zustimmen als diejenigen, die im Alter von 16-19 Jahren (71 %) oder im Alter von 15 Jahren oder darunter (66 %). Unter den sozioprofessionellen Gruppen ist der Anteil, der die Unterstützung durch die EU billigt, am höchsten unter den Führungskräften (84 %) und am niedrigsten unter den Haushältern (63 %). Jüngere Befragten stimmen der Unterstützung der Ukraine durch die EU nach der Invasion Russlands etwas eher zu (77 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 73 %-75 % in älteren Altersgruppen).

Die Zustimmung zur Unterstützung der Ukraine durch die EU ist höher unter den Befragten, deren Gesamtbild von der EU positiv ist (91 % gegenüber 38 % derjenigen, deren Ansehen von der EU negativ ist).

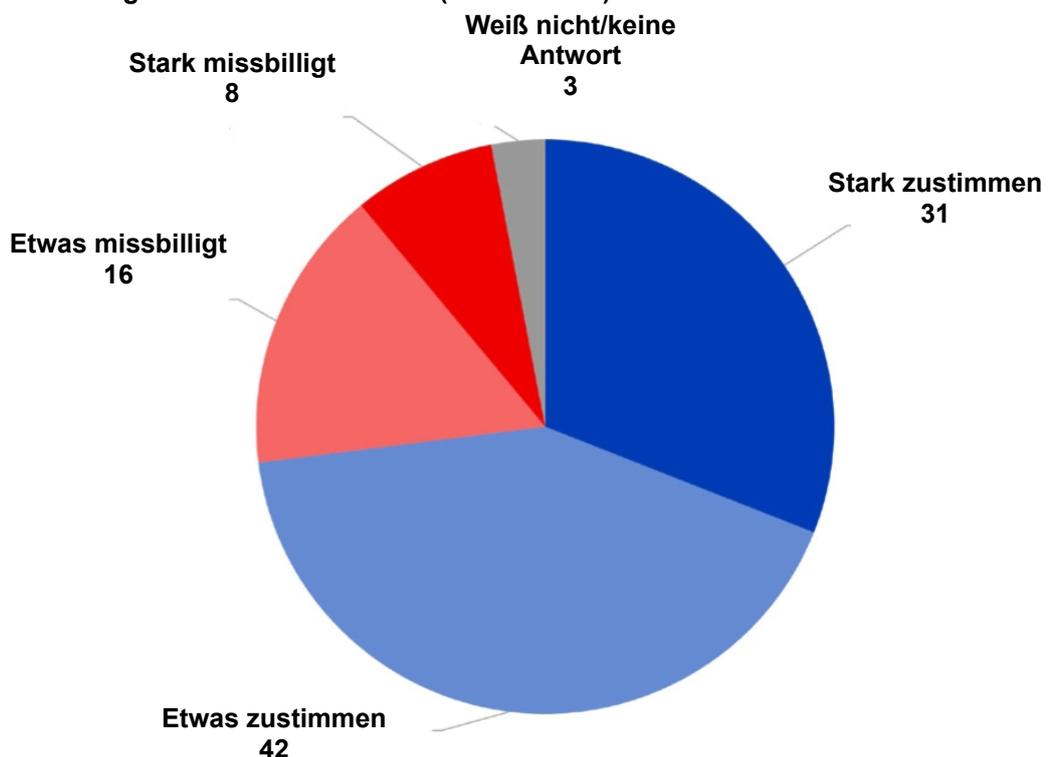
QA13 Insgesamt billigen oder missbilligen Sie die Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine nach Russlands Invasion in die Ukraine? (IN % – EU)

	Insgesamt „Zustimmen“	Insgesamt „Verweigerung“	Weiß nicht/keine Antwort
EU-27	74	23	3

Alter			
15-24	77	20	3
25-39	75	22	3
40-54	74	23	3
55+	73	24	3
Bildung (Ende)			
15—	66	30	4
16-19	71	26	3
20+	81	17	2
Noch studieren	79	17	4
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	73	24	3
Führungskraft	84	14	2
Andere weiße Kragen	76	21	3
Manuelle Arbeiter	69	28	3
Haus-Personen	63	33	4
Arbeitslose	68	27	5
Im Ruhestand	74	22	4
Schülerinnen und Schüler	79	17	4
Bild der EU			
Insgesamt „positiv“	91	8	1
Neutral	67	28	5
Insgesamt „Negativ“	38	59	3

Die Befragten wurden dann gebeten, ausführlicher über die verschiedenen Maßnahmen nachzudenken, die die EU seit Kriegsbeginn ergriffen hat, um die Ukraine zu unterstützen, wie Sanktionen gegen die russische Regierung oder finanzielle, militärische oder humanitäre Unterstützung.

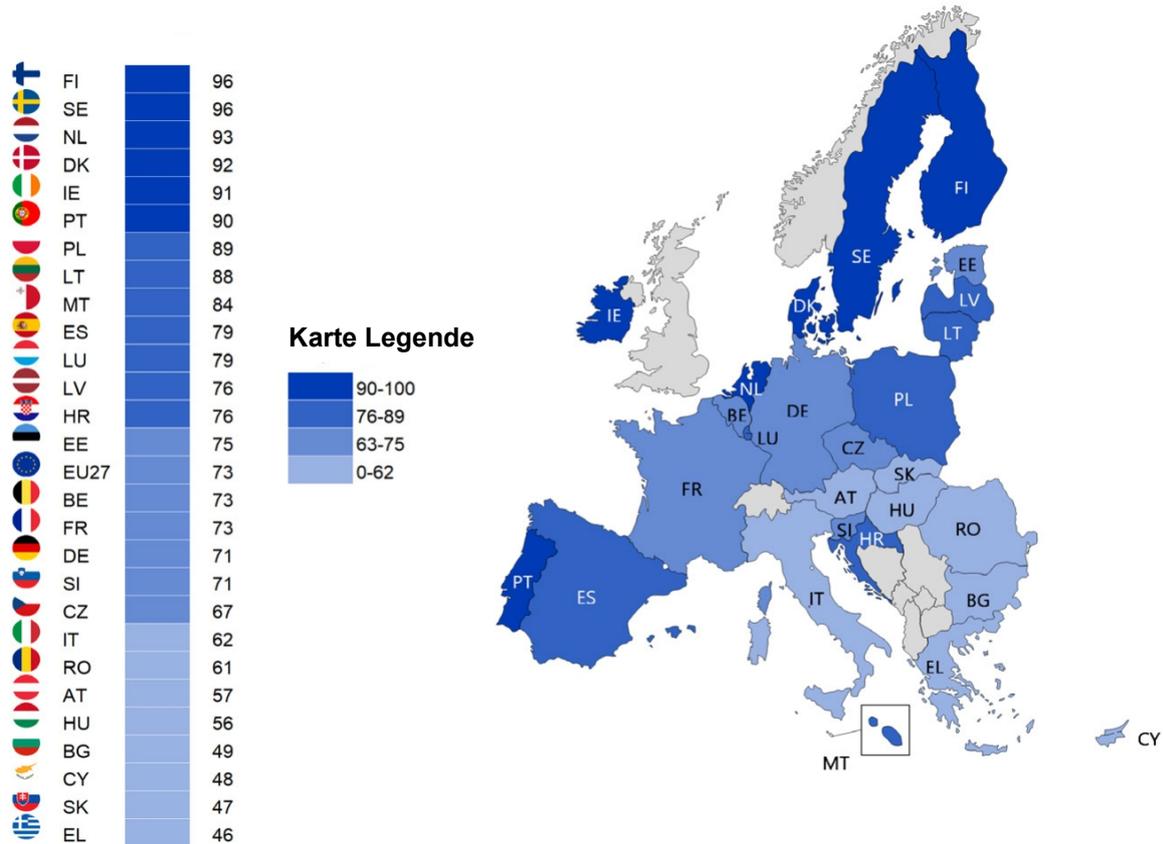
QA14 Lassen Sie uns nun ausführlicher über die verschiedenen Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine seit Kriegsbeginn nachdenken, wie z. B. Sanktionen gegen die russische Regierung oder finanzielle, militärische oder humanitäre Unterstützung: befürworten oder missbilligen Sie diese Aktionen? (IN % – EU27)



(Okt/Nov 2022)

Die geringsten Zustimmungen für die Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine konzentrieren sich erneut auf südöstliche Gebiete Europas.

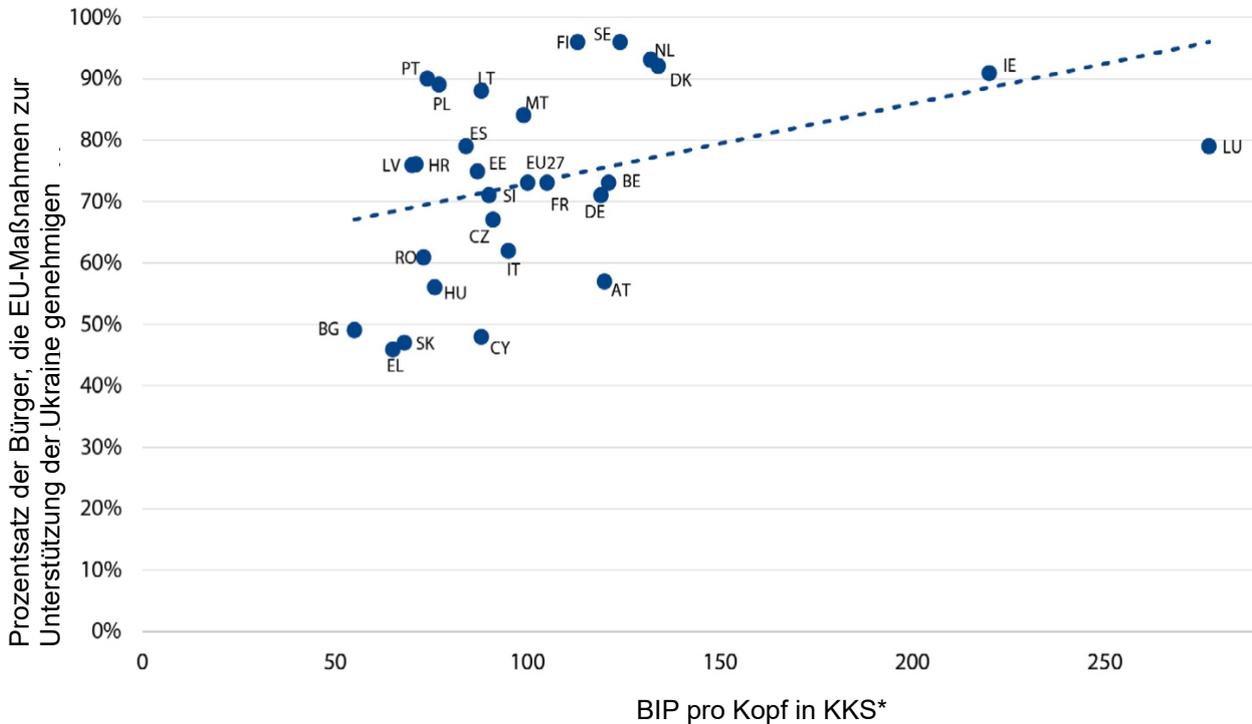
QA14 Lassen Sie uns nun ausführlicher über die verschiedenen Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine seit Kriegsbeginn nachdenken, wie z. B. Sanktionen gegen die russische Regierung oder finanzielle, militärische oder humanitäre Unterstützung: befürworten oder missbilligen Sie diese Aktionen? (% – insgesamt ‚Zulassung‘)



Betrachtet man die wirtschaftliche Lage der Bürger mit der öffentlichen Unterstützung für die Ukraine, besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Zustimmung der Bürger zur Unterstützung der Ukraine durch die EU und dem Pro-Kopf-BIP ihrer jeweiligen Länder. Der in der nachstehenden Grafik enthaltene Korrelationskoeffizient zeigt eine moderate positive Korrelation (0,39), die mit mehr als 95 % des Vertrauens statistisch signifikant ist.

QA14 BIP pro Kopf und Genehmigung der spezifischen Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine

Positive Korrelation: $R(25) = 0,39, p < 0,05$



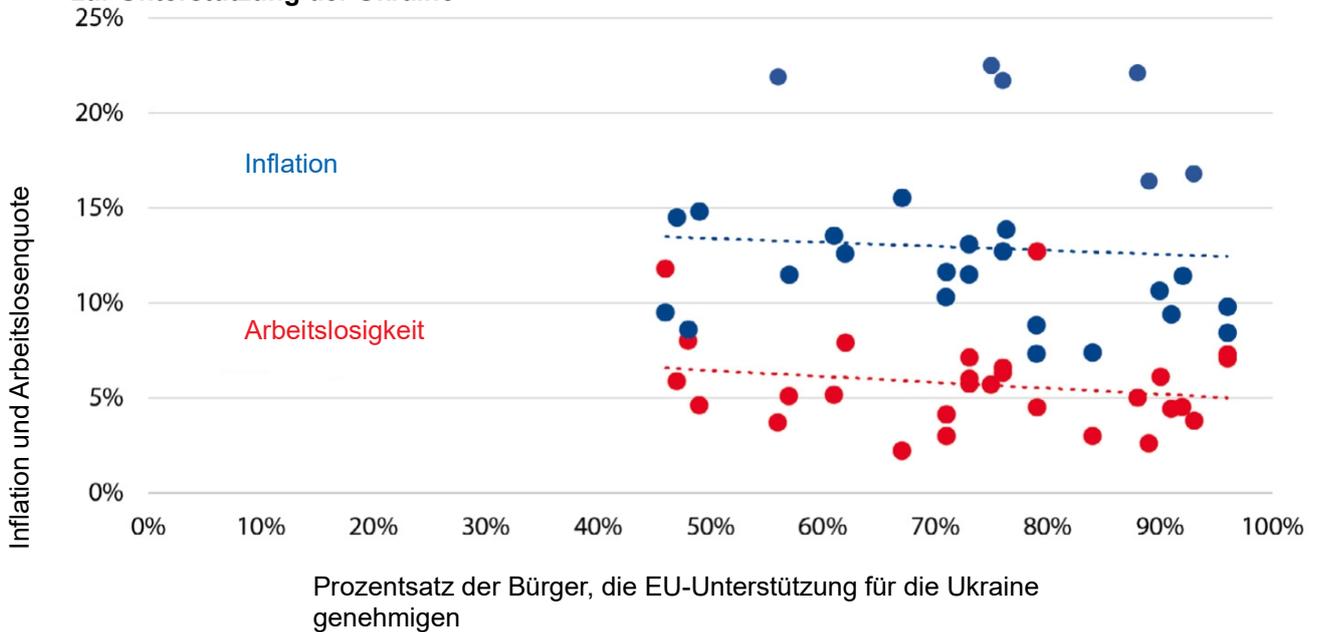
Eurostat – Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftstandard (KKS) – 2021

<https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/TEC00114/default/table> [Daten abgerufen am 25. November 2022]

* Der Kaufkraftstandard (KKS) ist eine von Eurostat für Ländervergleiche verwendete künstliche Währungseinheit, um Preisunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu beseitigen.

Gleichzeitig besteht jedoch kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Inflationsrate eines Landes und der Zustimmung der Menschen zu den Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine. In ähnlicher Weise hat die Arbeitslosenquote eines Landes keinen Einfluss darauf, wie wahrscheinlich seine Bürger die Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine billigen. Keiner der beiden Korrelationskoeffizienten ist relevant (-0,07 für die Inflation; und -0.2 für die Arbeitslosigkeit) und sie sind auch nicht statistisch signifikant (in beiden Fällen ist der p-Wert höher als 0,05).

QA14 Inflation/Arbeitslosigkeit und Genehmigung der spezifischen Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine



Eurostat: HVPI – Oktober 2022 (Jahresänderungsrate)

E-MAIL-ADRESSE:

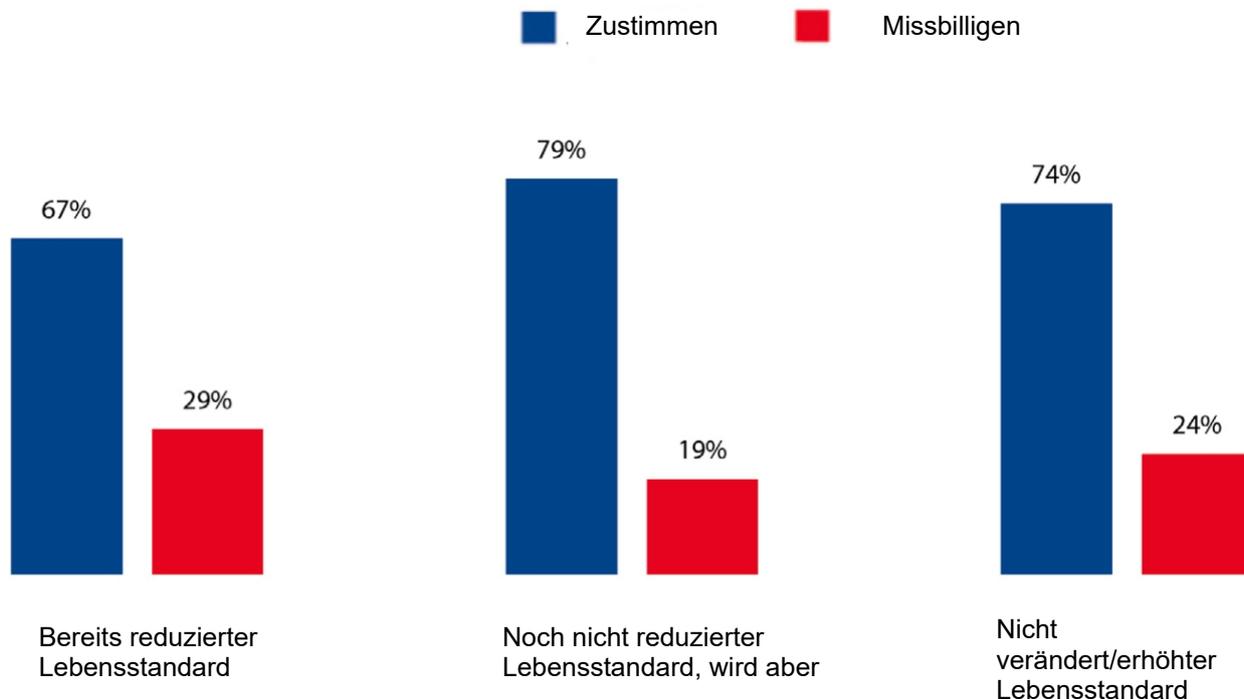
https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/PRC_HICP_MANR__custom_4056416/default/table [Daten abgerufen 06 Dezember 2022]

Eurostat: Arbeitslosigkeit – September 2022 (seasonaly bereinigt)

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/UNE_RT_MSDEFAULTVIEW/default/table [Daten abgerufen am 25. November 2022]

Selbst die Mehrheit der Bürger, deren Lebensstandard gesenkt wurde, billigt die spezifischen Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine (67 %). Im Vergleich dazu billigen 79 % derjenigen, deren Einkommen noch nicht zurückgegangen ist, und 74 % derjenigen, die ihren Lebensstandard nicht ändern/erhöhen, die Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine.

QA14 Lassen Sie uns nun ausführlicher über die verschiedenen Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine seit Kriegsbeginn nachdenken, wie z. B. Sanktionen gegen die russische Regierung oder finanzielle, militärische oder humanitäre Unterstützung: befürworten oder missbilligen Sie diese Aktionen?



Basis = QA17. Viele Faktoren, wie die Folgen der Covid-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und steigende Inflation und Preise, beeinflussen die Weltwirtschaft, einschließlich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Nachdenken über Ihren persönlichen Lebensstandard (z. B. das Go und die Dienstleistungen, die Sie sich leisten können), welche dieser Aussagen kommt Ihrer persönlichen Situation am nächsten?

Weitere soziodemografische Analysen zeigen, dass die Befragten, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber verlassen haben, eher den Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine (80 %) zustimmen als diejenigen, die im Alter von 16 bis 19 Jahren (69 %) oder im Alter von 15 Jahren oder darunter (64 %). Unter den sozioprofessionellen Gruppen ist der Anteil, der die Unterstützung der EU billigt, bei Führungskräften (82 %) und Studenten (79 %) am höchsten, während er bei den Haushältern (63 %) am niedrigsten ist.

Die Zustimmung zu den Maßnahmen der EU ist höher bei den Befragten, deren Gesamtbild von der EU positiv ist (90 % gegenüber 36 % derjenigen, deren Image der EU negativ ist). Die Einstellungen zu den Maßnahmen der EU stehen auch in engem Zusammenhang mit der allgemeinen Zustimmung zur Unterstützung der Ukraine durch die EU. Unter denjenigen, die die Unterstützung der EU für die Ukraine billigen, billigen 93 % auch die spezifischen Maßnahmen der EU.

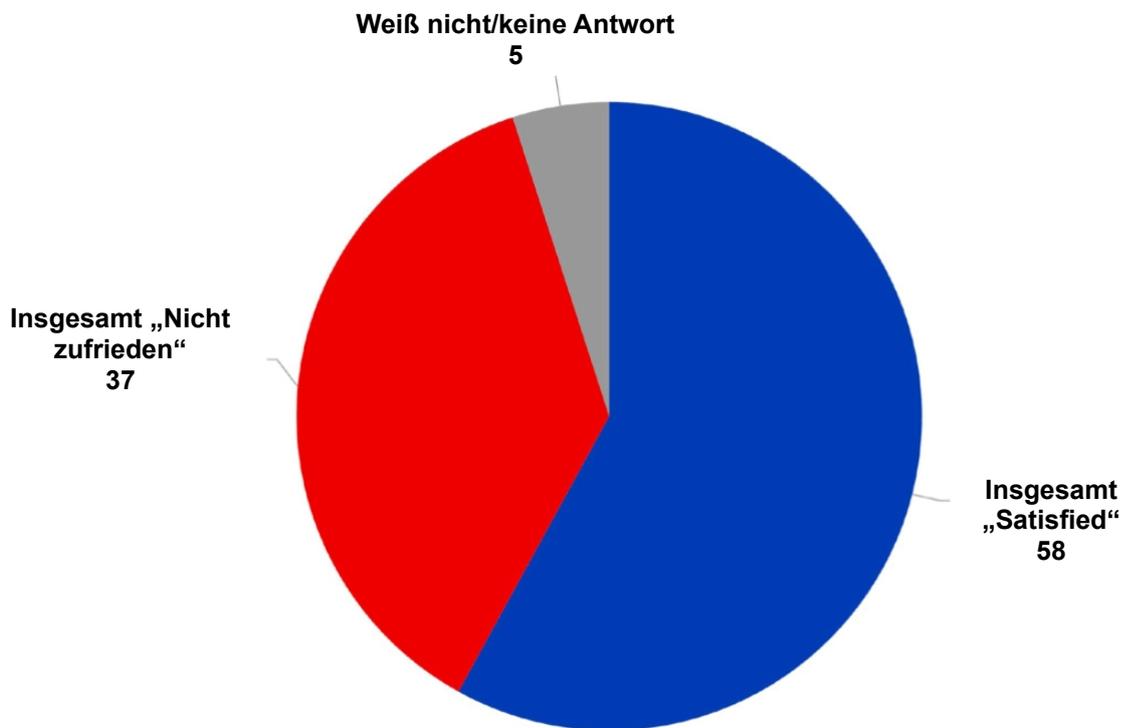
QA14 Lassen Sie uns nun ausführlicher über die verschiedenen Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine seit Kriegsbeginn nachdenken, wie z. B. Sanktionen gegen die russische Regierung oder finanzielle, militärische oder humanitäre Unterstützung: befürworten oder missbilligen Sie diese Aktionen? (%)

	Insgesamt „Zustimmen“	Insgesamt „Verweigerung“	Weiß nicht/keine Antwort
EU-27	73	24	3
Bildung (Ende)			
15—	64	31	5
16-19	69	28	3
20+	80	18	2
Noch studieren	79	17	4
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	70	26	4
Führungskraft	82	16	2
Anderer weißer Kragen	76	22	2
Manuelle Arbeiter	69	28	3
Haus-Personen	63	32	5
Arbeitslose	67	30	3
Im Ruhestand	73	24	3
Schülerinnen und Schüler	79	17	4
Bild der EU			
Insgesamt „positiv“	90	9	1
Neutral	67	29	4
Insgesamt „Negativ“	36	61	3
Genehmigung der EU-Unterstützung für die Ukraine			
Zustimmen	93	6	1
Missbilligen	15	83	2

3.2 Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten

Neben der Billigung der Unterstützung der EU für die Ukraine ist **die Mehrheit der Europäer positiv gegenüber der Art und Weise, wie die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten**. Fast sechs von zehn Bürgern (58 %) geben an, dass sie mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine zufrieden sind, während fast vier von zehn (37 %) nicht zufrieden sind.

QA15 Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine? (IN % – EU27)

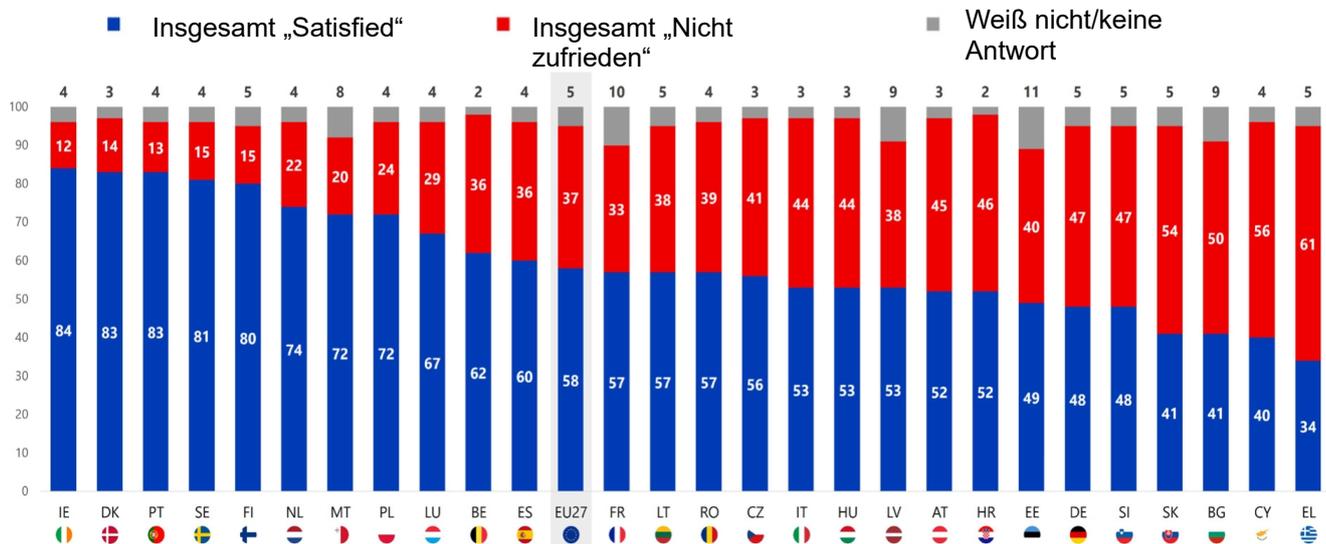


(Okt/Nov2022)

In 23 Mitgliedstaaten ist die Mehrheit der Befragten mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine zufrieden. Am höchsten ist die Zufriedenheit unter den Befragten in Irland (84 %), Dänemark, Portugal (beide 83 %), Schweden (81 %) und Finnland (80 %).

In vier Mitgliedstaaten ist die Mehrheit nicht zufrieden: Griechenland (61 %), Zypern (56 %), Slowakei (54 %) und Bulgarien (50 %).

QA15 Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine? (%)



In der soziodemografischen Analyse ist die Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine bei den Befragten, die die Ausbildung im Alter von 20 oder darüber (64 %) verlassen haben, höher als bei denjenigen, die im Alter von 16 bis 19 Jahren (54 %) oder im Alter von 15 Jahren oder darunter (51 %) abgereist sind. Unter den sozio-professionellen Gruppen ist die Zufriedenheit bei Führungskräften (66 %), Studenten (63 %) und anderen Angestellten (62 %) am höchsten, während sie bei Hausbewohnern (48 %) am niedrigsten ist.

Befragten, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sind ebenfalls eher zufrieden (62 %) als diejenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben (41 %). Jüngere Befragten sind eher zufrieden als ältere Befragten (62 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 56 % der 55-Jährigen).

Die Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten ist höher unter den Befragten, deren Gesamtbild von der EU positiv ist (77 % gegenüber 19 % der Befragten, die das Image der EU negativ sind).

Wieder einmal stehen die Einstellungen in engem Zusammenhang mit dem allgemeinen Grad der Zustimmung zur Unterstützung der Ukraine durch die EU. Unter denjenigen, die die Unterstützung der EU für die Ukraine billigen, sind 72 % mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten zufrieden, verglichen mit 14 % derjenigen, die die Unterstützung der EU für die Ukraine missbilligen. 68 % derer, die mit der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zufrieden sind, wollen, dass das EP eine wichtigere Rolle spielt.

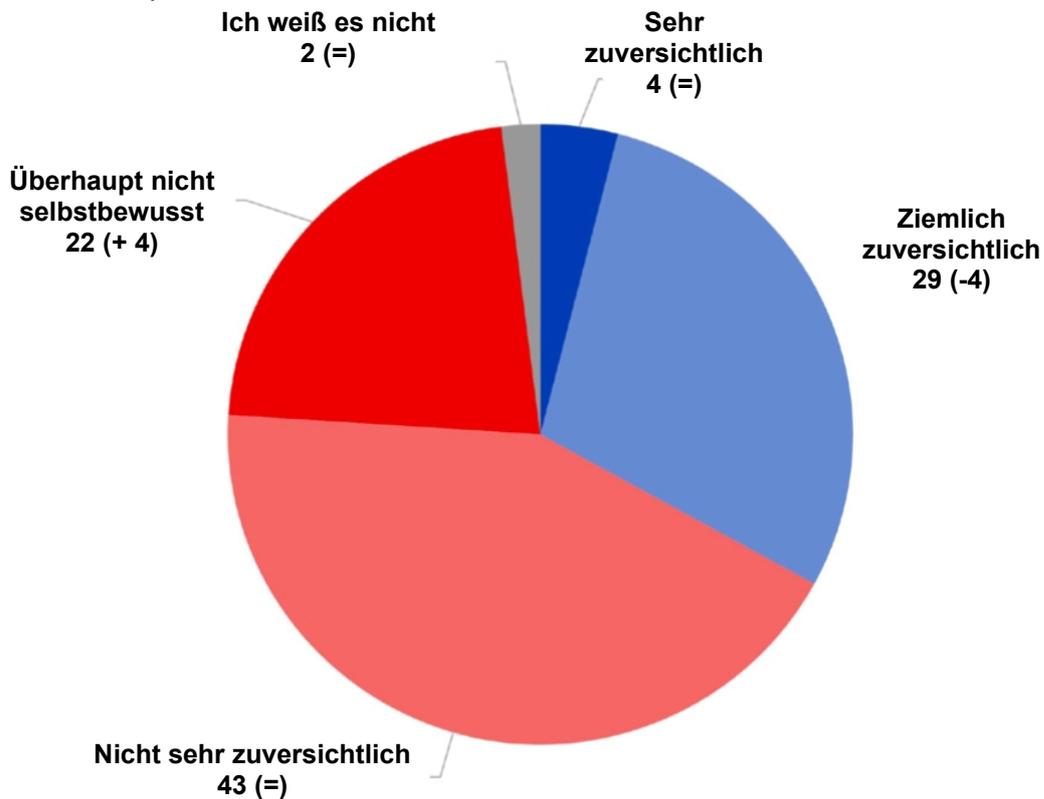
QA15 Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine? (IN % – EU)

	Insgesamt „Satisfied“	Insgesamt „Nicht zufrieden“	Weiß nicht/keine Antwort
EU-27	58	37	5
Alter			
15-24	62	31	7
25-39	59	37	4
40-54	57	39	4
55+	56	39	5
Bildung (Ende)			
15—	51	42	7
16-19	54	41	5
20+	64	32	4
Noch studieren	63	30	7
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	55	42	3
Führungskraft	66	31	3
Andere weiße Kragen	62	35	3
Manuelle Arbeiter	54	42	4
Haus-Personen	48	43	9
Arbeitslose	53	39	8
Im Ruhestand	56	38	6
Schülerinnen und Schüler	63	30	7
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen			
Die meiste Zeit	41	52	7
Von Zeit zu Zeit	55	41	4
Fast nie/niemals	62	33	5
Rolle des Europäischen Parlaments			
Wichtiger	68	30	2
Weniger wichtig	40	56	4
Keine Änderung	62	29	9
Genehmigung der EU-Unterstützung für die Ukraine			
Zustimmen	72	24	4
Missbilligen	14	83	3

3.3 Wenig Zuversicht, dass das Leben unverändert weitergeht

Nur ein Drittel der Bürger (33 %) ist zuversichtlich, dass ihr Leben infolge des Krieges in der Ukraine und seiner möglichen Folgen unverändert fortgesetzt wird (-4 Prozentpunkte seit April-Mai 2022). Nur 4 % (keine Veränderung) sind „sehr zuversichtlich“, dass dies der Fall sein wird. Die Mehrheit (65 %, + 4 Prozentpunkte) gibt an, dass sie nicht zuversichtlich sind, dass dies der Fall sein wird, wobei 22 % „nicht zuversichtlich“ sind (+ 4 Prozentpunkte).

QA12 Wenn Sie über den Krieg in der Ukraine und seine möglichen Folgen für Ihr Leben nachdenken, haben Sie das Gefühl, dass Ihr Leben unverändert weitergeht? (IN % – EU27)



(Okt/Nov 2022 – Apr/Mai 2022)

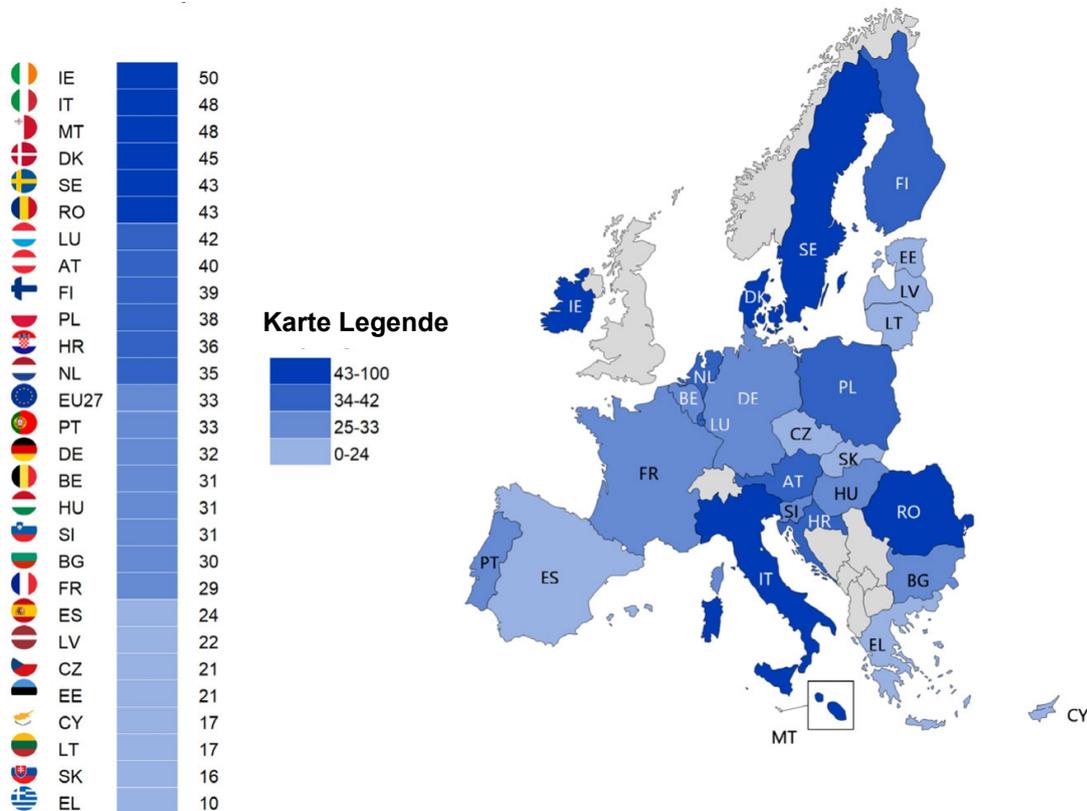
Irland (50 %) ist der einzige EU-Mitgliedstaat, in dem die Mehrheit der Befragten zuversichtlich ist, dass ihr Leben infolge des Krieges in der Ukraine und seiner möglichen Folgen unverändert fortgesetzt wird, obwohl in Malta die gleichen Anteile zuversichtlich und nicht zuversichtlich sind (beide 48 %).

Am anderen Ende des Spektrums glauben nur 10 % in Griechenland, 16 % in der Slowakei und 17 % in Zypern und Litauen, dass ihr Leben unverändert fortgesetzt wird.

Im Allgemeinen sind die Befragten in östlichen Gebieten Europas weniger zuversichtlich, dass ihr Leben infolge des Krieges in der Ukraine und seiner möglichen Folgen unverändert fortgesetzt

wird. Dies gilt insbesondere für einige der Länder, die an die Ukraine oder Russland grenzen, wie z. B. die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen.

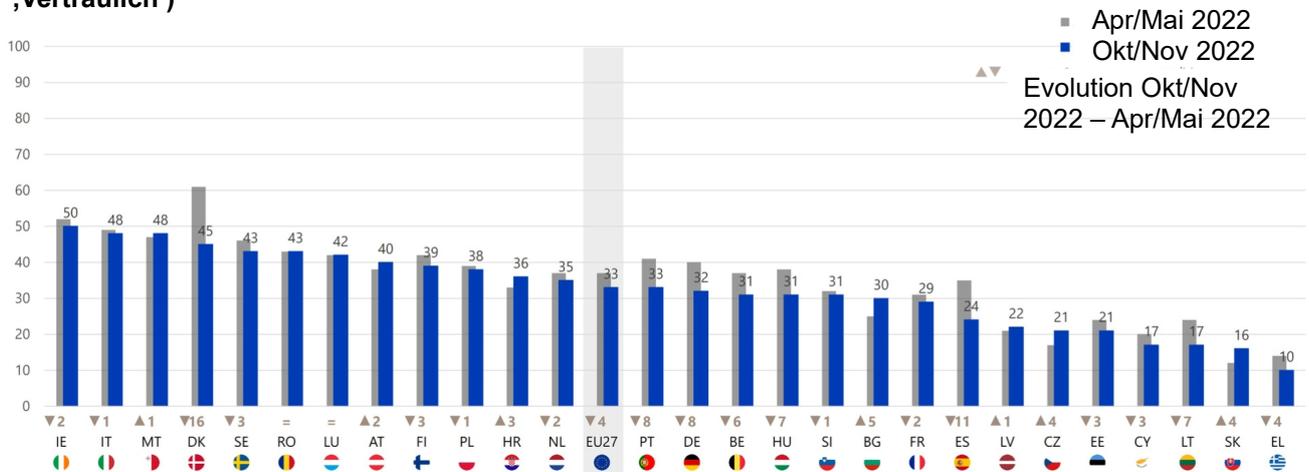
QA12 Wenn Sie über den Krieg in der Ukraine und seine möglichen Folgen für Ihr Leben nachdenken, haben Sie das Gefühl, dass Ihr Leben unverändert weitergeht? (% – insgesamt ‚Nicht zuversichtlich‘)



Seit April und Mai 2022 ist das Vertrauen in das Leben in vier EU-Mitgliedstaaten unverändert gestiegen: Bulgarien (30 %, + 5 Prozentpunkte), Tschechien (21 %, + 4 Prozentpunkte), Slowakei (16 %, + 4 Prozentpunkte) und Kroatien (36 %, + 3 Prozentpunkte). Allerdings ist der Optimismus in 12 Ländern zurückgegangen, vor allem in Dänemark (45 %, -16 Prozentpunkte), Spanien (24 %, -11 Prozentpunkte), Deutschland (32 %, -8 Prozentpunkte) und Portugal (33 %, -8 Prozentpunkte). In elf Ländern gab es keine Veränderung oder fast keine Veränderung.

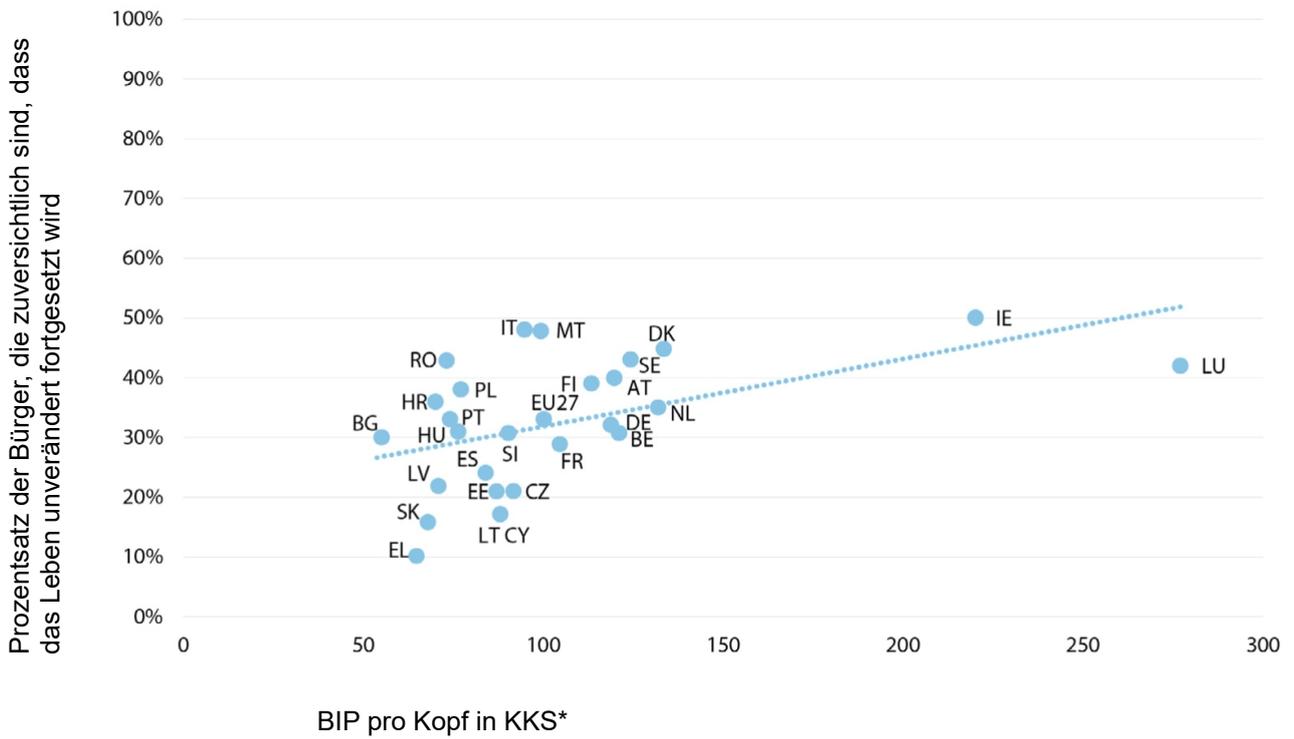
Aufgrund dieser Veränderungen ist die negative Sicht heute in Dänemark dominant.

QA12 Wenn Sie über den Krieg in der Ukraine und seine möglichen Folgen für Ihr Leben nachdenken, haben Sie das Gefühl, dass Ihr Leben unverändert weitergeht? (% – insgesamt ‚Vertraulich‘)



Betrachtet man den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage in den Mitgliedstaaten und dem Vertrauen der Bürger, dass ihr Leben unverändert fortgesetzt wird, ist es vielleicht nicht verwunderlich, dass die Bürger in Ländern mit einem geringeren Pro-Kopf-BIP eher das Gefühl haben, dass sich ihr Leben ändern könnte. Zum Beispiel sind in Griechenland nur 10 % zuversichtlich, dass ihr Leben gleich bleiben wird, während die Hälfte der Iren positiv ist, dass sich ihr Leben nicht ändern wird. Wie in der Abbildung unten gezeigt, wird eine Korrelation gefunden, wenn die beiden Variablen zusammen analysiert werden. Der Korrelationskoeffizient (0,49) zeigt eine positive und statistisch signifikante Beziehung zwischen den Variablen (p-Wert & 0,01).

QA12 BIP pro Kopf und Zuversicht, dass das Leben unverändert bleibt



Eurostat – Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftstandard (KKS) – 2021
https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/TECOO1_14/default/table [Daten abgerufen am 25. November 2022]
 * Der Kaufkraftstandard (KKS) ist eine von Eurostat für Ländervergleiche verwendete artltische Währungseinheit, um Preisunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu beseitigen.

Die Ergebnisse der soziodemografischen Analyse zeigen, dass Männer etwas wahrscheinlicher sind als Frauen, dass ihr Leben infolge des Krieges in der Ukraine und seiner möglichen Folgen unverändert fortgesetzt wird (36 % vs. 31 %). Diejenigen im Alter von 15 bis 24 Jahren haben am ehesten dieses Vertrauen, insbesondere im Vergleich zu den über 55-Jährigen (40 % vs. 32 %).

Führungskräfte und Studierende (beide 40 %) sind eher zuversichtlich als andere sozial-professionelle Gruppen, insbesondere Haushälter (25 %) und arbeitslose Teilnehmer (26 %). Je weniger finanzielle Schwierigkeiten ein Befragter erlebt, desto wahrscheinlicher ist es, dass sein Leben infolge des Krieges in der Ukraine unverändert fortgesetzt wird: 35 %, die am wenigsten Schwierigkeiten haben, sind zuversichtlich, verglichen mit 21 %, die die meisten finanziellen Schwierigkeiten haben.

Die Befragten, die positiv über die Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Ukraine und über die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sind, sind zuversichtlicher, dass ihr Leben unverändert fortgesetzt wird. Beispielsweise sind 40 % derer, die seit Kriegsbeginn die Maßnahmen der EU billigen, zuversichtlich, dass ihr Leben unverändert fortgesetzt wird, verglichen mit 18 % derjenigen, die diese Aktionen missbilligen.

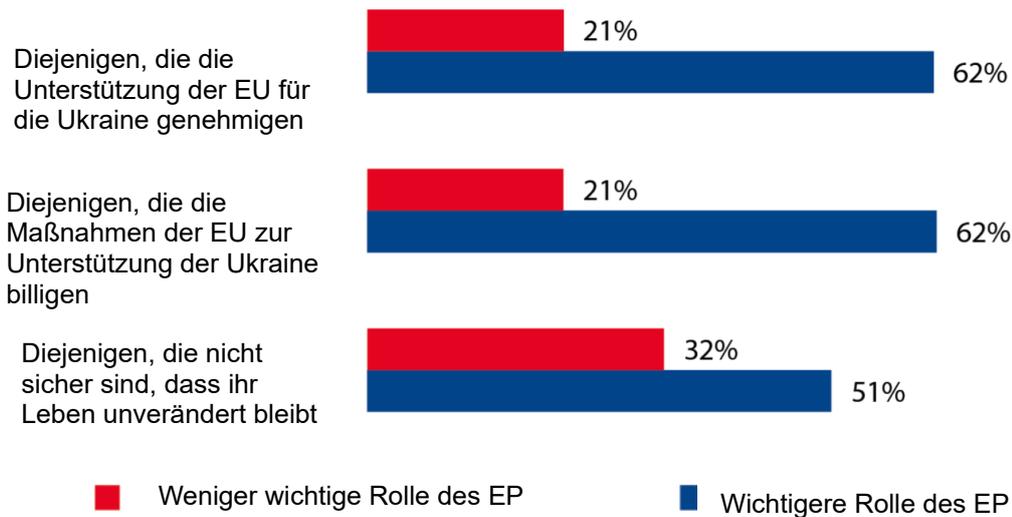
Befragten, die denken, dass die jüngsten Ereignisse, einschließlich des Krieges in der Ukraine, keinen Einfluss auf ihren Lebensstandard haben werden, sind eher zuversichtlich, dass ihr Leben unverändert fortgesetzt wird (54 %), verglichen mit denen, deren Lebensstandard noch nicht betroffen ist, aber die denken, dass es im nächsten Jahr passieren wird (38 %) und diejenigen, deren Lebensstandard bereits betroffen ist (23 %).

QA12 Wenn Sie über den Krieg in der Ukraine und seine möglichen Folgen für Ihr Leben nachdenken, haben Sie das Gefühl, dass Ihr Leben unverändert weitergeht? (%-EU)

	Insgesamt „zuversichtlich“	Insgesamt „nicht selbstbewusst“	Ich weiß es nicht
EU-27	33	65	2
Geschlechtsverkehr			
Der Mann	36	63	1
Frau	31	67	2
Alter			
15-24	40	57	3
25-39	35	64	1
40-54	33	66	1
55+	32	66	2
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	33	65	2
Führungskraft	40	59	1
Andere weiße Kragen	38	61	1
Manuelle Arbeiter	31	68	1
Haus-Personen	25	74	1
Arbeitslose	26	73	1
Im Ruhestand	31	67	2
Schülerinnen und Schüler	40	57	3
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen			
Die meiste Zeit	21	78	1
Von Zeit zu Zeit	34	65	1
Fast nie/niemals	35	63	2
Genehmigung der EU-Unterstützung für die Ukraine			
Zustimmen	40	59	1
Missbilligen	18	81	1
Ihr Lebensstandard hat...			
Bereits reduziert	23	76	1
Noch nicht reduziert, wird aber	38	61	1
Nicht geändert/erhöht	54	45	1

Insgesamt möchte eine klare Mehrheit der Bürger, die die Maßnahmen der EU billigen und die Ukraine unterstützen, dem EP eine wichtigere Rolle zukommen (62 % derjenigen, die die Unterstützung der EU für die Ukraine billigen, und 62 % derjenigen, die spezifische EU-Maßnahmen genehmigen). Es gibt auch eine Mehrheit, die wünscht, dass das EP eine wichtigere Rolle (51 %) unter denjenigen spielt, die glauben, dass sich ihr Leben ändern wird.

QA4 Angesichts der russischen Invasion der ukrainischen Bürger will das EP eine wichtigere Rolle spielen



Base = QA13 Wenn Sie über den Krieg in der Ukraine und seine möglichen Folgen für Ihr Leben nachdenken, haben Sie das Gefühl, dass Ihr Leben unverändert weitergeht?

Base = QA14 Lassen Sie uns nun ausführlicher über die verschiedenen Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine seit Kriegsbeginn nachdenken, wie z. B. Sanktionen gegen die russische Regierung oder finanzielle, militärische oder humanitäre Unterstützung: befürworten oder missbilligen Sie diese Aktionen?

Base = QA12 Wenn Sie über den Krieg in der Ukraine und seine möglichen Folgen für Ihr Leben nachdenken, haben Sie das Gefühl, dass Ihr Leben unverändert weitergeht?

IV. EU UND EP IN DEN AUGEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Dieses Kapitel konzentriert sich auf die Wahrnehmung der Bürger von der EU und dem Europäischen Parlament. Zunächst werden die Wahrnehmung der Rolle des Europäischen Parlaments, die Grundwerte und Prioritäten, die es verteidigen sollte, und das Image, das es unter den Bürgern hat, untersucht. In der zweiten Hälfte des Kapitels geht es um die Wahrnehmung der EU, einschließlich der Bedeutung der Mitgliedschaft in der EU und der damit verbundenen Vorteile.

Die vorherige Umfrage im April-Mai 2022 zeigte das Image des Europäischen Parlaments und der EU auf Rekordniveau. Obwohl diese sehr hohen Werte in der aktuellen Umfrage nicht aufrechterhalten wurden, bleibt das längerfristige Bild positiv, wobei die Einstellungen trotz der Herausforderungen des Krieges in der Ukraine, der COVID-19-Pandemie und der steigenden Lebenshaltungskosten weiterhin auf dem erfreulichen Niveau blieben, das im letzten Jahr oder so verzeichnet wurde.

Im Zeichen der europäischen Widerstandsfähigkeit und Einheit sehen die Europäer die Verteidigung gemeinsamer europäischer Werte wie Demokratie neben Werten wie dem Schutz der Menschenrechte, der Meinungs- und Gedankenfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit als Priorität. Im Hinblick auf die politischen Prioritäten wollen die Bürgerinnen und Bürger, dass sich das Europäische Parlament auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, auf das Thema öffentliche Gesundheit sowie auf die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentriert.

Fast drei Viertel der Europäer sagen, dass ihr Land davon profitiert hat, Mitglied der EU zu sein, ein stabiler Indikator, der die Anzeichen einer allgemeinen Widerstandsfähigkeit der EU-Bevölkerung unterstützt. Der Hauptgrund, warum ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, ist der Beitrag der EU zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit, ein Ergebnis, das seit Oktober/November 2021 erheblich zugenommen hat, und der größte unter den in dieser Frage gestellten Punkten. Hervorzuheben sind unter anderem die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern und der Beitrag der EU zum Wirtschaftswachstum des Landes.

4.1 Rolle und Wahrnehmung des Europäischen Parlaments

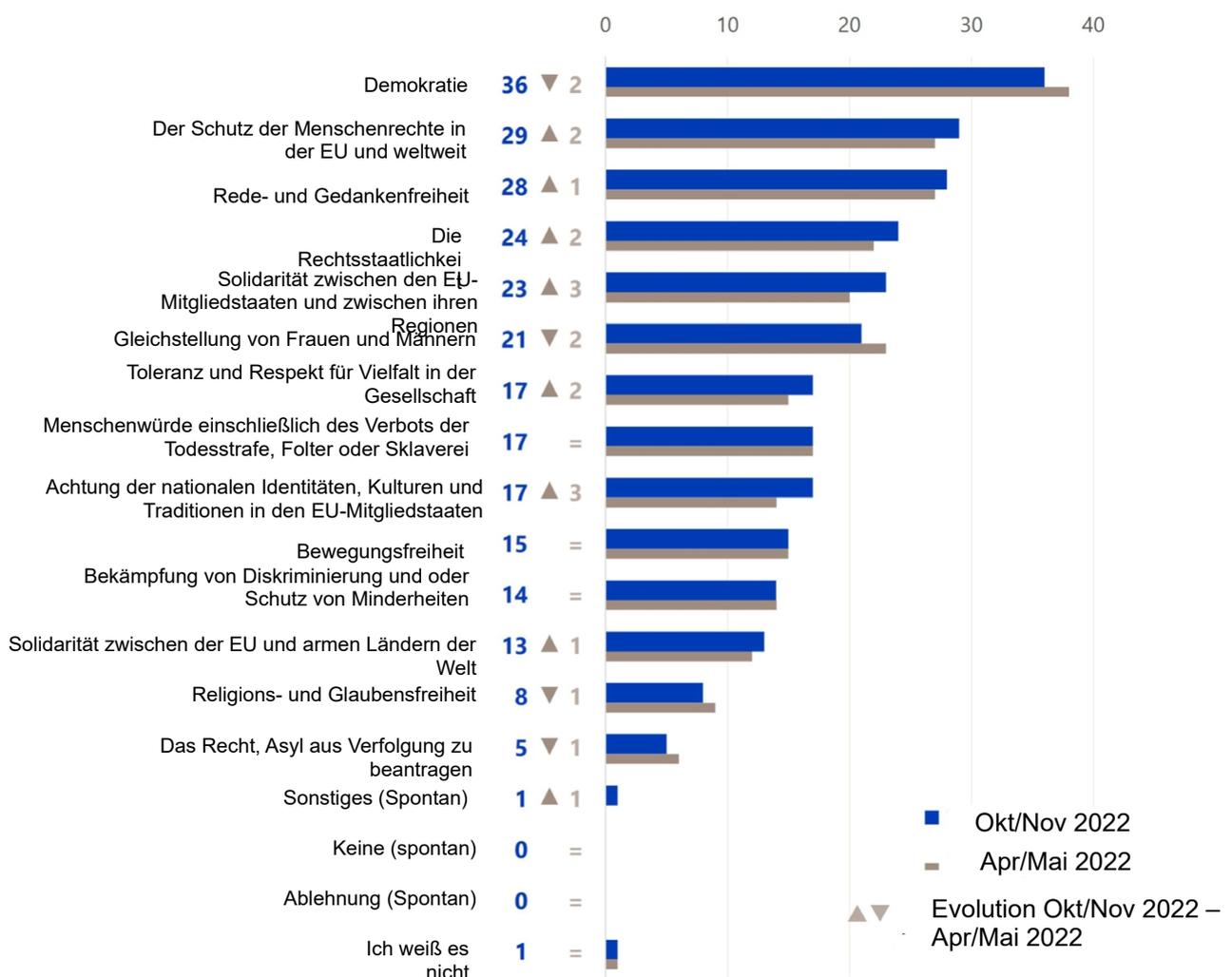
Dieser Abschnitt konzentriert sich auf das Bild des Europäischen Parlaments unter den Bürgern, wie seine künftige Rolle wahrgenommen wird und wie die Bürgerinnen und Bürger ihre Prioritäten und Kernwerte sehen. Das Image des Europäischen Parlaments ist nach wie vor auf einem hohen Niveau geblieben, mit starken Forderungen nach einer Stärkung seiner Rolle. Darüber hinaus gibt es breite Unterstützung für das Europäische Parlament, Werte wie Demokratie zu verteidigen und Themen wie Armut und soziale Ausgrenzung Vorrang einzuräumen, und diese Werte und Prioritäten sind trotz der Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist, stabil geblieben.

Das Europäische Parlament sollte die Demokratie vorrangig verteidigen. Dies ist nach wie vor der wichtigste Wert für die Bürger (36 %, -2 Prozentpunkte seit April-Mai 2022). Mindestens jeder Fünfte ist der Ansicht, dass das Europäische Parlament der Verteidigung des Schutzes der

Menschenrechte in der EU und weltweit (29 %, + 2 Prozentpunkte), der Meinungs- und Gedankenfreiheit (28 %, + 1 Prozentpunkte), der Rechtsstaatlichkeit (24 %, + 2 Prozentpunkte), der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und zwischen ihren Regionen (23 %, + 3 Prozentpunkte) und der Gleichstellung von Frauen und Männern (21 %, -2 Prozentpunkte) Priorität einräumen sollte. Alle anderen Werte werden von weniger als einem von fünf Befragten erwähnt.

Die Ergebnisse sind seit April bis Mai 2022 konstant geblieben. Nur zwei Punkte zeigen eine Veränderung von mehr als zwei Prozentpunkten: Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und zwischen ihren Regionen (23 %, + 3 Prozentpunkte) und die Achtung der nationalen Identitäten, Kulturen und Traditionen in den EU-Mitgliedstaaten (17 %, + 3 Prozentpunkte).

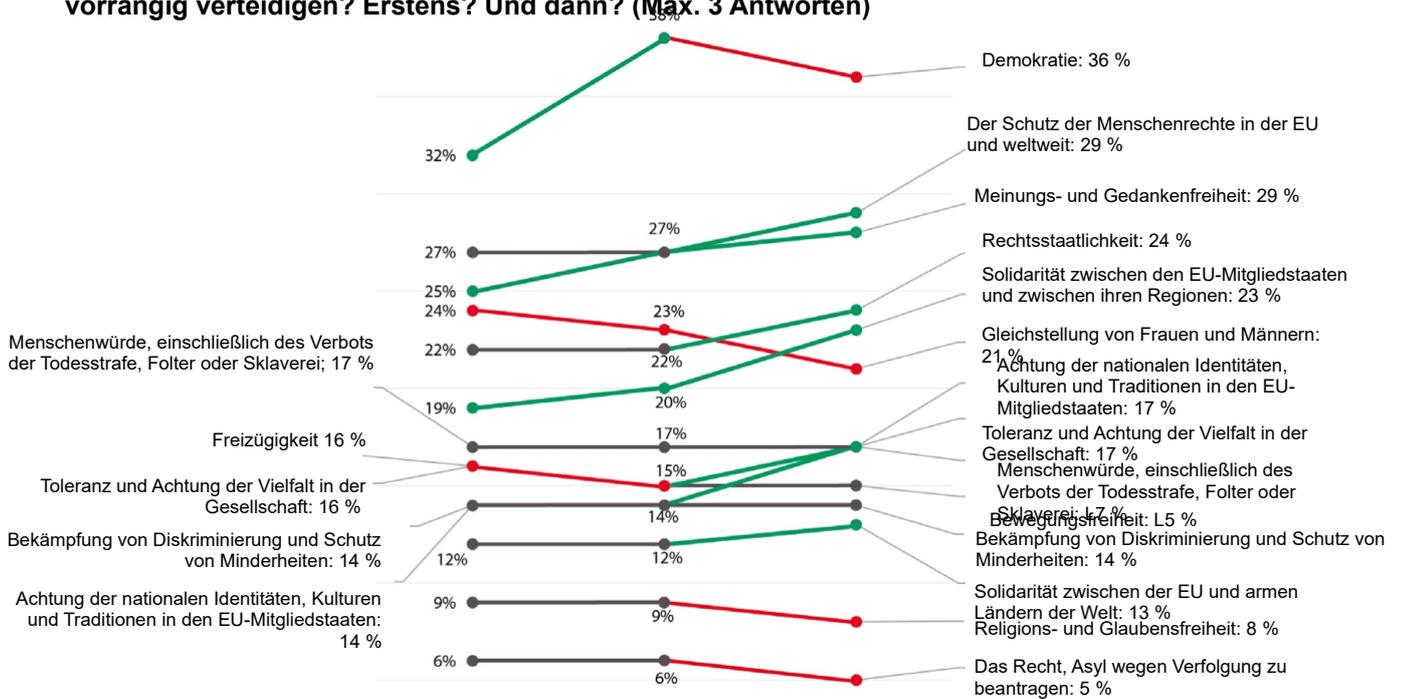
QA5ab Ihrer Meinung nach, welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (% – EU27)



Im Vergleich zu den Ergebnissen vom Herbst 2021, die vor der russischen Invasion in die Ukraine gesammelt wurden, sind jedoch einige bemerkenswertere Anstiege zu beobachten. Demokratie, Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und ihren Regionen und der Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit sind alle um vier Prozentpunkte gestiegen, während auch die Achtung der nationalen Identitäten und Kulturen (+ 3 Prozentpunkte) und die

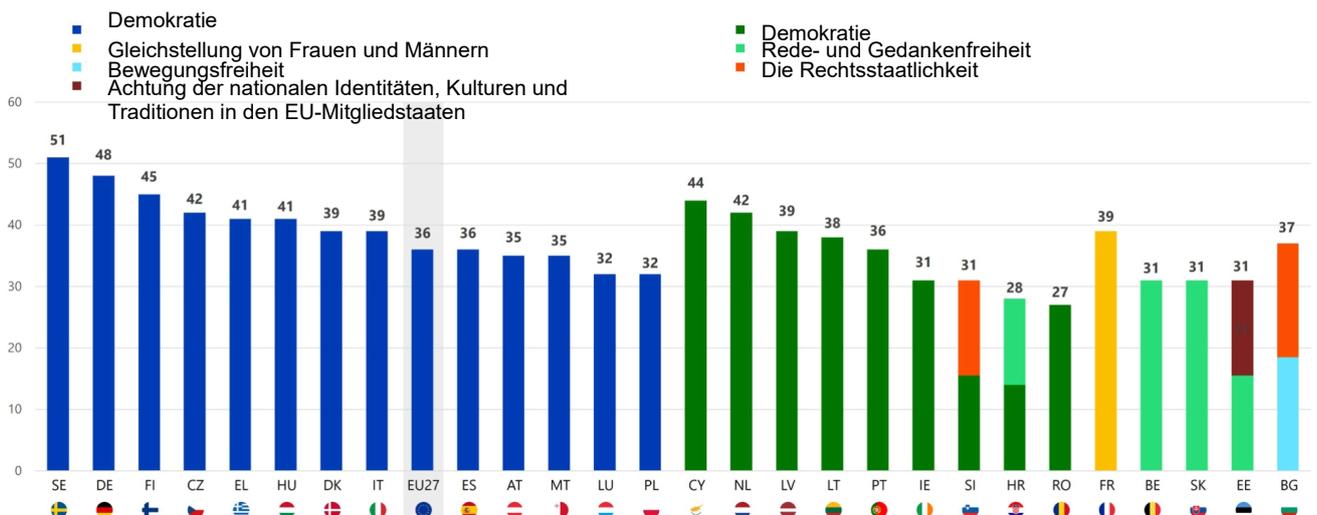
Rechtsstaatlichkeit (+ 2 Prozentpunkte) zugenommen haben. Die meisten verbleibenden Werte, die das EP vorrangig verteidigen sollte, sind seit der Invasion Russlands sehr stabil geblieben, wobei der einzige Rückgang für die Gleichstellung von Männern und Frauen beobachtet wurde (-3 Prozentpunkte).

QA5ab Ihrer Meinung nach, welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (Max. 3 Antworten)



In 13 Ländern sind die Befragten der Ansicht, dass das Europäische Parlament die Demokratie vorrangig verteidigen sollte. Der Schutz der Menschenrechte wird in neun Ländern als oberste Priorität (oder gemeinsame oberste Priorität) angesehen. Die Meinungs- und Gedankenfreiheit ist in vier Mitgliedstaaten der am häufigsten erwähnte (oder am häufigsten erwähnte) Wert. Die Rechtsstaatlichkeit rangiert in Slowenien und Bulgarien an der Spitze.

QA5ab Ihrer Meinung nach, welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (% – Die am häufigsten erwähnte Antwort nach Land)



Meinungsfreiheit und Gedankenfreiheit gehören in 13 Ländern zu den ersten drei. Die Erwähnungen reichen von 34 % in Frankreich, 33 % in Tschechien und 32 % in Österreich bis zu 15 % in Bulgarien und Portugal.

In Bulgarien (37 %) und Slowenien (31 %) ist die **Rechtsstaatlichkeit der** gemeinsam höchste Wert zu verteidigen, wird aber auch in Griechenland (38 %) und Zypern (37 %) weithin erwähnt. Im Gegensatz dazu sind 12 % in Frankreich und 15 % in Litauen und Portugal der Ansicht, dass dies eine Priorität sein sollte.

Die Befragten in Griechenland (39 %), Bulgarien (34 %), Tschechien (32 %) und Portugal (31 %) sind der Meinung, dass **Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten** und zwischen ihren Regionen vorrangig verteidigt werden sollte, und dieser Wert wird in jedem Land um mindestens 15 % erwähnt.

Die **Gleichstellung von Männern und Frauen** ist von den Befragten in Frankreich (39 %) am meisten erwähnt und wird auch von 31 % in Spanien und 30 % in Belgien erwähnt. Im Gegensatz dazu sind 9 % in Griechenland und Lettland der Ansicht, dass dies eine Priorität sein sollte.

Darüber hinaus wird die Freizügigkeit in Bulgarien (37 %) viel häufiger als Priorität gewählt als in anderen Ländern. Der Anteil besagt, dass die Achtung der nationalen Identitäten, Kulturen und Traditionen in den EU-Mitgliedstaaten in Estland (31 %) und Bulgarien (30 %) besonders hoch ist.

QA5ab Ihrer Meinung nach, welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (%)

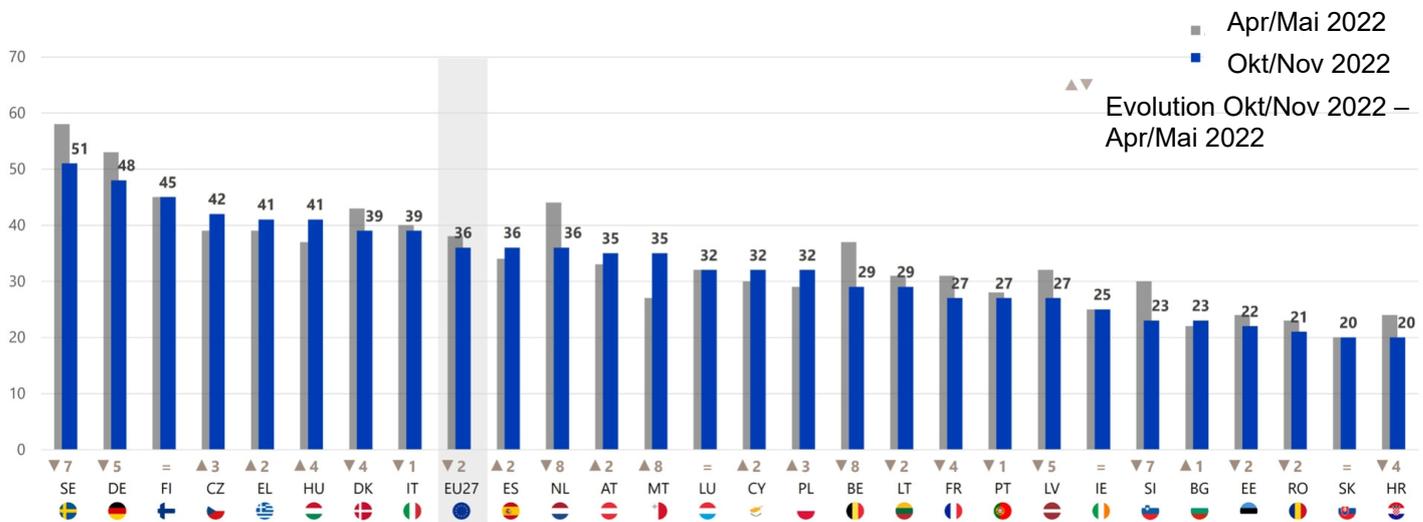
	EU-27	W ER DE N	BG	CZ	DK	DE	EE	Ä H M	EL	ES IS T	F.F	HR - BE RA TU NG	D A S IS T	CY	LV	LT	LU	SC HN ÄP PC HE N	MT	NL	BE I	P. S.	P. S.	RO	S. A.	SK	FI	S. A.
Demokratie	36	29	23	42	39	48	22	25	41	36	27	20	39	32	27	29	32	41	35	36	35	32	27	21	23	20	45	51
Der Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit	29	26	23	33	35	32	30	31	32	24	26	28	21	44	39	38	31	32	28	42	28	26	36	27	31	29	32	49
Rede- und Gedankenfreiheit	28	31	15	33	26	31	31	23	28	29	34	28	29	23	29	26	23	20	17	27	32	19	15	21	30	31	29	31
Die Rechtsstaatlichkeit	24	17	37	24	16	34	22	18	38	25	12	24	17	37	20	15	18	28	32	20	27	26	15	25	31	29	33	18
Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und zwischen ihren Regionen	23	21	34	32	19	25	19	18	39	15	17	27	29	28	23	27	28	19	17	28	17	26	31	26	17	22	20	17
Gleichstellung von Frauen und Männern	21	30	10	14	24	13	10	26	9	31	39	15	20	24	9	10	19	10	21	20	22	13	22	13	18	13	17	23
Toleranz und Respekt für Vielfalt in der Gesellschaft	17	18	18	10	19	17	15	18	11	16	20	20	16	7	11	20	14	19	16	24	18	14	16	13	23	14	15	13

HERBST 2022 | EB 98.1

Menschenwürde, einschließlich des Verbots der Todesstrafe, Folter oder Sklaverei	17	17	12	12	21	19	12	11	17	15	19	16	19	18	8	12	15	12	18	17	18	17	20	13	14	12	21	26
Achtung der nationalen Identitäten, Kulturen und Traditionen in den EU-Mitgliedstaaten	17	15	30	25	19	11	31	20	23	12	13	25	21	22	22	23	19	21	16	19	20	19	22	21	17	26	15	11
Bewegungsfreiheit	15	15	37	21	17	7	26	28	8	14	11	25	19	8	12	16	13	21	16	7	13	25	6	26	21	28	15	10
Bekämpfung von Diskriminierung und Schutz von Minderheiten	14	19	7	6	11	12	10	17	17	14	14	14	18	15	10	13	16	18	24	18	16	12	22	11	8	14	10	10
Solidarität zwischen der EU und armen Ländern der Welt	13	12	14	9	10	11	7	10	21	16	13	19	13	17	10	12	17	14	17	9	13	11	22	19	12	10	5	12
Religions- und Glaubensfreiheit	8	10	9	4	7	4	11	11	5	5	11	9	9	6	5	6	6	7	13	9	9	11	5	15	7	17	5	4
Das Recht, Asyl aus Verfolgung zu beantragen	5	5	4	1	6	4	5	8	3	5	6	4	5	3	3	7	8	7	8	5	9	8	5	8	2	4	4	8
Ich weiß es nicht	1	0	1	2	1	0	2	1	0	1	2	0	1	0	3	1	0	1	4	0	1	1	5	2	2	0	0	0

Im Vergleich zu April-Mai 2022 hat die Priorisierung der Verteidigung der Demokratie für die Befragten in vier Ländern an Bedeutung gewonnen: Malta (35 %, + 8 Prozentpunkte), Ungarn (41 %, + 4 Prozentpunkte), Tschechien (42 %, + 3 Prozentpunkte) und Polen (32 %, + 3 Prozentpunkte). Im Gegensatz dazu wird in neun Mitgliedstaaten, vor allem in Belgien (29 %, -8 Prozentpunkte), in den Niederlanden (36 %, -8 Prozentpunkte), in Slowenien (23 %, -7 Prozentpunkte) und in Schweden (51 %, -7 Prozentpunkte), in den Niederlanden (36 %, -8 Prozentpunkte) weniger erwähnt. In den übrigen 14 Ländern hat sich nichts geändert.

QA5ab Ihrer Meinung nach, welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (Max. 3 Antworten) (% – Demokratie)



Die soziodemografische Analyse konzentriert sich auf die sechs wichtigsten Werte, die die Bürger der Meinung sind, dass das Europäische Parlament der Verteidigung Vorrang einräumen sollte. Es zeigt, dass Männer eher als Frauen denken, dass Demokratie (39 % vs. 34 %) und Rechtsstaatlichkeit (27 % vs. 20 %) Priorität haben sollten, aber im Fall der Gleichstellung von Männern und Frauen (16 % vs. 26 %). Diejenigen im Alter von 15 bis 24 Jahren sagen am ehesten, dass die Rede- und Gedankenfreiheit (31 %) und die Gleichstellung von Männern und Frauen (26 %) Priorität haben sollten, aber am wenigsten erwähnen sie Demokratie (27 %), Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Regionen (19 %) oder Rechtsstaatlichkeit (18 %).

Die Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, denken eher, dass der Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit ein Wert sein sollte, den das Europäische Parlament als Priorität vertritt (33 %), verglichen mit denjenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger (23 %) beendet haben.

Befragten, die der Meinung sind, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache ist, sind wahrscheinlicher als diejenigen, die es für eine schlechte Sache halten, zu sagen, dass das Europäische Parlament der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und zwischen seinen Regionen (27 % gegenüber 14 %) Priorität einräumen sollte. Unterschiede sind auch in Bezug auf Demokratie (39 % eine gute Sache gegenüber 27 % eine schlechte Sache) und den Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit (31 % vs. 24 %).

Schließlich sind die Befragten mit einem positiven Bild des Europäischen Parlaments wahrscheinlicher als diejenigen mit negativem Image, dass der Demokratie (41 % vs. 31 %) und der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und ihren Regionen (29 % gegenüber 17 %) Vorrang eingeräumt werden sollte. Die Meinungs- und Gedankenfreiheit wird jedoch eher von Personen mit einem negativen Bild (34 %) als prioritär betrachtet als diejenigen mit positivem Bild (24 %).

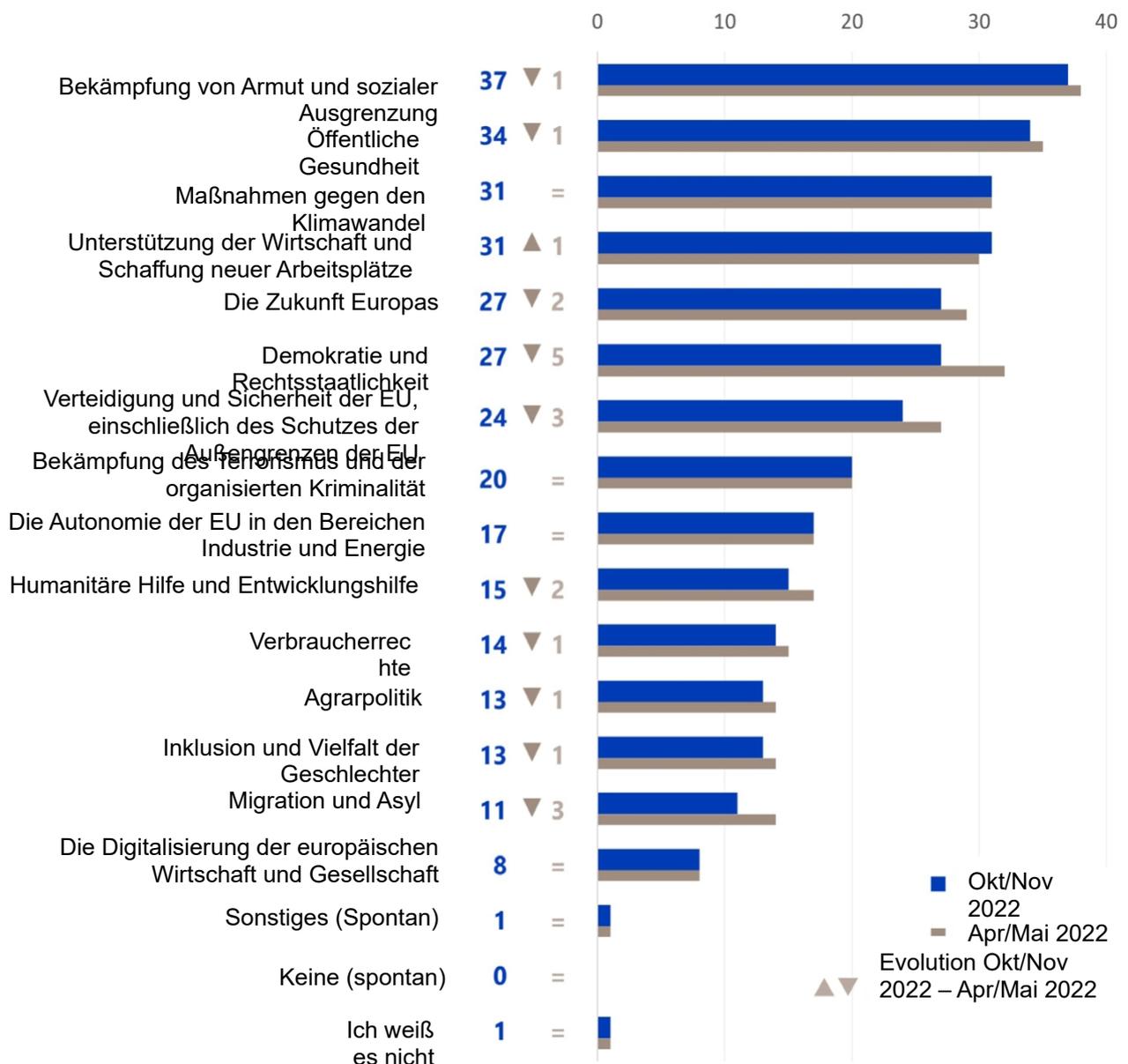
QA5ab Ihrer Meinung nach, welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (% – EU)

	Gleichstellung von Frauen und Männern	Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und zwischen ihren Regionen	Der Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit	Rede- und Gedankenfreiheit	Demokratie	Die Rechtsstaatlichkeit
EU-27	21	23	29	28	36	24
Geschlechtsverkehr						
Der Mann	16	25	27	30	39	27
Frau	26	22	30	26	34	20
Alter						
15-24	26	19	30	31	27	18
25-39	22	23	30	29	35	23
40-54	20	24	30	28	37	24
55+	20	25	27	27	39	25
Bildung (Ende)						
15—	23	21	23	27	36	22
16-19	21	24	27	29	35	24
20+	19	25	33	28	39	26
Noch studieren	24	18	32	31	28	18
Bild des Europäischen Parlaments						
Positiv	19	29	31	24	41	27
Neutral	23	22	28	29	34	22
Negativ	20	17	26	34	31	24
Stellungnahme zur Mitgliedschaft des Landes in der EU						
Eine gute Sache	21	27	31	26	39	25
Eine schlechte Sache	20	14	24	33	27	21
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	22	20	26	32	32	22

Die Bürger sind der Ansicht, dass die Bekämpfung von **Armut und sozialer Ausgrenzung** (37 %, -1 Prozentpunkte seit April-Mai 2022) die **wichtigste Priorität für das Europäische Parlament sein sollte**, gefolgt von der öffentlichen Gesundheit (34 %, -1 Prozentpunkte), Maßnahmen gegen den Klimawandel (31 %, keine Veränderung) und Unterstützung der Wirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze (31 %, + 1 Prozentpunkte). Mindestens jeder Fünfte ist der Ansicht, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (27 %, -5 Prozentpunkte), die Zukunft Europas (27 %, -2 Prozentpunkte), die Verteidigung und Sicherheit der EU, einschließlich des Schutzes der Außengrenzen der EU (24 %, -3 Prozentpunkte) und die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität (20 %, keine Veränderung) Priorität haben sollten.

Die einzige bemerkenswerte Veränderung seit April-Mai 2022 ist der Rückgang des Anteils, in dem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Prioritätswert genannt werden (27 %, -5 Prozentpunkte).

QA6ab Welche der folgenden Themen möchten Sie im Europäischen Parlament vorrangig behandeln? Erstens? Und dann? (Maximal 4 Antworten) (% – EU27)

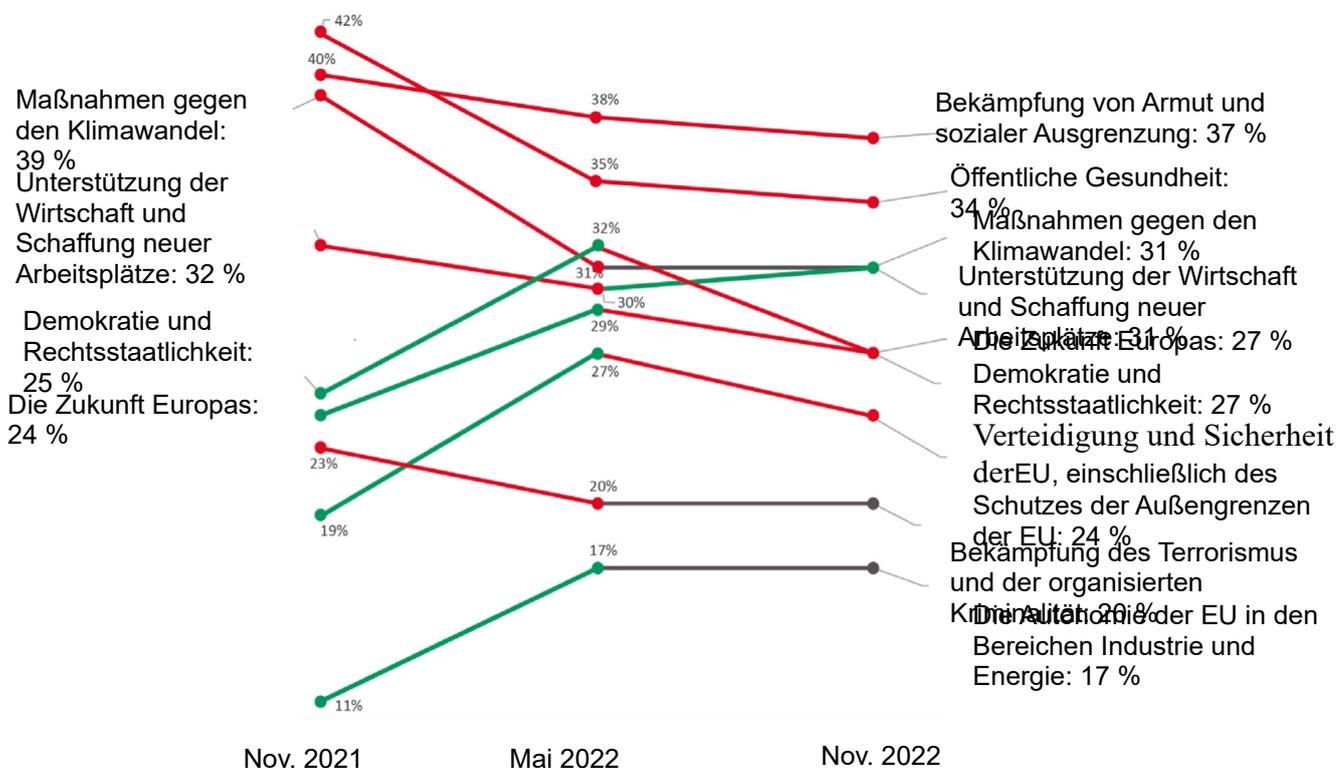


Es ist auch interessant, die Prioritäten der Bürger vor der russischen Invasion in die Ukraine mit der Situation, die nur drei Monate nach dem Krieg beginnt, und die derzeitige Sichtweise nach neun Monaten seit Ausbruch des Konflikts zu vergleichen: Das Problem der öffentlichen Gesundheit ist im Vergleich zu vor einem Jahr kontinuierlich zurückgegangen. Während die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ebenfalls rückläufig ist, haben die Unterstützung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze als Priorität für die Bürger zugenommen.

Insgesamt hat sich die Stellung einer Mehrheit der Prioritäten nach dem Ausbruch des Krieges erheblich verändert, ist aber nun bis zu einem gewissen Grad auf Vorkriegsniveau zurückgekehrt. Dies gilt für die Zukunft Europas, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie für die Verteidigung und Sicherheit der EU.

Andere Prioritäten erlebten eine signifikante Zunahme oder Abnahme in Bezug auf die Popularität zu Beginn der Invasion und sind seitdem auf dem gleichen Niveau geblieben. Dazu gehören Maßnahmen gegen den Klimawandel (-9 Prozentpunkte, dann stabil), die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität (-3 Prozentpunkte, dann stabil) sowie die Autonomie der EU in den Bereichen Industrie und Energie (+ 6 Prozentpunkte, dann stabil).

QA6ab Welche der folgenden Themen möchten Sie im Europäischen Parlament vorrangig behandeln? Erstens? Und dann? (Maximal 4 Antworten) (% – EU27)



Die vorrangigen Themen, mit denen das Europäische Parlament befasst werden muss, unterscheiden sich in der EU erheblich. In sieben Ländern wollen die Befragten vor allem die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung priorisieren. In fünf Ländern wünschen sich die meisten Befragten, dass die öffentliche Gesundheit priorisiert wird. Maßnahmen gegen den Klimawandel haben in sechs Ländern oberste Priorität, während in fünf Mitgliedstaaten die Förderung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze Priorität haben (höher als im April-Mai 2022, wo es nur in Griechenland oberste Priorität hatte).

In Deutschland und Finnland sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit oberste Priorität, während in Polen die Verteidigung und Sicherheit der EU oberste Priorität hat. Höchste Priorität in Tschechien ist die Autonomie der EU in den Bereichen Industrie und Energie.

Die **Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung** ist eines der drei am häufigsten genannten Themen in 21 Ländern und reicht von 59 % in Portugal, 58 % in Griechenland und 50 % in Litauen bis zu 25 % in Malta, 26 % in Finnland und 27 % in Estland.

Die öffentliche Gesundheit zählt in 17 Ländern zu den Top-3-Themen. Es wird am häufigsten in Zypern (53 %), Spanien (49 %), Portugal und Griechenland (beide 44 %) erwähnt, in Deutschland, Schweden (beide 17 %) und Tschechien (18 %).

Der Anteil der Befragten, die **Maßnahmen gegen den Klimawandel** erwähnen, ist in Schweden (55 %), den Niederlanden (52 %) und Dänemark (47 %) am höchsten und in Lettland (9 %), Estland und Bulgarien (beide 10 %) am niedrigsten.

Die Förderung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind für 55 % in Griechenland, 49 % in Portugal und 48 % in Litauen das vorrangige Thema, verglichen mit 15 % in den Niederlanden, 16 % in Schweden und 18 % in Dänemark.

In Finnland (42 %) und Deutschland (41 %) **gilt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** als vorrangiges Thema für das Europäische Parlament. Es wird auch in Schweden von 44 % erwähnt, während die Befragten dies am wenigsten als Priorität in Portugal (12 %) und Litauen (13 %) wählen werden.

Die Zukunft Europas wird am häufigsten in Tschechien (38 %), Deutschland (36 %) und Finnland (35 %) erwähnt. Am anderen Ende der Skala wird sie von 12 % in Zypern und 17 % in Portugal erwähnt.

Der Anteil der Befragten, die ein vorrangiges Thema für die **Verteidigung und Sicherheit der EU** halten, reicht von 44 % in Litauen, 42 % in Tschechien und 40 % in Finnland bis zu 11 % in Portugal und 12 % in Frankreich.

Die **Autonomie der EU in den Bereichen Industrie und Energie** gilt als oberste Priorität in Tschechien (49 %) und wird auch in Estland von 30 % gewählt.

Keines der anderen Themen steht in jedem Land an erster Stelle. Es ist jedoch erwähnenswert,

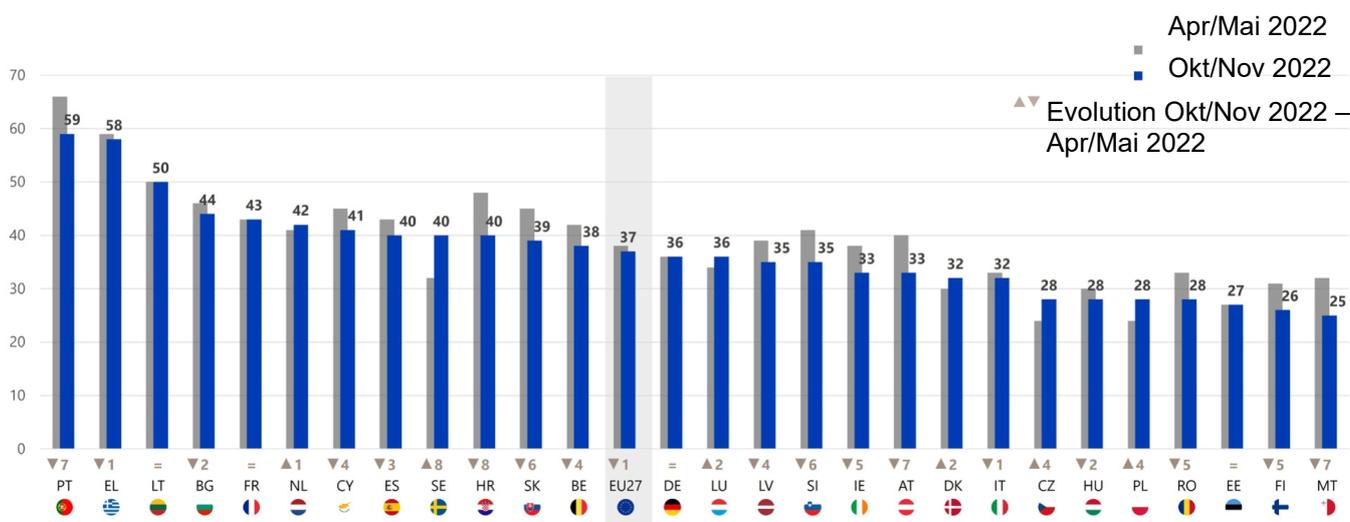
QA6ab Welche der folgenden Themen möchten Sie im Europäischen Parlament vorrangig behandeln? Erstens? Und dann? (Maximal 4 Antworten) (% – Die am häufigsten erwähnte Antwort nach Land)

- Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
- Öffentliche Gesundheit
- Unterstützung der Wirtschaft und Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Die Verteidigung der EU und die Sicherheit, einschließlich des Schutzes der Außengrenzen der EU
- Maßnahmen gegen den Klimawandel
- Die Autonomie der EU in den Bereichen Industrie und Energie
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit



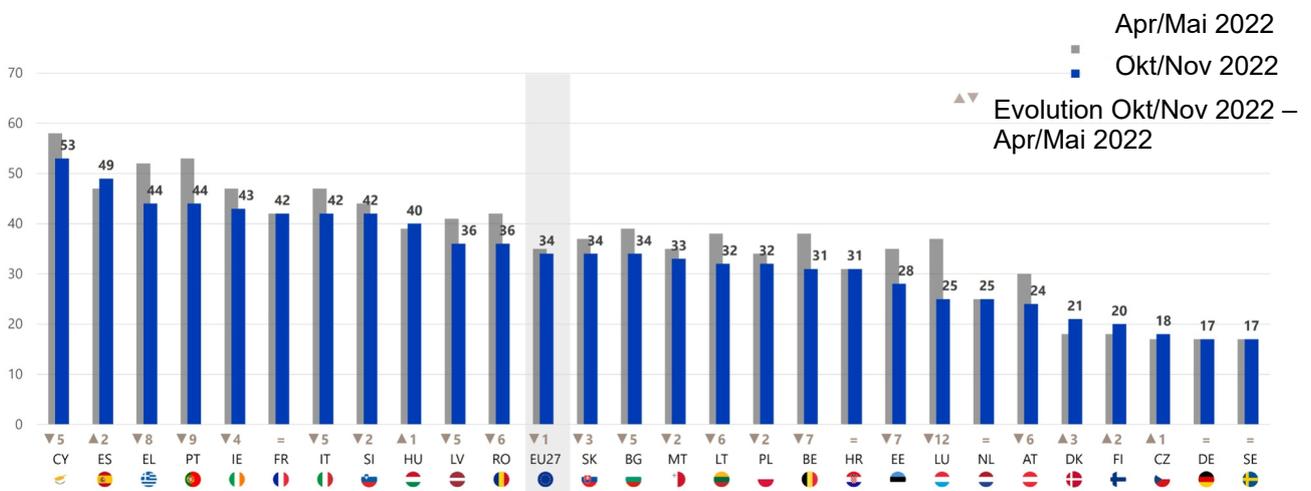
In 13 Ländern sagen die Befragten nun weniger wahrscheinlich, dass die Bekämpfung von **Armut und sozialer Ausgrenzung** vorrangig behandelt werden sollte als im April-Mai 2022. Die größten Rückgänge sind in Kroatien (40 %, -8 Prozentpunkte), Portugal (59 %, -7 Prozentpunkte), Österreich (33 %, -7 Prozentpunkte) und Malta (25 %, -7 Prozentpunkte) zu verzeichnen. In drei Ländern gab es Zuwächse: Schweden (40 %, + 8 Prozentpunkte), Polen (28 %, + 4 Prozentpunkte) und Tschechien (28 %, + 4 Prozentpunkte). Die Zahlen bleiben in den übrigen 11 Ländern unverändert.

QA6ab Welche der folgenden Themen möchten Sie im Europäischen Parlament vorrangig behandeln? Erstens? Und dann? (Maximal 4 Antworten) (% – Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung)



In 14 Mitgliedstaaten sagen die Befragten jetzt weniger wahrscheinlich, dass die **öffentliche Gesundheit** als Priorität behandelt werden sollte, verglichen mit April-Mai 2022. Der größte Rückgang zeigt sich in Luxemburg (25 %, -12 Prozentpunkte), Portugal (44 %, -9 Prozentpunkte) und Griechenland (44 %, -8 Prozentpunkte). Die Erwähnungen der öffentlichen Gesundheit sind in Dänemark leicht gestiegen (21 %, + 3 Prozentpunkte) und in den übrigen 12 Ländern unverändert geblieben.

QA6ab Welche der folgenden Themen möchten Sie im Europäischen Parlament vorrangig behandeln? Erstens? Und dann? (Maximal 4 Antworten) (% – Öffentliche Gesundheit)



Die soziodemografische Analyse konzentriert sich auf die acht wichtigsten Prioritäten, wie sie von den Befragten definiert werden, und zeigt, dass einige der größten Unterschiede auf dem Bildungsniveau basieren. Je länger ein Befragter in der Bildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass das Europäische Parlament Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Maßnahmen gegen den Klimawandel, die Zukunft Europas und die Verteidigung und Sicherheit der EU priorisieren sollte, und je weniger die Priorität die öffentliche Gesundheit oder die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sein sollte.

Ein ähnliches Muster lässt sich in Bezug auf die finanzielle Situation der Befragten erkennen. Je geringer ihre finanziellen Schwierigkeiten sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Maßnahmen gegen den Klimawandel, die Zukunft Europas und die Verteidigung und Sicherheit der EU priorisieren, und desto weniger wahrscheinlich sagen sie, dass die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung oder die Unterstützung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze vorrangig sein sollten. Diejenigen, die mehr über Armut und soziale Ausgrenzung und über die Lebenshaltungskosten besorgt sind, wollen eher, dass das EP eine wichtigere Rolle spielt.

Die Analyse zeigt auch, dass Frauen eher als Männer sagen, dass die Bekämpfung von Armut und sozialer Inklusion (40 % vs. 34 %) und die öffentliche Gesundheit (37 % vs. 30 %) vom Europäischen Parlament priorisiert werden sollten. Männer wollen eher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Frauen priorisieren (29 % vs. 24 %).

Die Hauptunterschiede nach Alter bestehen darin, dass jüngere Befragten eher als ältere Bevölkerungsgruppen Maßnahmen gegen den Klimawandel erwähnen, während ältere Befragten eher die öffentliche Gesundheit, die Verteidigung und Sicherheit der EU sowie die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität erwähnen.

Die Befragten, die der Ansicht sind, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache ist, möchten eher, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel vorrangig behandelt werden (37 % gegenüber 18 % derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten), und das Gleiche ist für die Zukunft Europas zu sehen (31 % gegenüber 18 %). Die Bekämpfung von

Terrorismus und organisierter Kriminalität wird häufiger von denjenigen erwähnt, die die EU-Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten (24 % gegenüber 18 % derjenigen, die dies für eine gute Sache halten).

Schließlich sind die Befragten mit einer positiven Sicht auf das Europäische Parlament wahrscheinlicher als diejenigen mit negativer Sicht darauf, dass das Parlament Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (31 % vs. 23 %), Maßnahmen gegen den Klimawandel (38 % vs. 22 %) und die Zukunft Europas (32 % vs. 22 %) priorisieren sollte. Diejenigen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit priorisieren, wollen auch eher, dass das Europäische Parlament eine wichtigere Rolle spielt.

QA6ab Welche der folgenden Themen möchten Sie im Europäischen Parlament vorrangig behandeln? Erstens? Und dann? (Maximal 4 Antworten) (% – EU)

	Öffentliche Gesundheit	Maßnahmen gegen den Klimawandel	Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung	Unterstützung der Wirtschaft und Schaffung neuer Arbeitsplätze	Die Zukunft Europas	Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität	Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	Verteidigung und Sicherheit der EU, einschließlich des Schutzes der Außengrenzen der EU
EU-27	34	31	37	31	27	20	27	24
Geschlechter								
Der Mann	30	31	34	31	29	19	29	25
Frau	37	32	40	30	26	20	24	22
Alter								
15-24	30	40	34	32	31	14	24	19
25-39	33	33	36	32	29	17	28	21
40-54	33	30	38	34	25	20	26	24
55+	36	29	38	28	26	22	27	26
Bildung (Ende)								
15—	44	24	43	32	22	21	20	18
16-19	35	27	36	34	28	20	26	25
20+	29	38	36	27	28	20	30	26
Noch studieren	29	43	37	30	30	14	26	17
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen								
Die meiste Zeit	36	21	46	35	19	20	22	17
Von Zeit zu Zeit	37	27	39	35	26	18	23	20
Fast nie/niemals	31	35	34	28	29	20	29	26
Bild des Europäischen Parlaments								
Positiv	30	38	35	32	32	17	31	27
Neutral	36	30	37	31	26	20	25	22
Negativ	34	22	39	29	22	23	23	22
Stellungnahme zur Mitgliedschaft des Landes in der EU								
Eine gute Sache	31	37	37	31	31	18	29	26
Eine schlechte Sache	31	18	34	29	18	24	22	20
Weder eine gute	39	25	37	32	23	21	23	21

noch eine schlechte Sache

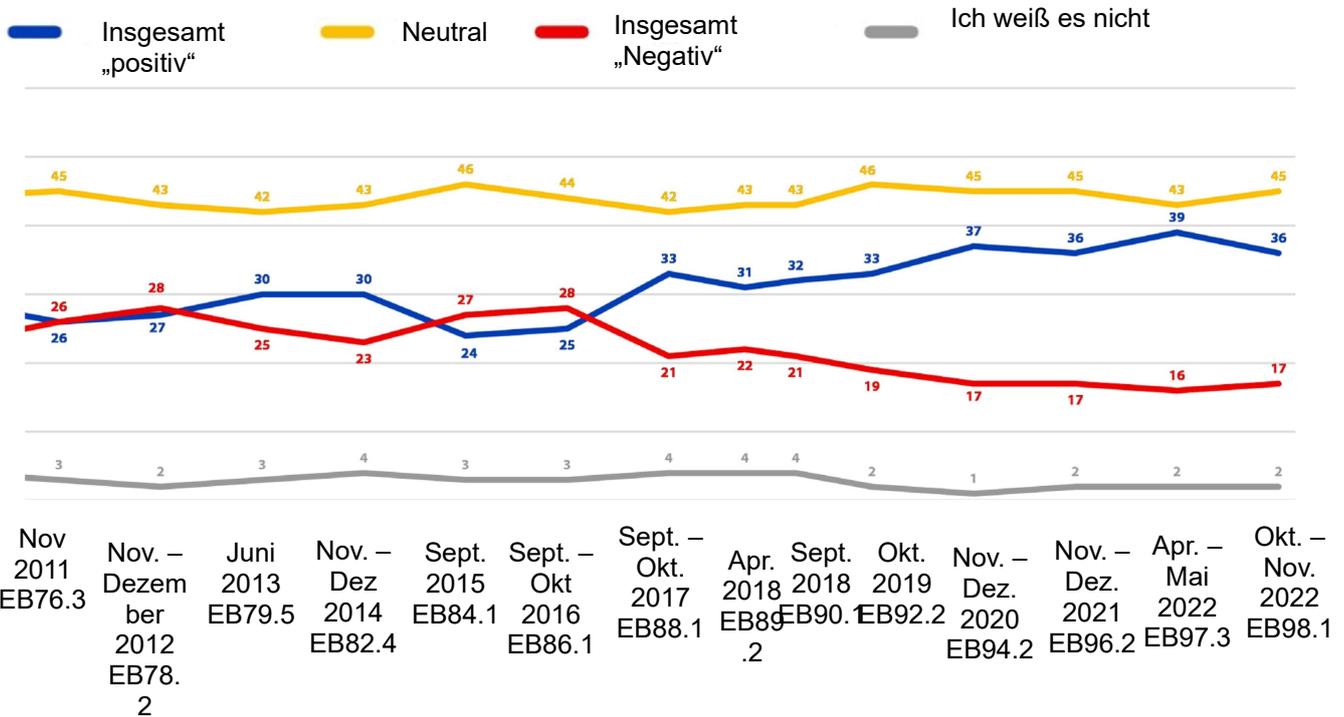
Rolle des Europäischen Parlaments

Wichtiger	33	35	37	31	30	19	29	23
Weniger wichtig	32	24	35	31	24	22	25	24
Keine Änderung	34	32	38	35	27	21	24	28

Die Bürger sind doppelt so wahrscheinlich, dass sie ein positives Bild des Europäischen Parlaments haben, als ein negatives Bild zu haben. Mehr als ein Drittel der Bürger (36 %, -3 Prozentpunkte seit April-Mai 2022) haben ein positives Bild vom Europäischen Parlament. Weniger als jeder Fünfte (17 %, + 1 pp) hat ein negatives Bild, während 45 % (+ 2 pp) sagen, dass ihr Bild neutral ist.

Die Veränderungen seit der letzten Umfrage haben die positive Verschiebung zwischen November-Dezember 2021 und April-Mai 2022 umgekehrt, so dass die Position jetzt ähnlich ist wie vor einem Jahr. Auf längere Sicht ist die Lücke zwischen Personen mit positivem Bild und einem negativen Bild (jetzt + 19 Punkte) größer als in den meisten der letzten zehn Jahre.

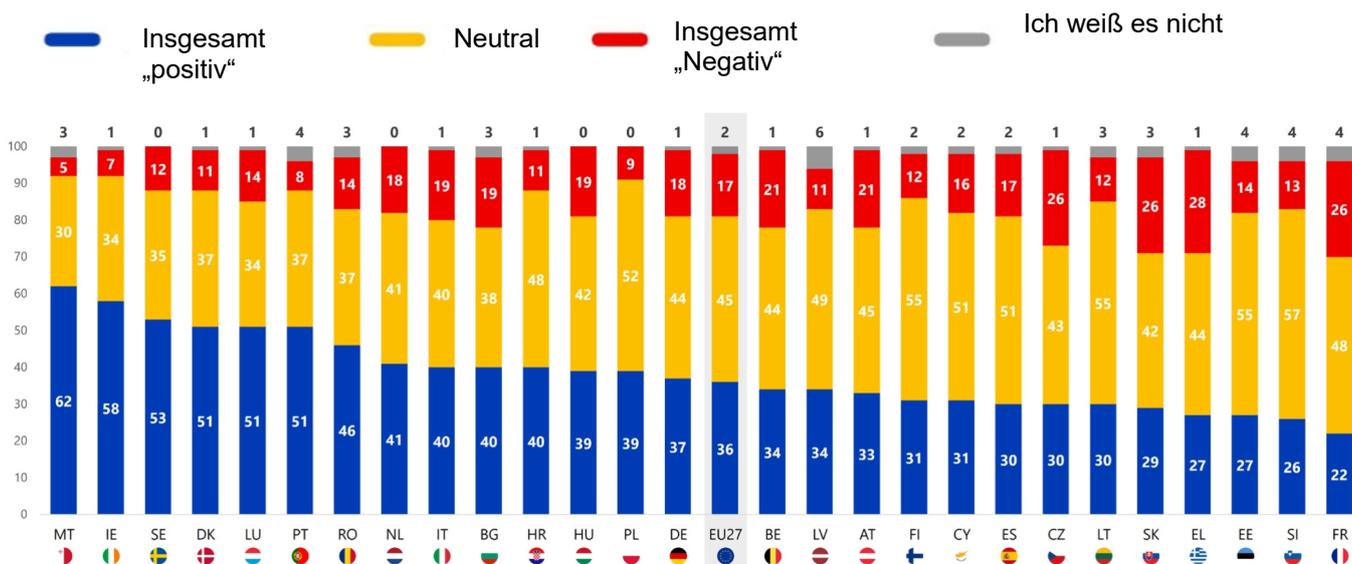
QA3 Haben Sie im Allgemeinen ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild des Europäischen Parlaments? (IN % – EU)



In 25 Mitgliedstaaten ist die positive Sicht des Europäischen Parlaments weit verbreiteter als die negative Sichtweise. Am positivsten sind Malta (62 %), Irland (58 %), Schweden (53 %), Luxemburg, Dänemark und Portugal (alle 51 %). In nur zwei Ländern haben die Befragten mit größerer Wahrscheinlichkeit eine negative Sicht als eine positive Sichtweise: Frankreich (26 % negativ vs. 22 % positiv) und Griechenland (28 % vs. 27 %).

Insgesamt ist eine neutrale Sicht in 17 Ländern dominant, während ein positives Bild in acht Ländern die häufigste Antwort ist. In Italien und den Niederlanden ist die Meinung gespalten (mit gleichen Anteilen an positiven und neutralen Antworten).

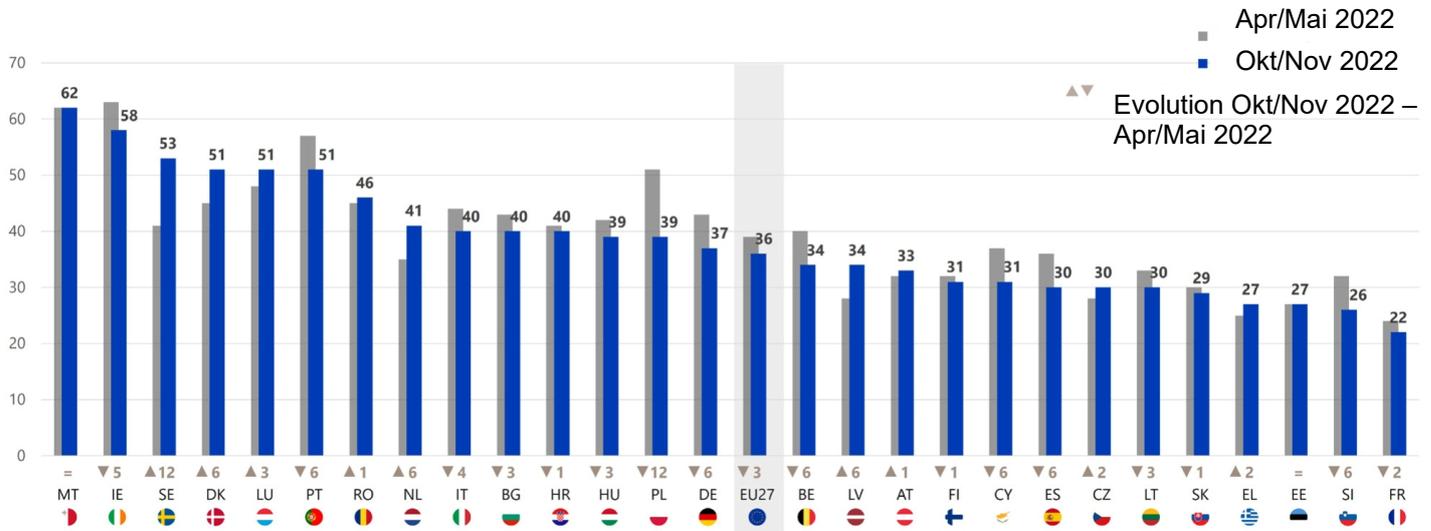
QA3 Haben Sie im Allgemeinen ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild des Europäischen Parlaments? (%)



In fünf Ländern haben die Befragten nun eher ein positives Bild vom Europäischen Parlament als im November-Dezember 2021, mit dem größten Anstieg in Schweden (53 %, + 12 Prozentpunkte). Der Anteil mit positivem Image ist in 12 Ländern zurückgegangen, vor allem in Polen (39 %, -12 Prozentpunkte) und blieb in den übrigen 10 Ländern stabil.

Aufgrund dieser Veränderungen ist die positive Sicht heute in Frankreich die Minderheitssicht.

QA3 Haben Sie im Allgemeinen ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild des Europäischen Parlaments? (% – insgesamt ‚Positive‘)



Die soziodemografische Analyse zeigt deutliche Unterschiede nach Bildungsstand und finanzieller Situation. Die Befragten, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, haben eine positivere Sicht auf das Europäische Parlament als diejenigen, die eine Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben (42 % gegenüber 27 %). Befragten, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sind eher positiv als diejenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben (40 % vs. 23 %).

Der Anteil, der eine positive Ansicht des Europäischen Parlaments vertritt, ist nach Altersgruppen konsistent, obwohl ältere Befragten eher negative Ansichten vertreten (20 % der 55-Jährigen oder älter, verglichen mit 10 % der 15- bis 24-Jährigen). Ein positives Bild des Europäischen Parlaments wird von Führungskräften (49 %), insbesondere im Vergleich zu Hausangestellten (24 %), Arbeitern (28 %) und arbeitslosen (28 %).

EU-Bürger, die die europäische Politik verfolgen (47 %) haben ebenfalls eher ein positives Bild vom Europäischen Parlament als diejenigen, die dies nicht tun (22 %).

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten mit einem positiven Bild der EU auch ein positives Bild des Europäischen Parlaments haben (65 % gegenüber 4 % der Befragten mit einem negativen Bild der EU). Darüber hinaus haben Bürger, die denken, dass die Dinge in der EU in die richtige Richtung gehen (61 %) eher ein positives Bild vom Europäischen Parlament als diejenigen, die denken, dass die Dinge in die falsche Richtung gehen (21 %).

QA3 Haben Sie im Allgemeinen ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild des Europäischen Parlaments? (IN % – EU)

	Insgesamt „positiv“	Neutral	Insgesamt „Negativ“	Ich weiß es nicht
EU-27	36	45	17	2
Alter				
15-24	36	50	10	4
25-39	36	46	17	1
40-54	36	44	19	1

HERBST 2022 | EB 98.1

55+	35	43	20	2
Bildung (Ende)				
15—	27	46	23	4
16-19	33	45	21	1
20+	42	41	16	1
Noch studieren	40	50	7	3
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	41	35	23	1
Führungskraft	49	39	12	0
Andere weiße Kragen	40	44	15	1
Manuelle Arbeiter	28	49	21	2
Haus-Personen	24	52	21	3
Arbeitslose	28	48	20	4
Im Ruhestand	35	43	20	2
Schülerinnen und Schüler	40	50	7	3
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	23	42	32	3
Von Zeit zu Zeit	32	48	18	2
Fast nie/niemals	40	43	16	1
Bild der EU				
Insgesamt „positiv“	65	30	4	1
Neutral	12	72	14	2
Insgesamt „Negativ“	4	23	72	1
Die Dinge in der EU gehen in...				
Richtige Richtung	61	34	4	1
Falsche Richtung	21	49	29	1
Auch nicht	39	50	9	2
Folgen Sie der europäischen Politik				
Folgen Sie	47	37	16	0
Nicht folgen	22	54	21	3

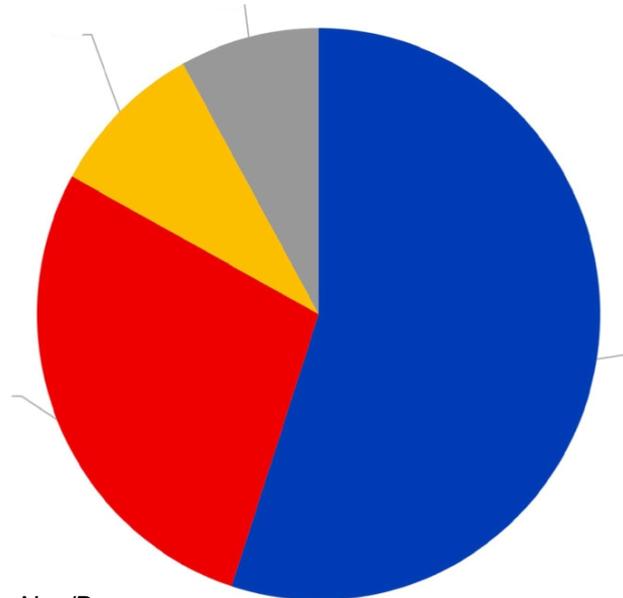
Es gibt **weit verbreitete Unterstützung für das Europäische Parlament, eine bedeutendere Rolle** zu spielen. Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (55 %, -3 Prozentpunkte seit November-Dezember 2021) wünscht sich, dass das Europäische Parlament eine wichtigere Rolle spielt, während 28 % (+ 1 Prozentpunkte) eine weniger wichtige Rolle für das Europäische Parlament wünschen.

QA4 Möchten Sie persönlich sehen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt? (IN % – EU27)

**Keine Änderung/Wie es jetzt ist
(Spontan)
9 (+ 1)**

**Weniger wichtig
28 (+ 1)**

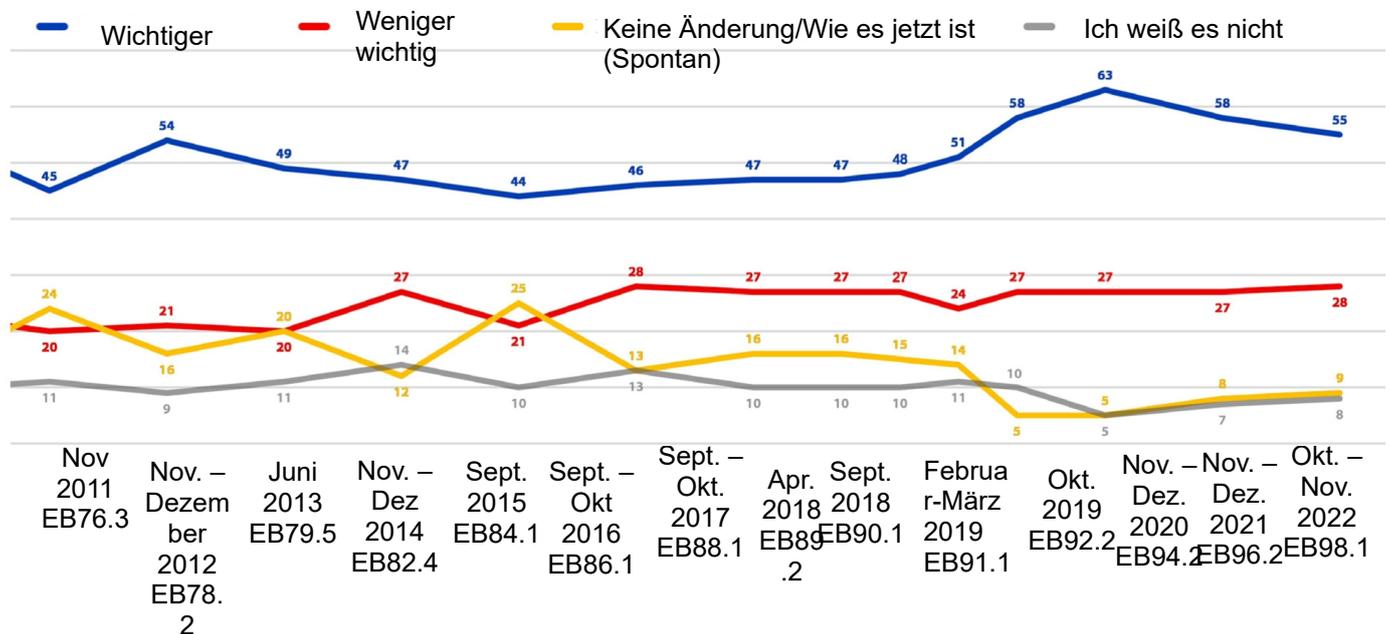
**Wichtiger
55 (-3)**



(Okt/Nov 2022 – Nov/Dez 2021)

Der Wunsch nach einer wichtigeren Rolle für das Europäische Parlament ist im letzten Jahr zurückgegangen (-3 Prozentpunkte seit November-Dezember 2021), und dies setzt sich seit November-Dezember 2020 fort. Der längerfristige Trend ist jedoch positiv, wobei die aktuellen Bewertungen nach wie vor höher sind als die meisten Umfragen vor 2019.

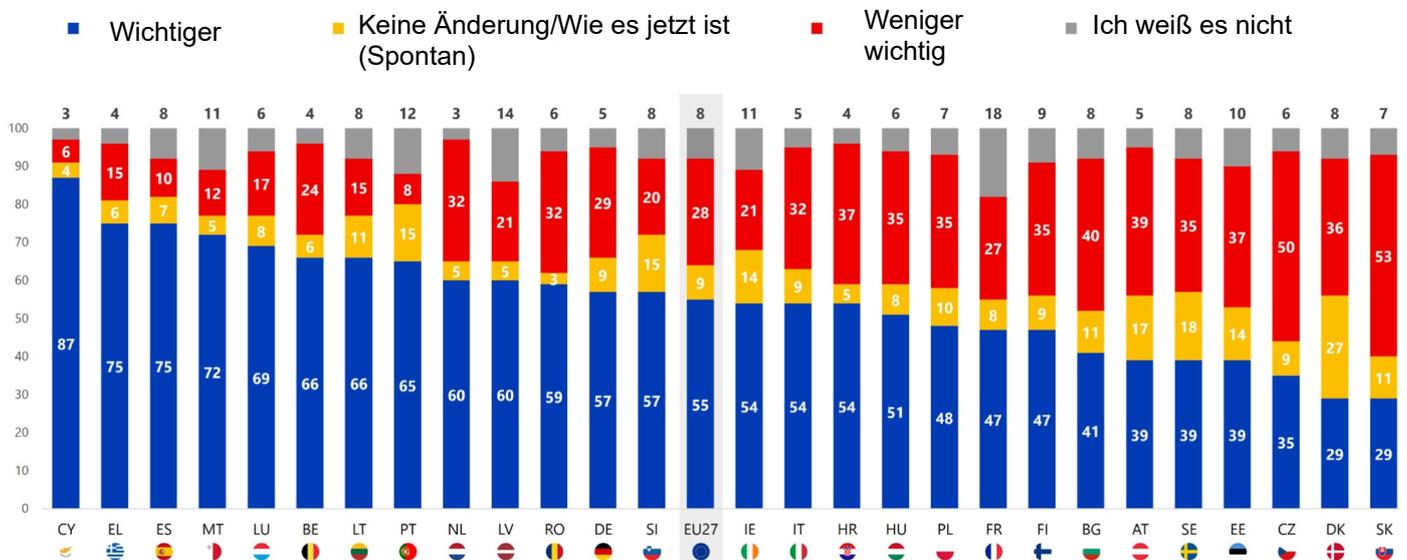
QA4 Möchten Sie persönlich sehen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt? (IN % – EU)



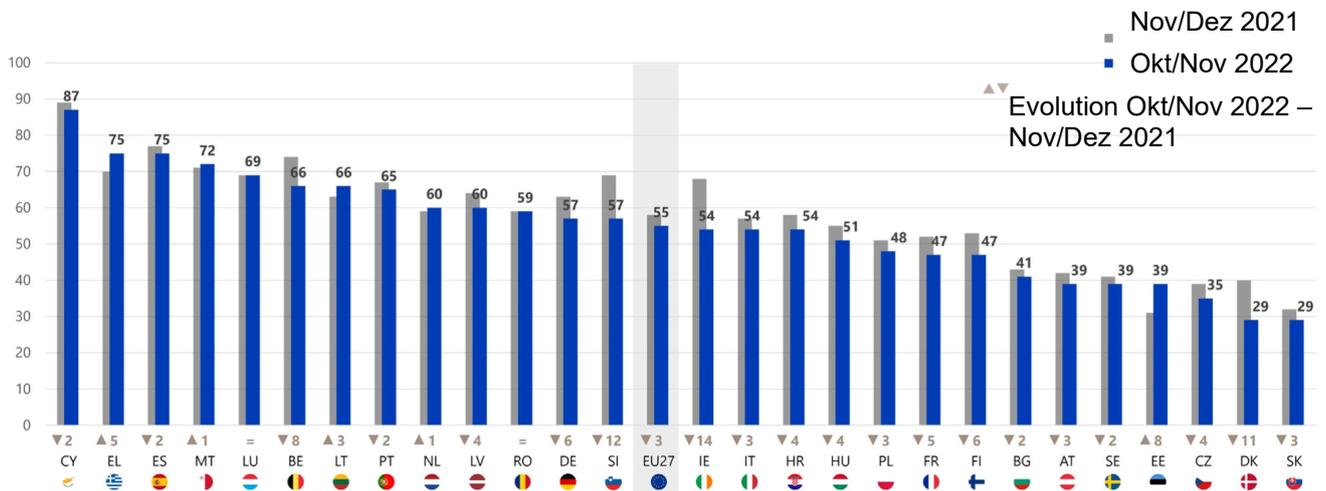
Der Wunsch nach einer wichtigeren Rolle für das Europäische Parlament zeigt sich in 23 Mitgliedstaaten, in denen eine relative Mehrheit der Bürger eine einflussreichere Institution wünscht, die von 87 % in Zypern bis zu 39 % in Estland und Schweden reicht. In drei Ländern wünscht sich die Mehrheit der Befragten, dass das Europäische Parlament in Zukunft eine weniger wichtige Rolle spielt: Slowakei (53 % weniger wichtig), Tschechien (50 %) und Dänemark (36 %). In Österreich gibt es ein ausgewogenes Verhältnis derjenigen, die eine mehr oder weniger wichtige Rolle wollen (beide 39 %).

Es ist sinnvoll, die Antworten auf diese Frage über die Rolle des Europäischen Parlaments mit den Antworten auf sein allgemeines Image unter den Bürgern zu vergleichen. Die breite Botschaft in der gesamten EU ist, dass diejenigen, die ein positives Bild des Europäischen Parlaments haben, viel eher wollen, dass es eine wichtigere Rolle spielt. Nach der Beziehung zwischen diesen beiden Ansichten wollen diejenigen, die ein negatives Bild von der Institution haben, eher wollen, dass sie eine weniger wichtige Rolle spielt. Gleichzeitig können individuelle Situationen auf Länderebene gefunden werden, beispielsweise in Griechenland, wo das Image des Europäischen Parlaments nicht besonders hoch ist, obwohl die Befragten eine wichtigere Rolle spielen möchten. Im Gegensatz dazu ist das Gesamtbild in Dänemark und Schweden positiv, aber es liegt unter dem Durchschnitt, wenn es darum geht, eine prominentere Rolle zu sehen.

QA4 Möchten Sie persönlich sehen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt? (%)



QA4 Möchten Sie persönlich sehen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt? (% – wichtiger)



Im Vergleich zu November-Dezember 2021 ist die Unterstützung für eine wichtigere Rolle für das Europäische Parlament in drei Ländern um mindestens drei Prozentpunkte gestiegen: Estland (39 %, + 8 Prozentpunkte), Griechenland (75 %, + 5 Prozentpunkte) und Litauen (66 %, + 3 Prozentpunkte). Es gibt 15 Mitgliedstaaten, in denen die Unterstützung für eine wichtigere Rolle für das Europäische Parlament seit November/Dezember 2021 zurückgegangen ist. Die stärksten

Rückgänge sind in Irland (54 %, -14 Prozentpunkte), Slowenien (57 %, -12 Prozentpunkte) und Dänemark (29 %, -11 Prozentpunkte) zu verzeichnen.

Aus soziodemografischer Sicht wollen jüngere Befragten eher eine prominentere Rolle für das Europäische Parlament (58 % der 15- bis 24-Jährigen im Vergleich zu 53 % der 55-Jährigen) und ein geringerer Anteil möchte eine weniger wichtige Rolle (20 % vs. 30 %).

Darüber hinaus äußerten mehr gebildete Teilnehmer einen stärkeren Wunsch nach einer wichtigeren Rolle für das Europäische Parlament (61 % derjenigen, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter verließen), ebenso wie Manager (64 %) und Studenten (61 %). Die Befragten, die selten oder nie Schwierigkeiten bei der Begleichung von Rechnungen haben, wünschen sich auch eher eine prominentere Rolle für das Europäische Parlament (57 % gegenüber 48 % derjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben).

Wie bereits in der Länderanalyse erwähnt, besteht ein Zusammenhang zwischen dem Gesamtbild der Befragten vom Europäischen Parlament und dem Wunsch nach einer stärkeren Rolle. Insgesamt wollen fast acht von zehn Personen, die ein positives Bild der Institution haben, eine wichtigere Rolle spielen (78 %), verglichen mit etwa drei von zehn Personen mit einem negativen Bild (29 %).

QA4 Möchten Sie persönlich sehen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt? (IN % – EU)

	Wichtiger	Weniger wichtig	Keine Änderung/Wie es jetzt ist (Spontan)	Ich weiß es nicht
EU-27	55	28	9	8
Alter				
15-24	58	20	10	12
25-39	56	28	9	7
40-54	55	30	8	7
55+	53	30	9	8
Bildung (Ende)				
15—	51	28	8	13
16-19	51	33	9	7
20+	61	24	9	6
Noch studieren	61	16	11	12
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	57	28	10	5
Führungskraft	64	22	10	4
Andere weiße Kragen	58	28	8	6
Manuelle Arbeiter	50	34	8	8
Haus-Personen	51	27	11	11
Arbeitslose	52	29	7	12
Im Ruhestand	51	31	9	9
Schülerinnen und Schüler	61	16	11	12
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	48	34	8	10
Von Zeit zu Zeit	52	32	8	8
Fast nie/niemals	57	26	10	7
Bild des Europäischen				

Parlaments				
Positiv	78	9	10	3
Neutral	48	30	11	11
Negativ	29	63	3	5

4.2 Wahrnehmung der EU

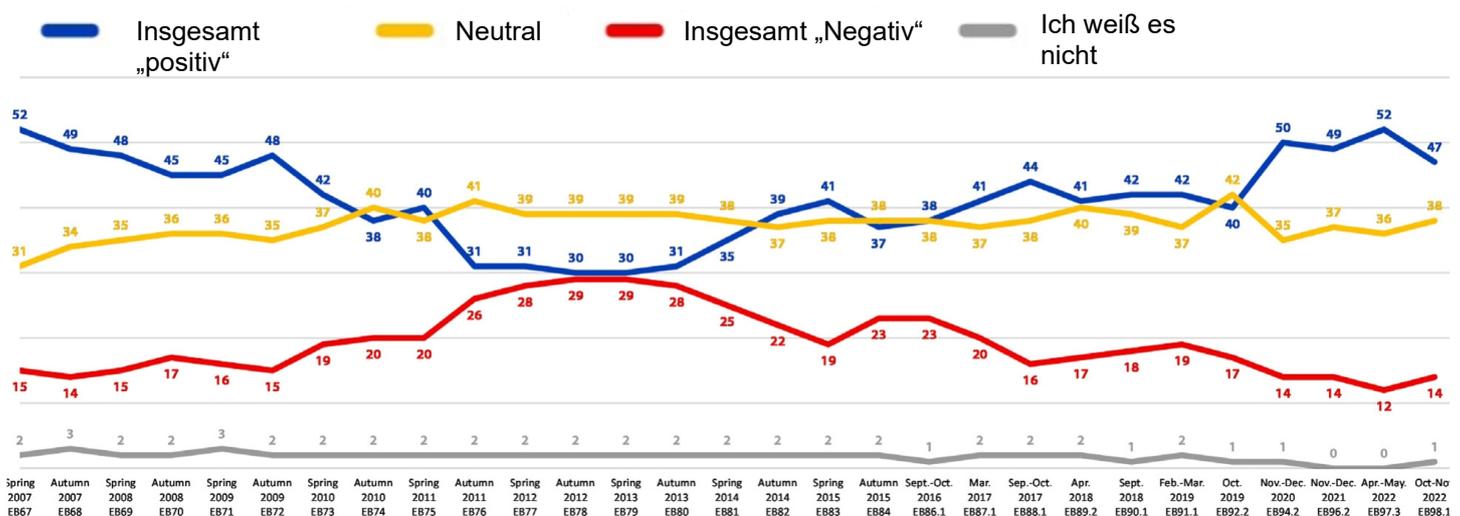
Dieser Abschnitt des Berichts untersucht die Einstellungen zur EU und wie sie sich im Laufe der Zeit verändert haben. Insbesondere werden die Bürgerinnen und Bürger gebeten, zu prüfen, wie sie die Mitgliedschaft in der EU betrachten: ob es gut oder schlecht ist und warum.

Ebenso wie die Haltung gegenüber dem Europäischen Parlament im vergangenen Jahr positiv geblieben ist, behält auch das Image der EU eine starke Position bei, wobei eine deutliche Mehrheit der Bürger die EU-Mitgliedschaft positiv bewertet und es für ihr Land als wichtig erachtet.

Diese positiven Ansichten untermauern die klare Wahrnehmung der Vorteile, die die EU-Mitgliedschaft mit sich bringt. Die drei wichtigsten Vorteile werden als Beitrag der EU zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit, zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und zum Wirtschaftswachstum auf nationaler Ebene gesehen.

Das **Image der EU** ist in den letzten sechs Monaten immer negativer geworden, wobei 47 % der Bürger sagen, dass sie eine positive Sicht auf die EU haben (-5 Prozentpunkte seit April-Mai 2022). Der Anteil mit negativer Sicht liegt bei 14 % (+ 2 Prozentpunkte), während 38 % neutral sind (+ 2 Prozentpunkte). Diese Veränderungen haben die positive Verschiebung zwischen November-Dezember 2021 und April-Mai 2022 umgekehrt, obwohl das Bild bei der Betrachtung längerfristiger Trends nach wie vor relativ positiv ist, wobei zwischen den positiven und negativen Ansichten von 33 Prozentpunkten ein Unterschied besteht.

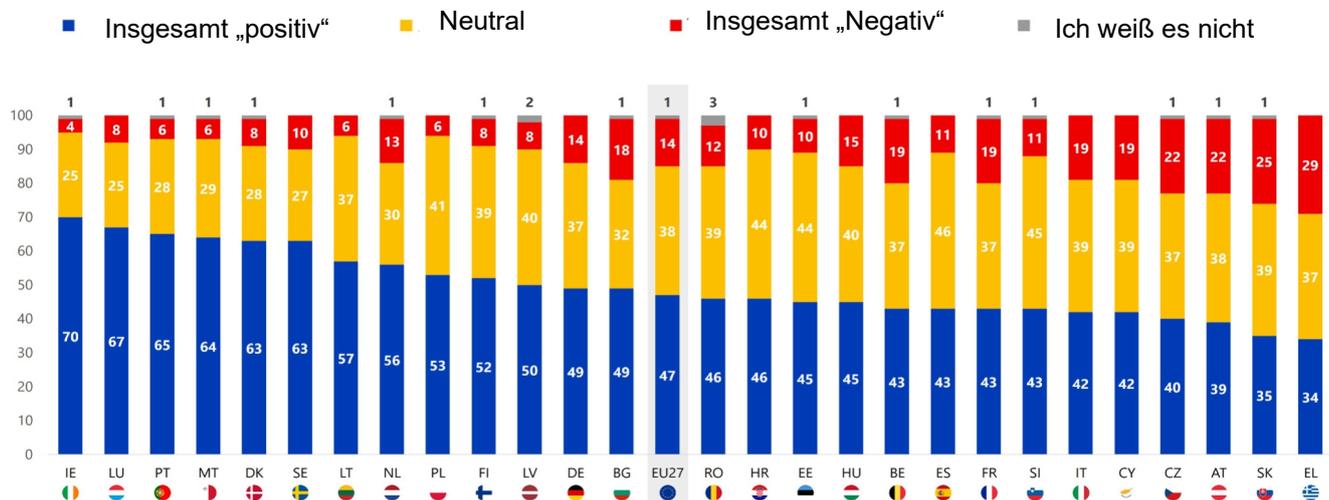
D78 Im Allgemeinen zaubert die EU für Sie ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild? (IN % – EU)



In jedem EU-Mitgliedstaat ist ein positives Bild der EU weit verbreiteter als ein negatives Bild, und in 23 Ländern ist ein positives Bild die häufigste Reaktion. In der Slowakei, Spanien, Griechenland und Slowenien ist die neutrale Sicht dominant.

Die Befragten haben am ehesten ein positives Bild von der EU in Irland (70 %), Luxemburg (67 %), Portugal (65 %), Malta (64 %), Dänemark und Schweden (jeweils 63 %). Eine negative Sicht ist am häufigsten in Griechenland (29 %), der Slowakei (25 %), Tschechien und Österreich (beide 22 %).

D78 Im Allgemeinen zaubert die EU für Sie ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild? (%)



Malta (64 %, + 6 Prozentpunkte) und Dänemark (63 %, + 3 Prozentpunkte) sind die einzigen Länder, die seit April-Mai 2022 einen deutlichen Anstieg der positiven Ansichten der EU zeigen. In 15 Ländern sagen die Befragten weniger wahrscheinlich, dass sie ein positives Bild von der EU haben, wobei die größten Rückgänge in Polen (53 %, -9 Prozentpunkte), Slowenien (43 %, -9 Prozentpunkte), Belgien (43 %, -8 Prozentpunkte) und Portugal (65 %, -8 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind. Die positive Sicht ist in den übrigen Ländern relativ stabil geblieben.

Im Vergleich zum Herbst 2021 werden jedoch die Zunahmen in Malta (+ 12 Prozentpunkte) und Dänemark (+ 10 Prozentpunkte) größer, während auch in der Slowakei (+ 5 Prozentpunkte), Rumänien, Österreich und Luxemburg (+ 4 Prozentpunkte) Nettoanstiege verzeichnet werden. In zehn Mitgliedstaaten ist ein Nettorückgang zu verzeichnen, und eine Reihe von seit Frühjahr 2022 zu beobachtenden Rückgängen, etwa in Polen (-5 Prozentpunkte) und Portugal (-2 Prozentpunkte). In Belgien ist der Rückgang der Streichung (+ 2 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Seit der russischen Invasion sind Slowenien (-9 Prozentpunkte), Spanien (-6 Seiten) und Deutschland (-5 Prozentpunkte) die Länder mit dem größten Nettorückgang im positiven Bild der EU.

Die soziodemografische Analyse zeigt große Unterschiede in Bezug auf Bildungsniveau, Beruf und finanzielle Situation. Befragten, die eine Ausbildung im Alter von 20 oder älter abgeschlossen haben, haben mit größerer Wahrscheinlichkeit ein positives Bild als diejenigen, die mit 15 oder jünger abgeschlossen sind (57 % vs. 35 %). Führungskräfte (61 %) und Studierende (56 %) haben am ehesten ein positives Bild von der EU, insbesondere im Vergleich zu Haushältern und Arbeitslosen (jeweils 34 %). Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten mit den geringsten finanziellen Schwierigkeiten eher ein positives Bild haben (53 %), als diejenigen, die am meisten Schwierigkeiten haben (31 %).

Es gibt auch Unterschiede nach Altersgruppen, wobei die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren eher ein positives Bild von der EU haben (53 % gegenüber 45 % der 55-Jährigen).

Teilnehmer, die die europäische Politik verfolgen (57 %) haben eher ein positives Bild von der EU als diejenigen, die dies nicht tun (35 %).

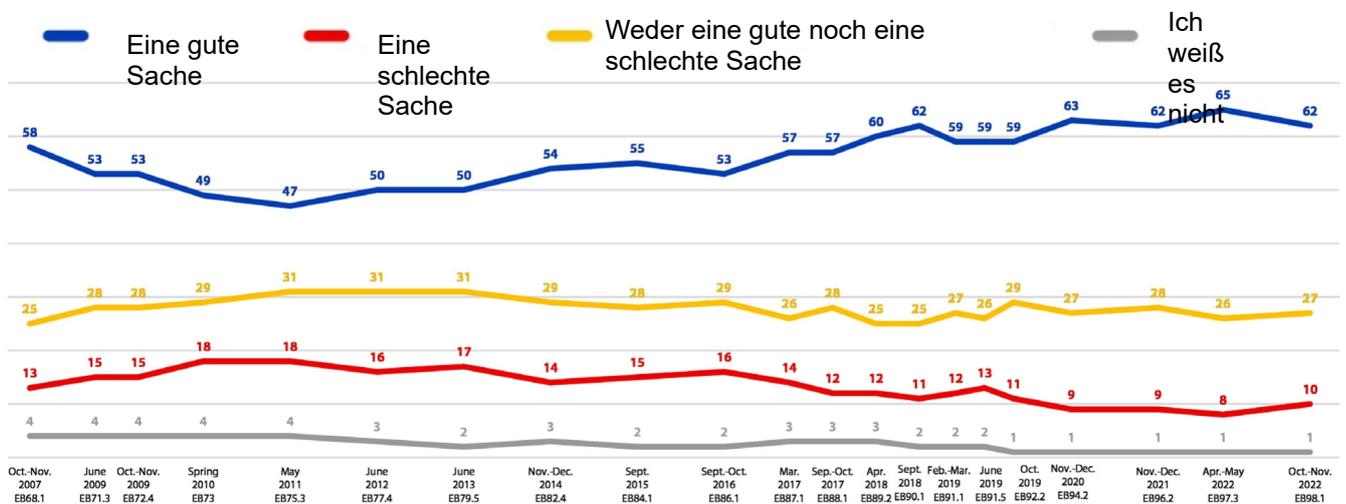
D78 Im Allgemeinen zaubert die EU für Sie ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild? (IN % – EU)

	Insgesamt „positiv“	Neutral	Insgesamt „Negativ“	Ich weiß es nicht
EU-27	47	38	14	1
Alter				
15-24	53	38	8	1
25-39	48	39	13	0
40-54	46	38	16	0
55+	45	37	17	1
Bildung (Ende)				
15—	35	43	20	2
16-19	42	41	17	0
20+	57	32	11	0
Noch studieren	56	36	7	1
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	49	33	18	0
Führungskraft	61	29	10	0
Andere weiße Kragen	50	37	13	0
Manuelle Arbeiter	40	44	16	0
Haus-Personen	34	46	19	1
Arbeitslose	34	45	20	1
Im Ruhestand	46	37	16	1
Schülerinnen und Schüler	56	36	7	1
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	31	36	31	2
Von Zeit zu Zeit	39	44	16	1
Fast nie/niemals	53	35	11	1
Folgen Sie der europäischen Politik				
Folgen Sie	57	32	11	0
Nicht folgen	35	46	18	1

Mehr als sechs von zehn Europäern (62 %, -3 Prozentpunkte seit April-Mai 2022) halten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für gut, während jeder zehnte (10 %, + 2 Prozentpunkte) die EU-Mitgliedschaft für schlecht hält und etwa jeder vierte (27 %, + 1 Prozentpunkte) neutral ist.

Wie bei anderen Problemen kam es in den letzten sechs Monaten zu einer negativen Verschiebung, was den positiven Trend, der zwischen November und Dezember 2021 und April-Mai 2022 beobachtet wurde, umgekehrt hat. Im Vergleich zu anderen Maßnahmen bleibt die derzeitige Position jedoch auch bei der Betrachtung längerfristiger Trends positiv. Die Ergebnisse der letzten Jahre gehören zu den positivsten in den letzten 15 Jahren.

QA7 Generell denken Sie, dass (Unser Land) die EU-Mitgliedschaft ist...? (IN % – EU)

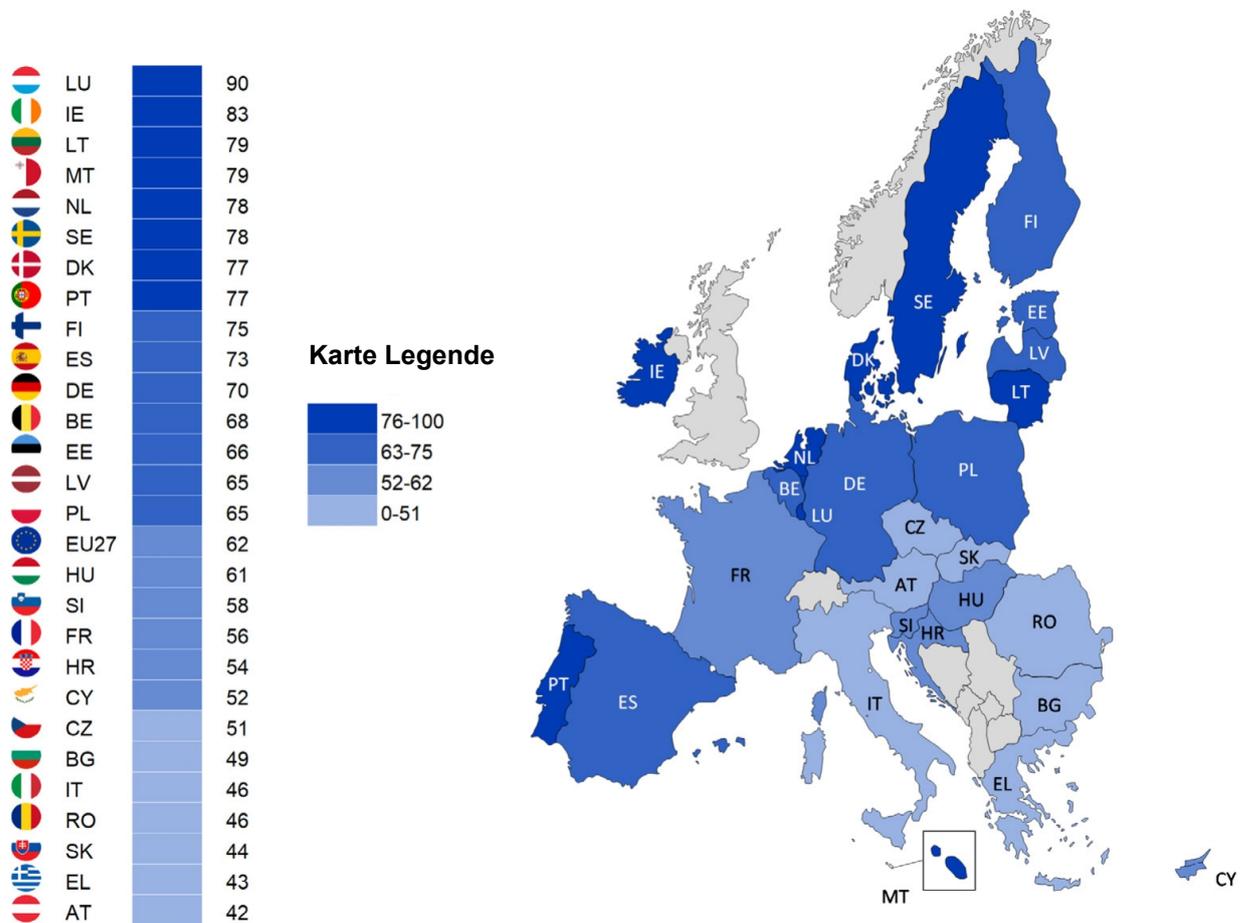


Obwohl sie in 25 Mitgliedstaaten mehrheitlich vertreten ist, gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Die Befragten glauben am ehesten, dass die EU-Mitgliedschaft für ihr Land in Luxemburg (90 %), Irland (83 %), Litauen und Malta (beide 79 %) eine gute Sache ist, verglichen mit 42 % in Österreich, 43 % in Griechenland und 44 % in der Slowakei. In der Slowakei und Griechenland wird die Auffassung vertreten, dass die Mitgliedschaft weder gut noch schlecht für ihr Land ist (47 % bzw. 44 %).

Rumänien (23 %) und Österreich (20 %) sind die einzigen Länder, in denen mindestens jeder Fünfte der Meinung ist, dass die EU-Mitgliedschaft eine schlechte Sache für ihr Land ist.

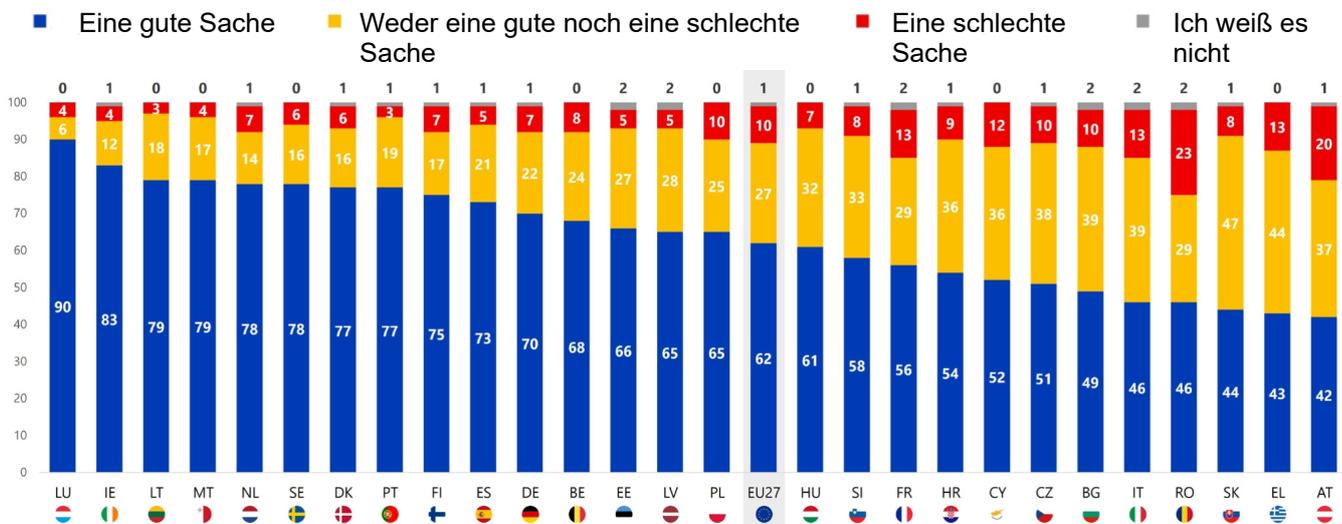
Eine positive Sicht auf die EU-Mitgliedschaft ist in den nördlichen und südwestlichen Gebieten Europas am häufigsten und in Süd- und Südosteuropa am wenigsten verbreitet.

QA7 Generell denken Sie, dass (Unser Land) die EU-Mitgliedschaft ist...? (% – eine gute Sache)



In fünf Mitgliedstaaten gab es seit April-Mai 2022 eine Zunahme der positiven Ansichten über die EU-Mitgliedschaft, wobei Malta am größten ist (79 %, + 5 Prozentpunkte). In 13 Ländern sagen die Befragten weniger wahrscheinlich, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache ist, wobei der größte Rückgang in Estland (66 %, -10 Prozentpunkte), Slowenien (58 %, -9 Prozentpunkte), Deutschland (70 %, -7 Prozentpunkte) und Polen (65 %, -7 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist. Die positive Sicht ist in den übrigen neun Ländern relativ stabil geblieben.

QA7 Generell denken Sie, dass (Unser Land) die EU-Mitgliedschaft ist...? (%)



Wie in den Vorjahren festgestellt, zeigt die aktuelle soziodemografische Analyse, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft bei jüngeren Befragten stärker ist. Die Unterstützung ist am höchsten unter den 15- bis 24-Jährigen (68 %) und am niedrigsten unter den 55+ (60 %).

Die Analyse zeigt auch, dass diejenigen, die am längsten in der Bildung blieben (72 %) der Ansicht sind, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache ist als diejenigen, die die Schule im Alter von 16-19 Jahren (55 %) oder im Alter von 15 und jünger (51 %) verlassen haben. Auch bei Führungskräften (76 %) und Studierenden (73 %) ist die Unterstützung hoch, insbesondere im Vergleich zu Hausangestellten (48 %).

Die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft ist bei denjenigen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen (70 %) zu bezahlen, viel höher als diejenigen, die von Zeit zu Zeit Probleme haben (52 %) oder die meiste Zeit (43 %).

Diese Muster sind ähnlich wie oben in Bezug auf das Gesamtbild der Befragten von der EU, und die Antworten auf die beiden Fragen sind eng miteinander verknüpft. Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, halten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU meistens für eine gute Sache (89 %), während nur 16 % dies für negativ halten, wenn ihr Image von der EU negativ ist.

QA7 Generell denken Sie, dass (Unser Land) die EU-Mitgliedschaft ist...? (IN % – EU)

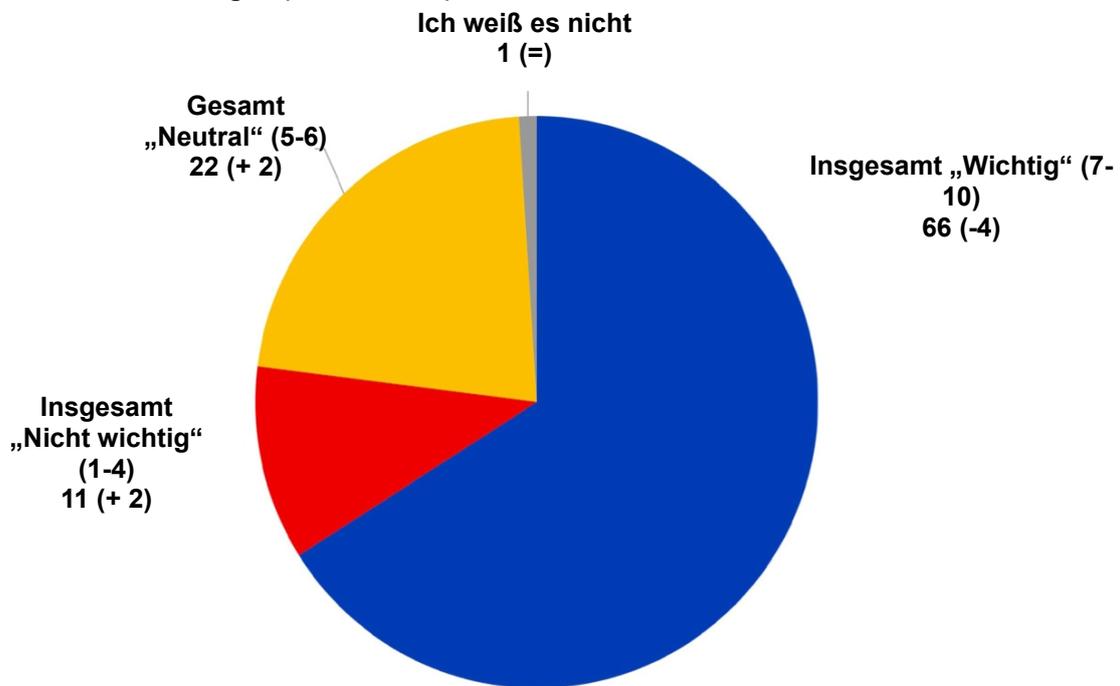
	Eine gute Sache	Eine schlechte Sache	Weder eine gute noch eine schlechte Sache	Ich weiß es nicht
EU-27	62	10	27	1
Alter				
15-24	68	7	23	2
25-39	63	10	27	0
40-54	61	10	28	1
55+	60	10	29	1
Bildung (Ende)				

15—	51	11	35	3
16-19	55	12	32	1
20+	72	7	20	1
Noch studieren	73	6	20	1
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	63	10	26	1
Führungskraft	76	7	17	0
Andere weiße Kragen	63	9	27	1
Manuelle Arbeiter	54	13	32	1
Haus-Personen	48	10	40	2
Arbeitslose	58	10	30	2
Im Ruhestand	60	10	28	2
Schülerinnen und Schüler	73	6	20	1
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	43	18	36	3
Von Zeit zu Zeit	52	12	35	1
Fast nie/niemals	70	7	22	1
Bild der EU				
Insgesamt „positiv“	89	2	9	0
Neutral	46	8	45	1
Insgesamt „Negativ“	16	41	41	2

Zwei Drittel der Bürger (66 %) geben an, dass ihr Land ein Mitgliedstaat der EU ist (-4 Prozentpunkte seit April-Mai 2022).²⁵ Etwa jeder Zehnte (11 %, + 2 pp) fühlt sich nicht wichtig, und etwas mehr als jeder Fünfte (22 %, + 2 pp) ist neutral. Seit Herbst 2021 stellt dies jedoch einen Nettozuwachs (+ 5 Prozentpunkte) des Prozentsatzes der Bürger dar, die sagen, dass es wichtig ist, dass ihr Land ein Mitgliedstaat der EU ist, wenn fast ein Viertel neutral war (24 %, -2 Prozentpunkte) und 14 % (-3 Prozentpunkte) gaben an, dass dies nicht wichtig sei.

²⁵ Die Befragten wurden gebeten, eine Skala von 1 bis 10 zu verwenden, wobei „1“ bedeutet „nicht wichtig“ und 10 bedeutet „extrem wichtig“. In dieser Analyse umfasst „wichtig“ diejenigen, die eine Punktzahl von 7-10, „nicht wichtig“ eine Punktzahl von 1-4 und „mäßig wichtig“ eine Punktzahl von 5 oder 6 geben.

QA8 Wie wichtig ist es für Sie, dass (Unser Land) ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet „nicht wichtig“ und 10 bedeutet „extrem wichtig“? (IN % – EU27)



(Okt/Nov 2022 – Apr/Mai 2021)

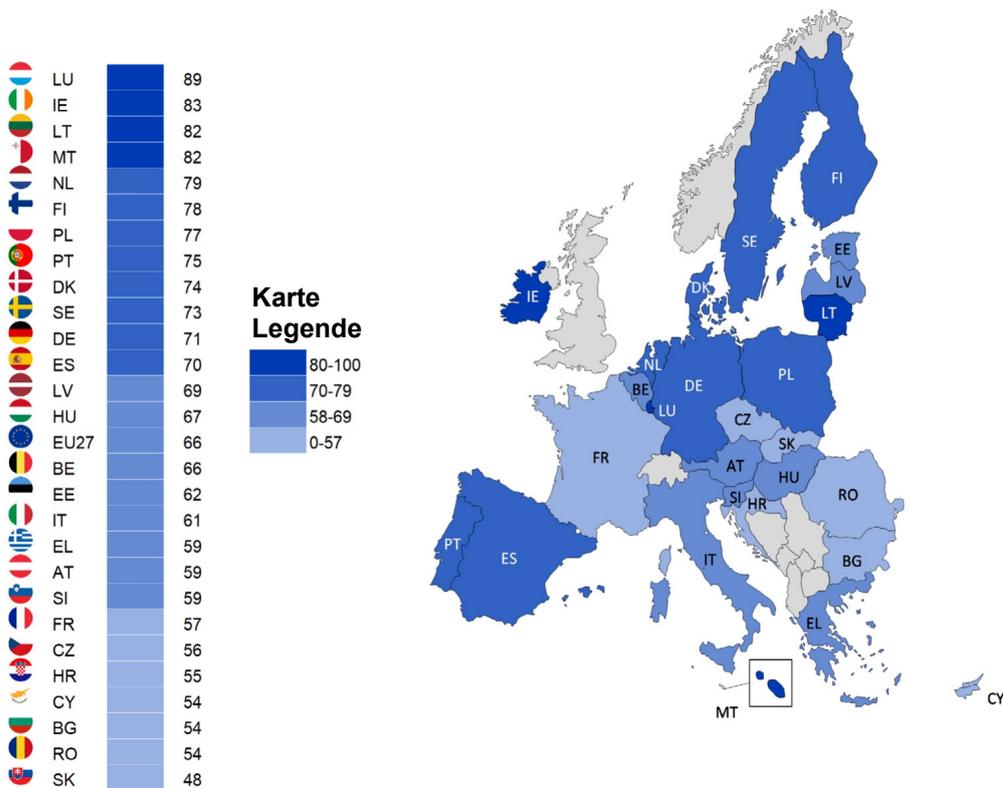
Die Mehrheit der Befragten in jedem Mitgliedstaat gibt an, dass es für sie wichtig ist, dass ihr Land Mitglied der EU ist, obwohl die Anteile erheblich variieren: von 89 % in Luxemburg, 83 % in Irland und 82 % in Litauen und Malta bis zu 48 % in der Slowakei und 54 % in Bulgarien, Zypern und Rumänien. Tschechien (21 %) ist das einzige Land, in dem jeder Fünfte sagt, dass es für sie nicht wichtig ist, dass ihr Land Mitglied der EU ist.

In südöstlichen Ländern wie Zypern, Rumänien und Bulgarien sowie einigen osteuropäischen Ländern wie Tschechien und der Slowakei ist die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft der Befragten weniger ausgeprägt als in anderen Ländern. Die Befragten in Ländern im Norden Europas sehen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eher als wichtig an.

QA8 Wie wichtig ist es für Sie, dass (Unser Land) ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist?

Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet „nicht wichtig“ und 10 bedeutet „extrem wichtig“? — Gesamt „Wichtig (7-10)“ (%)

(%)

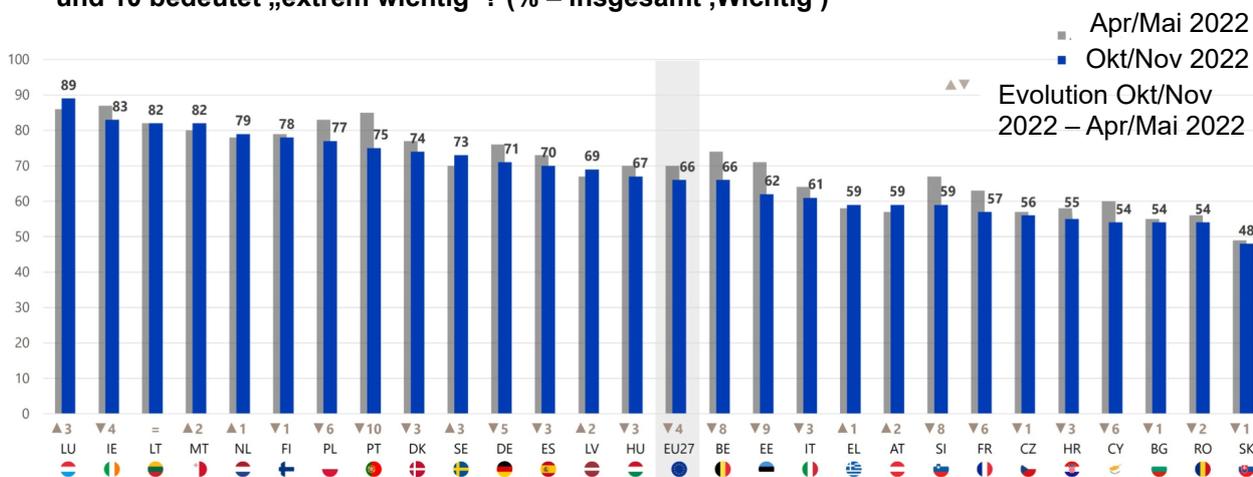


In der vorangegangenen Umfrage (April-Mai 2022) wurde ein erheblicher Anstieg der Anteile verzeichnet, die der Ansicht sind, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes wichtig ist. Seitdem sind die Ergebnisse für einzelne Länder meist negativ oder stabil geblieben.

In 14 Ländern ist die Bedeutung der Mitgliedschaft um mindestens drei Prozentpunkte zurückgegangen, wobei am stärksten in Portugal (75 %, -10 Prozentpunkte), Estland (62 %, -9 Prozentpunkte), Belgien (66 %, -8 Prozentpunkte) und Slowenien (59 %, -8 Prozentpunkte) zu sehen ist. In zwei Ländern sind kleine Zuwächse zu verzeichnen: Luxemburg (89 %, + 3 Prozentpunkte) und Schweden (73 %, + 3 Prozentpunkte).

Im Vergleich zu Russlands Invasion in die Ukraine wird im Herbst 2021 jedoch nur in Slowenien (-4 Prozentpunkte) ein Nettoabschwung verzeichnet, wobei in insgesamt 20 Mitgliedstaaten der Nettozuwachs zu verzeichnen war, von denen Litauen (+ 20 Prozentpunkte), Malta (+ 18 Prozentpunkte) und Luxemburg (+ 17 Prozentpunkte) am stärksten waren.

QA8 Wie wichtig ist es für Sie, dass (Unser Land) ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet „nicht wichtig“ und 10 bedeutet „extrem wichtig“? (% – insgesamt ‚Wichtig‘)



Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Mehrheit in jeder Gruppe ihnen wichtig ist, dass ihr Land Mitglied der EU ist, aber diese Ansichten werden stärker von Hochschulabsolventen und weniger finanziellen Schwierigkeiten vertreten. Dies spiegelt die Ergebnisse der vorherigen Frage wider, bei der diese Gruppen eher der Ansicht waren, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache sei.

Insbesondere halten rund drei Viertel (76 %) derjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für wichtig, verglichen mit 62 %, die im Alter von 16 bis 19 Jahren abgeschlossen sind, und 53 %, die im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen sind. Von den sozial-beruflichen Gruppen sind Manager (79 %) und Studierende (77 %) am ehesten der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft wichtig ist, insbesondere im Vergleich zu Hausangestellten (53 %).

Befragten, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen (73 %) zu bezahlen, sagen eher, dass es ihnen wichtig ist, dass ihr Land Mitglied der EU ist, verglichen mit denen, die von Zeit zu Zeit Probleme haben (60 %) oder die meiste Zeit (48 %).

Je nach Altersgruppe gibt es einige Unterschiede, wobei diejenigen im Alter von 15 bis 24 Jahren (71 %) am ehesten sagen, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU wichtig ist (gegenüber 65 % der 55-Jährigen).

Es überrascht nicht, dass neun von zehn (90 %) Befragten mit einem positiven Bild der EU sagen, dass die Mitgliedschaft ihres Landes für sie wichtig ist, verglichen mit 23 % der Befragten mit einem negativen Image.

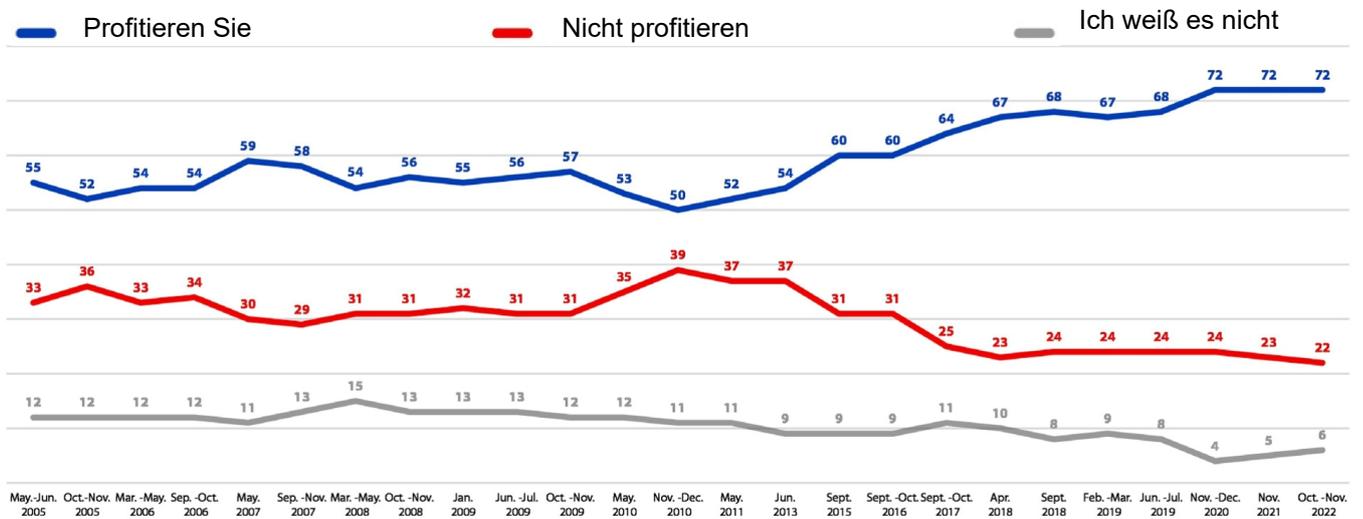
QA8 Wie wichtig ist es für Sie, dass (Unser Land) ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet „nicht wichtig“ und 10 bedeutet „extrem wichtig“? (IN %- EU)

	Insgesamt „Wichtig“	Gesamt „Neutral“	Insgesamt „Nicht wichtig“	Ich weiß es nicht
EU-27	66	22	11	1

Alter				
15-24	71	20	7	2
25-39	68	21	11	0
40-54	66	22	11	1
55+	65	22	12	1
Bildung (Ende)				
15—	53	30	14	3
16-19	62	24	13	1
20+	76	16	8	0
Noch studieren	77	17	4	2
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	68	18	13	1
Führungskraft	79	15	6	0
Andere weiße Kragen	69	21	10	0
Manuelle Arbeiter	60	26	13	1
Haus-Personen	53	33	12	2
Arbeitslose	58	26	14	2
Im Ruhestand	65	22	12	1
Schülerinnen und Schüler	77	17	4	2
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	48	30	19	3
Von Zeit zu Zeit	60	27	12	1
Fast nie/niemals	73	18	8	1
Bild der EU				
Insgesamt „positiv“	90	9	1	0
Neutral	53	36	9	2
Insgesamt „Negativ“	23	30	46	1

Angesichts ihrer Auffassung, dass die Mitgliedschaft **in der EU eine gute Sache ist, sind mehr als sieben von zehn EU-Bürgern** (72 % seit November-Dezember 2021) der **Ansicht, dass ihr Land insgesamt davon profitiert hat, Teil der EU** zu sein. Etwas mehr als jeder Fünfte (22 %, -1 Prozentpunkte) gibt an, dass ihr Land nicht von seiner Mitgliedschaft profitiert hat.

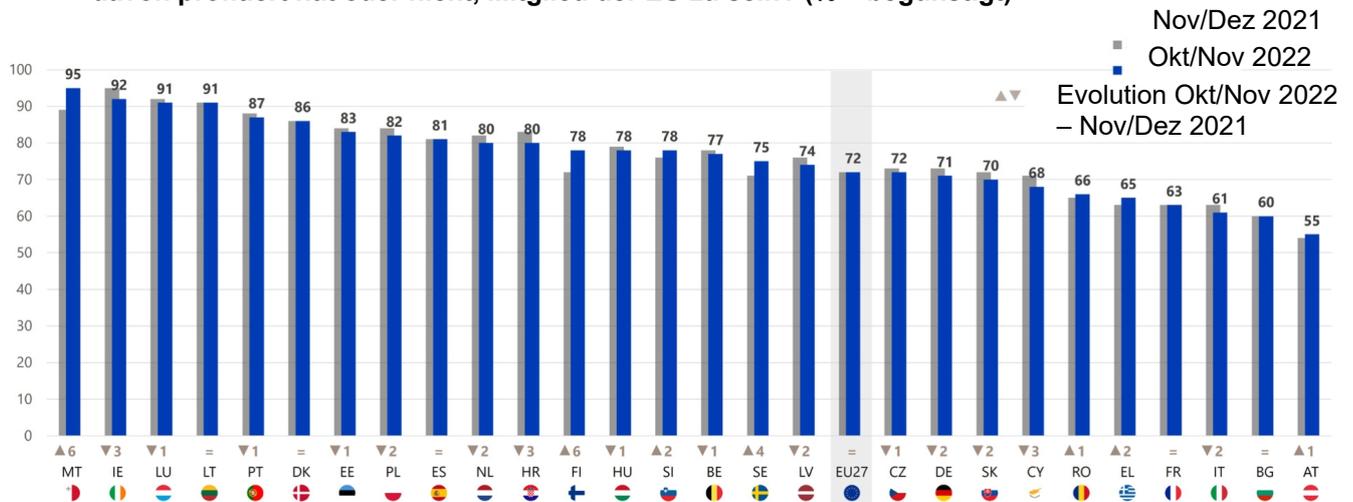
QA9 Wenn Sie alles berücksichtigen, würden Sie sagen, dass (Unser Land) im Gleichgewicht davon profitiert hat oder nicht, Mitglied der EU zu sein? (IN % – EU)



In jedem EU-Mitgliedstaat gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat, und dies gilt für mehr als neun von zehn Befragten in Malta (95 %), Irland (92 %), Luxemburg und Litauen (beide 91 %). Dieser Anteil ist in Österreich am niedrigsten (55 %), gefolgt von Bulgarien (60 %), Italien (61 %) und Frankreich (63 %). Österreich hat den höchsten Anteil derjenigen, die glauben, dass ihr Land nicht von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat (38 %).

Die Feststellungen für die einzelnen Mitgliedstaaten sind seit November-Dezember 2021 größtenteils stabil geblieben. Nur sechs Mitgliedstaaten verzeichnen eine Veränderung von mindestens drei Prozentpunkten in dem Anteil, der besagt, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat. In drei Ländern ist ein Anstieg zu verzeichnen: Malta (95 %, + 6 Prozentpunkte), Finnland (78 %, + 6 Prozentpunkte) und Schweden (75 %, + 4 Prozentpunkte). Rückläufig sind Irland (92 %, -3 Prozentpunkte), Kroatien (80 %, -3 Prozentpunkte) und Zypern (68 %, -3 Prozentpunkte).

QA9 Wenn Sie alles berücksichtigen, würden Sie sagen, dass (Unser Land) im Gleichgewicht davon profitiert hat oder nicht, Mitglied der EU zu sein? (% – begünstigt)



Die soziodemografischen Unterschiede spiegeln die bereits bestehenden Unterschiede in Bezug auf die Frage wider, ob die EU-Mitgliedschaft als eine gute Sache angesehen wird. Die Auffassung, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, ist am stärksten unter denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 20 oder mehr (81 %) abgeschlossen haben, verglichen mit denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder darunter (60 %) verlassen haben.

Nach sozioprofessioneller Gruppe ist der Anteil unter den Führungskräften (84 %) und den Studierenden (81 %) am höchsten und bei den Hausbewohnern am niedrigsten (59 %). Befragten, die selten oder nie Schwierigkeiten mit Rechnungen haben (77 %) glauben eher, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, verglichen mit denjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben (55 %).

Der bekannte Altersunterschied gilt, da jüngere Menschen mit größerer Wahrscheinlichkeit die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft erkennen als ältere Menschen (77 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 68 % der 55-Jährigen oder älter).

QA9 Wenn Sie alles berücksichtigen, würden Sie sagen, dass (Unser Land) im Gleichgewicht davon profitiert hat oder nicht, Mitglied der EU zu sein? (IN % – EU)

	Profitieren Sie	Nicht profitieren	Ich weiß es nicht
EU-27	72	22	6
Alter			
15-24	77	15	8
25-39	74	21	5
40-54	72	23	5
55+	68	25	7
Bildung (Ende)			

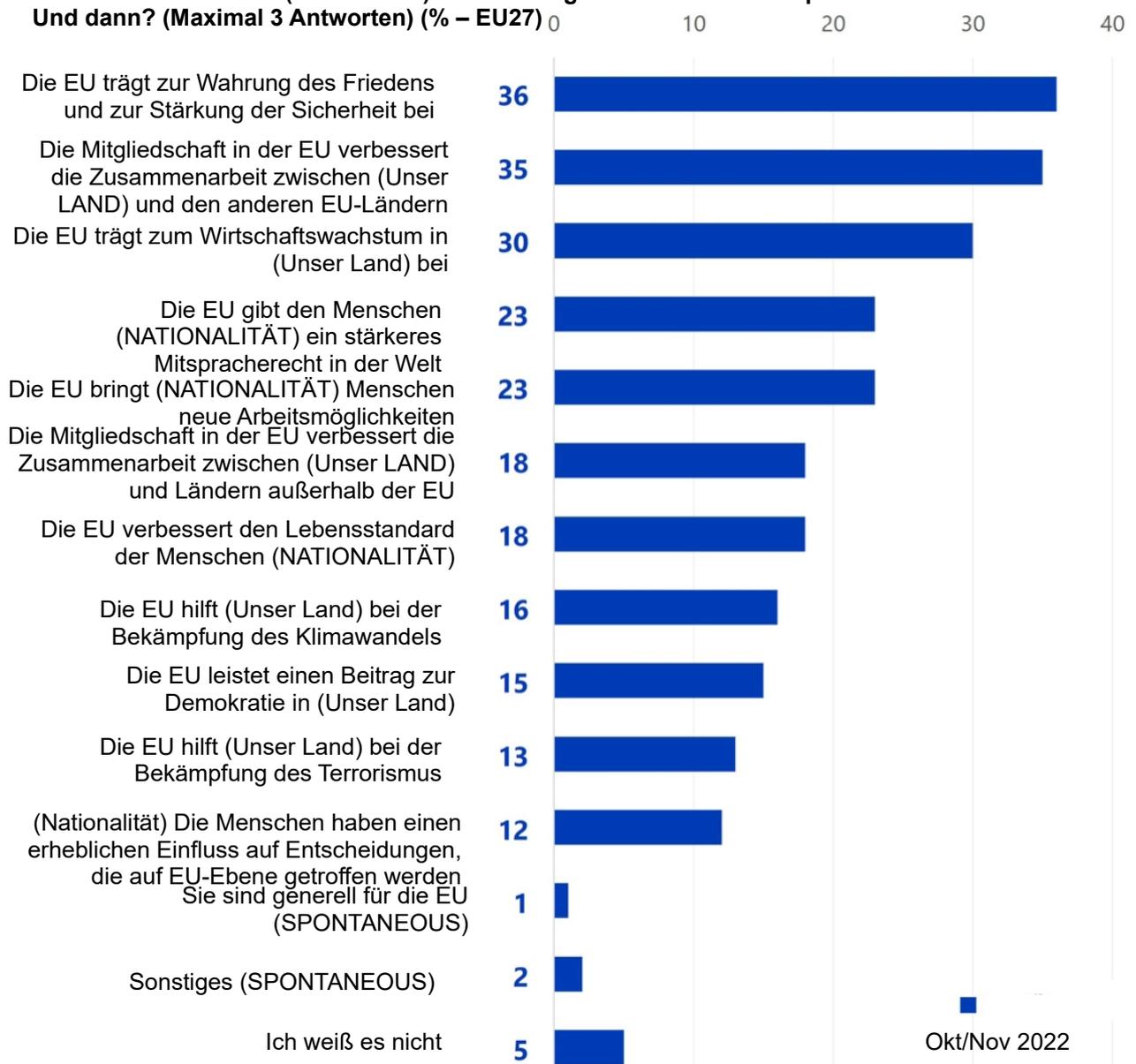
HERBST 2022 | EB 98.1

15—	60	30	10
16-19	67	27	6
20+	81	15	4
Noch studieren	81	12	7
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	75	20	5
Führungskraft	84	14	2
Andere weiße Kragen	76	20	4
Manuelle Arbeiter	66	29	5
Haus-Personen	59	30	11
Arbeitslose	65	26	9
Im Ruhestand	67	24	9
Schülerinnen und Schüler	81	12	7
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen			
Die meiste Zeit	55	36	9
Von Zeit zu Zeit	65	28	7
Fast nie/niemals	77	8	5

Der Beitrag der EU zu Frieden und Stabilität wird als Hauptvorteil angesehen, was im letzten Jahr an Bedeutung gewonnen hat.

Es gibt drei Hauptgründe, die die Bürger berücksichtigen, warum ihr Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat: die Tatsache, dass die EU zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit beiträgt (36 %, + 6 Prozentpunkte seit November-Dezember 2021), dass die EU die Zusammenarbeit zwischen ihrem Land und anderen Ländern der EU verbessert (35 %, + 3 Prozentpunkte) und dass die EU zum Wirtschaftswachstum ihres Landes beiträgt (30 %, keine Veränderung). In dieser Umfrage wurden alle Befragten gebeten, die wichtigsten Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu berücksichtigen, unabhängig davon, ob ihr Land davon profitiert hat oder nicht.

QA10ab Unabhängig davon, ob (Unser Land) Ihrer Meinung nach davon profitiert hat oder nicht, Mitglied der EU zu sein, welche der folgenden Gründe sind die Hauptgründe, warum die Menschen denken (Unser Land) von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (% – EU27)



Die nächstwichtigsten Vorteile der EU-Mitgliedschaft sind, dass die EU den Menschen neue Beschäftigungsmöglichkeiten bietet (23 %, -1 Prozentpunkte) und dass die EU den Menschen in ihrem Land ein stärkeres Mitspracherecht in der Welt gibt (23 %, + 3 Prozentpunkte).

Der Beitrag der EU zum Wirtschaftswachstum rangiert am höchsten (oder gemeinsam am höchsten) als Vorteil der EU-Mitgliedschaft in neun Mitgliedstaaten, während in sieben Ländern die höchste (oder gemeinsam höchste) Antwort darin besteht, dass sie den Menschen neue Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Es gibt sieben Länder, in denen der Beitrag der EU zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit am höchsten (oder am höchsten) liegt. In sieben Ländern besteht der höchste (oder gemeinsam höchste) Nutzen darin, dass die EU die

Zusammenarbeit zwischen ihrem Land und anderen Mitgliedstaaten verbessert. In Polen ist die positive Wirkung der EU auf den Lebensstandard der Menschen der höchste Nutzen.

QA10ab Unabhängig davon, ob (Unser Land) Ihrer Meinung nach von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat oder nicht, was die Hauptgründe dafür sind, dass die Menschen (Unser Land) von der Mitgliedschaft in der EU profitiert haben? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (%)

	EU-27	WE RD EN	BG	CZ	DK	DE	EE	ÄH M	EL	ES IST	F.F.	HR-BE RA TU NG	DA S IST	CY	LV	LT	LU	SC HN ÄP PC HE N	MT	NL	BEI	P.S.	P.S.	RO	S.A	SK	FI	S.A
Die EU trägt zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit bei	36	35	29	37	38	47	38	19	46	28	36	34	34	45	41	43	27	27	21	48	29	34	24	26	29	29	42	47
Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Zusammenarbeit zwischen (Unser LAND) und den anderen EU-Ländern	35	38	33	35	59	44	30	20	35	30	28	24	34	24	32	24	34	24	23	65	32	22	31	22	29	27	57	72
Die EU trägt zum Wirtschaftswachstum in (Unser Land) bei	30	29	25	32	34	28	38	48	27	39	23	32	21	36	30	44	40	38	49	41	31	35	38	26	42	27	25	27
Die EU gibt den Menschen (NATIONALITÄT) ein stärkeres Mitspracherecht in der Welt	23	26	18	19	31	19	13	31	39	20	28	17	31	21	13	15	32	19	29	13	28	20	31	21	12	18	15	18
Die EU bringt (NATIONALITÄT) Menschen neue Arbeitsmöglichkeiten	23	17	53	38	15	16	38	38	21	22	15	51	21	27	27	38	25	40	40	9	25	32	29	39	31	43	31	24
Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Zusammenarbeit zwischen (Unser LAND) und Ländern außerhalb der EU	18	21	15	13	20	20	15	10	20	18	14	18	23	11	13	9	14	14	19	25	21	17	14	18	13	15	21	16
Die EU verbessert den Lebensstandard der Menschen (NATIONALITÄT)	18	19	21	26	12	13	32	40	16	22	12	32	9	20	30	38	19	30	25	11	23	35	25	27	26	19	15	5
Die EU hilft (Unser Land) bei der Bekämpfung des Klimawandels	16	18	7	6	18	18	5	16	14	14	14	17	22	18	2	8	15	17	19	25	22	10	13	13	10	17	10	19
Die EU leistet einen Beitrag zur Demokratie in (Unser Land)	15	17	17	16	10	18	7	14	15	18	10	12	14	21	10	14	14	19	21	5	13	17	18	21	14	14	7	5
Th EU hilft (Unser Land) bei der Bekämpfung des Terrorismus	13	19	13	11	18	13	8	11	11	12	17	13	13	11	7	8	9	12	12	16	15	10	8	14	6	13	9	14
(Nationalität) Die Menschen haben einen erheblichen Einfluss auf Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden	12	13	6	6	10	10	4	13	11	9	13	10	15	4	4	8	16	15	20	6	17	15	9	14	4	9	6	17
Ich weiß es nicht	5	3	7	6	1	3	5	3	5	5	12	1	7	7	7	3	2	3	2	2	4	2	7	4	6	7	4	2

Um die Ergebnisse des Landes genauer zu analysieren, ist es interessant, die wichtigsten Vorteile zu untersuchen, je nachdem, ob die Befragten der Meinung sind, dass ihr Land von seiner EU-Mitgliedschaft profitiert hat oder nicht.

Drei Gründe ergeben sich mit deutlicher Distanz zu den anderen unter den Befragten, die der Meinung sind, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat: dass die EU zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit beiträgt (40 %), dass die Mitgliedschaft in der EU die Zusammenarbeit zwischen ihrem Land und den anderen EU-Ländern verbessert (38 %) und dass die EU zum Wirtschaftswachstum in ihrem Land beiträgt (35 %).

Diejenigen, die zuvor gesagt haben, dass ihr Land nicht profitiert hat, teilen zwei der gleichen Gründe, wenn sie gefragt werden, warum die Menschen denken würden, dass ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert hätte, nämlich die Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen EU-

Ländern (27 %) und den Beitrag der EU zu Frieden und Sicherheit (26 %). Der Beitrag zum Wirtschaftswachstum ist nicht Teil ihrer drei wichtigsten Antworten; stattdessen sind die Vorteile, die gemeinsam dritthöchste sind, die neuen Arbeitsmöglichkeiten für ihre Menschen und die EU gibt den Menschen in ihrem Land ein stärkeres Mitspracherecht in der Welt (beide 19 %).

Ausgehend von der detaillierten Länderanalyse stellen wir fest, dass die Befragten in den Niederlanden (48 %), Schweden und Deutschland (beide 47 %) am ehesten den Beitrag der EU zur **Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit** erwähnen, während dieser Nutzen in Irland (19 %) und Malta (21 %) am wenigsten erwähnt wird.

Der **Beitrag der EU zur Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten** wird von mehr als der Hälfte der Befragten in Schweden (72 %), den Niederlanden (65 %), Dänemark (59 %) und Finnland (57 %) hervorgehoben. Dies wird von den Befragten in Irland (20 %), Rumänien und Polen (beide 22 %) am wenigsten als Vorteil der Mitgliedschaft angesehen.

Der Beitrag der EU zum **Wirtschaftswachstum** wird als wichtiger Vorteil der EU-Mitgliedschaft in Malta (49 %), Irland (48 %) und Litauen (44 %) angesehen. Dies wird von den Befragten in Italien (21 %) und Frankreich (23 %) am wenigsten als Vorteil der Mitgliedschaft angesehen.

Die Analyse zeigt auch einige große Zahlen für andere Vorteile. Der Beitrag der EU zu **neuen Beschäftigungsmöglichkeiten** wird von 53 % in Bulgarien, 51 % in Ungarn und 43 % in der Slowakei erwähnt. Ein großer Anteil in Griechenland (39 %) gibt an, dass die EU den **Menschen in ihrem Land ein stärkeres Mitspracherecht in der Welt** gibt. In Irland sagen 40 %, dass ein Vorteil der EU-Mitgliedschaft darin besteht, dass es **den Lebensstandard der Menschen verbessert**.

Auf Länderebene gab es seit November-Dezember 2021 einige große Veränderungen in den Proportionen, in denen verschiedene Vorteile der EU-Mitgliedschaft genannt werden.

In den meisten Ländern wird der Beitrag der EU zur **Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit** heute eher erwähnt als im November-Dezember 2021. Der größte Anstieg zeigt sich in Lettland (41 %, + 16 Prozentpunkte), Litauen (43 %, + 15 Prozentpunkte), den Niederlanden (48 %, + 13 Prozentpunkte) und Estland (38 %, + 12 Prozentpunkte). Ungarn ist das einzige Land, das seit November-Dezember 2021 einen Rückgang verzeichnet (27 %, -3 Prozentpunkte).

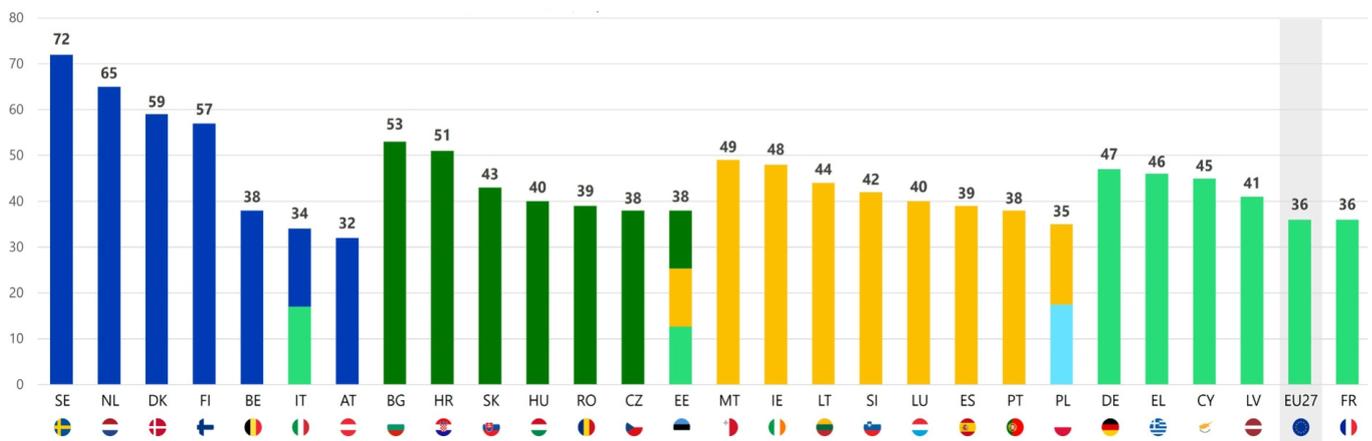
In 13 Ländern ist der Anteil gestiegen, in dem der Beitrag der EU **zur Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten** erwähnt wird. Der größte Anstieg ist in Estland (30 %, + 7 Prozentpunkte), Spanien (30 %, + 7 Prozentpunkte) und Schweden (72 %, + 7 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Vier Mitgliedstaaten weisen einen Rückgang des Anteils auf, der besagt, dass die EU-Mitgliedschaft die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gewährleistet: Lettland (32 %, -9 Prozentpunkte), Slowenien (29 %, -6 Prozentpunkte), Griechenland (35 %, -5 Prozentpunkte) und Malta (23 %, -3 Prozentpunkte).

In 11 Ländern ist seit November-Dezember 2021 ein Anstieg des Anteils zu verzeichnen, der besagt, dass die EU zum **Wirtschaftswachstum ihres Landes** beiträgt. Die größten Zuwächse verzeichnen Bulgarien (25 %, + 7 Prozentpunkte) und Griechenland (27 %, + 7 Prozentpunkte). Sechs Länder weisen einen Rückgang auf, vor allem Lettland (30 %, -11 Prozentpunkte) und die Niederlande (41 %, -8 Prozentpunkte).

Die anderen großen Veränderungen seit November-Dezember 2021 sind, dass die Befragten in Malta eher sagen, dass die **Menschen einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidungen auf EU-Ebene haben** (20 %, + 11 Prozentpunkte), während diejenigen in Lettland viel weniger sagen, dass die EU den Menschen **neue Beschäftigungsmöglichkeiten bringt** (27 %, -20 Prozentpunkte).

QA10ab Unabhängig davon, ob (Unser Land) Ihrer Meinung nach von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat oder nicht, was die Hauptgründe dafür sind, dass die Menschen (Unser Land) von der Mitgliedschaft in der EU profitiert haben? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (% – Die am häufigsten erwähnte Antwort nach Land)

- Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Zusammenarbeit zwischen (Unser LAND) und den anderen EU-Ländern
- Die EU bringt (NATIONALITÄT) Menschen neue Arbeitsmöglichkeiten
- Die EU trägt zum Wirtschaftswachstum in (Unser Land) bei
- Die EU trägt zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit bei
- Die EU verbessert den Lebensstandard der Menschen (NATIONALITÄT)



Aus soziodemografischer Sicht sind die Ergebnisse in der Regel über die verschiedenen Gruppen hinweg konsistent. Zwei der Vorteile weisen Unterschiede nach Bildungsniveau und finanzieller Lage auf: verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und die Vorteile des Wirtschaftswachstums. Diese Vorteile werden eher von denjenigen erwähnt, die länger in der Ausbildung blieben, und von denen, die nie oder selten Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen. Im Gegensatz dazu wird die Rolle der EU im Kampf gegen den Terrorismus häufiger von weniger gebildeten Befragten und denjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, erwähnt.

QA10ab Unabhängig davon, ob (Unser Land) Ihrer Meinung nach von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat oder nicht, was die Hauptgründe dafür sind, dass die Menschen (Unser Land) von der Mitgliedschaft in der EU profitiert haben? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (% – EU)

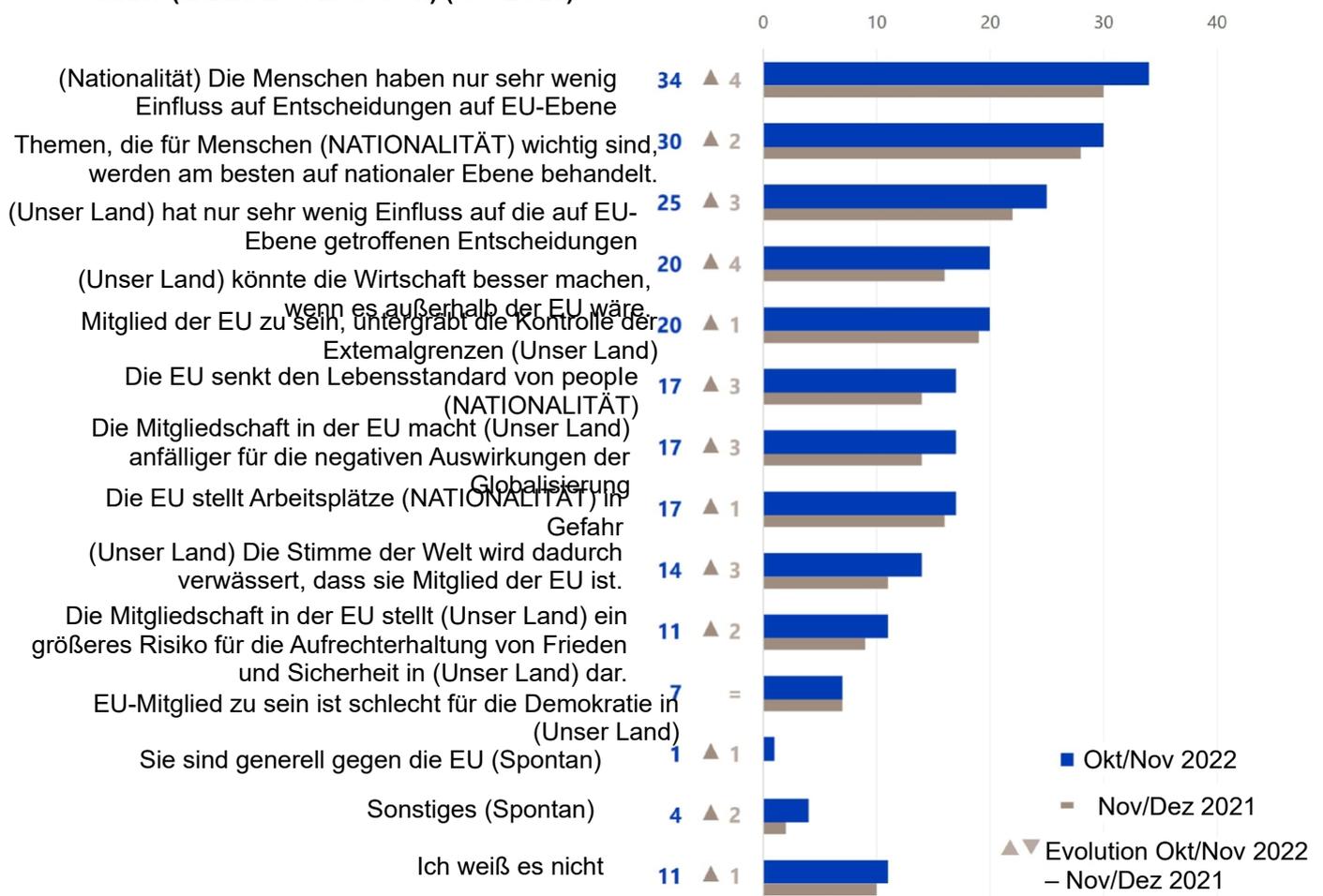
	Die EU trägt zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit bei	Die EU trägt zum Wirtschaftswachstum in (Unser Land) bei	Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Zusammenarbeit zwischen (Unser Land) und den anderen EU-Ländern	Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Zusammenarbeit zwischen (Unser Land) und Ländern außerhalb der EU	Die EU gibt den Menschen (NATIONALITÄT) ein stärkeres Mitspracherecht in der Welt	Die EU hilft (Unser Land) bei der Bekämpfung des Terrorismus	Die EU hilft (Unser Land) bei der Bekämpfung des Klimawandels	Die EU bringt (NATIONALITÄT) Menschen neue Arbeitsmöglichkeiten	Ich weiß es nicht
EU-27	36	30	35	18	23	13	16	23	5
Bildung (Ende)									
15—	35	25	25	16	23	16	17	21	9
16-19	36	28	32	19	23	14	15	24	6
20+	38	34	43	19	23	12	15	22	3
Noch studieren	36	32	37	19	25	11	19	25	4
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen									
Die meiste Zeit	34	24	28	15	22	19	15	21	10
Von Zeit zu Zeit	35	25	32	19	26	14	17	23	6
Fast nie/niemals	38	33	37	18	22	12	15	23	4

Die Befragten wurden auch gebeten, über Gründe nachzudenken, **warum ihr Land möglicherweise nicht davon profitiert hat, Mitglied der EU zu sein**, unabhängig von ihrer eigenen Meinung zu diesem Thema. Die Hauptgründe, warum die Menschen denken, dass ihr Land nicht von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, sind, dass die **nationalen Bürger nur sehr wenig Einfluss auf die Entscheidungen auf EU-Ebene haben** (34 %, + 4 Prozentpunkte seit November/Dezember 2021), und dass Themen, die für ihr Land wichtig sind, **am besten auf nationaler Ebene behandelt** werden (30 %, + 2 Prozentpunkte).

Einer von vier sagt, dass die nationale Regierung nur sehr wenig Einfluss auf die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen hat (25 %, + 3 Prozentpunkte), während jeder Fünfte angibt, dass die Wirtschaft ihres Landes außerhalb der EU besser sein könnte (20 %, + 4 Prozentpunkte), und dass die Kontrolle der Außengrenzen ihres Landes (20 %, + 1 Prozentpunkte) untergräbt.

Diese Antworten spiegeln eine allgemeinere Debatte darüber wider, ob politische Entscheidungen auf EU- oder nationaler Ebene getroffen werden sollten. Im Bericht „Key Challenges of our Times“²⁶ war die Mehrheit der Ansicht, dass verschiedene Politikbereiche auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene gleichermaßen behandelt werden sollten. In vielen Politikbereichen sagten die Befragten eher, dass das Problem auf EU-Ebene behandelt werden sollte als auf nationaler Ebene; dazu gehörten die Bekämpfung von Terrorismus, Migration und Flüchtlingen, Umwelt und Klimawandel, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Energiepolitik. Die Probleme, mit denen die Bürger eher auf nationaler Ebene als auf EU-Ebene behandelt werden wollten, waren Gesundheit, Beschäftigung und Sozialschutz.

QA11ab Doch unabhängig davon, ob Sie der Meinung sind, dass (Unser Land) von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat oder nicht, was die Hauptgründe dafür sind, dass die Menschen (Unser Land) nicht davon profitiert haben, Mitglied der EU zu sein? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (% – EU27)



In 17 Mitgliedstaaten ist der häufigste (oder gemeinsam häufigste) Grund dafür, warum ihr Land nicht von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, dass die nationalen Bürger nur sehr wenig Einfluss

26 Zentrale Herausforderungen in unserer Zeit, Sonder-Eurobarometer 526 <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2694>

auf Entscheidungen auf EU-Ebene haben. In 10 Ländern ist der höchste (oder gemeinsame höchste) Grund dafür, dass wichtige Fragen am besten auf nationaler Ebene behandelt werden.

In Italien ist der häufigste Grund dafür, dass die nationale Regierung nur sehr wenig Einfluss auf die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen hat, während der Hauptgrund in Frankreich darin besteht, dass die EU den Lebensstandard der nationalen Bürger senkt.

QA11ab Doch unabhängig davon, ob Sie der Meinung sind, dass (Unser Land) von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat oder nicht, was die Hauptgründe dafür sind, dass die Menschen (Unser Land) nicht davon profitiert haben, Mitglied der EU zu sein? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (%)

	W	EU	ER	BG	CZ	DK	DE	EE	ÄH	EL	ES	F.F	HR	DA	CY	LV	LT	LU	SC	HN	ÄP	MT	NL	BE	P.S	P.S	RO	S.	SK	FI	S.
	-27	DE							M		T	.	-	S					PC	HE	N		I	.	.	A.	A.			A.	
	N												NG	T					N												
(Nationalität) Die Menschen haben nur sehr wenig Einfluss auf Entscheidungen auf EU-Ebene	34	30	39	44	52	37	44	31	41	31	25	38	29	46	45	32	32	36	26	51	34	28	20	37	41	32	48	55			
Themen, die für Menschen (NATIONALITÄT) wichtig sind, werden am besten auf nationaler Ebene behandelt.	30	30	35	43	39	32	26	32	41	24	19	37	28	27	17	25	34	37	33	53	31	30	32	26	21	36	45	54			
(Unser Land) hat nur sehr wenig Einfluss auf die auf EU- Ebene getroffenen Entscheidungen	25	27	33	35	31	17	26	23	40	17	14	34	33	36	28	26	22	32	27	32	22	27	19	35	32	29	31	32			
(Unser Land) könnte die Wirtschaft von außerhalb der EU besser machen.	20	14	14	26	23	25	13	11	26	16	18	21	20	22	14	5	12	14	21	25	27	14	16	16	9	16	21	32			
Mitglied der EU zu sein, untergräbt die Kontrolle der Außengrenzen (Unser Land)	20	24	14	16	28	28	6	20	14	12	20	21	20	16	5	9	15	18	26	23	29	16	20	14	16	27	7	20			
Die EU senkt den Lebensstandard der Menschen (NATIONALITÄT)	17	21	17	14	8	20	11	8	21	10	34	17	14	18	8	8	9	9	13	12	20	8	10	14	13	14	8	7			

HERBST 2022 | EB 98.1

Die Mitgliedschaft in der EU macht (Unser Land) anfälliger für die negativen Auswirkungen der Globalisierung	17	16	19	16	15	15	14	16	23	16	15	21	20	23	11	14	16	22	25	20	22	18	22	18	19	19	18	17
Die EU stellt Arbeitsplätze (NATIONALITÄT) in Gefahr (Unser Land)	17	22	12	12	9	17	16	13	21	13	27	23	16	34	15	11	13	13	22	19	23	11	11	16	9	16	6	17
Die Stimme der Welt wird dadurch verwässert, dass sie Mitglied der EU ist.	14	19	16	9	15	10	13	20	13	15	15	9	17	5	8	8	20	14	18	9	15	17	13	15	9	16	6	3
Die Mitgliedschaft in der EU stellt (Unser Land) ein größeres Risiko für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in (OUR COUNTRY) dar.	11	16	15	7	9	12	9	12	9	7	8	15	12	7	5	6	16	14	19	8	22	10	19	16	8	16	3	8
EU-Mitglied zu sein ist schlecht für die Demokratie in (Unser Land)	7	8	5	7	12	6	7	8	7	6	5	12	10	5	6	3	5	10	14	8	13	10	6	10	5	8	6	7
Ich weiß es nicht	11	7	12	5	5	7	16	18	4	15	16	1	11	3	18	24	12	8	12	1	4	17	19	7	11	6	11	3

Wieder einmal ist es sinnvoll, einen Vergleich der Gründe zu ziehen, warum das Land möglicherweise nicht von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, zwischen denen, die glauben, dass ihr Land davon profitiert hat, und denen, die glauben, dass es dies nicht getan hat.

Unter denen, die glauben, dass ihr Land davon profitiert hat, sind die drei Hauptgründe, dass die nationalen Bürger nur sehr wenig Einfluss auf Entscheidungen auf EU-Ebene haben (34 %), Themen, die für die nationalen Bürger wichtig sind, am besten auf nationaler Ebene behandelt werden (32 %) und die Regierungen der Mitgliedstaaten nur sehr wenig Einfluss auf die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen haben (26 %).

Für diejenigen, die glauben, dass ihr Land nicht profitiert hat, fallen die Hauptgründe in zwei Gruppen: Einerseits gibt es die Gründe für den Mangel an Einfluss für Menschen (34 %) und nationale Regierungen (25 %) in EU-Entscheidungen. In der zweiten Gruppe ist ein gemeinsamer Standpunkt, dass die EU den Lebensstandard der nationalen Bürger senkt (29 %), die nationale Wirtschaft könnte es besser machen, wenn außerhalb der EU (27 %) und Themen, die für die nationalen Bürger wichtig sind, am besten auf nationaler Ebene behandelt werden (26 %).

In Bezug auf die Länderanalyse sehen wir, dass in der EU insgesamt der Hauptgrund dafür ist, dass die Menschen der Meinung sind, dass ihr Land nicht von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, dass die **nationalen Bürger nur sehr wenig Einfluss auf die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen haben**. Mehr als die Hälfte der Befragten in Schweden (55 %), Dänemark

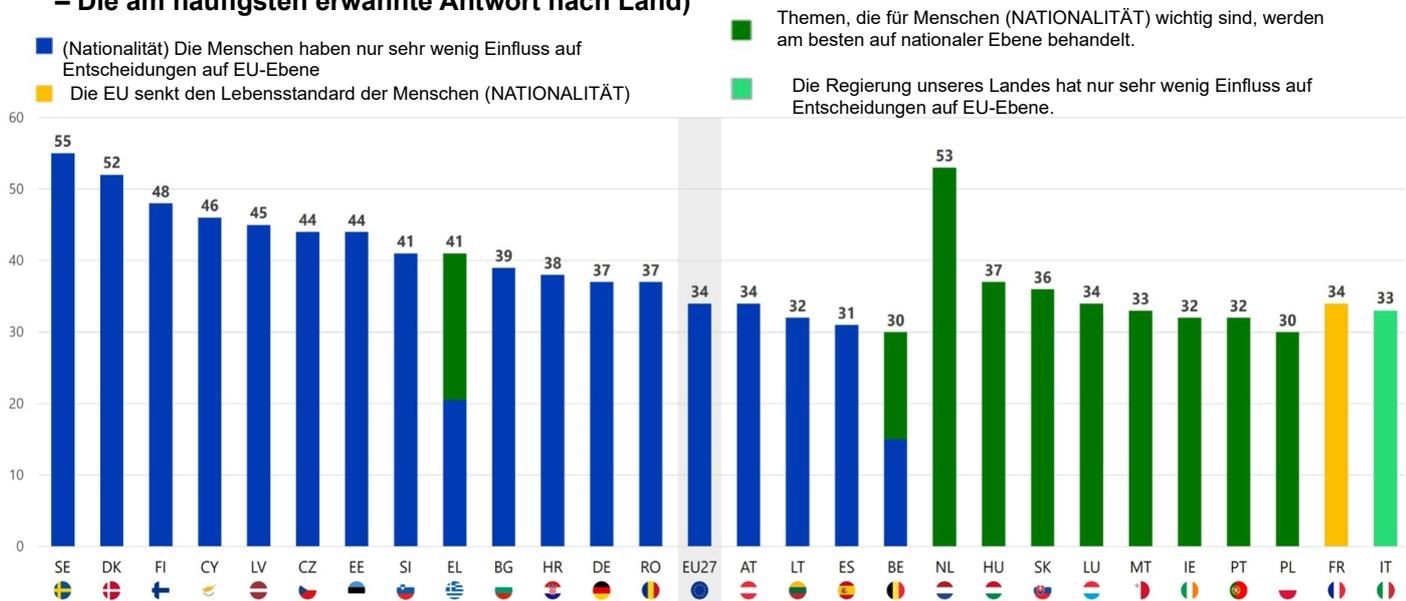
(52 %) und den Niederlanden (51 %) nennen dies, aber nicht mehr als ein Viertel in Portugal (20 %) und Frankreich (25 %).

Mehr als die Hälfte der Befragten in Schweden (54 %) und den Niederlanden (53 %) gibt an, dass **wichtige Fragen am besten auf nationaler Ebene behandelt werden**, und dies wird auch von einem großen Teil in Finnland (45 %), Tschechien (43 %) und Griechenland (41 %) erwähnt.

Die Befragten in Griechenland (40 %), Zypern (36 %), Tschechien und Rumänien (beide 35 %) sagen am ehesten, dass die **nationale Regierung nur sehr wenig Einfluss auf die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen hat**.

Die Ansicht, dass die **Wirtschaft ihres Landes außerhalb der EU besser sein könnte**, wird von einem relativ großen Anteil in Schweden (32 %) vertreten, während die Befragten in Österreich (29 %) am ehesten sagen, dass eine Mitgliedschaft in der EU **die Kontrolle der Außengrenzen ihres Landes untergräbt**.

QA11ab Doch unabhängig davon, ob Sie der Meinung sind, dass (Unser Land) von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat oder nicht, was die Hauptgründe dafür sind, dass die Menschen (Unser Land) nicht davon profitiert haben, Mitglied der EU zu sein? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (% – Die am häufigsten erwähnte Antwort nach Land)



Auf Länderebene gab es seit November-Dezember 2021 einige Änderungen in den Proportionen, in denen verschiedene Gründe dafür genannt werden, dass die EU-Mitgliedschaft ihrem Land nicht zugute kommt.

In 13 Mitgliedstaaten, vor allem in **Zypern (46 %, + 11 Prozentpunkte)** und **Spanien (31 %, + 10 Prozentpunkte)**, ist der Anteil der Bürger auf EU-Ebene sehr gering. Sie ist in sieben Ländern zurückgegangen, wobei Lettland (45 %, -22 Prozentpunkte) und Malta (26 %, -9 Prozentpunkte) am stärksten zurückgingen.

Der Anteil, der besagt, dass **wichtige Fragen am besten auf nationaler Ebene behandelt werden**, ist in 15 Ländern gestiegen. Die größten Zuwächse verzeichneten Kroatien (37 %, + 10 Prozentpunkte), Tschechien (43 %, + 9 Prozentpunkte) und Ungarn (37 %, + 8 Prozentpunkte). Der größte Rückgang zeigt sich in Slowenien (21 %, -7 Prozentpunkte).

Die Befragten sagen eher, dass die **nationale Regierung nur sehr wenig Einfluss** auf die Entscheidungen auf EU-Ebene in Bulgarien (33 %, + 8 Prozentpunkte), Spanien (28 %, + 8 Prozentpunkte) und Ungarn (32 %, + 7 Prozentpunkte), während der Anteil in Lettland (28 %, -19 Prozentpunkte) deutlich gesunken ist.

Es gibt einige andere große Änderungen an einzelnen Artikeln. In Luxemburg (16 %, + 11 Prozentpunkte) und **Portugal (19 %, + 10 Prozentpunkte)** ist es wahrscheinlicher, dass die **EU-Mitgliedschaft ihr Land in Bezug auf die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit stärker gefährdet**. In Malta steigt der Anteil, der besagt, dass die Wirtschaft ihres Landes **außerhalb der EU** besser sein könnte (21 %, + 10 Prozentpunkte). Schließlich gab es in Lettland einen Rückgang des Anteils, der besagt, dass die Mitgliedschaft in der EU ihr Land **anfälliger für die negativen Auswirkungen der Globalisierung** macht (11 %, -11 Prozentpunkte).

In der soziodemografischen Analyse sind die Ergebnisse über die verschiedenen Gruppen hinweg sehr konsistent.

Je nach Bildungsstand gibt es einige Unterschiede: hochgebildete Befragten sagen eher, dass die nationalen Bürger nur sehr wenig Einfluss auf Entscheidungen haben, die auf EU-Ebene getroffen wurden (36 % derjenigen, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber verlassen haben, gegenüber 30 % derjenigen, die das Alter von 15 Jahren verlassen haben) und dass Probleme, die für ihr Land wichtig sind, am besten auf nationaler Ebene behandelt werden (34 % vs. 26 %). Darüber hinaus sagen Menschen, die Schwierigkeiten haben, die meiste Zeit Rechnungen zu bezahlen, eher zu sagen, dass die EU den Lebensstandard der Menschen senkt (27 % gegenüber 15 % derjenigen, die nie oder selten Schwierigkeiten haben).

Q11ab Doch unabhängig davon, ob Sie der Meinung sind, dass (Unser Land) von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat oder nicht, was die Hauptgründe dafür sind, dass die Menschen (Unser Land) nicht davon profitiert haben, Mitglied der EU zu sein? Erstens? Und dann? (Maximal 3 Antworten) (% – EU)

	Die Mitgliedschaft in der EU stellt (Unser Land) ein größeres Risiko für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in (Unser Land) dar.	(Unser Land) könnte die Wirtschaft besser machen, wenn es außerhalb der EU wäre.	Themen, die für Menschen (NATIONALITÄT) wichtig sind, werden am besten auf nationaler Ebene behandelt.	Mitglied der EU zu sein, untergräbt die Kontrolle der Außengrenzen (Unser Land)	(Nationalität) Die Menschen haben nur sehr wenig Einfluss auf Entscheidungen auf EU-Ebene	(Unser Land) hat nur sehr wenig Einfluss auf die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen	Die EU senkt den Lebensstandard der Menschen (NATIONALITÄT)	Ich weiß es nicht
EU-27	11	20	30	20	34	25	17	11
Bildung (Ende)								
15—	10	20	26	20	30	25	16	14
16-19	13	20	29	21	33	26	19	10
20+	9	19	34	19	36	25	15	10
Noch studieren	12	20	29	20	32	23	13	13
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen								
Die meiste Zeit	12	23	29	17	31	26	27	9
Von Zeit zu Zeit	13	20	28	21	33	26	18	10
Fast nie/niemals	10	19	32	20	35	25	15	11

V. AUFHEIZEN: INTERESSE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER AN DER EU UND AN DEN NÄCHSTEN EUROPAWAHLEN

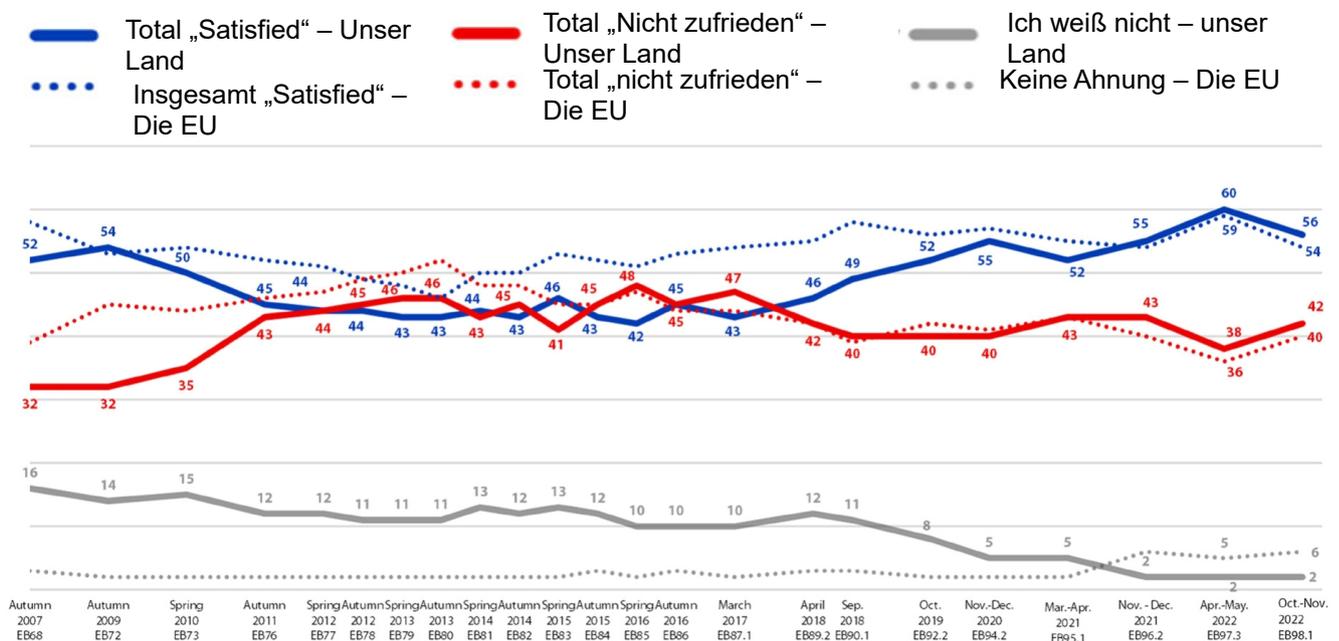
In seinem Schlusskapitel des Berichts wird das Interesse der Bürger und die Beteiligung an europäischen demokratischen Prozessen erörtert. Zunächst werden die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie in der EU und ihre Ansichten darüber beurteilt, ob ihre Stimme zählt. Insgesamt bleiben die Bürgerinnen und Bürger positiv gegenüber der Arbeitsweise der Demokratie in der EU, obwohl unklar ist, ob „meine Stimme in der EU und in meinem Land zählt“. Das Kapitel konzentriert sich dann auf das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der europäischen Politik und das Ausmaß, in dem sie sich über die Politik in der EU informieren und diese verfolgen.

Der Schwerpunkt verlagert sich dann auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024, wobei das Wissen, das Interesse und die Wahrscheinlichkeit der Abstimmung der Bürger untersucht werden. Es ist ermutigend, dass bereits mehr als die Hälfte der EU-Bürgerinnen und -Bürger an den nächsten Europawahlen interessiert sind, und zwei Drittel geben an, dass sie wahrscheinlich wählen werden.

5.1 Interesse an EU-Angelegenheiten

Wie im vorangegangenen Kapitel gesehen, wird die Demokratie als der wichtigste Wert für das Europäische Parlament angesehen. In diesem Zusammenhang ist es beruhigend, dass **eine absolute Mehrheit der Bürger weiterhin mit der Demokratie in der EU und in ihrem eigenen Land zufrieden ist**, obwohl die allgemeine Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie in der EU und auf nationaler Ebene funktioniert, von April bis Mai 2022 zurückgegangen ist. Fast sechs von zehn Bürgern (54 %) geben an, dass sie mit der Funktionsweise der **Demokratie in der EU** zufrieden sind (-5 Prozentpunkte), während 40 % (+ 4 Prozentpunkte) nicht zufrieden sind. In Bezug auf die nationale Ebene sind knapp sechs von zehn Befragten (56 %, -4 Prozentpunkte) mit der **Funktionsweise der Demokratie auf nationaler Ebene** zufrieden, während mehr als vier von zehn (42 %, + 4 Prozentpunkte) sagen, dass sie nicht zufrieden sind.

SD18ab Im Großen und Ganzen, sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie Demokratie in (Unser Land) funktioniert? Und wie sieht es mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU aus? (IN % – EU)



Wie bei anderen Fragen zu beobachten ist, hat die negative Verschiebung seit April-Mai 2022 den Anstieg in den vorangegangenen sechs Monaten umgekehrt, so dass die Bewertungen sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene jetzt ähnlich sind wie vor einem Jahr, als 53 % der Bürger mit der Demokratie in der EU zufrieden waren und fast sechs von zehn (57 %) mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden waren.

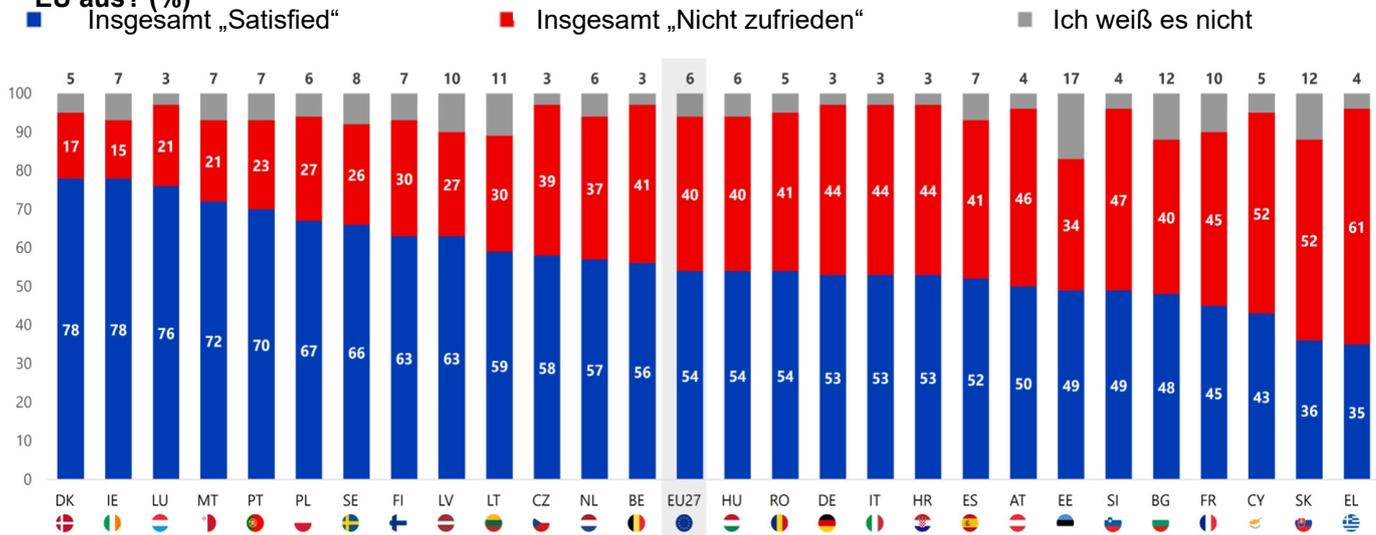
In allen vier Ländern ist die Mehrheit der Befragten mit der Arbeitsweise der Demokratie in der EU zufrieden, wobei die höchsten Anteile in Irland, Dänemark (beide 78 %), Luxemburg (76 %), Malta (72 %) und Portugal (70 %) zu verzeichnen sind. In drei Mitgliedstaaten ist Unzufriedenheit mehrheitlich: Griechenland (61 % unzufrieden), Slowakei und Zypern (beide 52 %). In Frankreich gibt es gleiche Anteile, die zufrieden und unzufrieden sind (beide 45 %). Malta hat einen sehr hohen Anteil, der „sehr zufrieden“ ist (38 %), während Griechenland das einzige Land ist, in dem mindestens jeder Fünfte „nicht zufrieden“ ist (26 %).

Wie bei anderen Fragen zu beobachten ist, hat die negative Verschiebung seit April-Mai 2022 den Anstieg in den vorangegangenen sechs Monaten umgekehrt, so dass die Bewertungen sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene jetzt ähnlich sind wie vor einem Jahr, als 53 % der Bürger mit der Demokratie in der EU zufrieden waren und fast sechs von zehn (57 %) mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden waren.

In allen vier Ländern ist die Mehrheit der Befragten mit der Arbeitsweise der Demokratie in der EU zufrieden, wobei die höchsten Anteile in Irland, Dänemark (beide 78 %), Luxemburg (76 %), Malta (72 %) und Portugal (70 %) zu verzeichnen sind. In drei Mitgliedstaaten ist Unzufriedenheit mehrheitlich: Griechenland (61 % unzufrieden), Slowakei und Zypern (beide

52 %). In Frankreich gibt es gleiche Anteile, die zufrieden und unzufrieden sind (beide 45 %). Malta hat einen sehr hohen Anteil, der „sehr zufrieden“ ist (38 %), während Griechenland das einzige Land ist, in dem mindestens jeder Fünfte „nicht zufrieden“ ist (26 %).

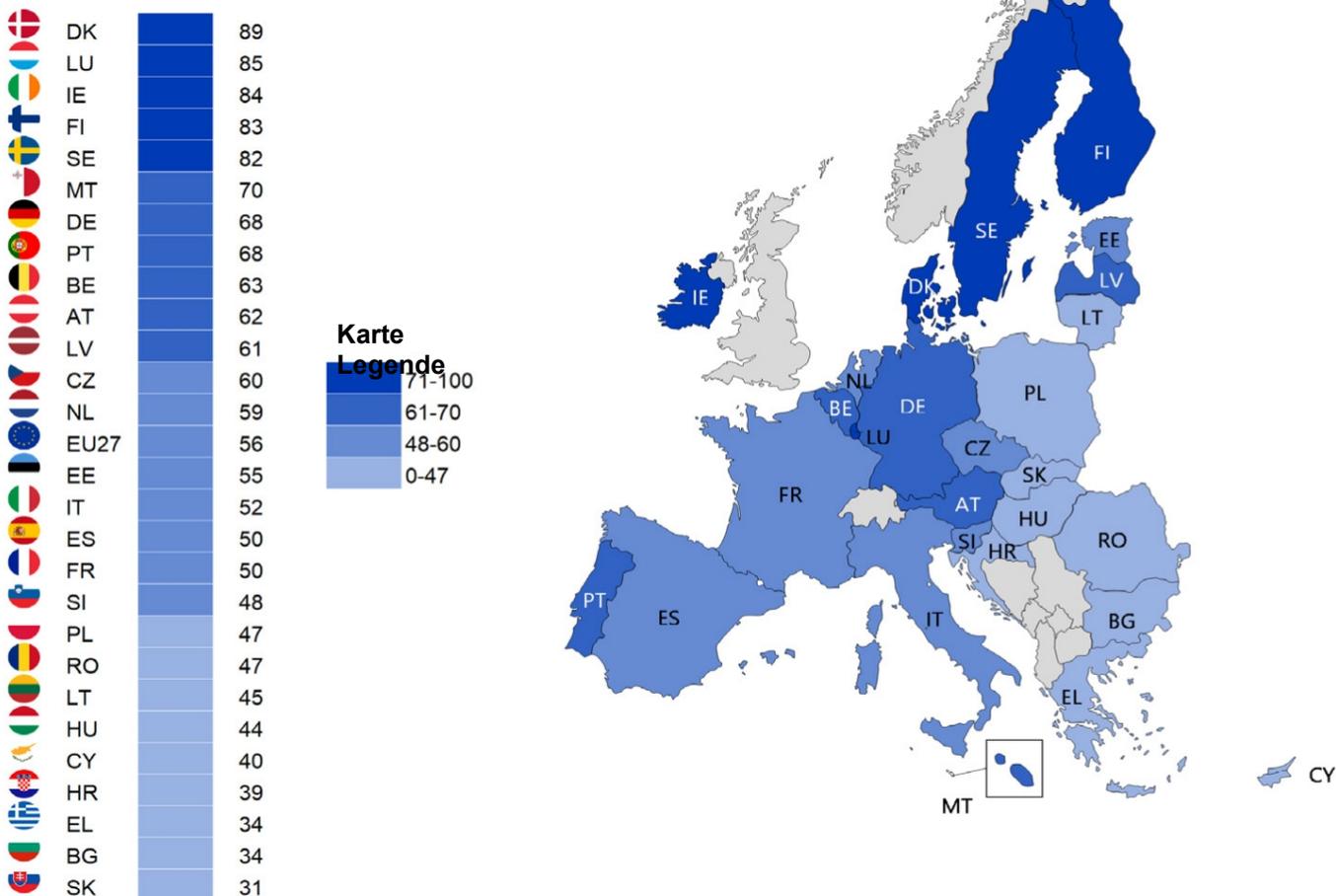
SD18b Und wie sieht es mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU aus? (%)



Die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie auf nationaler Ebene ist in der EU sehr unterschiedlich. Die Zufriedenheit ist die Mehrheit in 17 Ländern, mit der höchsten Zufriedenheit in Dänemark (89 %), Luxemburg (85 %), Irland (84 %), Finnland (83 %) und Schweden (82 %). In den übrigen zehn Ländern ist die Mehrheit unzufrieden, mit dem höchsten Unzufriedenheitsgrad in der Slowakei (68 %), Griechenland (65 %), Bulgarien (63 %), Kroatien (60 %) und Zypern (59 %). In Bulgarien (27 %), Griechenland (26 %) und der Slowakei (20 %) ist mindestens jeder Fünfte „nicht zufrieden“.

Die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie national funktioniert, ist in den nördlichen Regionen Europas am höchsten und in den östlichen und südlichen Gebieten tendenziell niedriger.

SD18a Sind Sie im Großen und Ganzen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder gar nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie Demokratie in (Unser Land) funktioniert? (% – insgesamt ,Satisfied‘)



Die soziodemografische Analyse zeigt das gleiche Muster für die Zufriedenheit mit der Demokratie sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene, mit 15- bis 24-Jährigen, denen, die am längsten in der Ausbildung blieben, Studenten und Managern und Personen mit geringeren finanziellen Schwierigkeiten am ehesten zufrieden zu sein. So sind beispielsweise 60 % der Menschen mit den geringsten finanziellen Schwierigkeiten mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU zufrieden, verglichen mit 32 %, die die größten Schwierigkeiten haben.

Das gleiche Muster ist bei denjenigen zu sehen, die ein positives Bild von der EU oder dem Europäischen Parlament haben, sowohl auf Länder- als auch auf EU-Ebene. 82 % der Befragten mit einem positiven Bild des Europäischen Parlaments geben an, dass sie mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU zufrieden sind, verglichen mit 18 % mit einem negativen Bild davon.

Darüber hinaus sind diejenigen, die mit der Art und Weise zufrieden sind, wie Demokratie auf einer Ebene funktioniert, eher zufrieden mit der Art und Weise, wie sie auf der anderen Ebene arbeitet.

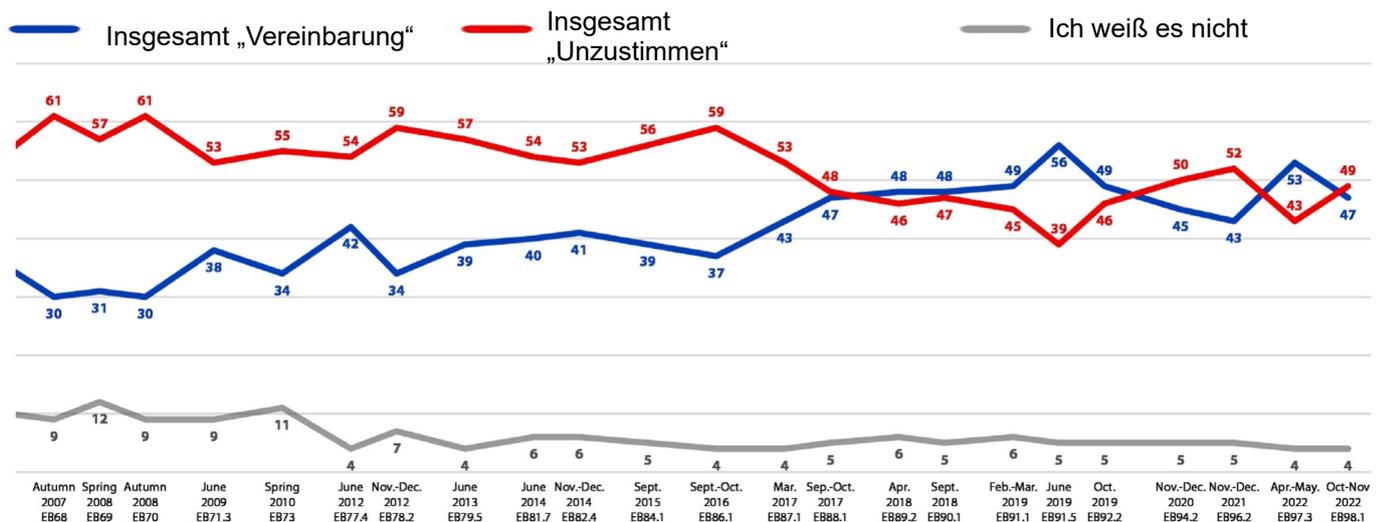
So sind beispielsweise 84 %, die mit der Arbeitsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden sind, auch auf EU-Ebene zufrieden, während 77 % derjenigen, die auf Länderebene nicht zufrieden sind, auch auf EU-Ebene unzufrieden sind.

SD18 Sind Sie im Großen und Ganzen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder gar nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie Demokratie funktioniert...? (%-EU)

	Unser Land		Die EU	
	Insgesamt „Satisfied“	Insgesamt „Nicht zufrieden“	Insgesamt „Satisfied“	Insgesamt „Nicht zufrieden“
EU-27	56	42	54	40
Geschlechtsverkehr				
Der Mann	58	41	55	41
Frau	54	43	52	41
Alter				
15-24	62	33	62	28
25-39	56	43	56	40
40-54	52	46	52	44
55+	56	42	52	42
Bildung (Ende)				
15—	49	48	43	48
16-19	52	46	50	45
20+	62	37	61	35
Noch studieren	63	32	65	27
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	54	44	53	43
Führungskraft	67	32	66	32
Andere weiße Kragen	57	42	59	37
Manuelle Arbeiter	50	48	49	47
Haus-Personen	48	48	42	47
Arbeitslose	45	54	46	48
Im Ruhestand	57	41	50	42
Schülerinnen und Schüler	63	32	65	27
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen				
Die meiste Zeit	32	66	32	61
Von Zeit zu Zeit	51	47	49	45
Fast nie/niemals	62	36	60	35
Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU				
Zufrieden	84	16	100	
Nicht zufrieden	22	77		100
Bild des Europäischen Parlaments				
Positiv	74	25	82	16
Neutral	53	44	48	44
Negativ	28	71	18	78

Der Anteil der Bürger, die zustimmen, dass **ihre Stimme in der EU zählt**, ist seit April-Mai 2022 zurückgegangen (47 %, -6 Prozentpunkte). Dies bedeutet, dass die Einigung nicht mehr die Mehrheitsmeinung ist, wobei die Ergebnisse nach einer positiven Verschiebung (+ 10 Prozentpunkte) zwischen November und Dezember 2021 und April-Mai 2022 wieder auf das Niveau der Jahre 2020 und 2021 zurückgehen. Der Anteil, der nicht stimmt, ist seit April-Mai 2022 gestiegen und liegt jetzt bei 49 % (+ 6 Prozentpunkte).

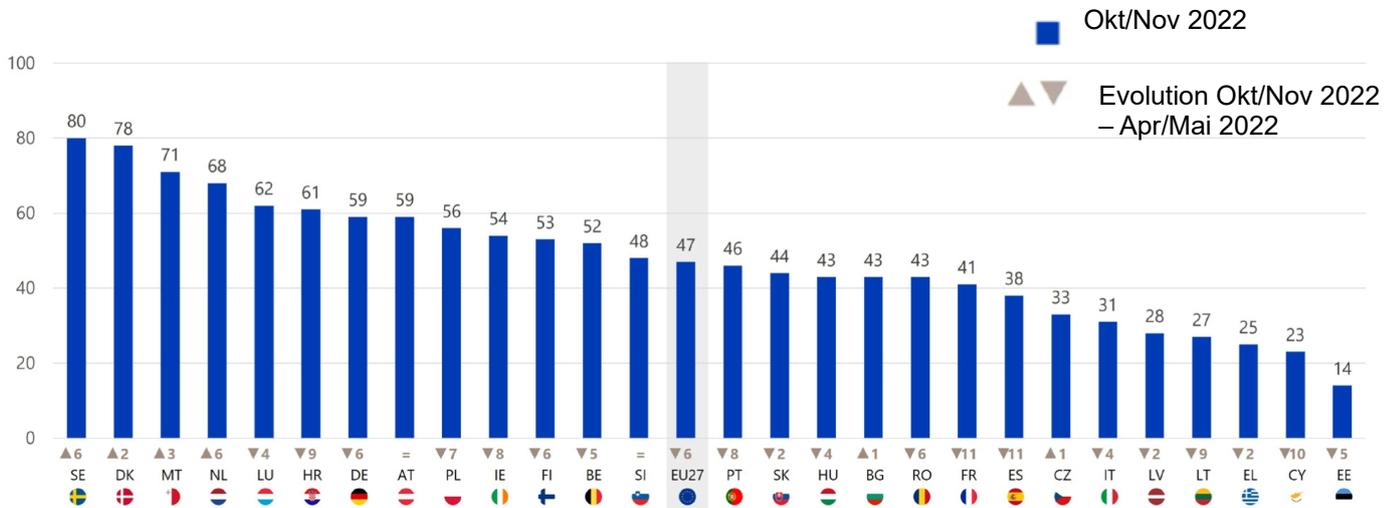
D72.1 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder widersprechen Sie diesen? Meine Stimme zählt in der EU (% – EU)



In 12 Mitgliedstaaten stimmt die Mehrheit der Befragten ihrer Stimme in der EU zu, wobei die höchsten Werte in Schweden (80 %), Dänemark (78 %), Malta (71 %) und den Niederlanden (68 %) zu verzeichnen sind. In den übrigen 15 Ländern ist eine Mehrheit der Meinung, wobei die meisten Meinungsverschiedenheiten in Estland (79 %), Zypern (74 %) und Griechenland (73 %) zu verzeichnen sind.

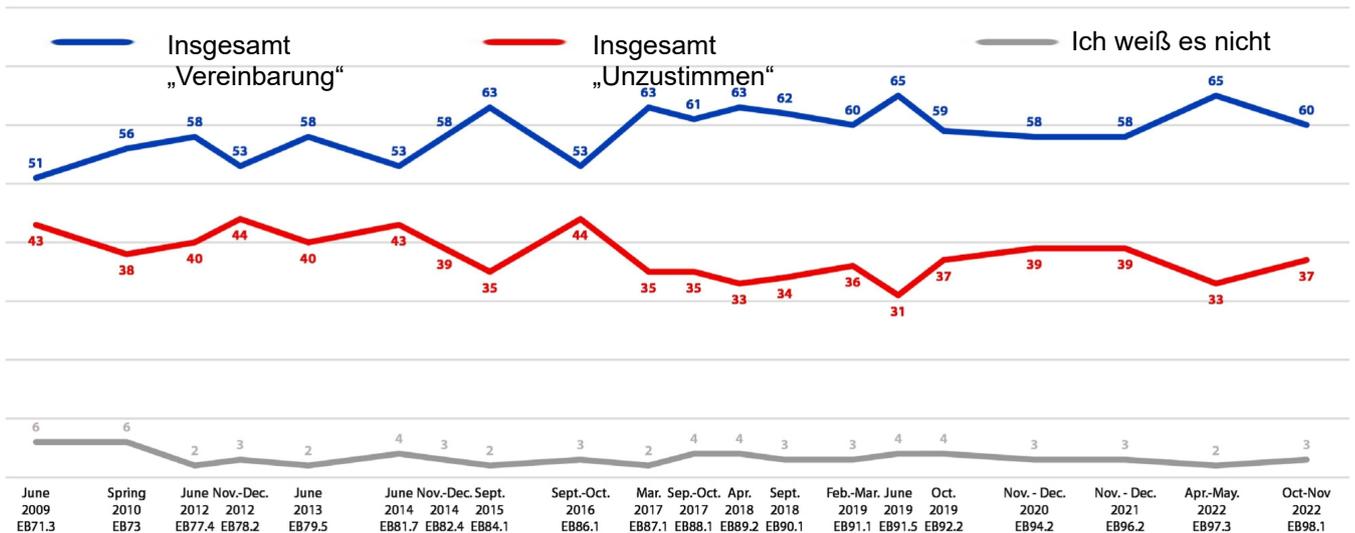
Der Anteil, der darin übereinstimmt, dass ihre Stimme in der EU zählt, hat in nur drei Mitgliedstaaten zugenommen: Schweden (80 %, + 6 Prozentpunkte), Niederlande (68 %, + 6 Prozentpunkte) und Malta (71 %, + 3 Prozentpunkte). In 16 Mitgliedstaaten ist die Einigung zurückgegangen, wobei Spanien (38 %, -11 Prozentpunkte), Frankreich (41 %, -11 Prozentpunkte) und Zypern (23 %, -10 Prozentpunkte) um mindestens 10 Prozentpunkte zurückgingen. Das Abkommen ist in den anderen acht Ländern stabil geblieben.

D72.1 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder widersprechen Sie diesen? Meine Stimme zählt in der EU (% – insgesamt „Vereinbarung“)



In Anlehnung an den Rückgang auf EU-Ebene ist der Anteil, der zustimmt, dass **ihre Stimme in ihrem Land zählt**, um fünf Prozentpunkte auf 60 % gesunken. Der Anteil, der nicht einverstanden ist, ist um vier Punkte auf 37 % gestiegen. Diese Veränderungen wenden die positive Verschiebung zwischen November-Dezember 2021 und April-Mai 2022 um, so dass die Ergebnisse nun identisch sind mit denen vor einem Jahr.

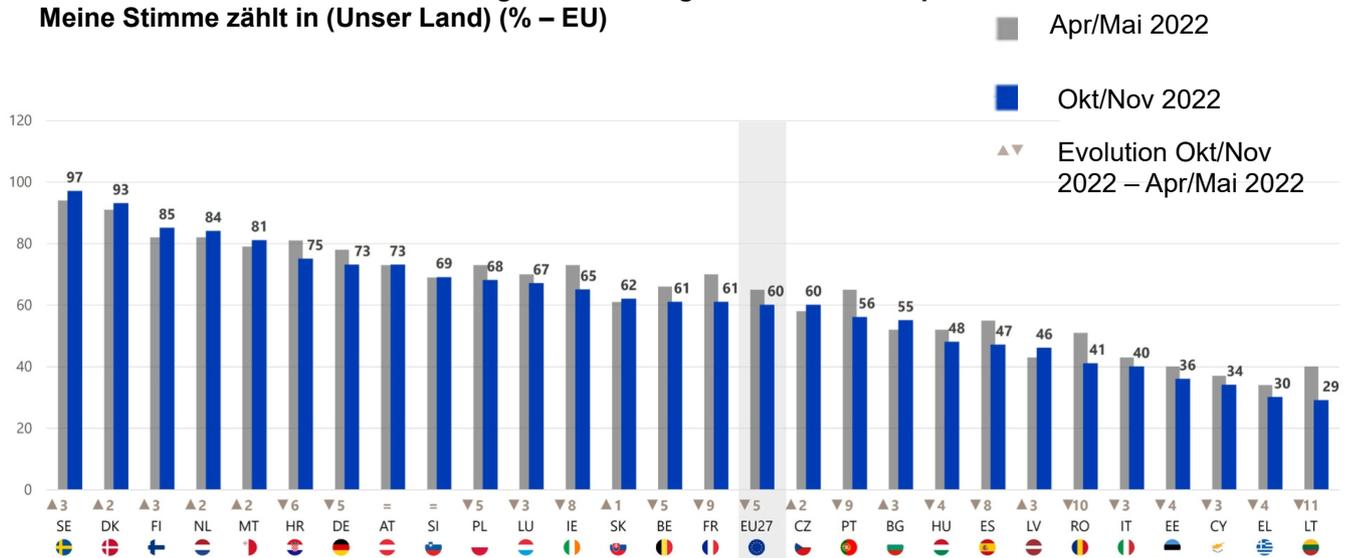
D72.2 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder widersprechen Sie diesen? Meine Stimme zählt in (Unser Land) (% – EU)



In 18 Mitgliedstaaten stimmt die Mehrheit ihrer Stimmen in ihrem Land überein, wobei diese Auffassung von mindestens acht von zehn in Schweden (97 %), Dänemark (93 %), Finnland (85 %), den Niederlanden (84 %) und Malta (81 %) vertreten ist. In den übrigen neun Ländern ist die Mehrheit nicht der Meinung, dass ihre Stimme zählt, mit den höchsten Werten in Griechenland (68 %), Litauen (66 %) und Zypern (63 %).

Im Vergleich zum April-Mai 2022 sind die Befragten in 16 Ländern jetzt weniger wahrscheinlich, ihre Stimmzahl in ihrem Land zuzustimmen, wobei der größte Rückgang in Litauen (29 %, -11 Prozentpunkte), Rumänien (41 %, -10 Prozentpunkte), Frankreich (61 %, -9 Prozentpunkte) und Portugal (56 %, -9 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist. Das Abkommen hat sich in vier Mitgliedstaaten erhöht: Bulgarien (55 %, + 3 Prozentpunkte), Lettland (46 %, + 3 Prozentpunkte), Finnland (85 %, + 3 Prozentpunkte) und Schweden (97 %, + 3 Prozentpunkte). Das Abkommen ist in den anderen sieben Ländern stabil geblieben.

**D72.2 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder widersprechen Sie diesen?
Meine Stimme zählt in (Unser Land) (% – EU)**



Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die meisten Unterschiede durch Bildung und finanzielle Situation auftreten. Je länger ein Teilnehmer in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass seine **Stimme in der EU zählt**, wobei eine Einigung von 55 % unter denjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber abgeschlossen haben, bis zu 35 % unter denjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben, liegt.

Die Analyse zeigt, dass Manager unter den sozioprofessionellen Gruppen am ehesten zustimmen, dass ihre Stimme in der EU (59 %) zählt, insbesondere im Vergleich zu Hausbewohnern (34 %) und arbeitslosen Befragten (36 %).

Je weniger finanzielle Schwierigkeiten ein Befragter erlebt, desto wahrscheinlicher stimmen sie zu, dass ihre Stimme in der EU zählt. Von denen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, stimmen 53 % zu, während dieser Anteil bei denjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, viel niedriger ist (27 %).

Die Befragten, die die EU-Politik verfolgen, stimmen eher zu, dass ihre Stimme in der EU zählt (57 % gegenüber 35 % derjenigen, die die EU-Politik nicht verfolgen).

D72.1 To Wie weit stimmen Sie mit den folgenden Aussagen überein oder widersprechen Sie diesen? Meine Stimme zählt in der EU (% – EU)

	Insgesamt „Vereinbarung“	Insgesamt „Unzustimmen“
EU-27	47	49
Bildung (Ende)		
15—	35	60
16-19	45	51
20+	55	42
Noch studieren	50	43
Sozio-professionelle Kategorie		
Selbständige	46	51
Führungskraft	59	38
Andere weiße Kragen	51	46
Manuelle Arbeiter	44 S2	
Haus-Personen	34	62
Arbeitslose	36	58
Im Ruhestand	46	49
Schülerinnen und Schüler	50	43
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen		
Die meiste Zeit	27	68
Von Zeit zu Zeit	42	54
Fast nie/niemals	53	43
Folgen Sie der europäischen Politik		
Folgen Sie	57	41
Nicht folgen	35	59

In der soziodemografischen Analyse stimmen die Befragten, die eine Ausbildung ab 20 Jahren abgeschlossen haben, eher zu, dass **ihre Stimme in ihrem eigenen Land zählt** (68 %), verglichen mit denjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben (47 %). Unter den sozioprofessionellen Gruppen sind Manager am ehesten zuzustimmen (75 %), während Hausangestellte und arbeitslose Befragte am wenigsten zustimmen (beide 46 %).

Je weniger finanzielle Schwierigkeiten ein Befragter erlebt, desto wahrscheinlicher stimmen sie zu, dass ihre Stimme in ihrem Land zählt. Unter denen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, stimmen 68 % zu, während eine Einigung 36 % unter denjenigen mit Schwierigkeiten ist, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben.

Die Befragten, die die EU-Politik verfolgen, stimmen eher zu, dass ihre Stimme in ihrem Land zählt (69 % gegenüber 49 % derjenigen, die nicht der EU-Politik folgen).

Es gibt erhebliche Überschneidungen zwischen den beiden Fragen. Die Befragten, die zustimmen, dass ihre Stimme in der EU zählt, stimmen größtenteils zu (in 93 % der Fälle), dass ihre Stimme auch in ihrem eigenen Land zählt.

D72.2 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder widersprechen Sie diesen? Meine Stimme zählt in (Unser Land) (% – EU)

	Insgesamt „Vereinbarung“	Insgesamt „Unzustimmen“
EU-27	60	37
Bildung (Ende)		
15—	47	50
16-19	59	39
20+	68	30
Noch studieren	59	35
Sozio-professionelle Kategorie		
Selbständige	57	41
Führungskraft	75	23
Andere weiße Kragen	62	37
Manuelle Arbeiter	55	42
Haus-Personen	46	52
Arbeitslose	46	49
Im Ruhestand	63	34
Schülerinnen und Schüler	59	35
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen		
Die meiste Zeit	36	61
Von Zeit zu Zeit	52	45
Fast nie/niemals	68	30
Meine Stimme zählt in der EU		
Gesamtzustimmung	93	7
Totale Uneinigkeit	30	69
Folgen Sie der europäischen Politik		
Folgen Sie	69	30
Nicht folgen	49	47

Das Engagement für die EU-Politik ist in den letzten sechs Monaten zurückgegangen, wobei 56 % der Bürger (-10 Prozentpunkte seit April-Mai 2022) sagen, dass sie dem **folgen, was in der EU-Politik vor sich geht**. Etwa jeder Sechste (16 %, -5 pp) sagt, dass er dem folgt, was die meiste Zeit vor sich geht, und 40 % (-5 pp) tun dies von Zeit zu Zeit. Etwa jeder vierte (27 %, + 5 Prozentpunkte) gibt an, dass sie selten dem folgen, was in der EU-Politik vor sich geht, und 17 % (+ 5 Prozentpunkte) tun dies nie oder fast nie. Während diese Ergebnisse einen Rückgang von April bis Mai 2022 darstellen, folgt dies auf einen Anstieg zwischen November 2021 und April-Mai 2022, so dass die Ergebnisse nun ähnlich sind wie vor einem Jahr.

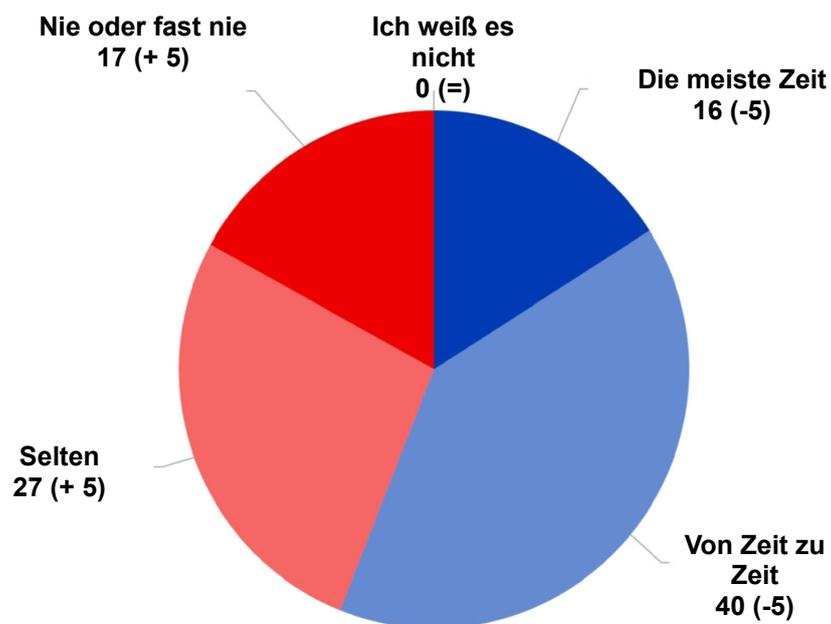
In 19 Mitgliedstaaten folgt die Mehrheit der Befragten der EU-Politik mit den höchsten Anteilen in Luxemburg (76 %), den Niederlanden (69 %), Deutschland (68 %), Schweden und Finnland (beide 64 %). In Litauen folgen gleiche Anteile der EU-Politik (beide 50 %) und „folgen nicht“ (jeweils 50 %), während es sieben Länder gibt, in denen nur eine Minderheit von Bürgern die EU-Politik

verfolgt. Die niedrigsten Anteile, die der EU-Politik folgen, sind in Bulgarien, Slowenien (beide 40 %), der Slowakei (44 %) und Estland (45 %) zu verzeichnen.

Mehr als ein Viertel der Befragten in Malta (35 %), Luxemburg (27 %) und Deutschland (26 %) folgen „meistens“ der EU-Politik, verglichen mit 6 % in Bulgarien und 7 % in Slowenien, Litauen und Rumänien.

In 21 EU-Mitgliedstaaten verfolgen die Befragten die EU-Politik nun die meiste Zeit weniger als vor einem halben Jahr, und in sieben Ländern liegt der Rückgang bei mehr als zehn Prozentpunkten: Polen (52 %, -20 Prozentpunkte), Bulgarien (40 %, -18 Prozentpunkte), Deutschland (68 %, -16 Prozentpunkte), Estland (45 %, -15 pp), Spanien (48 %, -14 Prozentpunkte), Litauen (50 %, -12 Prozentpunkte) und Slowenien (40 %, -12 Prozentpunkte). In Luxemburg (76 %, + 3 Prozentpunkte) und Rumänien (53 %, + 3 Prozentpunkte) gab es geringfügige Zuwächse. Die Ergebnisse sind in den anderen vier Mitgliedstaaten stabil geblieben.

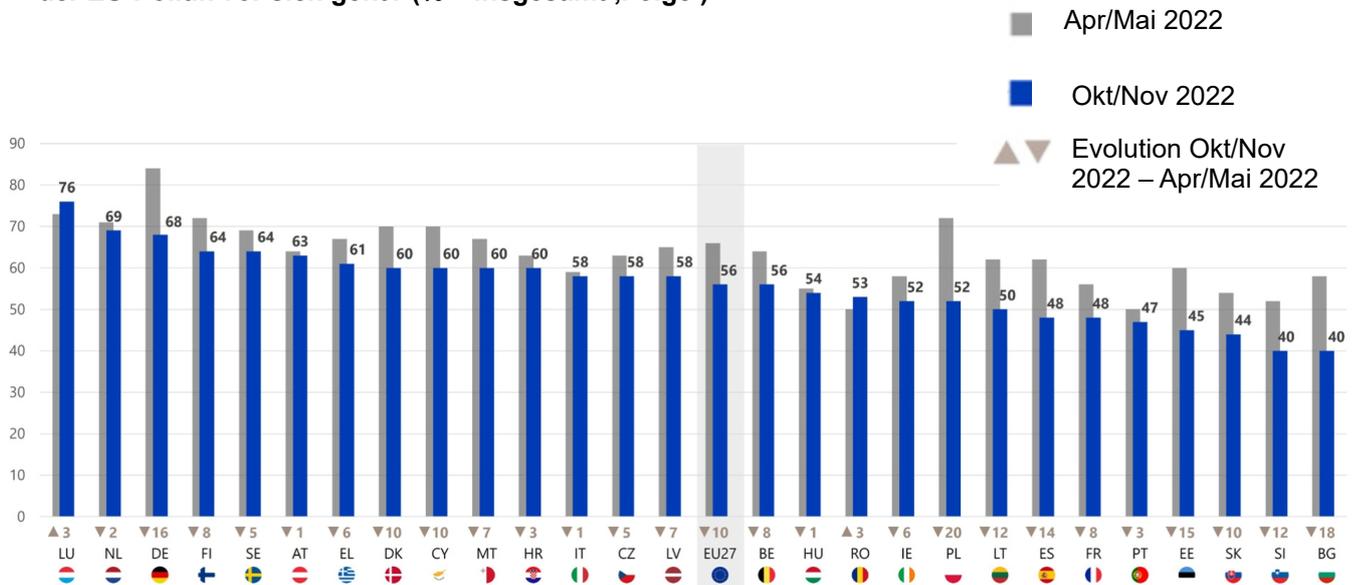
QA2 Einige Leute folgen dem, was in der Politik der Europäischen Union vor sich geht, ob es Wahlen gibt oder nicht. Andere sind nicht so interessiert. Würden Sie sagen, Sie folgen, was in der EU-Politik vor sich geht? (IN % – EU27)



(Okt/Nov 2022 – Apr/Mai 2022)

Die soziodemografische Analyse konzentriert sich auf diejenigen, die die EU-Politik die meiste Zeit oder von Zeit zu Zeit verfolgen. Es zeigt, dass Männer eher als Frauen EU-Politik verfolgen (61 % gegenüber 52 %). Es zeigt auch, dass die Menschen eher EU-Politik verfolgen, wenn sie älter werden, der Anteil steigt von 42 % unter den 15- bis 24-Jährigen auf 61 % unter den 55-Jährigen.

QA2 Einige Leute folgen dem, was in der Politik der Europäischen Union vor sich geht, ob es Wahlen gibt oder nicht. Andere sind nicht so interessiert. Würden Sie sagen, Sie folgen, was in der EU-Politik vor sich geht? (% – insgesamt ‚Folge‘)



Je länger ein Befragter in der Bildung blieb, desto wahrscheinlicher werden sie der EU-Politik folgen. Der Anteil liegt bei 68 % unter denjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren im Bildungsbereich blieben, verglichen mit 45 % bei denjenigen, die im Alter von 15 Jahren oder jünger waren. Es gibt auch große Unterschiede zwischen den sozioprofessionellen Gruppen, wobei der Anteil, der der EU-Politik folgt, von 70 % unter Führungskräften bis zu 38 % unter den Haushältern reicht.

Diejenigen, die nur wenige finanzielle Schwierigkeiten (61 %) haben, folgen der EU-Politik viel häufiger als diejenigen, die meistens Schwierigkeiten haben (44 %).

Die Befragten mit einem positiven Bild von der EU oder dem Europäischen Parlament folgen eher dem, was in der EU-Politik vor sich geht (68 % bzw. 74 %). Es gibt jedoch kaum oder keinen Unterschied in dem Anteil, der der EU-Politik folgt, wenn man diejenigen vergleicht, deren Image von der EU oder dem Europäischen Parlament neutral ist (jeweils 47 %) und diejenigen, deren Image negativ ist (46 % mit einem negativen Bild der EU und 49 % derjenigen mit einem negativen Bild des Europäischen Parlaments).

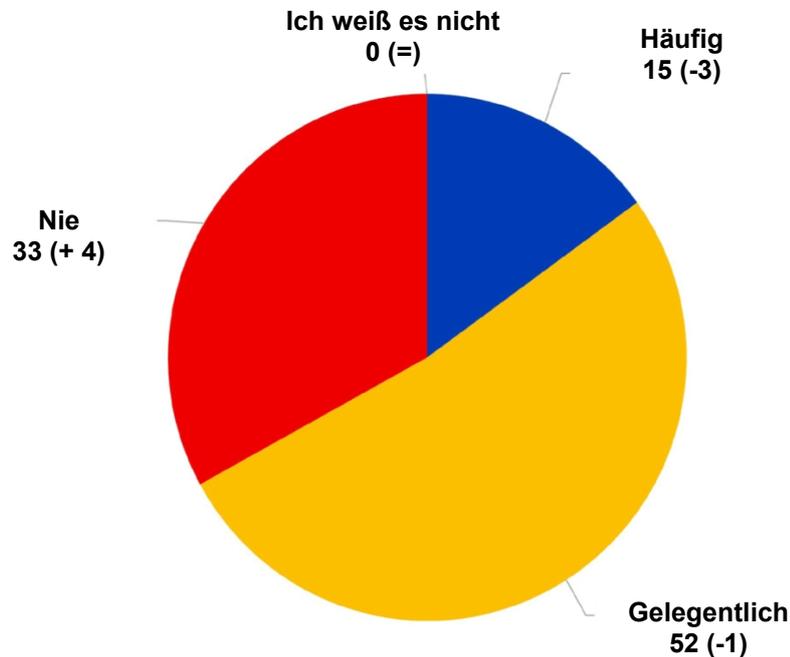
QA2 Einige Leute folgen dem, was in der Politik der Europäischen Union vor sich geht, ob es Wahlen gibt oder nicht. Andere sind nicht so interessiert. Würden Sie sagen, Sie folgen, was in der EU-Politik vor sich geht? (IN % – EU)

	Insgesamt „Folge“	Insgesamt „nicht folgen“
EU-27	56	44
Geschlechtsverkehr		
Der Mann	61	39
Frau	52	48
Alter		
15-24	42	58
25-39	54	46
40-54	58	42
55+	61	39
Bildung (Ende)		
15—	45	55
16-19	54	46
20+	68	32
Noch studieren	48	52
Sozio-professionelle Kategorie		
Selbständige	66	34
Führungskraft	70	30
Andere weiße Kragen	60	40
Manuelle Arbeiter	49	51
Haus-Personen	38	62
Arbeitslose	44	55
Im Ruhestand	61	39
Schülerinnen und Schüler	48	52
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen		
Die meiste Zeit	44	56
Von Zeit zu Zeit	53	47
Fast nie/niemals	61	39
Bild der EU		
Insgesamt „positiv“	68	32
Neutral	47	53
Insgesamt „Negativ“	46	54
Bild des Europäischen Parlaments		
Positiv	74	26
Neutral	47	53
Negativ	49	51

Zwei Drittel der Bürger diskutieren zumindest gelegentlich mit Freunden oder Verwandten über die europäische Politik. Etwas mehr als die Hälfte gibt an, dass sie gelegentlich europäische politische Fragen mit Freunden und Verwandten diskutieren (52 %, -1 Prozentpunkte seit April-Mai 2022), während 15 % (-3 pp) sagen, dass sie häufig europäische politische Fragen diskutieren. Etwa ein Drittel (33 %, + 4 pp) diskutiert nie über solche Angelegenheiten.

Der längerfristige Trend zeigt, wie stark europäische politische Fragen mit Freunden oder Verwandten diskutiert werden. Der Anteil, der gelegentlich über solche Fragen spricht, ist seit 2020 relativ stabil geblieben.

D71.2 Wenn Sie sich mit Freunden oder Verwandten treffen, würden Sie sagen, dass Sie häufig, gelegentlich oder nie über... diskutieren? Europäische politische Angelegenheiten (% – EU27)

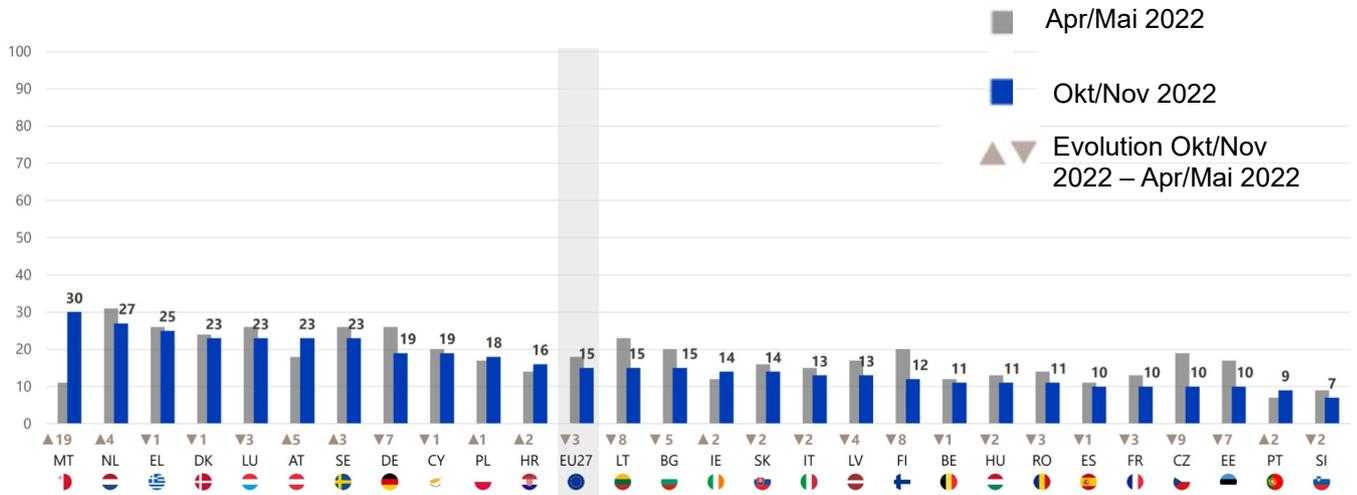


(Okt/Nov 2022 – Apr/Mai 2022)

In 25 Ländern sagen die Befragten am häufigsten, dass sie gelegentlich europäische politische Fragen diskutieren, wobei die höchsten Anteile in Ungarn (69 %), der Slowakei (65 %) und Deutschland (62 %) zu sehen sind. In Spanien (56 %) und Frankreich (54 %) sagen die Befragten meistens, dass sie niemals europäische politische Fragen diskutieren.

In sieben Ländern gibt mindestens jedes Fünfte an, dass sie häufig europäische politische Fragen mit Freunden und Verwandten diskutieren, mit den höchsten Anteilen in Malta (30 %), den Niederlanden (27 %) und Griechenland (25 %). Im Gegensatz dazu sagen 7 % in Slowenien und 9 % in Portugal dasselbe.

D71.2 Wenn Sie sich mit Freunden oder Verwandten treffen, würden Sie sagen, dass Sie häufig, gelegentlich oder nie über... diskutieren? Europäische politische Angelegenheiten (% – Häufig)



Die soziodemografische Analyse zeigt, dass diejenigen, die bis zum Alter von 20 oder mehr als 21 Prozent der Selbstständigen (23 %) und Führungskräfte (22 %) am häufigsten über europäische politische Angelegenheiten mit Freunden und Verwandten sprechen. Diejenigen, die nie über europäische politische Angelegenheiten sprechen, sind am ehesten 15-24 Jahre alt (44 %), diejenigen, die eine Ausbildung im Alter von 15 oder jünger (48 %), Hausbewohner (50 %), Arbeitslose (48 %) und diejenigen mit den meisten finanziellen Schwierigkeiten (44 %) abgeschlossen haben.

D71.2 Wenn Sie sich mit Freunden oder Verwandten treffen, würden Sie sagen, dass Sie häufig, gelegentlich oder nie über... diskutieren? Europäische politische Angelegenheiten (% – EU27)

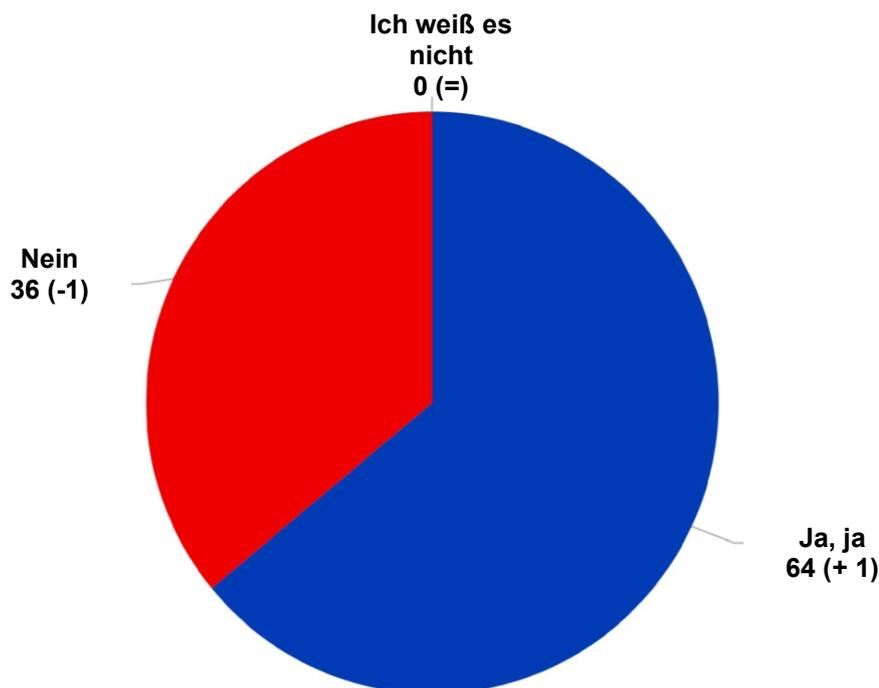
	Häufig	Gelegentlich	Nie
EU-27	15	52	33
Alter			
15-24	12	44	44
25-39	16	53	31
40-54	15	54	30
55+	15	52	32
Bildung (Ende)			
15—	9	43	48
16-19	13	55	32
20+	21	54	25
Noch studieren	14	46	40
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	23	54	23
Führungskraft	22	58	20
Andere weiße Kragen	15	60	25
Manuelle Arbeiter	12	52	35
Haus-Personen	8	41	50

Arbeitslose	11	40	48
Im Ruhestand	14	50	35
Schülerinnen und Schüler	14	46	40
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen			
Die meiste Zeit	14	42	44
Von Zeit zu Zeit	13	54	33
Fast nie/niemals	16	53	31

Bevor die Ergebnisse dieses Unterabschnitts untersucht werden, ist anzumerken, dass andere jüngste Erhebungen gezeigt haben, dass das Europäische Parlament und andere europäische Institutionen sehr sensibilisiert sind. In der Standard-Eurobarometer-Umfrage zum Beispiel geben rund neun von zehn Bürgern an, vom Europäischen Parlament gehört zu haben, was im Laufe der Zeit konsistent war²⁷.

In dieser Umfrage geben **mehr als sechs von zehn EU-Bürgern** (64 %, + 1 Prozentpunkte seit November-Dezember 2021) an, dass sie **vor kurzem etwas über das Europäische Parlament gelesen, gesehen oder gehört haben**, entweder aus dem Internet, Fernsehen oder Radio.

QA1 Haben Sie kürzlich in der Presse gelesen, im Internet oder im Fernsehen gesehen oder im Radio etwas über das Europäische Parlament gehört? (IN % – EU27)



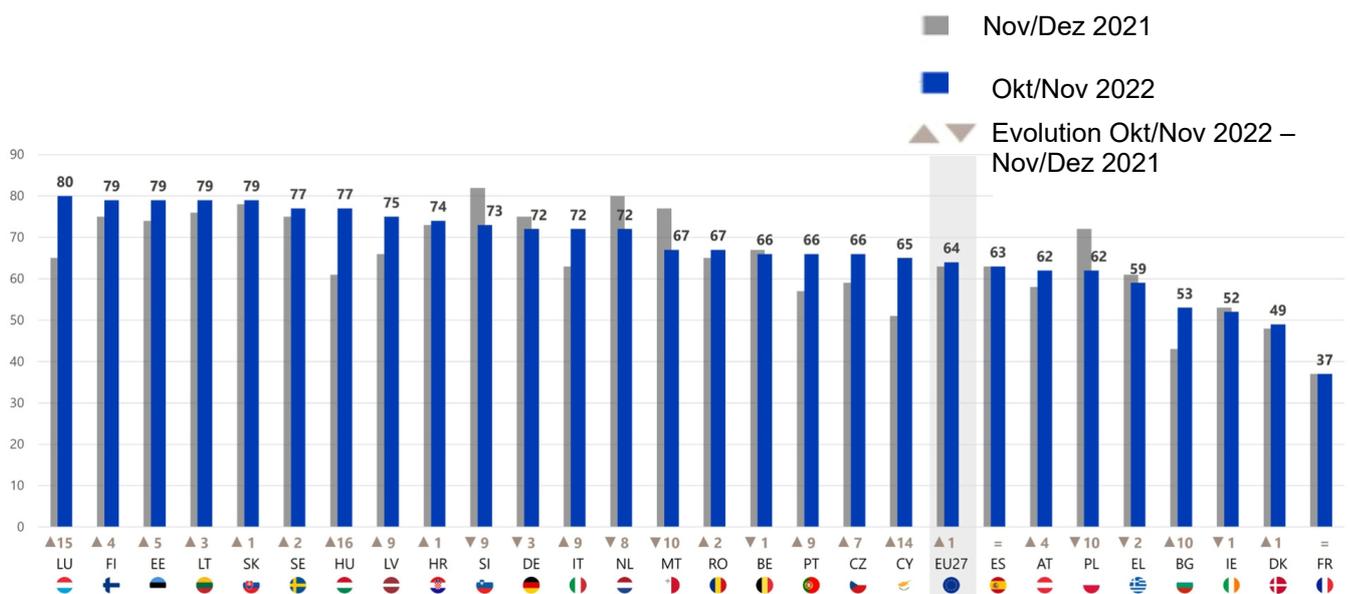
(Okt/Nov 2022 – Nov/Dez 2021)

In der EU gibt es einige Unterschiede: in acht Mitgliedstaaten gaben mindestens drei Viertel der Befragten an, dass sie in jüngster Zeit etwas über das Europäische Parlament gelesen, gesehen oder gehört haben, angeführt von Luxemburg (80 %), Estland, Finnland, der Slowakei und Litauen (alle 79 %). Dies gilt jedoch für weniger als die Hälfte der Befragten in Frankreich (37 %) und Dänemark (49 %).

²⁷ Standard Eurobarometer 97, Sommer 2022

Zwar gab es seit November-Dezember 2021 auf EU-Ebene insgesamt kaum Veränderungen, doch gab es auf Länderebene einige wesentliche Veränderungen. Große Zuwächse sind in Ungarn (77 %, + 16 Prozentpunkte), Luxemburg (80 %, + 15 Prozentpunkte), Zypern (65 %, + 14 Prozentpunkte) und Bulgarien (53 %, + 10 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Auch in Malta (67 %, - 10 Prozentpunkte) und Polen (62 %, -10 Prozentpunkte) gab es einen erheblichen Rückgang. Insgesamt zeigen 12 Länder einen Anstieg seit November-Dezember 2021, während fünf einen Rückgang verzeichnen.

QA1 Haben Sie kürzlich in der Presse gelesen, im Internet oder im Fernsehen gesehen oder im Radio etwas über das Europäische Parlament gehört? (% – ja)



Die soziodemografischen Ergebnisse deuten darauf hin, dass Männer häufiger als Frauen sagen, dass sie vor kurzem etwas über das Europäische Parlament gelesen, gesehen oder gehört haben (68 % gegenüber 59 %), während der Anteil mit dem Alter von 49 % unter den 15- bis 24-Jährigen auf 67 % unter den 40- bis 54-Jährigen und 55+ ansteigt. Hochgebildete Menschen sagen eher, dass sie in letzter Zeit etwas gelesen, gesehen oder gehört haben (71 % derer, die ihre Ausbildung im Alter von 20 oder darüber abgeschlossen haben). Der Anteil ist auch höher bei denjenigen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen (67 %) zu bezahlen, sowie Führungskräfte (73 %) und Selbstständige (71 %).

Die Befragten, die ein positives Bild des Europäischen Parlaments (78 %) haben, sagen eher, dass sie in letzter Zeit etwas gelesen, gesehen oder gehört haben als diejenigen, die ein negatives Bild (59 %) oder ein neutrales Bild (56 %) haben. Dies deutet darauf hin, dass zwischen dem Bild, das die Menschen haben, und der Menge, die sie über das Europäische Parlament lesen, sehen oder hören, eine Beziehung besteht, obwohl nicht klar ist, wie die beiden Faktoren interagieren – d. h. ob der Erhalt von Informationen zu einem stärkeren oder positiveren Bild führt oder ob Menschen, die ein stärkeres Bild haben, eher nach Informationen suchen.

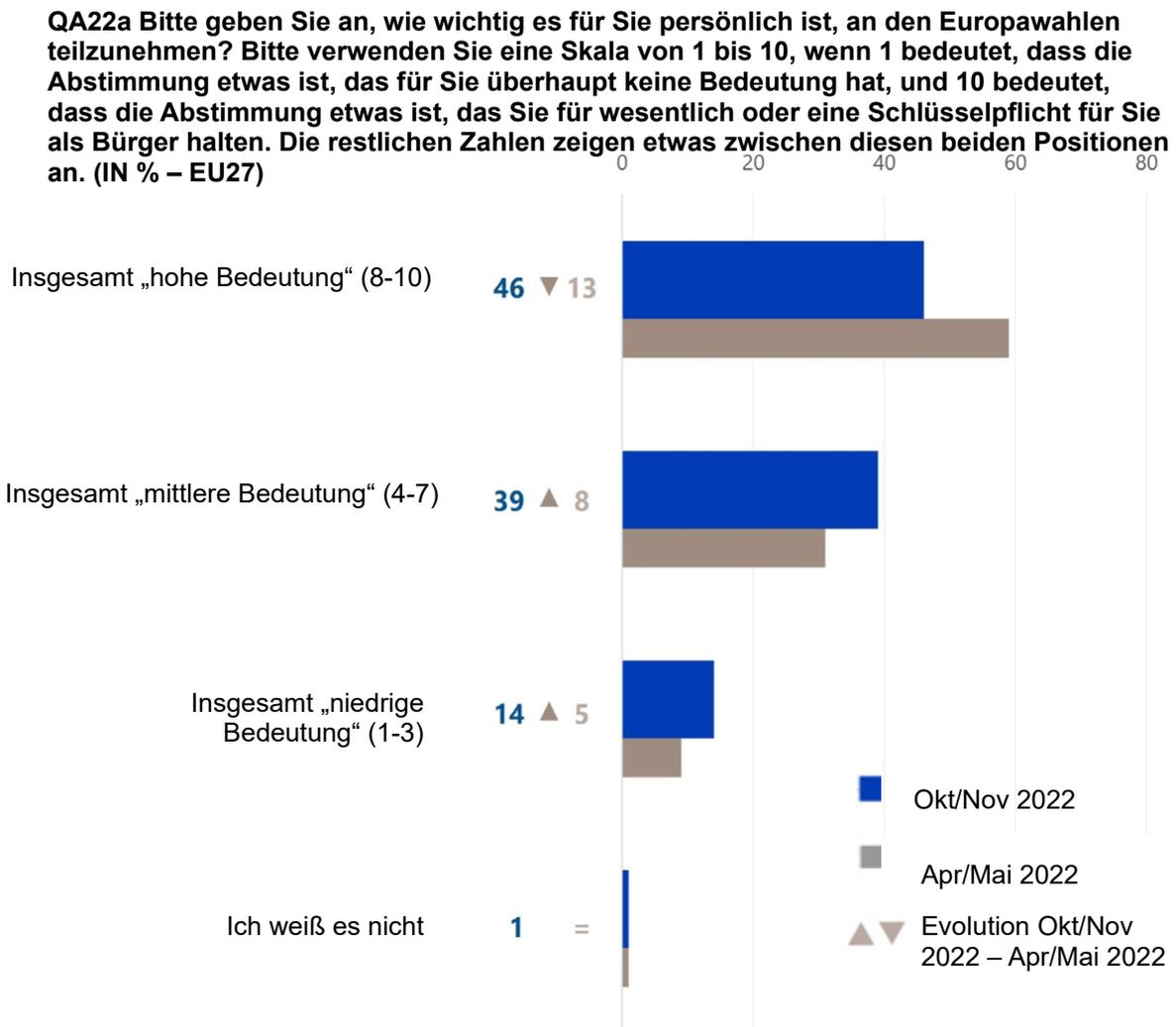
QA1 Haben Sie kürzlich in der Presse gelesen, im Internet oder im Fernsehen gesehen oder im Radio etwas über das Europäische Parlament gehört? (IN % – EU)

	Ja, ja	Nein
EU-27	64	36
Geschlechtsverkehr		
Der Mann	68	32
Frau	59	41
Alter		
15-24	49	51
25-39	61	39
40-54	67	33
55+	67	33
Bildung (Ende)		
15—	58	42
16-19	63	37
20+	71	29
Noch studieren	52	48
Sozio-professionelle Kategorie		
Selbständige	71	29
Führungskraft	73	27
Andere weiße Kragen	66	34
Manuelle Arbeiter	60	40
Haus-Personen	53	47
Arbeitslose	52	48
Im Ruhestand	67	33
Schülerinnen und Schüler	52	48
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen		
Die meiste Zeit	54	46
Von Zeit zu Zeit	60	40
Fast nie/niemals	67	33
Bild des Europäischen Parlaments		
Positiv	78	22
Neutral	56	44
Negativ	59	41

5.2. Europawahl

Die **Bedeutung der Stimmabgabe bei den Europawahlen** ist seit April-Mai 2022 zurückgegangen, wobei weniger als die Hälfte der Bürger (46 %) jetzt der Abstimmung große Bedeutung beimisst (-13 Prozentpunkte). Etwa vier von zehn (39 %, + 8 Prozentpunkte) sagen, dass die Abstimmung bei diesen Wahlen von mittlerer Bedeutung ist, während 14 % (+ 5 Prozentpunkte) für sie von geringer Bedeutung sind.

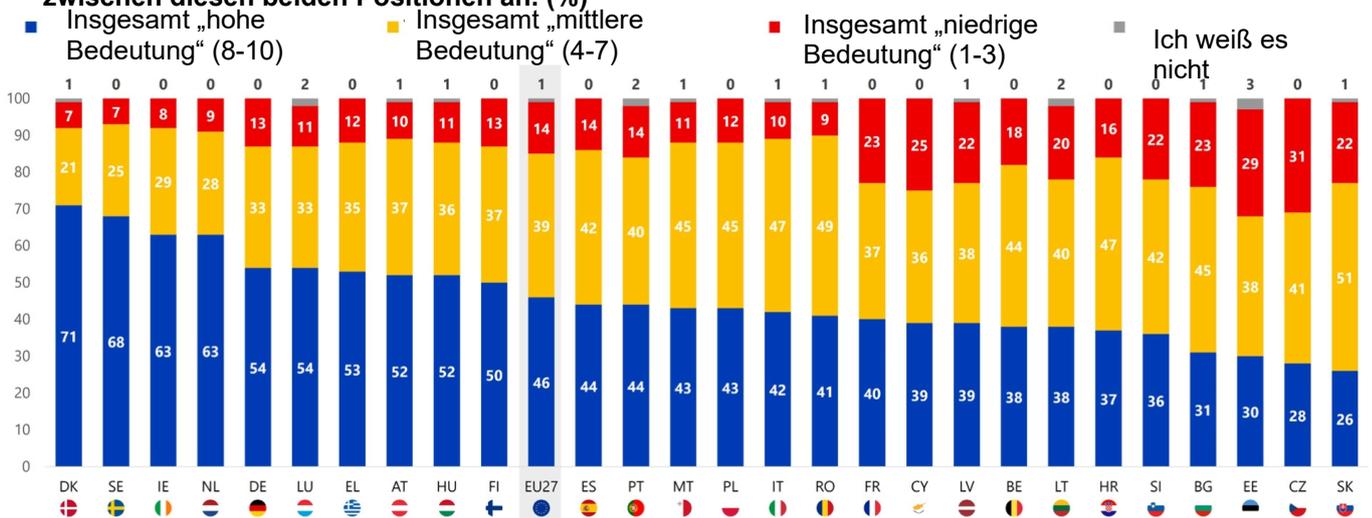
Eine Analyse der längerfristigen Trends zeigt, dass die aktuellen Zahlen mit den Ergebnissen vor den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament übereinstimmen. Zu einem gleichwertigen Zeitrahmen (rund 18 Monate vor den Wahlen) legten 42 % im September-Oktober 2017 große Bedeutung auf die Abstimmung und stiegen im April 2018 auf 49 % (ein Jahr vor den letzten Wahlen). Dies deutet darauf hin, dass das aktuelle Ergebnis (46 % mit hoher Bedeutung) mit früheren Ergebnissen übereinstimmt und dass der Wert für April-Mai 2022 (59 %) in der Regel hoch war.



In 15 Mitgliedstaaten legt die Mehrheit der Befragten großen persönlichen Wert auf die Wahl zum Europäischen Parlament, wobei die höchsten Anteile in Dänemark (71 %), Schweden (68 %), Irland und den Niederlanden (jeweils 63 %) zu verzeichnen sind. In den anderen 12

Mitgliedstaaten ist die Mehrheit der Meinung, dass die Abstimmung bei den Europawahlen von mittlerer Bedeutung ist. Am ehesten sagen die Befragten dies in der Slowakei (51 %), Rumänien (49 %), Italien und Kroatien (jeweils 47 %).

QA22a Bitte geben Sie an, wie wichtig es für Sie persönlich ist, an den Europawahlen teilzunehmen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wenn 1 bedeutet, dass die Abstimmung etwas ist, das für Sie überhaupt keine Bedeutung hat, und 10 bedeutet, dass die Abstimmung etwas ist, das Sie für wesentlich oder eine Schlüsselpflicht für Sie als Bürger halten. Die restlichen Zahlen zeigen etwas zwischen diesen beiden Positionen an. (%)



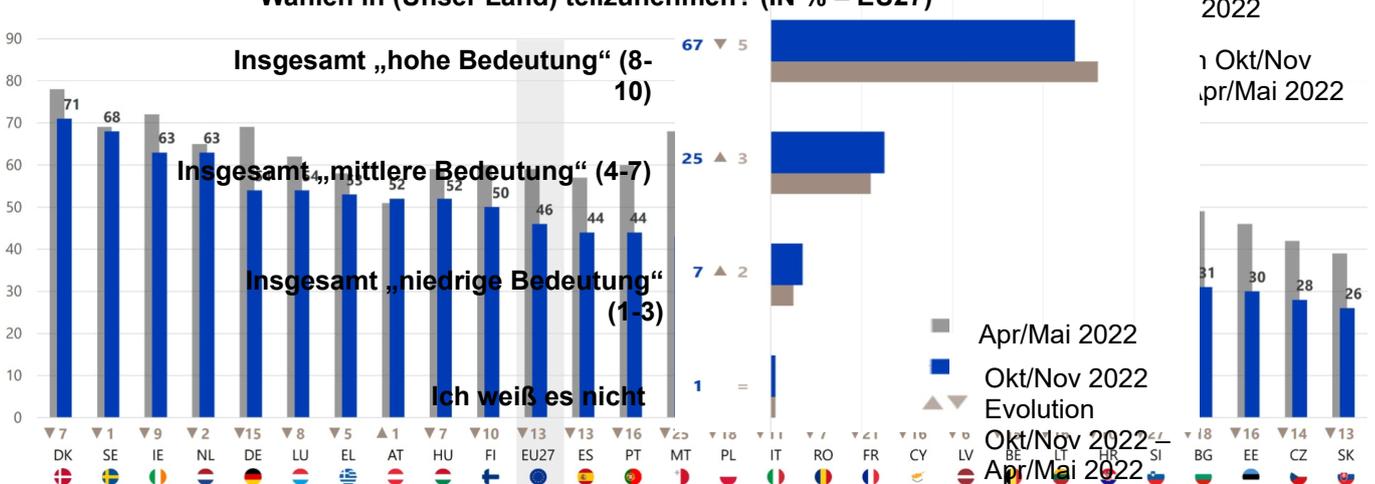
In neun Ländern legt mindestens jeder fünfte Teilnehmer eine geringe Bedeutung auf die Wahl zum Europäischen Parlament, wobei der größte Anteil in Tschechien (31 %), Estland (29 %) und Zypern (25 %).

Der Anteil der Befragten in der gesamten EU, die sagen, bei den Europawahlen zu wählen, ist für sie persönlich wichtig, seit April-Mai 2021 um 13 Prozentpunkte zurückgegangen. Es ist auch in jedem Land mit Ausnahme von Österreich, Schweden und den Niederlanden zurückgegangen, wo es stabil geblieben ist. In 17 Ländern war der Rückgang um mindestens zehn Prozentpunkte zu verzeichnen, wobei die stärksten Rückgänge in Slowenien (36 %, -27 Prozentpunkte), Malta (43 %, -25 Prozentpunkte) und Frankreich (40 %, -61 Prozentpunkte) zu verzeichnen waren.

Durch diese Veränderungen hat sich die mittlere (nicht hohe) Bedeutung zur dominierenden Meinung in 11 Ländern entwickelt.

QA22a Bitte geben Sie an, wie wichtig es für Sie persönlich ist, an den Europawahlen teilzunehmen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wenn 1 bedeutet, dass die Abstimmung etwas ist, das für Sie überhaupt keine Bedeutung hat, und 10 bedeutet, dass die Abstimmung etwas ist, das Sie für wesentlich oder eine Schlüsselpflicht für Sie als Bürger halten. Die restlichen Zahlen zeigen etwas zwischen diesen beiden Positionen an. (%) – insgesamt „hohe Bedeutung“)

Zwei Drittel (67 %) der Befragten geben an, dass es für sie von großer Bedeutung ist, persönlich an nationalen Wahlen teilzunehmen. Und wie wichtig oder nicht ist es für Sie, an den nationalen Wahlen in (Unser Land) teilzunehmen? (IN % – EU27)

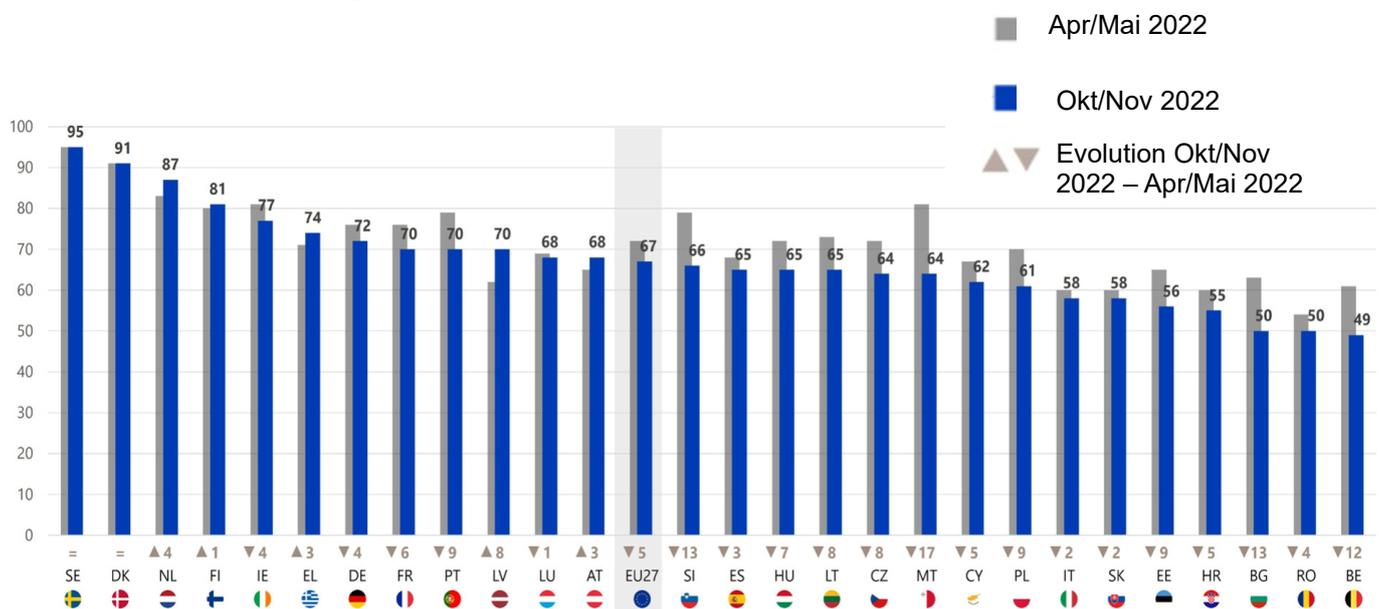


87 % in den Niederlanden bis 49 % in Belgien und 50 % in Bulgarien und Rumänien variieren. Es gibt neun Länder, in denen mindestens jedes zehnte Land sagt, dass die Wahl für sie von geringer Bedeutung ist, angeführt von Zypern, Belgien (beide 13 %), Bulgarien, Estland und Frankreich (alle 12 %).

In jedem Land legen die Befragten eher großen Wert auf die Wahl bei nationalen Wahlen als bei den EU-Wahlen, aber die Unterschiede unterscheiden sich erheblich. Die geringsten Unterschiede zeigen sich in Rumänien (national 50 %, EU 41 %), Belgien (national 49 %, EU 38 %), Ungarn (national 65 %, EU 52 %), Irland (national 77 %, EU 63 %) und Luxemburg (national 68 %, EU 54 %). Die größten Unterschiede bestehen in Tschechien (national 64 %, EU 28 %), der Slowakei (national 58 %, EU 26 %), Lettland (national 70 %, EU 39 %) und Finnland (national 81 %, EU 50 %).

Im Vergleich zu April-Mai 2022 wird den Befragten bei den nationalen Wahlen in Lettland (70 %, + 8 Prozentpunkte), den Niederlanden (87 %, + 4 Prozentpunkte), Griechenland (74 %, + 3 Prozentpunkte) und Österreich (68 %, + 3 Prozentpunkte) eine größere Bedeutung beigemessen. Der Anteil ist in 17 Ländern zurückgegangen, vor allem Malta (64 %, -17 Prozentpunkte), Bulgarien (50 %, -13 Prozentpunkte), Slowenien (66 %, -13 Prozentpunkte) und Belgien (49 %, -12 Prozentpunkte). Die Ergebnisse sind in sechs Ländern stabil geblieben.

QA22b Und wie wichtig oder nicht ist es für Sie, an den nationalen Wahlen in (Unser Land) teilzunehmen? (% – insgesamt ,hohe ,Importanz')



Die soziodemografische Analyse zeigt, dass ältere Befragten, Personen mit dem höchsten Bildungsniveau, Führungskräfte und Personen mit den geringsten finanziellen Schwierigkeiten der Abstimmung in der EU und bei nationalen Wahlen am ehesten große Bedeutung beimisst, wobei die größten Unterschiede in Bezug auf das Bildungsniveau und die finanzielle Situation zu verzeichnen sind. So weisen beispielsweise 52 % der Befragten mit den geringsten finanziellen

Schwierigkeiten bei der Wahl zum Europäischen Parlament eine hohe Bedeutung auf, verglichen mit 30 %, die mit den meisten finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind.

Ein positives Bild der EU oder des Europäischen Parlaments ist mit einer hohen Bedeutung bei der Abstimmung verbunden. Zum Beispiel bewerten diejenigen, die ein positives Bild von der EU haben, die Abstimmung bei beiden Wahlarten eher als von hoher Bedeutung für sie. Darüber hinaus werden diejenigen, die ihrer Stimme in der EU zustimmen, eher großen Wert auf die Wahl zum Europäischen Parlament legen als diejenigen, die der Meinung sind, dass ihre Stimme nicht zählt (64 % vs. 30 %).

QA22 Bitte geben Sie an, wie wichtig es für Sie persönlich ist, an den Europawahlen teilzunehmen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wenn 1 bedeutet, dass die Abstimmung etwas ist, das für Sie überhaupt keine Bedeutung hat, und 10 bedeutet, dass die Abstimmung etwas ist, das Sie für wesentlich oder eine Schlüsselpflicht für Sie als Bürger halten. Die restlichen Zahlen zeigen etwas zwischen diesen beiden Positionen an. (%)

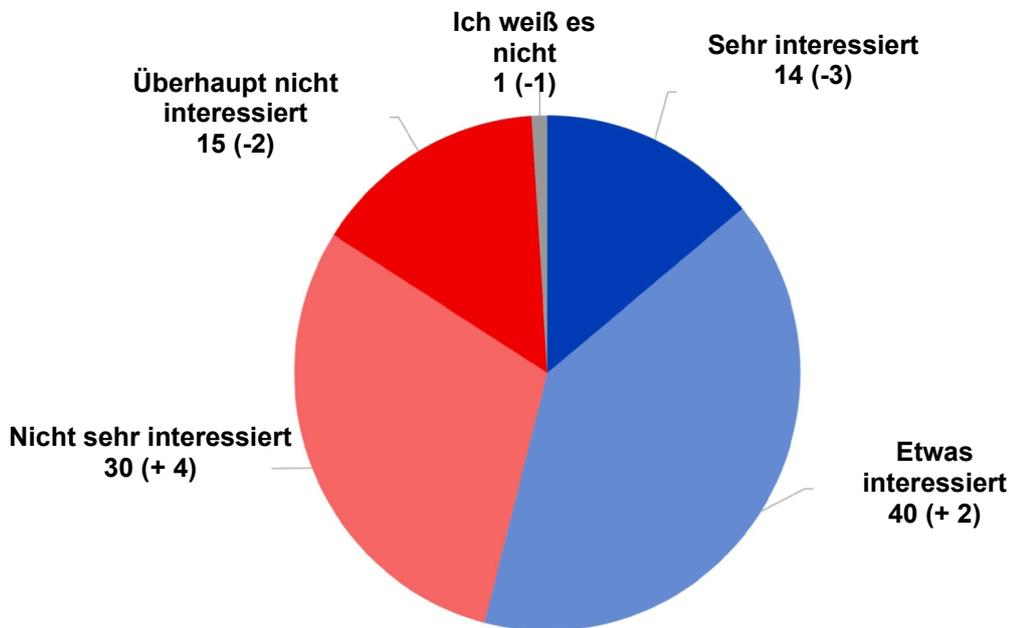
	Europawahl				Nationale Wahlen	
	Insgesamt „hohe Bedeutung“ (8-10)	„Mittlere Bedeutung“ insgesamt (4-7)	Insgesamt „niedrige Bedeutung“ (1-3)	Insgesamt „hohe Bedeutung“ (8-10)	„Mittlere Bedeutung“ insgesamt (4-7)	Insgesamt „niedrige Bedeutung“ (1-3)
EU-27	46	39	14	67	25	7
Geschlechtsverkehr						
Der Mann	46	39	15	68	25	7
Frau	46	40	13	67	26	6
Alter						
15-24	42	43	13	59	31	8
25-39	45	40	14	66	27	7
40-54	45	40	15	65	26	8
55+	48	37	14	72	22	6
Bildung (Ende)						
15—	38	43	18	59	29	11
16-19	42	41	17	62	30	8
20+	55	34	11	78	17	5
Noch studieren	47	40	11	64	27	7
Sozio-professionelle Kategorie						
Selbständige	53	34	13	73	21	6
Führungskraft	59	34	7	81	16	2
Anderer weißer Kragen	48	40	11	68	26	5
Manuelle Arbeiter	39	44	17	58	33	9
Haus-Personen	33	46	19	53	35	11
Arbeitslose	32	42	26	52	31	16
Im Ruhestand	49	36	15	72	21	6
Schülerinnen und Schüler	47	40	11	64	27	7
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen						
Die meiste Zeit	30	42	27	50	33	16
Von Zeit zu Zeit	40	45	14	58	34	7
Fast nie/niemals	52	35	12	74	20	6
Imager der EU						
Insgesamt „positiv“	64	31	5	80	16	3
Neutral	33	50	16	56	35	8
Insgesamt „Negativ“	26	38	35	51	31	18
Meine Stimme zählt in der EU						
Gesamtzustimmung	64	33	3	79	19	1
Totale Uneinigkeit	30	45	24	56	31	12
Bild des Europäischen Parlaments						
Positiv	67	29	4	82	16	1
Neutral	36	48	15	61	32	6
Negativ	31	37	32	56	29	15

Etwas mehr als die Hälfte der EU-Bürger (54 %) geben an, dass sie an den nächsten Europawahlen im Mai 2024 interessiert sind. Dazu gehören 14 %, die sagen, sie seien „sehr interessiert“ und 40 %, die „etwas interessiert“ sind. Mehr als vier von zehn (45 %) sagen, dass sie nicht sehr oder gar nicht interessiert sind.

HERBST 2022 | EB 98.1

Diese Ergebnisse sind denen im Herbst 2017 (EB88.1) sehr ähnlich, und zwar zu einem vergleichbaren Zeitpunkt vor den letzten Europawahlen 2019.

QA21 Die nächste Europawahl findet im Mai 2024 statt. Wie interessiert oder nicht würden Sie sagen, dass Sie an diesen Wahlen sind? (IN % – EU27)

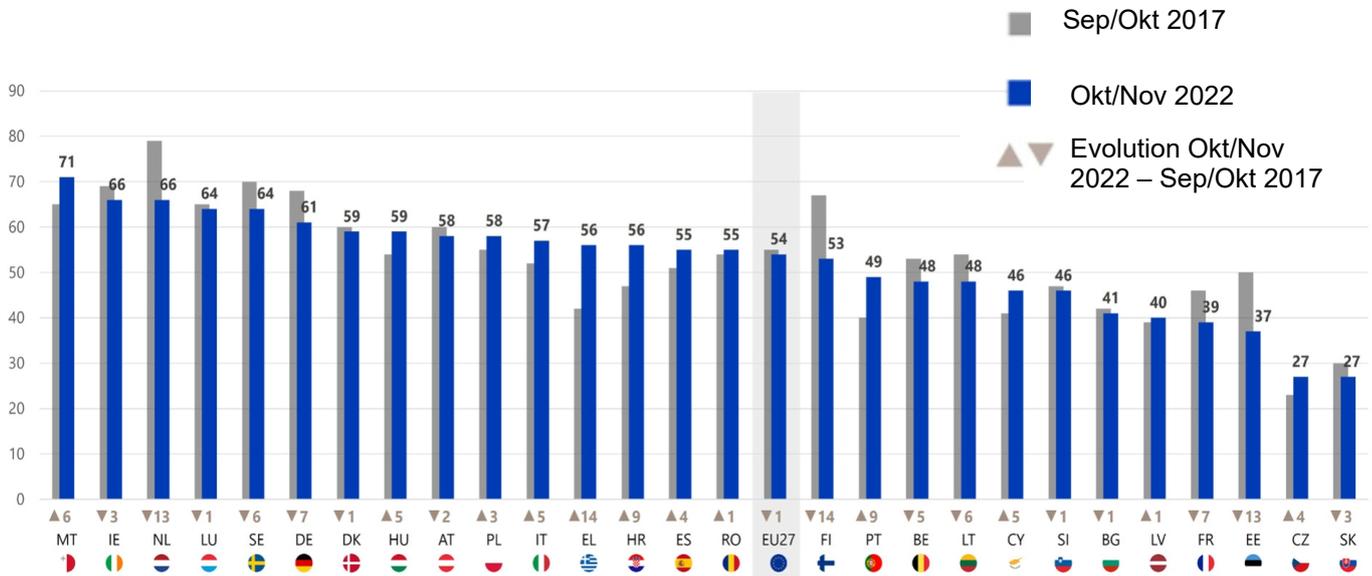


(Okt/Nov 2022 – Sep/Okt 2017)

Es gibt große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in den Proportionen, die an den nächsten Europawahlen interessiert sind. Mehr als sechs von zehn Befragten geben an, dass sie an Malta (71 %), Irland, den Niederlanden (jeweils 66 %), Luxemburg, Schweden (jeweils 64 %) und Deutschland (61 %) interessiert sind. Am anderen Extrem interessiert sich weniger als vier von zehn Befragten für Tschechien, die Slowakei (beide 27 %), Estland (37 %) und Frankreich (39 %).

Im Vergleich zu den Ergebnissen im Herbst 2017 ist das Interesse an den nächsten Europawahlen in zehn Mitgliedstaaten gestiegen, insbesondere in Griechenland (56 %, + 14 Prozentpunkte), Kroatien (56 %, + 9 Prozentpunkte) und Portugal (49 %, + 9 Prozentpunkte). Die Zinsen sind in zehn Ländern zurückgegangen, wobei Finnland (53 %, -14 Prozentpunkte), Estland (37 %, -13 Prozentpunkte) und die Niederlande (66 %, -13 Prozentpunkte) am stärksten zurückgingen. Die Ergebnisse sind in den anderen sieben Mitgliedstaaten stabil.

QA21 Die nächste Europawahl findet im Mai 2024 statt. Wie interessiert oder nicht würden Sie sagen, dass Sie an diesen Wahlen sind? (% – insgesamt ,Interessierte')



Die soziodemografische Analyse zeigt große Unterschiede nach Bildungsniveau und finanziellen Schwierigkeiten. Das Interesse an den nächsten Europawahlen reicht von 63 % unter denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber verlassen haben, bis zu 43 % unter denjenigen, die die Ausbildung im Alter von 15 Jahren verlassen haben.

Mehr als die Hälfte (57 %) der Personen mit den geringsten finanziellen Schwierigkeiten geben an der nächsten Europawahl Interesse an, verglichen mit 36 %, die mit den meisten finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Führungskräfte (68 %) sind eher interessiert als in anderen sozio-professionellen Kategorien.

Jüngere Befragten sind an den nächsten Europawahlen etwas weniger interessiert als ältere (48 % der 15- bis 24-Jährigen gegenüber 53 %-55 % in älteren Altersgruppen).

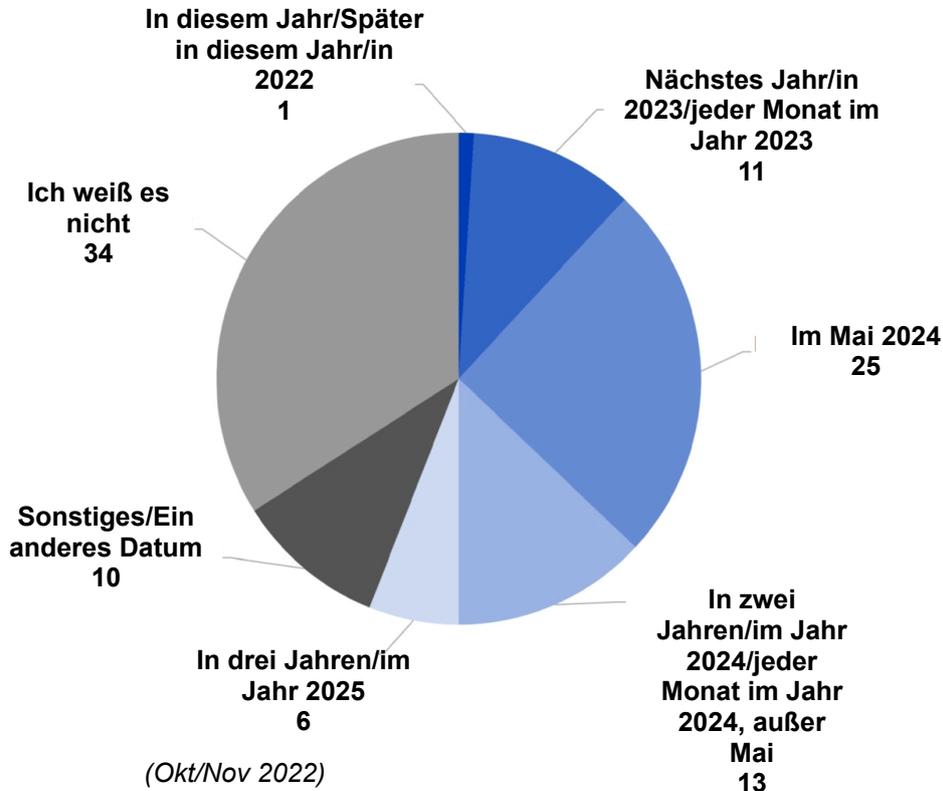
Das Interesse an den nächsten Europawahlen ist höher bei den Befragten, deren Image positiv ist (79 % gegenüber 33 % derjenigen, deren Image negativ ist), diejenigen, die ihre Stimme in der EU zustimmen (72 % vs. 37 %, die nicht einverstanden sind) und diejenigen, die die europäische Politik verfolgen (70 % vs. 32 %, die dies nicht tun). Sieben von zehn (71 %) derjenigen, die bei den letzten Europawahlen gestimmt haben, geben an, dass sie an den nächsten Wahlen interessiert sind, verglichen mit 26 % derjenigen, die beim letzten Mal nicht stimmten.

QA21 Die nächste Europawahl findet im Mai 2024 statt. Wie interessiert oder nicht würden Sie sagen, dass Sie an diesen Wahlen sind? (IN % – EU)

	Insgesamt „interessiert“	Insgesamt „Nicht interessiert“
EU-27	54	45
Alter		
15-24	48	50
25-39	53	46
40-54	54	45
55+	55	44
Bildung (Ende)		
15—	43	56
16-19	51	48
20+	63	36
Noch studieren	53	45
Sozio-professionelle Kategorie		
Selbständige	61	39
Führungskraft	68	32
Andere weiße Kragen	57	42
Manuelle Arbeiter	47	52
Haus-Personen	41	58
Arbeitslose	42	57
Im Ruhestand	54	45
Schülerinnen und Schüler	53	45
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen		
Die meiste Zeit	36	63
Von Zeit zu Zeit	51	48
Fast nie/niemals	57	42
Imager der EU		
Insgesamt „positiv“	73	26
Neutral	41	58
Insgesamt „Negativ“	27	72
Meine Stimme zählt in der EU		
Gesamtzustimmung	72	27
Totale Uneinigkeit	37	62
Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament abgestimmt		
Ja, ja	71	28
Nein	26	73
Bild des Europäischen Parlaments		
Positiv	79	20
Neutral	44	55
Negativ	33	67
Folgen Sie der europäischen Politik		
Folgen Sie	70	30
Nicht folgen	32	66

Die Befragten wurden gefragt, wann sie dachten, dass die **nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament in ihrem Land stattfinden würden**. Jeder vierte Bürger (25 %) gab die richtige Antwort vom **Mai 2024** ab, während vier von zehn (41 %) eine falsche Antwort gaben, am häufigsten durch den falschen Monat im Jahr 2024 (13 %) oder die Angabe eines Datums im Jahr 2023 (11 %). Einer von drei Befragten (34 %) gab an, dass sie es nicht wussten.

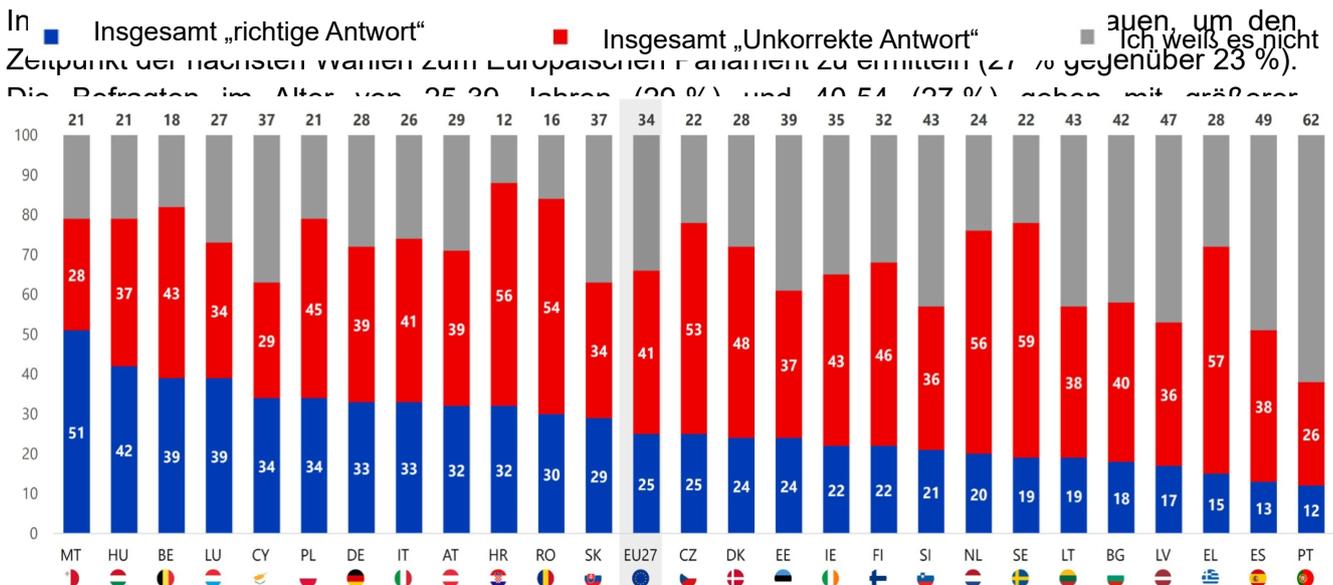
QA20 Ihrer Meinung nach werden hier (Unser Land) die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden? (IN % – EU27)



Es gibt große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten beim Anteil der Befragten, die in der Lage sind, den Zeitpunkt der nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament korrekt zu bestimmen. Am ehesten kennen die Befragten die richtige Antwort in Malta (51 %), Ungarn (42 %), Luxemburg und Belgien (beide 39 %). Die niedrigsten Anteile, die die richtige Antwort geben, sind in Frankreich (9 %), Portugal (12 %), Spanien (13 %) und Griechenland (15 %).

Ein hoher Anteil der Befragten gibt in Schweden (59 %), Griechenland (57 %), Kroatien und den Niederlanden (beide 56 %) eine falsche Antwort, während die Befragten am ehesten sagen, dass sie in Portugal (62 %) und Frankreich (57 %) nicht wissen.

QA20 Ihrer Meinung nach werden hier (Unser Land) die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden? (%)



Angestellte (32 %), Führungskräfte (31 %) und Selbstständige (30 %) geben eher eine richtige Antwort, insbesondere im Vergleich zu Hausangestellten (13 %).

Das Wissen über den Zeitpunkt der nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament ist höher bei den Befragten, die bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament gestimmt haben (31 % gegenüber 16 % derjenigen, die nicht abstimmen) sowie diejenigen, die beabsichtigen, an den nächsten Wahlen teilzunehmen (29 % gegenüber 12 % derjenigen, die nicht abstimmen wollen). Das richtige Wissen ist auch höher bei denjenigen mit einem positiven Bild des Europäischen Parlaments (32 % vs. 22 % derjenigen mit einem neutralen Bild und 19 % mit negativem Bild), sowie diejenigen, die die europäische Politik verfolgen (31 % vs. 16 %, die dies nicht tun).

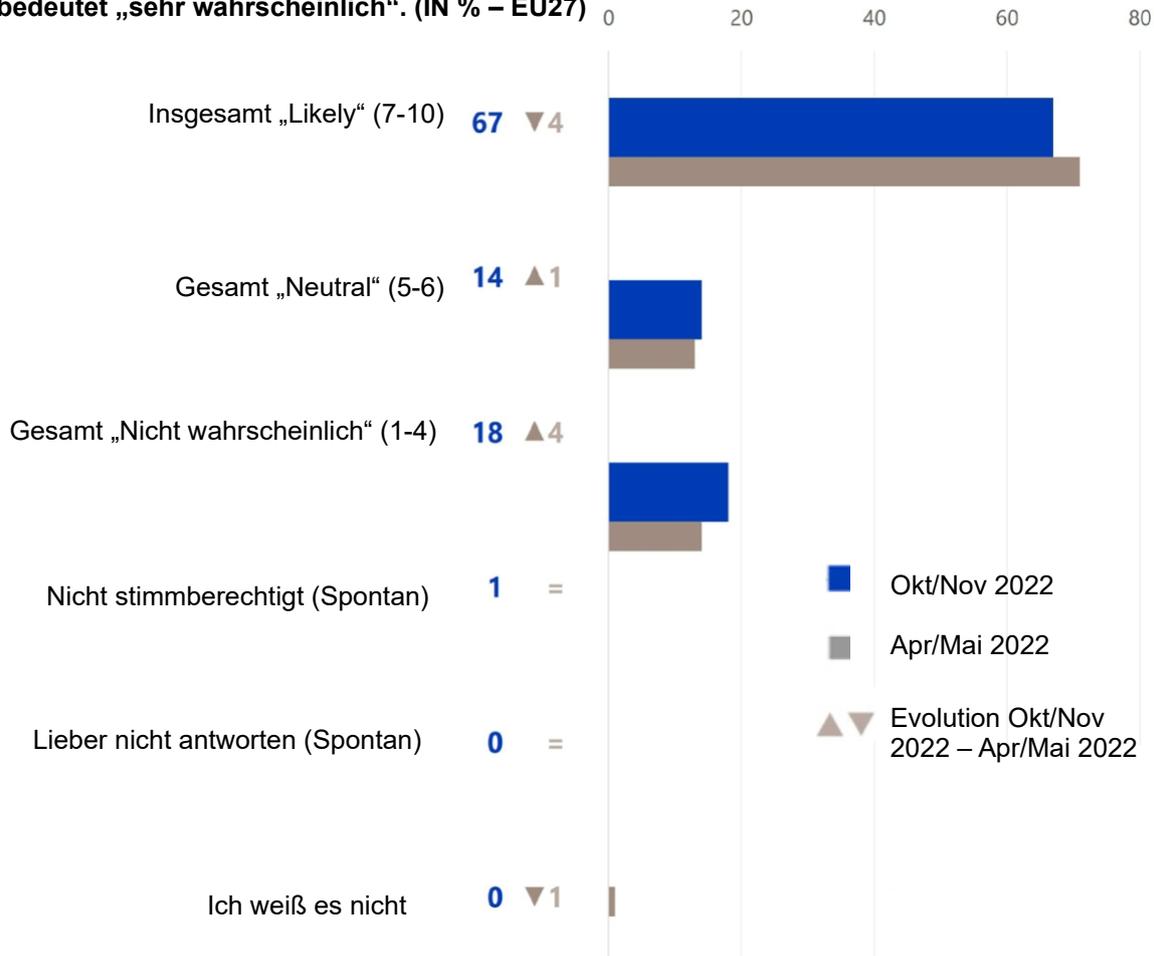
QA20 Ihrer Meinung nach werden hier (Unser Land) die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden? (IN % – EU)

	Insgesamt „richtige Antwort“	Insgesamt „Unkorrekte Antwort“	Ich weiß es nicht
EU-27	25	41	34
Geschlechtsverkehr			
Der Mann	27	42	31
Frau	23	40	37
Alter			
15-24	21	38	41
25-39	29	41	30
40-54	27	44	29
55+	22	41	37
Bildung (Ende)			
15—	17	39	44
16-19	25	42	33
20+	29	42	29
Noch studieren	22	38	40
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	30	42	28
Führungskraft	31	41	28
Andere weiße Kragen	32	42	26
Manuelle Arbeiter	26	44	30
Haus-Personen	13	41	46
Arbeitslose	17	37	46
Im Ruhestand	20	41	39
Schülerinnen und Schüler	22	38	40
Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament abgestimmt			
Ja, ja	31	42	27
Nein	16	42	42
Bild des Europäischen Parlaments			
Positiv	32	43	25
Neutral	22	40	38
Negativ	19	45	36
Wahrscheinlichkeit bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament			
Wahrscheinlich	29	43	28
Wahrscheinlich nicht	12	37	51
Folgen Sie der europäischen Politik			
Folgen Sie	31	44	25
Nicht folgen	16	38	46

Die **Wahrscheinlichkeit, an den nächsten Europawahlen teilzunehmen**, ist seit April-Mai 2022 leicht zurückgegangen, wobei 67 % (-4 Prozentpunkte) der Bürger sagten, dass sie wahrscheinlich an solchen Wahlen teilnehmen würden, wenn sie nächste Woche abgehalten würden. Knapp ein Fünftel (18 %, + 4 Prozentpunkte) sagen, dass sie wahrscheinlich nicht stimmen würden, während 14 % (+ 1 pp) neutralsind²⁸. Dieser leichte Rückgang folgt auf einen starken Anstieg zwischen November und Dezember 2021 (58 %) und April-Mai 2022 (71 %).

²⁸ Die Antworten wurden auf einer Skala von 1 bis 10 gegeben, d. h. auf einer Zehn-Punkte-Skala, bei der „1“ bedeutet „nicht wahrscheinlich“, und „10“ bedeutet „sehr wahrscheinlich“ und diese Ergebnisse wurden wie folgt gruppiert: wahrscheinlich (7-10), neutral (5-6), nicht wahrscheinlich (1-4).

QA28 Wenn die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament nächste Woche stattfinden würden, wie wahrscheinlich wäre es, dass Sie an diesen Wahlen teilnehmen würden? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei „1“ bedeutet „nicht wahrscheinlich“ und „10“ bedeutet „sehr wahrscheinlich“. (IN % – EU27)

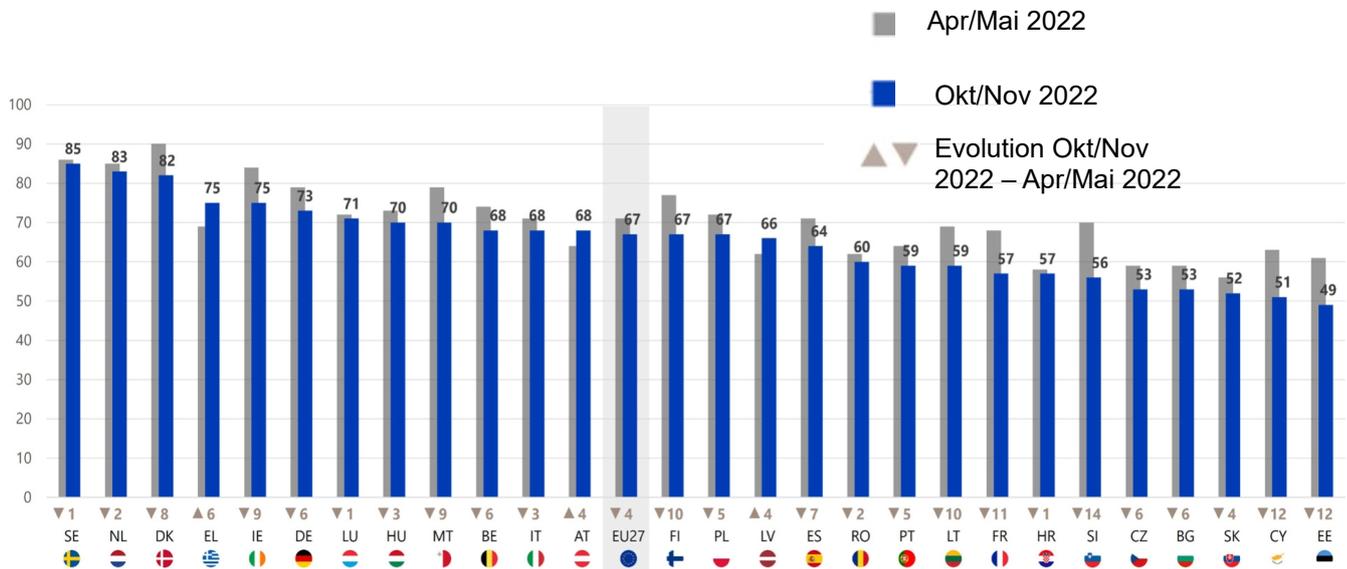


Die Mehrheit der Befragten in jedem Mitgliedstaat gibt an, dass sie wahrscheinlich an den Europawahlen teilnehmen würden, wenn sie nächste Woche stattfinden würden, obwohl die Anteile von 85 % in Schweden, 83 % in den Niederlanden und 82 % in Dänemark bis 49 % in Estland, 51 % in Zypern und 52 % in der Slowakei variieren würden.

Der größte Anteil der Befragten, die sagen, dass sie wahrscheinlich nicht wählen würden, wird in Zypern (32 %), Tschechien, Estland (beide 31 %) und Frankreich (30 %) verzeichnet.

In drei Ländern ist der Anteil gestiegen, der besagt, dass sie wahrscheinlich an den Europawahlen teilnehmen würden, wenn sie nächste Woche stattfinden würden: Griechenland (75 %, + 6 Prozentpunkte), Österreich (68 %, + 4 Prozentpunkte) und Lettland (66 %, + 4 Prozentpunkte). Der Anteil ist in 19 Mitgliedstaaten zurückgegangen, wobei Slowenien (56 %, -14 Prozentpunkte), Estland (49 %, -12 Prozentpunkte), Zypern (51 %, -12 Prozentpunkte) und Frankreich (57 %, -11 Prozentpunkte) um mehr als 10 Prozentpunkte zurückgingen. Die Ergebnisse sind in den anderen fünf Ländern stabil geblieben.

QA28 Wenn die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament nächste Woche stattfinden würden, wie wahrscheinlich wäre es, dass Sie an diesen Wahlen teilnehmen würden? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei „1“ bedeutet „nicht wahrscheinlich“ und „10“ bedeutet „sehr wahrscheinlich“. (%-Gesamtwahrscheinlich)



Alter, Bildungsstand und finanzielle Situation stellen die wichtigsten Unterschiede in der soziodemografischen Analyse dar. Diejenigen, die 15-24 Jahre alt sind, sagen weniger wahrscheinlich, dass sie an den Europawahlen teilnehmen würden (55 %), während diejenigen im Alter von 55 Jahren am ehesten sagen würden, dass sie wählen würden (70 %). Diejenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 oder älter (78 %) abgeschlossen haben, sagen viel häufiger, dass sie wählen würden als diejenigen, die eine Ausbildung in einem jüngeren Alter abgeschlossen haben, und insbesondere diejenigen, die im Alter von 15 oder jünger (58 %).

Die Analyse zeigt auch, je weniger finanzielle Schwierigkeiten ein Befragter erlebt, desto wahrscheinlicher würden sie sagen, dass sie abstimmen würden. Insbesondere sagen 73 % mit den geringsten Schwierigkeiten, dass sie wahrscheinlich abstimmen werden, verglichen mit 48 % mit den meisten Schwierigkeiten. Führungskräfte (80 %) sagen eher, dass sie wählen würden als andere soziale Gruppen, insbesondere Haushälter (54 %) und arbeitslose Teilnehmer (55 %).

Die Befragten, die häufig über europäische politische Angelegenheiten sprechen (83 %) werden häufiger wählen, wenn die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament in der nächsten Woche abgehalten wurden als diejenigen, die gelegentlich darüber sprechen (73 %) oder nie (48 %). Die Befragten, die die europäische Politik verfolgen, sagen auch eher, dass sie wählen würden als diejenigen, die dies nicht tun (80 % vs. 50 %). Darüber hinaus sagen Bürger, die denken, dass ihre Stimme in der EU zählt (84 %) eher, dass sie wählen würden als diejenigen, die glauben, dass sie nicht zählt (51 %).

Auch das Image des Europäischen Parlaments ist einflussreich: diejenigen mit einem positiven Bild sagen eher, dass sie wählen würden als diejenigen mit einem negativen Bild (86 % vs. 50 %).

QA28 Wenn die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament nächste Woche stattfinden würden, wie wahrscheinlich wäre es, dass Sie an diesen Wahlen teilnehmen würden? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei „1“ bedeutet „nicht wahrscheinlich“ und „10“ bedeutet „sehr wahrscheinlich“. (IN % – EU)

	Gesamt „Nicht wahrscheinlich“ (1-4)	Insgesamt „Neutral“ (5–6)	Insgesamt „Likely“ (7-10)
EU-27	18	14	67
Alter			
15-24	22	16	55
25-39	19	16	65
40-54	18	14	68
55+	17	13	70
Bildung (Ende)			
15—	26	16	58
16-19	20	16	64
20+	12	10	78
Noch studieren	18	14	59
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	16	10	74
Führungskraft	9	11	80
Andere weiße Kragen	15	14	71
Manuelle Arbeiter	22	18	60
Haus-Personen	28	17	54
Arbeitslose	31	14	55
Im Ruhestand	19	11	69
Schülerinnen und Schüler	18	14	59
Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Rechnungen			
Die meiste Zeit	34	17	48
Von Zeit zu Zeit	20	18	60
Fast nie/niemals	15	11	73
Reden über europäische politische Fragen			
Häufig	9	8	83
Gelegentlich	13	14	73
Nie	32	17	48
Meine Stimme zählt in der EU			
Gesamtzustimmung	6	10	84
Totale Uneinigkeit	30	18	51
Bild des Europäischen Parlaments			
Positiv	5	8	86
Neutral	21	18	59
Negativ	35	15	50
Folgen Sie der europäischen Politik			
Folgen Sie	9	11	80
Nicht folgen	30	18	50

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Ergebnisse der aktuellen Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2022 zeigen, dass die steigenden Lebenshaltungskosten für die europäischen Bürger eine große Sorge darstellen und viele bereits einen Rückgang ihres Lebensstandards verzeichnet haben.

Neben den steigenden Lebenshaltungskosten sind die Europäer auch besorgt über Armut und soziale Ausgrenzung, den Klimawandel und die Ausbreitung des Krieges in der Ukraine auf andere Länder. Nur ein Drittel der Bürger ist zuversichtlich, dass sich das Leben infolge des Krieges in der Ukraine und seiner Folgen unverändert fortsetzen wird.

Trotz dieser Sorgen und Herausforderungen ist die Unterstützung der EU für die Ukraine und die von ihr ergriffenen konkreten Maßnahmen weit verbreitet. Die Mehrheit ist zufrieden mit der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Krieges.

Ganz allgemein halten die Bürgerinnen und Bürger weiterhin ein positives Bild von der EU. Mehr als sechs von zehn Europäern sehen die EU-Mitgliedschaft als eine gute Sache an, zwei Drittel sagen, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU wichtig ist, und die Mehrheit ist optimistisch in Bezug auf die Zukunft der EU. Der Beitrag der EU zu Frieden und Stabilität wird als Hauptvorteil angesehen, was im letzten Jahr an Bedeutung gewonnen hat.

Auch das positive Image des Europäischen Parlaments wurde erhalten, wobei doppelt so viele Bürger eine positive Sichtweise haben als ein negatives Bild. Es gibt auch weit verbreitete Unterstützung für das Europäische Parlament, eine prominentere Rolle zu spielen. Insbesondere wollen die Bürgerinnen und Bürger, dass das Europäische Parlament weiterhin Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Meinungs- und Gedankenfreiheit schützt. Die Europäer sehen die politischen Prioritäten des Europäischen Parlaments als die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, der öffentlichen Gesundheit, der Bekämpfung des Klimawandels und der Unterstützung der Wirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 ist es wichtig, die öffentliche Wahrnehmung der Beteiligung und des Engagements zu überwachen. Es gibt ein ermutigendes Interesse an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 und ihr Engagement für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024, und diese stehen auf einem Niveau mit denen, die zum gleichen Zeitpunkt vor den Wahlen 2019 gesehen wurden. Obwohl nur ein Viertel der Bürger richtig sagen kann, wann die nächsten Europawahlen stattfinden werden, sagen mehr als die Hälfte, dass sie an den nächsten Europawahlen interessiert sind, und etwa zwei Drittel sagten, sie würden wahrscheinlich wählen, wenn die Europawahlen nächste Woche stattfinden würden.

TECHNISCHE DATEN

Zwischen dem 12. Oktober und dem 7. November 2022 führte Kantar Public auf Ersuchen des Europäischen Parlaments, der Generaldirektion Kommunikation, Referat „Beobachtung der öffentlichen Meinung“ und der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, Referat Medienüberwachung und Eurobarometer-Referat, Welle 98,1 der Eurobarometer-Umfrage durch.

Welle 98,1 umfasst die Bevölkerung der jeweiligen Staatsangehörigkeiten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in jedem der 27 Mitgliedstaaten ansässig sind und 15 Jahre und älter sind.

Das grundlegende Musterdesign, das in allen Ländern und Gebieten angewendet wird, ist ein geschichtetes, mehrstufiges, zufälliges (wahrscheinliches) Muster. In jedem Land wird der Stichprobenrahmen zunächst nach NUTS-Regionen und innerhalb jeder Region durch ein Maß für die Urbanität (DEGURBA) geschichtet. Die Anzahl der Stichprobenpunkte, die in jeder Schicht ausgewählt wurden, spiegelt die Schichtpopulation 15+ wider. In der zweiten Phase wurden Probenahmestellen mit Wahrscheinlichkeit proportional zu ihrer 0+ Populationsgröße aus jeder Schicht gezogen.

Die Stichproben repräsentieren somit das gesamte Gebiet der Länder, die gemäß EUROSTAT NUTS II (oder Äquivalent) und entsprechend der Verteilung der Einwohnerbevölkerung der jeweiligen Nationalitäten nach Metropol-, Stadt- und ländlichen Gebieten untersucht wurden.

In jedem der ausgewählten Probenahmepunkte wurde eine Startkoordinate nach dem Zufallsprinzip und ein umgekehrtes Geocoding-Tool zur Identifizierung der nächstgelegenen Adresse der Koordinaten gezogen. Diese Adresse war die Startadresse für den zufälligen Spaziergang. Weitere Adressen (jede N. Adresse) wurden durch Standardverfahren der „Zufallsroute“ aus der ursprünglichen Adresse ausgewählt. In jedem Haushalt wurde der Befragte nach dem Zufallsprinzip gezogen. Der Ansatz für die Zufallsauswahl war abhängig von der Haushaltgröße. Als Beispiel für Haushalte mit zwei mehr als 15 Mitgliedern wurde das Skript verwendet, um entweder den Informanten (Person, die den Screener-Fragebogen beantwortet) oder das andere anspruchsberechtigte Mitglied im Haushalt auszuwählen. Für Haushalte mit drei mehr als 15 Mitgliedern wurde das Skript verwendet, um entweder den Informanten (1/3 der Zeit) oder die 2 anderen förderfähigen Mitglieder im Haushalt (2/3 der Zeit) auszuwählen. Dort, wo die beiden anderen Mitglieder ausgewählt wurden, wurde dem Interviewer dann gesagt, entweder nach dem Jüngsten oder Ältesten zu fragen. Das Skript würde die Auswahl zufällig den Jüngsten oder Ältesten mit gleicher Wahrscheinlichkeit zuweisen. Dieser Prozess setzt sich für vier mehr als 15 Haushaltsmitglieder fort und fragt nach dem Zufallsprinzip nach den jüngsten, zweitjüngsten und ältesten. Für Haushalte mit fünf mehr als 15 Mitgliedern kehren wir zur letzten Geburtstagsregel zurück. Wenn kein Kontakt mit jemandem im Haushalt hergestellt wurde oder der gewählte Befragte nicht verfügbar war (beschäftigt), besuchte der Interviewer den gleichen Haushalt bis zu drei weitere Male (insgesamt vier Kontaktversuche). Die Interviewer geben niemals an, dass die Umfrage im Namen des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Kommission im Voraus durchgeführt wird; Sie können diese Informationen nach Abschluss der Umfrage auf Anfrage angeben.

Die Einstellungsphase war in Finnland und Schweden etwas anders. In diesen Ländern wurde eine Stichprobe von Adressen innerhalb jeder Stichprobenstelle aus dem Adress- oder Bevölkerungsregister ausgewählt (in Finnland erfolgt die Auswahl nicht an allen Stichprobenpunkten, sondern in einigen Fällen, in denen eine Verbesserung der Reaktionsraten zu erwarten ist). Die Auswahl der Adressen erfolgte zufällig. Die Haushalte wurden dann telefonisch kontaktiert und für die Teilnahme an der Umfrage rekrutiert. In den Niederlanden wird eine Doppelrahmen-RDD-Sample (Mobil- und Festnetznummern) verwendet, da kein umfassendes Bevölkerungsregister mit Telefonnummern verfügbar ist. Die Auswahl der Zahlen auf beiden Frames erfolgt zufällig, wobei jede Zahl eine gleiche Selektionswahrscheinlichkeit erhält. Im Gegensatz zu Schweden und Finnland ist die Stichprobe nicht gebündelt.

LÄNDER	INSTITUTES	N INTERVIEWS	FieldWORK DATES	BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU27
WE RDE N	Belgien Mobieli Zentrum Marktforschung	1073	12/10/2022 01/11/2022	9619330	2,53 %
BG	Bulgarien Kantar TNS BBSS	1033	12/10/2022 25/10/2022	5917534	1,56 %
CZ	Tschechien STIEL/MARKE	1003	12/10/2022 07/11/2022	8982036	2,36 %
DK	Dänemark Mantel Dänemark (Kantar Public)	1003	12/10/2022 01/11/2022	4891261	1,29 %
DE	Deutschland Kantar Deutschland	1500	12/10/2022 31/10/2022	71677231	18,87 %
EE	Estland Kantar Eesti	1006	13/10/2022 31/10/2022	1111597	0,29 %
ÄHM	Irland B und A Forschung	1006	13/10/2022 26/10/2022	4005909	1,05 %
EL	Griechenland Kantar Griechenland	1009	12/10/2022 25/10/2022	9167896	2,41 %
ES IST	Spanien TNS Investigacion de Mercados y Meinung	1018	13/10/2022 25/10/2022	40639381	10,70 %
F.F.	Frankreich ESP-Leaderfield	1002	12/10/2022 25/10/2022	55700114	14,66 %
HR- BER ATU NG	Kroatien Hendal	1007	12/10/2022 25/10/2022	3461468	0,91 %
1T	Italien TestPoint Italien	1027	12/10/2022 21/10/2022	51599668	13,58 %
CY	Rep. Von Zypern Cymar Marktforschung	505	12/10/2022 16/06/2022	752304	0,20 %
LV	Lettland Kantar TNS Lettland	1031	12/10/2022 26/10/2022	1590245	0,42 %
LT	Litauen Norstat LT	1002	12/10/2022 31/10/2022	2373312	0,62 %
LU	Luxemburg TNS Ires	507	12/10/2022 26/10/2022	533335	0,14 %
SCH NÄP PCH EN	Ungarn Kantar Hoffmann	1043	12/10/2022 25/10/2022	8313539	2,19 %
MT	Malta Misico Internatipnal	507	12/10/2022 03/11/2022	446788	0,12 %
NL	Niederlande Kantar Niederlande	1010	12/10/2022 27/10/2022	14763684	3,89 %
BEI	Österreich Das Österreichische Gallup Institut	1008	12/10/2022 25/10/2022	7647176	2,01 %
P.S.	Polen Forschungskollektiv	1014	13/10/2022 25/10/2022	31982941	8,42 %
P.S.	Portugal Märktet – Marketing, Organizaçao und Formaçao	1028	12/10/2022 27/10/2022	8915624	2,35 %
RO	Rumänien Centrul Pentru Sudierea Opinieii si Pietei (CSOP)	1058	12/10/2022 25/10/2022	16174719	4,26 %
S.A.	Slowenien Mediana DOO	1002	12/10/2022 02/11/2022	1791246	0,47 %
SK	Slowakei MNFORCE	1004	12/10/2022 25/10/2022	4591487	1,21 %
FL	Finnland Taloustutkimus Oy	1006	12/10/2022 31/10/2022	4672932	1,23 %
S.A.	Schweden Mantel Schweden (Kantar Public)	1019	12/10/2022 01/11/2022	8541497	2,25 %

HERBST 2022 | EB 98.1

EU-27 INSGESAMT	26431	12/10/2022	07/11/2022	379864254	100,00%
-----------------	-------	------------	------------	-----------	---------

* Es sei darauf hingewiesen, dass der in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentsatz aufgrund von Rundungen 100 % überschreiten kann.

Interview-Modus pro Land

Interviews wurden in persönlichen Interviews durchgeführt, entweder physisch in den Häusern von Menschen oder durch Video-Interaktion in der entsprechenden Landessprache Interviews mit entfernter Videointeraktion („online face-to-face“ oder CAVI, Computer Assisted Video Interviewing, wurden nur in Tschechien und Dänemark durchgeführt.) Für jedes Land wird ein Vergleich zwischen der antwortenden Stichprobe und dem Universum (d. h. der Gesamtbevölkerung im Land) durchgeführt. Gewichte werden verwendet, um die Antwortprobe auf das Universum über Geschlecht nach Alter, Region und Grad der Urbanisierung abzugleichen. Für europäische Schätzungen (d. h. EU-Durchschnitt) wird eine Anpassung der Gewichte der einzelnen Länder vorgenommen, in der sie nach oben oder unten gewichtet werden, um ihre 15+ Bevölkerung als Anteil der EU-15±Bevölkerung widerzuspiegeln.

COUNTRIES	N° OF CAR INTERVIEWS	N° OF CAVI INTERVIEWS	TOTAL N° INTERVIEWS	
BE	Belgium	1,073	1,073	
BG	Bulgaria	1,033	1,033	
CZ	Czechia	706	297	1,003
DK	Denmark	911	92	1,003
DE	Germany	1,500		1,500
EE	Estonia	1,006		1,006
IE	Ireland	1,006		1,006
EL	Greece	1,009		1,009
ES	Spain	1,018		1,018
FR	France	1,002		1,002
HR	Croatia	1,007		1,007
IT	Italy	1,027		1,027
CY	Rep. Of Cyprus	505		505
LV	Latvia	1,031		1,031
LT	Lithuania	1,002		1,002
LU	Luxembourg	507		507
HU	Hungary	1,043		1,043
MT	Malta	507		507
NL	Netherlands	1,010		1,010
AT	Austria	1,008		1,008
PL	Poland	1,014		1,014
PT	Portugal	1,028		1,028
RO	Romania	1,058		1,058
SI	Slovenia	1,002		1,002
SK	Slovakia	1,004		1,004
FI	Finland	1,006		1,006
SE	Sweden	1,019		1,019
TOTAL EU27		26,042	389	26,431

CAR : Computer-Assisted Personal interviewing
CAVI : Computer-Assisted Video interviewing

Reaktionsraten

Die Antwortquoten werden berechnet, indem die Gesamtzahl der vollständigen Interviews mit der Zahl aller besuchten Adressen geteilt wird, mit Ausnahme derjenigen, die nicht förderfähig sind, aber auch solche, bei denen die Förderfähigkeit unbekannt ist. Für Welle 98,1 der EUROBAROMETER-Erhebung sind die von Kantar Public berechneten Antwortquoten für die EU-27-Länder:

COUNTRIES	Response rates	
BE	Belgium	45.3%
BG	Bulgaria	46.3%
CZ	Czechia	52.2%
DK	Denmark	45.4%
DE	Germany	25.8%
EE	Estonia	42.4%
IE	Ireland	43.4%
EL	Greece	29.3%
ES	Spain	31.5%
FR	France	35.9%
HR	Croatia	43.3%
IT	Italy	23.4%
CY	Rep. Of Cyprus	47.0%
LV	Latvia	33.8%
LT	Lithuania	42.6%
LU	Luxembourg	26.9%
HU	Hungary	61.7%
MT	Malta	80.4%
NL	Netherlands	61.6%
AT	Austria	41.2%
PL	Poland	51.0%
PT	Portugal	41.8%
RO	Romania	61.3%
SI	Slovenia	48.6%
SK	Slovakia	67.8%
FI	Finland	13.3%
SE	Sweden	63.3%

Fehlermargen

Die Leser werden daran erinnert, dass Umfrageergebnisse Schätzungen sind, deren Genauigkeit, alles gleich ist, auf der Stichprobengröße und auf dem beobachteten Prozentsatz beruht. Bei Stichproben von etwa 1.000 Interviews variieren die realen Prozentsätze innerhalb der folgenden Vertrauensgrenzen:

Statistische Margen aufgrund des Stichprobenverfahrens
(auf dem Niveau von 95 % des Vertrauens)

	verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen										
	5,00 %	10,00 %	15,00 %	20,00 %	25,00 %	30,00 %	35,00 %	40,00 %	45,00 %	50,00 %	
	95,00 %	90,00 %	85,00 %	80,00 %	75,00 %	70,00 %	65,00 %	60,00 %	55,00 %	50,00 %	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000

Die globale Polykrise stellt die Bürgerinnen und Bürger vor vielfältige, tiefgreifende Herausforderungen. In der Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2022 des Europäischen Parlaments wird sie klar formuliert und zeigt die erheblichen Auswirkungen der Lebenshaltungskostenkrise auf das tägliche Leben auf. Trotz dieser Sorgen ist die Unterstützung für die EU jedoch nach wie vor hoch. In der gesamten Europäischen Union fordern die Bürgerinnen und Bürger das Europäische Parlament auf, die Demokratie zu verteidigen, die Menschenrechte und die Gedankenfreiheit zu schützen. Sie wollen auch den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, „öffentliche Gesundheit“, „Maßnahmen gegen den Klimawandel“ und „Unterstützung der Wirtschaft“ priorisieren.

Die Umfrage wurde von der KANTAR PUBLIC in allen 27 EU-Mitgliedstaaten vom 12. Oktober bis 7. November 2022 durchgeführt. 26 431 Interviews wurden in erster Linie von Angesicht zu Angesicht durchgeführt und erforderlichenfalls mit Videomodus abgeschlossen, wobei die EU-Ergebnisse entsprechend der Größe der Bevölkerung in den einzelnen Ländern gewichtet wurden.

Für weitere Informationen zur vollständigen Umfrage scannen Sie den QR-Code:



**EINE VERÖFFENTLICHUNG DES REFERATS FÜR DIE ÜBERWACHUNG DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG
GENERALDIREKTION KOMMUNIKATION
EUROPÄISCHES PARLAMENT
dgcomm-pom@ep.europa.eu
europa.eu/eurobarometer**

EB042EP
KATALOGNUMMER: QA-CE-22-009-EN-N
ISBN: 978-92-848-0015-5
ISSN: 2529-6973
DOI: 10.2861/732690

© Europäische Union, 2022